

III. „Ein Kampf um Bayern“¹: Der Dualismus zwischen Partei und Fraktion 1946–1948

1. Ursachen und Motive

Ein Schlüssel zum Verständnis der Geschichte der CSU in den ersten Jahren ihres Bestehens ist der spannungs- und konfliktreiche Dualismus zwischen den Führungsgremien der Parteiorganisation und den CSU-Fraktionen in der Verfassungsgebenden Landesversammlung und im bayerischen Landtag. Anlässlich des Jubiläums zum dreißigjährigen Bestehen der Landtagsfraktion umschrieb die CSU-Correspondenz, das offizielle Sprachrohr der Fraktion, das Verhältnis von Partei und Fraktion folgendermaßen:

„Die Geschichte der CSU in Bayern ist [...] in wesentlichen Teilen auch die Geschichte ihrer Fraktion im Bayerischen Landtag. Partei und Fraktion lassen sich nicht trennen. Denn wie die Partei Voraussetzung für die Fraktion ist, so ist die Fraktion Ziel jeder Partei. Moderne Parteiregierung heißt auch Einflußnahme der Partei auf Fraktion und Regierung, denn die Fraktion ist die politische Handlungseinheit der Partei im Parlament.“²

Wenn damit auch die idealtypische Interdependenz zwischen einer politischen Partei und ihrer Parlamentsfraktion in einem demokratisch-parlamentarischen Regierungssystem korrekt charakterisiert ist, so sah gerade für die bayerische Unionspartei die Realität zunächst ganz anders aus. In der Ära Müller war nicht die Kooperation das dominierende Element im Verhältnis von Partei und Fraktion, sondern gegenseitiges Mißtrauen, der fehlende Wille zur Zusammenarbeit und ein erheblich gestörter Informationsfluß, mit einem Wort: ein geradezu selbstzerstörerischer Dauerkonflikt. Die Gremien der Parteiorganisation standen mehrheitlich gegen einen großen Teil der Unionsfraktion, der wiederum versuchte, die ungeliebte, ja teilweise verhaßte Parteiführung um Josef Müller von den Zentren politischer Entscheidung zu isolieren.

Nach dem Sturz des Ochsensepp und der Wahl Hans Ehards zum Parteichef beruhigte sich die Situation zwar, aber die Landtagsfraktion führte dennoch bis weit in die fünfziger Jahre ein ausgeprägtes politisches Eigenleben. Josef Müller sah sich noch 1955 gezwungen, auf die Gefahr eines Auseinanderfallens von Partei und Fraktion hinzuweisen. Er erinnerte sich wohl mit Unbehagen an eigene leidvolle Erfahrungen, als er seine Parteifreunde ermahnte, die Fraktion dürfe weder erstarren noch zu übermächtig werden und den politischen Willen der Partei ersticken. Mit den ernststen Wor-

¹ IfZ-Archiv, ED 120 NL Hoegner 331, Memorandum Josef E. Messmers vom 12. 6. 1947: „Ein Kampf um Bayern. Weshalb wurde Dr. Josef Müller nicht Ministerpräsident?“.

² Richard Keßler, 30 Jahre Landtags-Fraktion der CSU, in: Festschrift zum 30 jährigen Bestehen der Landtagsfraktion der CSU, München 1976, S. 4–9, hier S. 4 (zit. auch bei Mintzel, Geschichte der CSU, S. 316); vgl. auch Hermann Leeb, Die Regierungsfraktion im Bayerischen Parlament, in: Auftrag, Bewährung, Ausblick. 40 Jahre Bayerische Verfassung 1946–1986, München 1986, S. 45–51.

ten: „Es darf keinen sterilen Hochmut der Mandatsträger gegenüber der Parteiführung und es darf kein lähmendes Mißtrauen der anderen Parteigremien gegenüber den Fraktionen geben“, warnte Müller vor einer Situation, die ihn als Landesvorsitzenden vor schwerste Probleme gestellt hatte³.

Der Dauerzwist zwischen Partei und Fraktion erklärt sich unter anderem aus den Parteistatuten der CSU und aus den strukturellen Verwerfungen im Parteiensystem Bayerns. Die Satzung der Partei, um die deshalb auch so außerordentlich hart gerungen wurde⁴, begünstigte eindeutig die fränkischen Bezirksverbände, die sich bis 1948 stets als feste Stütze Müllers zeigten. Ohne Rücksicht auf Organisationsdichte oder Anzahl der Wähler kam jedem Bezirksverband der CSU im Landesausschuß die gleiche Anzahl an Vertretern zu, und auch zur Landesversammlung konnte jeder Kreisverband zwei Delegierte entsenden, gleichgültig wieviele Wähler und Parteimitglieder er aufzuweisen hatte⁵. Dieser Delegiertenschlüssel sicherte Müller eine komfortable Mehrheit in Landesausschuß und Landesversammlung, benachteiligte jedoch die wähler- und mitgliederstarken Bezirks- und Kreisverbände der CSU in Altbayern, wo die parteiinterne Opposition ihre wichtigsten Bastionen hatte. Bei Wahlen schnitt die CSU jedoch gerade in diesen Regionen besonders gut ab, wo sie an gewachsene organisatorische und politische Traditionen anknüpfen konnte, während sie in den fränkisch-protestantischen Landesteilen auf Hindernisse konfessioneller Art und auf antibajuwarische Ressentiments stieß. Hinzu kam, daß der Einfluß der Parteiführung auf die Aufstellung der Kandidaten für die Wahlen zur Verfassungsgebenden Landesversammlung und zum bayerischen Landtag begrenzt war, so daß es für Müller nur wenige Möglichkeiten gab, die Zusammensetzung der künftigen Fraktion zu beeinflussen⁶. In den CSU-Fraktionen in der Verfassungsgebenden Landesversammlung und im Landtag dominierten deshalb die Abgeordneten, die der Parteiführung um Josef Müller, wenn nicht in offener Opposition, so doch wenigstens mit abwartender Skepsis gegenüberstanden⁷. Diese strukturelle Mehrheit der innerparteilichen Gegner mußte nicht zwangsläufig zur Entmachtung Müllers führen⁸, immerhin wußte der CSU-Vorsitzende einen zahlenmäßig nicht unbedeutenden Teil der Fraktion hinter sich. Erst die Unüberbrückbarkeit persönlicher Gegensätze, Aufstieg oder Versagen bestimmter Abgeordneter, die Entwicklung der politischen Situation und der seit Sommer 1948 fortschreitende Zerfall des

³ Festansprache Josef Müllers anläßlich der Feierlichkeiten zum 10 jährigen Bestehen der CSU, in: 10 Jahre Christlich-Soziale Union in Bayern, hrsg. vom Generalsekretariat der Christlich-Sozialen Union in Bayern aus Anlaß des Landesparteitages am 23. Oktober 1955 in München, München 1955, S. 37–50, hier S. 48f.

⁴ Vgl. dazu Fait, Anfänge, S. 126–142.

⁵ Satzung der CSU in der Fassung vom 4. 10. 1946, abgedruckt in: Protokolle und Materialien, S. 1783–1803; 1948 veränderte eine kleine Satzungsreform das Kräfteverhältnis etwas zuungunsten des Müller-Flügels.

⁶ Vgl. dazu S. 148–151.

⁷ Wenn Anton Pfeiffer im Oktober 1946 gegenüber einem Vertreter der Besatzungsmacht erklärte, unter den CSU-Abgeordneten in der Verfassungsgebenden Landesversammlung seien nur 26 für Josef Müller als Parteivorsitzenden, aber 80 gegen ihn, dürften diese Angaben in etwa korrekt und nur geringfügig zugunsten der Müller-Gegner geschönt sein. IfZ-Archiv, RG 84, 747/33, Memorandum of Conversations of J. D. Beam with Dr. Mueller and Dr. Pfeiffer, undatiert. In einem Strategiepapier aus der Umgebung Josef Müllers hieß es dagegen, bei geheimer Abstimmung seien die Kräfte in der Fraktion etwa gleich stark. ACSF, NL Müller 224, Memorandum: „Politische Lage in Bayern“, ungezeichnet, undatiert (Oktober/November 1946).

⁸ Dies suggeriert Mintzel, Anatomie, S. 120.

Müller-Flügels ermöglichten es der innerparteilichen Opposition, die Landtagsfraktion zu ihrer wichtigsten Basis in den Führungs- und Flügelkämpfen auszubauen.

Der Gegensatz zwischen Parteiführung und Unionsfraktion schuf zwar die Voraussetzung für eine neue Qualität der innerparteilichen Auseinandersetzung, die Situation an sich aber war der Parteiführung nicht gänzlich unbekannt, denn schon 1945 hatte sich eine ähnliche Konstellation ergeben⁹. Mit der Berufung Wilhelm Hoegners zum Ministerpräsidenten hatte sich für die CSU in statu nascendi Anfang Oktober 1945 die Frage gestellt, ob sie sich an einem sozialdemokratisch geführten Kabinett beteiligen sollte oder nicht¹⁰. Die Meinungsverschiedenheiten, die darüber unter den Mitgliedern des Münchner Gründerkreises bestanden, waren jedoch so groß, daß der Vorberreitende Ausschuß der CSU am 5. Oktober lediglich einen sehr ambivalenten Beschluß fassen konnte¹¹. Einerseits wurde festgestellt, daß die CSU die Regierung Hoegner nicht als Koalitionskabinett betrachte und sich offiziell nicht daran beteilige; andererseits stellte man es den Parteimitgliedern aber frei, als Fachleute in das Kabinett einzutreten. Die parteioffizielle Distanz zur Regierung Hoegner bei gleichzeitiger Mitarbeit im Kabinett brachte der CSU unbestreitbar gewichtige Vorteile. Man konnte jederzeit auch aus wahltaktischen Erwägungen heraus öffentlich von notwendigen, aber unpopulären Maßnahmen abrücken¹² und zugleich die anstehenden Grundsatzentscheidungen an führender Stelle mitgestalten. Zugleich trug dieser Beschluß grundsätzlichen Erwägungen Müllers und Scharnagls Rechnung, für die eine klare Abgrenzung zwischen Regierung und Opposition zu den Kennzeichen einer funktionierenden Demokratie gehörte¹³. Allerdings bedeutete die Zurückhaltung der provisorischen Parteiführung in Fragen der Regierungspolitik auch einen selbstgewählten Rückzug aus einer bei allen Beschränkungen durch die amerikanische Besatzungsmacht doch wesentlichen Schaltstelle bayerischer Politik. Josef Müller gehörte noch nicht einmal der Delegation an, die im Oktober 1945 mit Vertretern von SPD und KPD über die Regierungsbildung verhandelte, während Fritz Schäffer und Alois Hundhammer zu den Wortführern der CSU zählten¹⁴. Josef Müller und seine Mitstreiter kümmerten sich in diesen Wochen vornehmlich um den organisatorischen Aufbau der CSU und um die Konsolidierung ihrer eigenen Position; das Machtvakuum, das durch die Abstinenz der Parteispitze entstanden war, füllten dagegen die CSU-Mitglieder im Kabinett Hoegner mehr und mehr aus.

⁹ Vgl. Fait, Anfänge, S. 119ff.

¹⁰ Zur Bildung des ersten Kabinetts Hoegner und zur Rolle der CSU vgl. Gelberg, Einleitung zu den Protokollen des Bayerischen Ministerrats: Kabinett Hoegner I, S. XXXI-LII.

¹¹ Protokoll der Sitzung des Vorläufigen Landesausschusses der CSU am 17. 12. 1945 in München, in: Protokolle und Materialien, S. 18f. Zur Regierungsbildung im Herbst 1945 vgl. BayHStA, NL Pfeiffer 53, Aufzeichnungen Anton Pfeiffers über die Bildung des Kabinetts Hoegner I, undatiert.

¹² Vgl. Mintzel, Geschichte der CSU, S. 325f.

¹³ IfZ-Archiv, Fh 56, Karl Scharnagl an Josef Müller vom 3. 10. 1945. Für eine reguläre Beteiligung der CSU am Kabinett Hoegner hatten dagegen führende Vertreter des Bauernflügels plädiert, wie Alois Schlögl im Dezember 1946 nochmals betonte; ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Fraktionssitzung am 9. 12. 1946.

¹⁴ IfZ-Archiv, Fh 56, Aktennotiz Josef Müllers über sein Verhältnis zu Alois Hundhammer vom 25. 2. 1946; ACSP, CSU-LSG, Ordner Müller – Hundhammer 1952, „Niederschrift über den Beleidigungsprozeß Staatsminister Dr. Müller – Gaßner in Landshut“ am 23. und 25. 8. 1948; BayHStA, NL Pfeiffer 53, Aufzeichnungen Anton Pfeiffers über die Bildung des Kabinetts Hoegner I, undatiert; neben Schäffer und Hundhammer waren u. a. Johannes Semler, Anton Pfeiffer und Hans Ehard an den Besprechungen beteiligt.

Diese Konstellation begünstigte in den sich verschärfenden Konflikten die Opposition gegen den CSU-Vorsitzenden, wie sich bald herausstellte. Denn von den Ministern und Staatssekretären der bayerischen Unionspartei, die Hoegner berufen hatte, zählte keiner zum engeren Kreis um den Ochsenpfeiffer, lediglich Heinrich Krehle unterstützte zeitweise die politische Linie der Parteiführung. Dagegen bekleideten mit Anton Pfeiffer und später mit Joseph Baumgartner zwei prominente Gegner Müllers Schlüsselpositionen¹⁵. Von den insgesamt neun CSU-Politikern, die zwischen Oktober 1945 und Dezember 1946 im Kabinett saßen, hatten sieben der BVP, den Christlichen Bauernvereinen oder den Christlichen Gewerkschaften angehört; Pfeiffer, Baumgartner, Krehle und Helmerich hatten in diesen Organisationen auch wichtige Funktionen ausgeübt. Die Staatssekretäre Hans Ehard, Hans Kraus, Hans Meinzolt und Wilhelm Niklas entstammten der traditionell gouvernemental-föderalistischen bayerischen Ministerialbürokratie. Bis auf Hans Meinzolt¹⁶, der zwischen 1933 und 1945 mit dem Titel eines Oberkirchenrats als Vizepräsident des evangelisch-lutherischen Landeskirchenrats in München fungiert hatte, bekannten sich alle Regierungsmitglieder der CSU zum katholischen Glauben.

Eine Einregierung ermöglichte es auch weniger bekannten Politikern, sich landesweit zu profilieren und schließlich in die Führungsmannschaft der CSU aufzusteigen. Wie bedeutend dieser kleine Kreis für die Entwicklung der bayerischen Politik insgesamt werden sollte, fällt sofort auf, wenn man die Karriereverläufe der neun CSU-Vertreter in der Regierung Hoegner prospektiv betrachtet: Hans Ehard stand zwischen 1946 und 1962 vier Kabinetten vor und war fünfeinhalb Jahre lang Vorsitzender seiner Partei. Joseph Baumgartner entwickelte sich zur Integrationsfigur der Bayernpartei, nachdem er die CSU verlassen hatte, und führte als stellvertretender Ministerpräsident 1954–1957 erneut das Landwirtschaftsministerium. Anton Pfeiffer hatte als Staatsminister und Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Parlamentarischen Rat maßgeblichen Anteil an der Gestaltung des Grundgesetzes. Heinrich Krehle amtierte bis 1954 als Staatssekretär und Staatsminister im Arbeitsministerium. Hans Kraus wurde im Januar 1947 zum bayerischen Finanzminister berufen und hatte dieses Amt bis zu seinem Rücktritt 1950 inne. Hans Müller blieb zunächst Staatssekretär im Finanzministerium und beendete seine Karriere 1955 als Präsident des Bundesfinanzhofes. Wilhelm Niklas wurde der erste Bundeslandwirtschaftsminister, und Hans Meinzolt, von Kultusminister Alois Hundhammer im Dezember 1946 zunächst aus seinem Amt verdrängt, gehörte als Staatssekretär im Kultusministerium auch dem zweiten Kabinett Wilhelm Hoegners an. Lediglich Michael Helmerich blieb eine weitere Karriere versagt¹⁷, aber

¹⁵ Baumgartner bekleidete das Amt des Landwirtschaftsministers, Pfeiffer war zunächst Hoegners Staatssekretär in der Staatskanzlei und seit Juli 1946 als Staatsminister für Sonderaufgaben mit der Durchführung der Entnazifizierung betraut, Michael Helmerich führte seit Februar 1946 das Verkehrsministerium. Pfeiffers Nachfolger als Leiter der Staatskanzlei war Hans Kraus, die übrigen Staatssekretäre der CSU waren folgenden Ministerien zugeordnet: Heinrich Krehle – Arbeitsministerium, Wilhelm Niklas – Landwirtschaftsministerium, Hans Müller – Finanzministerium, Hans Ehard – Justizministerium, Hans Meinzolt – Kultusministerium. Vgl. Protokolle des Bayerischen Ministerrats: Kabinett Hoegner I, S. LII–LX.

¹⁶ Ob Hans Meinzolt formal der CSU angehörte, läßt sich nicht eindeutig klären, bei den Verhandlungen über die Regierungsbildung galt er jedoch als Kandidat und Repräsentant der CSU. BayHStA, NL Pfeiffer 53, Aufzeichnungen Anton Pfeiffers über die Bildung des Kabinetts Hoegner I, undatiert.

¹⁷ Helmerich sollte auch im ersten Kabinett Ehard zum Verkehrsminister ernannt werden; Bedenken der Militärregierung verhinderten dies jedoch. ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Fraktions-sitzung am 10. 1. 1947.

er gehörte von 1950 bis 1966 immerhin für die CSU dem bayerischen Landtag an. Wie sehr sich das Verhältnis zwischen der Parteiführung und ihren eigenen Ministern und Staatssekretären bis zum Sommer 1946 verschlechtert hatte, zeigen die Klagen von Mitarbeitern Josef Müllers. Die Union sei über „Pläne und Entwürfe der Regierung völlig unzulänglich unterrichtet“, hieß es. Die Schuld daran liege „zum Teil bei der Regierung, zum Teil bei den Kabinettsmitgliedern der Union, zum Teil bei der Union selbst“. Es sei „unmöglich, dass die Partei über wichtige Gesetzesentwürfe erst viel zu spät durch Zufall oder aus der Presse Kenntnis“ erhalte¹⁸. Doch diese Spannungen zwischen der Parteiführung und den Regierungsmitgliedern der CSU und die Isolierung und Selbstisolierung der Parteispitze von den Schalthebeln der Regierungsmacht waren lediglich der Prolog für die Auseinandersetzungen zwischen den Führungsgremien der Parteiorganisation und der CSU-Fraktion nach den ersten landesweiten Wahlen im Juni und Dezember 1946.

2. Die CSU-Fraktion in der Verfassungsgebenden Landesversammlung

Die Wahlen zur Verfassungsgebenden Landesversammlung Bayerns am 30. Juni 1946 waren für die CSU ein weiterer großer Erfolg. Mit 58,3 Prozent der Wählerstimmen errang die CSU die absolute Mehrheit und verfügte in der Verfassungsgebenden Landesversammlung mit 109 Mandaten über mehr als doppelt so viele Sitze wie die bayerische SPD, die mit 28,8 Prozent der Stimmen und 51 Abgeordneten zur zweitstärksten Kraft geworden war¹⁹. Die Freude über diesen Wahlsieg war in der Führungsriege der Partei aber nicht ungetrübt. Josef Müller bereitete vor allem die Zusammensetzung der Fraktion Sorgen²⁰. Der CSU-Vorsitzende, der auf jüngere Kräfte setzte und für den Dynamik zu den Schlüsselbegriffen politischen Denkens gehörte, hielt den Altersdurchschnitt der CSU-Abgeordneten mit mehr als 54 Jahren²¹ für zu hoch und sprach von einer „Vergreisung“ der Fraktion, die auch schon Vertreter der Militärregierung moniert hätten²². Überhaupt entsprach die Sozialstruktur der Fraktion nicht Müllers Vorstellungen, „da sie vor allem kein getreues Abbild der Union sei“. Die Bauernvertreter „unter der Führung Horlachers und Schlögl“ seien viel zu zahlreich vertreten, während die Arbeiterschaft stark unterrepräsentiert sei. In einem Strategiepapier der Landesleitung wurde überdies konstatiert, die wenigen Arbeitervvertreter seien zwar „qualitativ gut“, aber gerade im Vergleich mit den bäuerlichen Abgeordneten nicht „robust genug“, um sich in der Unionsfraktion durchsetzen zu können. Das lag nicht

¹⁸ ACSP, NL Müller 17, Notiz über eine „Besprechung organisatorischer Mängel in der Arbeit der Union und Diskussion von Verbesserungsvorschlägen“ am 19. 8. 1946.

¹⁹ Vgl. Ritter/Niehuss, Wahlen in Deutschland, S. 147. Eine interne Analyse des Wahlergebnisses der CSU findet sich in: ACSP, LTW 1946, „Auswertung des Wahlergebnisses vom 30. Juni 1946“.

²⁰ Protokoll der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 6. 9. 1946 in München, in: Protokolle und Materialien, S. 577, sowie Sitzung des Ochsen-Clubs am 24. 7. 1946, in: Lehrjahre, S. 84 f.

²¹ Nach Schmidt, Staatsgründung und Verfassungsgebung, Bd. 1, S. 127, betrug der Altersdurchschnitt der CSU-Fraktion in der Verfassungsgebenden Landesversammlung (Stichtag: 26. 10. 1946) 54,2 Jahre; die CSU stellte damit im Schnitt die ältesten Abgeordneten.

²² Protokoll der Sitzung des Ochsen-Clubs am 24. 7. 1946, in: Lehrjahre, S. 84; die folgenden Zitate finden sich ebenda.

zuletzt daran, daß den Repräsentanten der christlichen Arbeiterschaft ebenso wie den evangelischen Mandatsträgern mehrheitlich jede parlamentarische Erfahrung fehlte, während auf der anderen Seite eine Reihe von ehemaligen BVP- und BBB-Politikern stand, die ihre Parteien vor 1933 bereits im Land- oder Reichstag vertreten hatten²³.

Wie ungünstig die Kräfteverhältnisse in der CSU-Fraktion für den Parteivorsitzenden und seine Mitstreiter wirklich standen, zeigte erstmals die Debatte um die Person des Fraktionschefs und um die Besetzung des Vorstands der Fraktion in der Verfassungsgebenden Landesversammlung. Am 15. Juli 1946 traf sich die neugewählte Fraktion im Münchner Rathaus zu ihrer ersten Sitzung²⁴. Den Vorsitz führte Josef Müller zunächst selbst. Damit verfügte der Parteichef über diverse Möglichkeiten, den Sitzungsverlauf in seinem Sinne zu beeinflussen – ein Instrumentarium, das der Ochsensepp in der Regel virtuos zu handhaben verstand. Angesichts der innerparteilichen Konfliktlage und der brisanten Personalentscheidungen, die auf der Tagesordnung standen, waren Auseinandersetzungen allerdings geradezu vorprogrammiert. Glaubt man Müllers eigenen Worten, so hatte er im Vorfeld davon abgesehen, Einfluß auf die Fraktion oder wenigstens auf einzelne Abgeordnete zu nehmen, und er verzichtete auch darauf, selbst eine Liste mit Personalvorschlägen für die wichtigsten Ämter in Fraktion und Verfassungsgebender Landesversammlung vorzulegen²⁵.

Ein Teil der Mandatsträger, man sprach von etwa 40, scheint dagegen mit festumrissenen Vorstellungen in die Fraktion gekommen zu sein. Es waren dies die zahlreichen Vertreter bäuerlicher Interessen unter den CSU-Abgeordneten, die bereits vor der Sitzung zu einer Besprechung zusammengekommen waren²⁶. Das Ziel einer solchen Initiative lag auf der Hand: die Sicherung des Einflusses der bäuerlichen Interessenvertreter – und damit indirekt des Bayerischen Bauernverbands – auf die Gestaltung der neuen Verfassung durch die Besetzung wichtiger Ämter mit eigenen Leuten. Auch daß damit eine Verschiebung des innerparteilichen Kräfteverhältnisses einhergehen konnte, mußte allen Beteiligten klar sein. Doch die ersten Personalvorschläge für das Amt des Fraktionsvorsitzenden, über dessen politische Bedeutung sich die Abgeordneten einig waren²⁷, kamen von anderer Seite. Landrat Josef Jörg aus Hammelburg nominierte

²³ ACSP, NL Müller 224, Memorandum: „Politische Lage in Bayern“, ungezeichnet, undatiert (Oktober/November 1946).

²⁴ Zur ersten Sitzung der CSU-Fraktion in der Verfassungsgebenden Landesversammlung (mit ausführlichen Zitaten aus dem Sitzungsprotokoll) vgl. In Verantwortung für Bayern. 50 Jahre CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag 1946–1996, hrsg. von der CSU-Landtagsfraktion, München 1996, S. 58–67.

²⁵ ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Sitzung der CSU-Fraktion in der Verfassungsgebenden Landesversammlung am 15. 7. 1946; Protokoll der Sitzung des Landesauschusses der CSU am 6. 9. 1946 in München, in: Protokolle und Materialien, S. 576f. August Haußleiter erinnerte sich später: „Daß Hundhammer Fraktionsvorsitzender der CSU in der Verfassungsgebenden Landesversammlung wurde, war bereits eine erste Weichenstellung gegen Müller. Auch wir Jüngeren, die eigentlich Anhänger des ‚Ochsensepp‘ waren, wählten Hundhammer mit. Denn woher sollten wir wissen, wer Hundhammer war und was er repräsentierte? Müller hatte uns schlecht informiert. Er war eben kein Organisator. Sonst hätte er die ersten Niederlagen nicht so erleben müssen.“ August Haußleiter, Der Sturz des „Ochsensepp“, in: Schröder, Bayern 1945, S. 89–104, hier S. 99.

²⁶ ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Sitzung der CSU-Fraktion in der Verfassungsgebenden Landesversammlung am 15. 7. 1946; ACSP, NL Müller 224, Memorandum: „Politische Lage in Bayern“, ungezeichnet, undatiert (Oktober/November 1946), und NL Müller 5, undatierte Aufzeichnung über die Haltung der Bauernvertreter in der CSU.

²⁷ Der Abgeordnete Josef Krempel erklärte: „Zweifelloos hat der Fraktionsvorsitzende den wichtigsten Posten in der Partei.“ ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Sitzung der CSU-Fraktion in der Verfassungsgebenden Landesversammlung am 15. 7. 1946; das folgende nach ebenda.

den Parteivorsitzenden, Anton Pfeiffer brachte Staatssekretär Krehle ins Gespräch, Max Zwignagl den knorrigen Michael Horlacher. Den Vorschlag, Josef Müller auch zum Fraktionschef zu wählen, konterte Pfeiffer mit einem einleuchtenden Hinweis:

„Wir haben eine Reihe sehr wichtiger Funktionen zu besetzen, die Fachkenntnis und politische Erfahrungen verlangen. Wir dürfen diese Funktionen nicht häufen. Für die Parteileitung, für die Fraktion, für die Ausschüsse und für die Regierung brauchen wir wenigstens 30–40 Leute. Diese Funktionen dürfen nicht bei einigen wenigen Personen angehäuft werden.“

Dieses Verdikt, das auch als indirekte Ablehnung der Verbindung von Partei- und Fraktionsvorsitz verstanden werden konnte, entwickelte sich zum zentralen Argument gegen eine Kandidatur Josef Müllers und wurde beispielsweise von Joseph Baumgartner und Alois Schlögl, dem einflußreichen Generalsekretär des Bayerischen Bauernverbands, wiederholt vorgebracht. Landwirtschaftsminister Baumgartner war es, der den im Vorfeld abgestimmten Vorschlag des bäuerlichen Flügels der Fraktion präsentierte und damit die Katze aus dem Sack ließ:

„Vom Standpunkt der bäuerlichen Wähler, die über 60 % aller Stimmen ausmachen, bitte ich um Ihr Einverständnis, dass wir Horlacher, der eine grosse Erfahrung hat, als Fraktionsvorsitzenden nehmen. Ich hätte den grossen Wunsch, dass Sie Horlacher Ihr Vertrauen geben, damit auf diese Weise die bäuerlichen Wähler gewürdigt werden.“

Ein Teil der Abgeordneten fühlte sich von Baumgartners Wahlempfehlung geradezu „übrumpelt“. Franz Pfleger, Oberbürgermeister von Weiden, sprach sogar von diesem „Diktum“ des Landwirtschaftsministers als einer „der grössten Enttäuschungen“ seines politischen Lebens. Ohne formell vorgeschlagen zu sein oder selbst das Wort zu ergreifen, war auch Alois Hundhammer ein prominenter Kandidat für den Fraktionsvorsitz²⁸, so daß sich die Debatte früh auf drei Kandidaten zuspitzte, die in den parteiinternen Führungs- und Flügelkämpfen verschiedene Richtungen vertraten.

Josef Müller sah sich angesichts dieses Diskussionsverlaufs gezwungen, seine taktische Marschroute zu ändern²⁹. Um einen Vertreter der internen Opposition wie Hundhammer oder den unberechenbaren Horlacher zu verhindern, plädierte er nun dafür, einen von den Auseinandersetzungen unbelasteten, „ganz neuen Mann“ mit dem Fraktionsvorsitz zu betrauen oder die Entscheidung zu vertagen, wobei er wohl mit dem Gedanken liebäugelte, so lange die Fraktion selbst zu führen. Die Nominierung eines unbekannten Kompromißkandidaten hätte zu diesem Zeitpunkt ebenso einen Punktsieg Müllers bedeutet wie eine Verschiebung der fraktionsinternen Wahlen. Die Vorschläge des Landesvorsitzenden erwiesen sich jedoch allen Anstrengungen und taktischen Finessen zum Trotz als nicht durchsetzbar, und die Fraktion stimmte schließlich über ein Paket aus Personalvorschlägen ab, das Anton Pfeiffer in der Zwischenzeit geschnürt hatte und das den verschiedenen innerparteilichen Richtungen ebenso Rechnung trug, wie es Forderungen nach regionaler, konfessioneller und berufsständischer Repräsentation berücksichtigte. Die Bauernvertreter sollten den Fraktionsvorsitzenden benennen, August Haußleiter als Vertreter der evangelischen Teile Frankens und der Gewerkschafter Lorenz Sedlmayr sollten als stellvertretende Fraktionsvorsitzende fungieren.

²⁸ Max Rief brachte Hundhammer, der mehr „vom allgemeinen Gesichtspunkt aus geeignet“ sei, ins Gespräch und sprach kurz vor der Abstimmung davon, daß für Hundhammer „die Reklametrommel gerührt“ worden sei.

²⁹ Vgl. die unzutreffende Darstellung bei Fait, *Anfänge*, S. 118.

Das Wahlergebnis war jedoch eine Überraschung. Die Fraktion hatte nicht dem erklärten Favoriten Michael Horlacher das Vertrauen ausgesprochen, sondern Alois Hundhammer, der 51 Stimmen auf sich vereinigen konnte³⁰. Gleichsam als Kompensation für seine Niederlage nominierte die Fraktion Horlacher für das Amt des Präsidenten der Verfassungsgebenden Landesversammlung, und es bestanden keine Zweifel darüber, daß er im Plenum auch die notwendige Stimmenzahl erhalten würde³¹. Auch August Haußleiter, der sich – verlockt von der Aussicht auf einen Platz in der Fraktionspitze – in der vorangegangenen Diskussion überraschend gegen Josef Müller gestellt hatte, konnte sich bei der Wahl der beiden stellvertretenden Vorsitzenden nicht durchsetzen. Er unterlag klar gegen den evangelischen Landwirt Adam Sühler aus Oberfranken³² und den Augsburgsburger CSU-Politiker Hans Imler, die beide zum Müller-Flügel der bayerischen Unionspartei tendierten. Komplettiert wurde der Fraktionsvorstand durch Anton Maier, einen alten Gefolgsmann Anton Pfeiffers aus dem Generalsekretariat der BVP, und den enttäuschten August Haußleiter³³.

Zweifelsohne war dieses Ergebnis für Müller und seine politischen Freunde eine schwere Niederlage, deren Auswirkungen sich noch gar nicht übersehen ließen. Mit der Wahl Hundhammers zum Fraktionsvorsitzenden war der vielleicht schärfste Gegner des Ochsensepp in eine der einflußreichsten Positionen gekommen, die die Partei zu vergeben hatte. Auch die Nominierung Horlachers für das Amt des Präsidenten der Verfassungsgebenden Landesversammlung war für den Landesvorsitzenden eine zwiespältige Angelegenheit. Die Tatsache, daß nur eine Minderheit der CSU-Abgeordneten hinter ihm stand und daß sich offensichtlich auch ansonsten treue Mitstreiter mit seinen Gegnern verständigt hatten, mußte Müller ebenfalls alarmieren. Mit am schwersten wog jedoch: Die Wahl Hundhammers und Horlachers drohte die Verteilung der Spitzenämter in Fraktion und Landtagspräsidium nach den ersten Landtagswahlen zu präjudizieren. Bis dahin versuchte man, das Beste aus der verfahrenen Situation zu machen. Die Parteiführung habe sich nur deshalb nicht gegen die Wahl Hundhammers zur Wehr gesetzt, stand in einem Memorandum der Landesleitung zu lesen,

„weil sie der Auffassung war, dass dem Dr. Hundhammer Gelegenheit gegeben würde, sich zu verbrauchen, und weil damit die Haltung der Union – Bayern ein selbstverständliches und gleichberechtigtes Glied des Deutschen Bundesstaates – gegen den Hauptexponenten des Baju[w]arismus mit teilweise monarchistisch-separatistischer Prägung herausgearbeitet werden könnte“³⁴.

Die Personalentscheidungen, die von den Abgeordneten am 15. Juli getroffen wurden, verhiessen ebenso wie der Verlauf der konstituierenden Fraktionssitzung nichts Gutes

³⁰ Horlacher erhielt nur 44 Stimmen, Josef Müller vier, Franz Pfleger zwei und Heinrich Krehle eine; drei Stimmzetteln waren ungültig.

³¹ In der Stichwahl konnte sich Horlacher mit 57 Stimmen gegen Lorenz Krapp durchsetzen, der 45 Stimmen erhielt. Zugleich nominierte die Fraktion die beiden weiteren Mitglieder der CSU für das Präsidium der Verfassungsgebenden Landesversammlung: Lorenz Sedlmayr als 2. Vizepräsidenten und Maria Deku als Schriftführerin, die beide zum Müller-Flügel der Partei tendierten.

³² Adam Sühler erhielt 72 Stimmen, die höchste Stimmenzahl bei diesen fraktionsinternen Wahlen überhaupt, August Haußleiter und Konrad Kübler erhielten je 12 und Maria Deku sechs.

³³ ACSP, CSU-LTF I, 15–14/1, Liste der Mitglieder des Vorstands der CSU-Fraktion in der Verfassungsgebenden Landesversammlung vom 29. 7. 1946.

³⁴ ACSP, NL Müller 224, Memorandum: „Politische Lage in Bayern“, ungezeichnet, undatiert (Oktober/November 1946).

für die Zukunft³⁵. Tatsächlich sollte es nicht lange dauern, bis sich die ersten gravierenden Konflikte zwischen den Führungsgremien der Partei und der Fraktion einstellten, und auch die Zusammenarbeit der verschiedenen Zirkel in der CSU-Fraktion erwies sich als schwierig. Wie zerrüttet das Verhältnis zwischen Parteiführung und Fraktionsmehrheit schon nach wenigen Wochen war, mußte beispielsweise Gerhard Kroll erfahren, als er darum bat, an einer Fraktionssitzung teilnehmen zu dürfen. Die Abgeordneten beschlossen jedoch mit Mehrheit, Gäste bei ihren Beratungen auch dann nicht zu dulden, wenn sie zu den maßgeblichen Mitgliedern der eigenen Partei zählten³⁶.

Aber nicht nur dieser Vorfall zeigte, daß Hundhammer und seine Gefolgsleute nicht gewillt waren, eine Einflußnahme der Parteiführung auf die Arbeit der Fraktion zu dulden. So begegnete man der Arbeit des Parteiausschusses für Verfassungsfragen bestenfalls mit Desinteresse³⁷, und Johannes Semler, der Vorsitzende des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der CSU und autorisierte Sprecher der Partei in Wirtschaftsfragen, wurde bei der Gestaltung der Verfassungsartikel, die die Wirtschaftsordnung und den Senat betrafen, von Teilen der eigenen Fraktion im Zusammenspiel mit der SPD offen desavouiert³⁸. Kein Wunder, daß dieses Vorgehen bei den Betroffenen Frustration, ja Erbitterung auslöste³⁹. Karl Gronwald, ein Protestant, der vor 1933 der DNVP angehört hatte und nun zu den wichtigsten Mitstreitern Josef Müllers im fränkisch-protestantischen Raum zählte, stellte resigniert fest, die Tatsache, daß „unsere ganze Arbeit im Wirtschaftspolitischen Ausschuß einfach wie Makulatur behandelt“ worden sei, habe seiner „Freudigkeit zur weiteren Mitarbeit doch einen neuen, erheblichen Stoss versetzt“, und es sei für ihn fast unmöglich, seine Arbeit am Grundsatzprogramm der CSU fortzusetzen⁴⁰. Die Jugendvertreter des Bezirksverbands Schwaben übten ebenfalls scharfe Kritik an den „alten Methoden“, mit denen in der Unionsfraktion gearbeitet werde, und forderten Anfang September in einer scharf formulierten Resolution, die Abgeordneten „an die Grundsätze und Beschlüsse der Partei“ zu binden⁴¹.

³⁵ Schon drei Tage nach der ersten Fraktionssitzung teilte August Haußleiter dem Fraktionsvorsitzenden mit, daß er solange von einer Mitarbeit im Verfassungsausschuß der Verfassungsgebenden Landesversammlung absehe, bis die Stellung der evangelischen Abgeordneten in der Fraktion geklärt sei. ACSP, NL Müller 5, August Haußleiter an Alois Hundhammer vom 18. 7. 1946.

³⁶ Protokoll der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 6. 9. 1946 in München, in: Protokolle und Materialien, S. 516f. und S. 592.

³⁷ ACSP, CSU-LTF I, 15–12/4 und 5, Walter Keim an Alois Hundhammer vom 31. 7. 1946 und dessen Antwortschreiben an Walter Keim vom 3. 8. 1946.

³⁸ Vgl. dazu Mintzel, Geschichte der CSU, S. 235–242, und Peter Jakob Kock, Warum im Senat so viele Landwirte wie Gewerkschafter sitzen. Protokoll beweist: Der CSU-Wirtschaftsflügel wurde ausgebootet, in: Maximilianum 4 (1992) Nr. 3, S. 36. ACSP, CSU-LTF I, 2–10, Memorandum des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der CSU für die CSU-Fraktion in der Verfassungsgebenden Landesversammlung vom 24. 7. 1946; BAK, NL Probst 616, Johannes Semler an die Mitglieder des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der CSU vom 4. 9. 1946.

³⁹ Protokoll der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 6. 9. 1946 in München, in: Protokolle und Materialien, S. 548–559 und S. 568–575.

⁴⁰ IfZ-Archiv, Fh 56, Karl Gronwald an Gerhard Kroll vom 11. 9. 1946. Tief enttäuscht fuhr Gronwald fort: „Von unseren Idealen und Zielen, für die wir vor Jahresfrist ausgezogen sind, ist fast nichts mehr übriggeblieben. Ich glaube, es ist fast leichter, aus der Sozialdemokratie eine wirklich christliche Partei zu machen, als in der unsrigen die Grundsätze zu verwirklichen, für deren Durchführung sie einmal gegründet wurde.“

⁴¹ Protokoll der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 6. 9. 1946 in München, in: Protokolle und Materialien, S. 589f.

3. „Finis Bavariae“^{42?} Die CSU und die Staatspräsidentenfrage

a) *Das Erbe der BVP*

Zu diesem Zeitpunkt waren die Auseinandersetzungen um das Amt eines bayerischen Staatspräsidenten bereits voll entbrannt. Dieser Konflikt ließ den Antagonismus zwischen Partei und Fraktion offen zutage treten und brachte die CSU an den Rand der Spaltung. Die Staatspräsidentenkrise vom Sommer 1946 war ein Höhepunkt der Führungs- und Flügelkämpfe und kann geradezu als Musterbeispiel für die Interdependenz der sachlichen, persönlichen und strukturellen Konfliktursachen gelten, die für die ständigen Streitereien verantwortlich waren.

Um die Erbitterung verstehen zu können, mit der in der CSU um das Staatspräsidentenamt gerungen wurde, muß man sich die Grundzüge der föderalistischen Politik der BVP in den zwanziger Jahren in Erinnerung rufen. Der Kampf um den Bestand des bayerischen Staates, dessen Degeneration zu einer Reichsprovinz man befürchtete, war der eigentliche Kernbereich der Politik der BVP⁴³, die im Parteiensystem der Weimarer Republik als „eigenständige und eigenwillige Landespartei“ eine Sonderstellung einnahm⁴⁴. Trotz aller Anstrengungen und Propaganda läßt sich allerdings nicht übersehen, daß die BVP ihre weitgehenden Zielsetzungen, wie sie beispielsweise im föderalistischen Programm vom Oktober 1922 formuliert worden waren⁴⁵, nicht einmal annähernd erreichen konnte. Klaus Schönhoven hat das Dilemma der föderalistischen Politik der BVP in der Weimarer Republik treffend beschrieben:

„Zunächst erstrebte man eine Ausweitung der Souveränität Bayerns über die Verfassung von 1871 hinaus; kurze Zeit später wäre man bereits mit der Rückkehr zur Bismarck-Verfassung zufrieden gewesen; dem folgte die Orientierung an den existenten Verfassungsverhältnissen, der Ruf nach föderalistischer Korrektur der Weimarer Verfassung; schließlich sah man sich in die Lage gedrängt, die Verfassung von Weimar verteidigen zu müssen, wollte man den totalen Einheitsstaat verhindern.“⁴⁶

Nachdem die Wirren des Krisenjahres 1923 die Phase der offenen Konfrontation zwischen Bayern und der Reichsregierung beendet hatten, begann sich die BVP zögernd auf den Boden der Weimarer Reichsverfassung zu stellen. Die Volkspartei und die von ihr maßgeblich mitgetragene Staatsregierung, an deren Spitze seit 1924 Heinrich Held stand, setzten nun auf „eine stark gouvernemental gehaltene föderalistische Revi-

⁴² ACSP, NL Müller 208, Protokoll der Sitzung der CSU-Fraktion in der Verfassungsgebenden Landesversammlung am 2. 9. 1946.

⁴³ Vgl. Fritz Schäffer, Die Aushöhlungs- und Aushungerungspolitik des Reiches gegenüber den Ländern. Nach einer Rede in der großen politischen Aussprache im bayerischen Landtag am 27. November 1928, München 1929. Vgl. auch Um den Bestand Bayerns! Bayerische Reichsprovinz? – nein, Staat Bayern! Gedanken und Materialien zu dem Verfassungskampf zwischen Einheitsstaat und Bundesstaat in Deutschland, hrsg. vom Generalsekretariat der BVP, München 1929, und Schönhoven, BVP, S. 279.

⁴⁴ Karl Schwend, Die Bayerische Volkspartei, in: Erich Matthias, Rudolf Morsey (Hrsg.), Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960, S. 457–519, hier S. 457.

⁴⁵ Das föderalistische Programm der Bayerischen Volkspartei. Nach den Beschlüssen der Landesversammlung vom Oktober 1922, abgedruckt in: Im Zeichen des Föderalismus, S. 3–7.

⁴⁶ Schönhoven, BVP, S. 279f.

sionspolitik“⁴⁷ und waren in den Jahren zwischen 1924 und 1930 wesentlich an den Diskussionen über eine Reichsreform beteiligt⁴⁸.

Neben den Bemühungen um eine Neuregelung des Verhältnisses zwischen dem Reich und den Ländern hatte die föderalistische Politik der BVP auch eine gleichsam innenpolitische Dimension. Durch eine Neugestaltung der bayerischen Verfassung von 1919 gedachte man zum einen, die Staatlichkeit Bayerns so weit wie möglich zu betonen und abzusichern, sowie zum anderen, Veränderungen im Verfassungsgefüge herbeizuführen, um das zu beseitigen, was man für Auswüchse des Parlamentarismus hielt⁴⁹. Ein Herzstück des Reformkonzepts der BVP, das zum Teil auch von ihren Koalitionspartnern im bayerischen Landtag unterstützt wurde, war die Forderung nach einem Staatspräsidenten. Ein mit weitgehenden Vollmachten ausgestatteter Staatspräsident, so hofften die Befürworter einer derartigen Institution, würde sowohl ein weithin sichtbares Symbol bayerischer Staatlichkeit sein als auch als neutrale Gewalt über den von politischen Parteien getragenen Verfassungsorganen stehen und so als Korrektiv gegen einen scheinbar allmächtigen Landtag wirken⁵⁰. Damit war die Forderung nach einem Staatspräsidenten nicht nur eine Konsequenz bayerisch-föderalistischer Politik, sondern auch ein Reflex antidemokratischer und antiparlamentarischer Ressentiments.

Daß die Forderung nach einem mit großer Machtfülle ausgestatteten Staatsoberhaupt die Hoffnung oder Befürchtung wachrief, dies zieler auf die Restauration der Monarchie oder bedeute zumindest die Installation eines Ersatzmonarchen, ist nicht verwunderlich⁵¹. Da aber auch unter den Parteien, die dem Amt eines bayerischen Staatspräsidenten nicht prinzipiell ablehnend gegenüberstanden, große Differenzen über die Wahlmodalitäten und Befugnisse des Staatsoberhauptes bestanden, hatte dieses Unternehmen im Landtag nie wirklich Aussicht auf Erfolg. Die BVP hatte bereits im Sommer 1919 versucht, das Staatspräsidentenamt in der neuen Verfassung des Freistaates zu verankern, aber für diese Initiative war in der Verfassungsgebenden Versammlung keine Mehrheit zu finden gewesen⁵².

Die Forderung, einen Staatspräsidenten an die Spitze Bayerns zu stellen, war auch Teil der Koalitionsvereinbarung, die die Regierungsparteien nach der Landtagswahl im Juni 1920 geschlossen hatten⁵³. Doch konkrete Schritte zur Verfassungsreform

⁴⁷ Karl Schwend, *Bayern zwischen Monarchie und Diktatur. Beiträge zur Bayerischen Frage in der Zeit von 1918–1933*, München 1954, S. 333.

⁴⁸ Vgl. dazu Schönhoven, BVP, S. 280, und Unger, *Bayerische Bewegung*, S. 14.

⁴⁹ Vgl. Kock, *Bayerns Weg*, S. 29.

⁵⁰ Vgl. Verhandlungen des Verfassungsausschusses über den Entwurf einer Verfassungsurkunde für den Freistaat Bayern vom 16. 6. 1920, in: *Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 1919/1920, Beilagen-Band II*, München o. J., S. 88, S. 98, S. 132–139, S. 173–181, sowie Auszug aus der Niederschrift der Verhandlungen des Ausschusses für Verfassungsfragen vom 12. 12. 1922, in: *Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 1922/23, Beilagen-Band XI*, S. 297–315; Stenographischer Bericht über die 174. öffentliche Sitzung des Bayerischen Landtags am 28. 2. 1923, in: *Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Bayerischen Landtags, München o. J., S. 953–969*, und Stenographischer Bericht über die 117. öffentliche Sitzung des Bayerischen Landtags am 20. 5. 1926, S. 501 ff.

⁵¹ Vgl. Stenographischer Bericht über die 24. öffentliche Sitzung des Bayerischen Landtags am 19. 11. 1924, S. 653 f., und Stenographischer Bericht über die 117. öffentliche Sitzung des Bayerischen Landtags am 20. 5. 1926, S. 501.

⁵² Vgl. Verhandlungen des Verfassungsausschusses über den Entwurf einer Verfassungsurkunde für den Freistaat Bayern vom 16. 6. 1920, in: *Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 1919/1920, Beilagen-Band II*, S. 88.

⁵³ Vgl. Stenographischer Bericht über die 2. öffentliche Sitzung des Bayerischen Landtags am 16. 7. 1920, S. 8.

wurden weder von Ministerpräsident von Kahr noch von seinen Nachfolgern unter-
nommen, und am 15. September 1921 brachte Fritz Schäffer im Namen der BVP-
Fraktion einen Antrag im Parlament ein, in dem die Staatsregierung aufgefordert wur-
de, „baldmöglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, der einen Staatspräsidenten an
der Spitze der Staatsregierung vorsieht“⁵⁴. Der zuständige Landtagsausschuß für Ver-
fassungsfragen behandelte Schäffers Antrag jedoch erst im Dezember des folgenden
Jahres, und der Landtag nahm den geringfügig geänderten Antrag am 28. Februar
1923 an⁵⁵. Da aber die BVP zu keiner Zeit in der Lage war, eine ausreichende parla-
mentarische Mehrheit für eine Änderung der bayerischen Verfassung in ihrem Sinne
zustande zu bringen, wählte man den Weg des Volksentscheids. Schließlich war die
BVP-Führung stets der Meinung gewesen, daß hinter der Forderung nach einem
Staatspräsidenten „die große Masse des bayerischen Volkes steht“⁵⁶. Am Tag der Neu-
wahl des Landtags, dem 6. April 1924, waren die Wähler aufgerufen, über ein bayeri-
sches Staatsoberhaupt abzustimmen. Aber wie alle parlamentarischen Initiativen
scheiterte auch der Versuch, eine Verfassungsänderung via Volksentscheid herbeizu-
führen. Die wahlberechtigte Bevölkerung Bayerns lehnte einen Staatspräsidenten ab⁵⁷.

b) Die Diskussion in der CSU

Der Erfolg der CSU bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Landesversammlung
schien die Möglichkeit zu eröffnen, umstrittene Forderungen der BVP aus den zwanzig-
er Jahren in der verfassungsrechtlich relativ offenen Situation des Jahres 1946 durch-
setzen zu können⁵⁸. Einem Alleingang der CSU bei der Gestaltung der bayerischen
Verfassung standen allerdings zwei große Hindernisse entgegen: Einmal die strukturel-
le Kompromißunfähigkeit der diversen Parteiflügel in grundlegenden Fragen, dann die
parteienübergreifende Überzeugung, im Interesse der Demokratie müsse die neue Ver-
fassung auf ein möglichst breites Fundament gestellt werden⁵⁹. Ohne detaillierte ver-
fassungspolitische Konzeption⁶⁰ hatte die CSU den Wahlkampf in weiten Teilen Bay-

⁵⁴ Antrag Fritz Schäffers im Namen der BVP-Fraktion vom 15. 9. 1921, in: Verhandlungen des Bayeri-
schen Landtags, 1921/22, S. 75. Schäffer selbst hat seine Gedanken über einen bayerischen Staatsprä-
sidenten in einem Aufsatz niedergelegt: Fritz Schäffer, Ein bayerischer Staatspräsident. Kritische Be-
trachtungen und Vorschläge zur Bayerischen Verfassung vom 14. 8. 1919, München 1922.

⁵⁵ Vgl. Auszug aus der Niederschrift der Verhandlungen des Ausschusses für Verfassungsfragen vom
12. 12. 1922, in: Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 1922/23, Beilagen-Band XI, S. 297–315,
bzw. Stenographischer Bericht über die 174. öffentliche Sitzung des Bayerischen Landtags am 28. 2.
1923, S. 968; Schäffers Antrag hatte den Wahlmodus für den Staatspräsidenten offengelassen, nach
der Änderung sollte er direkt vom Volk gewählt werden.

⁵⁶ Auszug aus der Niederschrift der Verhandlungen des Ausschusses für Verfassungsfragen vom 12. 12.
1922, in: Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 1922/23, Beilagen-Band XI, S. 298 (Heinrich
Held). Vgl. auch Bayerischer Kurier vom 5. 4. 1924.

⁵⁷ Teilergebnisse veröffentlicht in: Bayerischer Kurier vom 7. 4. 1924.

⁵⁸ Ein instruktiver Vergleich der Rahmenbedingungen für die Verfassungsdiskussionen nach dem Er-
sten und Zweiten Weltkrieg mit besonderer Berücksichtigung der Möglichkeiten föderalistischer Po-
litik bei Gelberg, Hans Ehard, S. 21–27.

⁵⁹ Zu den Verfassungsberatungen des Jahres 1946 allgemein vgl. Barbara Fait, „In einer Atmosphäre
der Freiheit“. Die Rolle der Amerikaner bei der Verfassungsgebung in den Ländern der US-Zone
1946, in: VfZ 33 (1985), S. 420–455; Barbara Fait, Auf Befehl der Besatzungsmacht? Der Weg zur
Bayerischen Verfassung, in: Benz (Hrsg.), Neuanfang in Bayern, S. 36–63; Schmidt, Staatsgründung
und Verfassungsgebung.

⁶⁰ Vgl. Henzler, Fritz Schäffer, S. 201 f. Die Parteiführung setzte einen Arbeitsausschuß für Verfas-
sungsfragen ein (vgl. den Bericht über eine Sitzung des Dienstag-Clubs am 18. 6. 1946, in: Lehrjahre,

erns mit Forderungen bestritten, die stark an die Verfassungsreformbestrebungen der untergegangenen BVP angelehnt waren und die Gestaltung des künftigen Wahlrechts, die Einrichtung einer zweiten parlamentarischen Kammer und die Einsetzung eines bayerischen Staatspräsidenten betrafen⁶¹.

Über dieses Verfassungsorgan hatte bereits im vorbereitenden Verfassungsausschuß, der unter der Leitung von Ministerpräsident Hoegner⁶² zwischen März und Juni einen Verfassungsentwurf ausarbeitete, keine Einigkeit erzielt werden können⁶³. Auch die CSU war allen Wahlkampfparolen zum Trotz in dieser Frage tief gespalten⁶⁴. Wieviel Sprengstoff die Staatspräsidentenfrage tatsächlich in die CSU hineinragen sollte, zeigten aber erst die verfassungspolitischen Diskussionen in der Verfassungsgebenden Landesversammlung. Im Gegensatz zu Josef Müller und seinen Mitstreitern, die einem bayerischen Staatspräsidenten wenn nicht mit offener Ablehnung, so doch mit deutlicher Reserve begegneten⁶⁵, befürwortete der Großteil der CSU-Abgeordneten ein solches Verfassungsorgan. Für die katholisch-konservativen Politiker in der CSU und für die Verfechter der BVP-Tradition war die Forderung nach einem bayerischen Staatsoberhaupt geradezu selbstverständlich, und die Vertreter stark föderalistischer Konzeptionen unter den bürgerlichen Interessenvertretern und den bayerischen Gouvernementalen unterstützten dieses Anliegen ebenfalls. Aber auch Politiker, die sich wie Karl Scharnagl zwar scharf von der ehemaligen BVP distanziert hatten, aber weiterhin in der Tradition bayerisch-föderalistischer Politik der Zwischenkriegszeit standen, kämpften nun an der Seite Alois Hundhammers für das Staatspräsidentenamt⁶⁶. Dazu kam, daß die Mitglieder der Unionsfraktion Persönlichkeiten in entschei-

S. 65); zur Arbeit dieses Gremiums vgl. die Dokumente im ACSP, NL Müller 36; im IfZ-Archiv, Fh 56, finden sich die Protokolle der ersten beiden Sitzungen des Arbeitskreises für Verfassungsfragen am 14.6. und 18. 6. 1946. Interessant auch ACSP, CSU-LTF I, 2–10, Vorschläge des Arbeitskreises für Verfassungsfragen an die Unionsfraktion vom 22. 7. 1946; CSU-LTF I, 15–12/4 und 5, Walter Keim an Alois Hundhammer vom 31. 7. 1946 und dessen Antwortschreiben vom 3. 8. 1946. Zur Wahlpropaganda der CSU vgl. ACSP, LTW 1946, Rundschreiben des Landessekretariats vom 13. 6. 1949.

⁶¹ ACSP, NL Müller 410/5, Flugblatt der CSU für die Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung am 30. 6. 1946 „Du machst die Bayerische Verfassung“; ACSP, NL Müller 208, Protokoll der Sitzung der CSU-Fraktion in der Verfassungsgebenden Landesversammlung am 2. 9. 1946. August Haußleiter betonte dagegen, „daß wir in Franken uns selbstverständlich nicht für den Staatspräsidenten [...] eingesetzt haben“. Ebenda. Vgl. auch Richard Jaeger, Was lehrt uns Weimar? Konstruktionsfehler der Demokratie, in: Bayerische Rundschau Nr. 1/2 (1946), S. 9 ff. Vgl. auch Fait, Anfänge, S. 101–111.

⁶² Zu Hoegners verfassungspolitischen Positionen und Initiativen vgl. Peter Kritzer, Wilhelm Hoegner und seine Verfassungspolitik, in: Mehringer (Hrsg.), Von der Klassenbewegung zur Volkspartei, S. 228–235.

⁶³ IfZ-Archiv, DI-By, Bericht des Bayerischen Vorbereitenden Verfassungsausschusses an die Bayerische Verfassungsgebende Landesversammlung, 1946.

⁶⁴ Richard Jaeger, zu dieser Zeit noch im Landessekretariat der CSU beschäftigt, erklärte am 4. 6. 1946 vor dem Dienstag-Club, „daß man sich in der Führung der Union zwar klar sei über die Notwendigkeit eines Zweikammersystems, daß aber die Frage eines Staatspräsidenten ganz offen sei.“ Am 18. 6. 1946 berichtete Jaeger vor dem gleichen Forum, „daß man soeben in der Landesleitung [...] ein Wahlplakat für die Wahlen zur Nationalversammlung fertiggestellt habe, das unter anderem die Forderung nach einem Staatspräsidenten stelle. Am Schluß sei alles so rasch gegangen, daß wahrscheinlich nicht jedem klar sei, daß in dem Plakat der Ruf nach einem Staatspräsidenten stehe. Und das sei gut so, sonst wäre dieser Satz wohl wieder gestrichen worden.“ Lehrjahre, S. 56 bzw. S. 64 f.

⁶⁵ Zur Position des CSU-Vorsitzenden vgl. Hettler, Josef Müller, S. 240–250.

⁶⁶ Vgl. Scharnagls Ausführungen vor dem Dienstag-Club am 4. 6. 1946; Lehrjahre, S. 56. Wichtig in

dende Positionen beriefen, die zu den Fürsprechern eines bayerischen Staatsoberhauptes gehörten. Mit Alois Hundhammer führte der vielleicht entschiedenste Verfechter eines Staatspräsidenten die Fraktion, Michael Horlacher – längst ins Lager der Gegner des Ochsensepp gewechselt – stand der Verfassungsgebenden Landesversammlung als Präsident vor, und auch Lorenz Krapp und Hans Ehard⁶⁷, die als Vorsitzender bzw. Schriftführer des Verfassungsausschusses einen wesentlichen Beitrag bei der Gestaltung der Verfassung leisteten, traten für einen bayerischen Staatspräsidenten ein⁶⁸.

Trotz dieses eigentlich eindeutigen Kräfteverhältnisses benötigte die CSU-Fraktion bis Anfang September vier Abstimmungen, um ihre Haltung in der Staatspräsidentenfrage festzulegen. In den ersten beiden Abstimmungen am 29. Juli und 19. August 1946 sprach sich die Fraktion dafür aus, in der zweiten Abstimmung, als ein Vorschlag Michael Horlachers zur Debatte stand, der die Grundlage interfraktioneller Verhandlungen mit der SPD bilden sollte, stimmte bei drei Enthaltungen lediglich ein CSU-Abgeordneter dagegen⁶⁹. Nachdem sich jedoch die SPD-Fraktion gegen den Willen des Ministerpräsidenten gegen ein Staatsoberhaupt ausgesprochen hatte⁷⁰, schien die Stimmung unter den Abgeordneten der CSU umzuschlagen: In einer Fraktionssitzung, bei der allerdings lediglich 50 bis 60 Mandatsträger anwesend waren – Gegner des gefaßten Beschlusses sprachen deshalb abfällig von einer Sitzung der „Rumpffraktion“ –, lehnte nun auch die Mehrheit der CSU-Abgeordneten einen bayerischen Staatspräsidenten ab⁷¹.

Am 2. September kam es in der Unionsfraktion zu einer entscheidenden Auseinandersetzung über die Frage, ob das Staatspräsidentenamt in der neuen Verfassung verankert werden sollte⁷². Die Diskussion wies dabei deutliche Parallelen zu den diesbezüglichen Landtagsdebatten aus den Jahren der Weimarer Republik auf, nur mit dem Unterschied, daß die Konflikte nun innerhalb der CSU ausgetragen wurden, die neben wesentlichen Teilen der untergegangenen BVP auch Kräfte aus dem fränkisch-protestantischen und dem liberalen Lager sowie aus den Reihen des ehemaligen Bayerischen Bauernbundes absorbiert hatte. Die Befürworter des Staatspräsidenten sahen in dieser Frage einen Angelpunkt der gesamten Verfassungsverhandlungen, und der Münchner Stadtrat Franz Fackler betonte, „daß in weitesten Kreisen der Union die Schaffung des Staatspräsidenten als der Prüfstein angesehen wird, an dem die Einstellung der

diesem Kontext auch ACSP, CSU-LTF I, 2–10, Denkschrift Karl Scharnagls „Die demokratische Gestaltung der Staatsführung“ vom 22. 4. 1946.

⁶⁷ Zu Ehards Arbeit in der Verfassungsgebenden Landesversammlung vgl. Gelberg, Hans Ehard, S. 35 ff.

⁶⁸ Zu den Funktionsträgern in der Verfassungsgebenden Landesversammlung und in den einzelnen Fraktionen vgl. Handbuch politischer Institutionen und Organisationen, S. 88.

⁶⁹ Vgl. Schmidt, Staatsgründung und Verfassungsgebung, Bd. 1, S. 212 ff.; dort auch eine Zusammenfassung der Diskussion um den Staatspräsidenten in der CSU-Fraktion von Ende Juli bis September 1946.

⁷⁰ Vgl. Karl-Ulrich Gelberg, Die Protokolle der SPD-Fraktion in der bayerischen Verfassungsgebenden Landesversammlung 1946, in: ZfBLG 60 (1997), S. 1051–1093, hier S. 1062–1066.

⁷¹ ACSP, NL Müller 208, Protokoll der Sitzung der CSU-Fraktion in der Verfassungsgebenden Landesversammlung am 2. 9. 1946; danach auch das folgende. Die Befürworter des Staatspräsidenten warfen ihren fränkischen Kollegen vor, sie hätten durch gezielte Indiskretionen über die uneinheitliche Haltung innerhalb der CSU-Fraktion das negative Votum der SPD mit verursacht. Josef Müller dagegen war der Meinung, diese unbewiesene Behauptung, die auf Erklärungen des Ministerpräsidenten zurückginge, sei lediglich ein Bluff Wilhelm Hoegners, der versuche, die Verantwortlichkeiten für die Ablehnung des Staatspräsidenten in seiner eigenen Fraktion zu verschleiern.

⁷² Zur Sitzung der CSU-Fraktion in der Verfassungsgebenden Landesversammlung am 2. 9. 1946 (mit ausführlichen Zitaten aus dem Sitzungsprotokoll) vgl. In Verantwortung für Bayern, S. 68–76.

Union zum bayerischen Gedanken sich erweisen muss“⁷³. Aber auch für die Gegner einer solchen Institution war diese Angelegenheit von grundsätzlicher Bedeutung, so daß die Diskussion allen Appellen zur Sachlichkeit zum Trotz äußerst turbulent verlief. Nach Meinung der Fraktionsmehrheit sollte ein Staatspräsident im künftigen Verfassungsgefüge des Freistaates Bayern eine gleichsam außenpolitische und eine innerbayerische Funktion erfüllen und damit sowohl Bayern nach außen vertreten als auch zur Stabilisierung des parlamentarischen Regierungssystems beitragen. Überdies hegte man die Hoffnung, daß sich die Verankerung des Staatspräsidentenamtes in der Verfassung präjudizierend auf die Gestaltung der Verfassungsordnungen in den anderen süddeutschen Ländern auswirken würde⁷⁴. Sekundiert von Anton Pfeiffer und Hans Nawiasky übernahm es Hans Ehard, der Fraktion die staats- und verfassungsrechtliche Seite der Staatspräsidentenfrage noch einmal zu erläutern. Bei allen Parallelen zu Verfassungsdebatten der zwanziger Jahre⁷⁵ und bei allen Vorurteilen und aller Skepsis gegenüber der Funktionsfähigkeit einer von politischen Parteien getragenen parlamentarischen Demokratie machten die Redner immer wieder deutlich, daß sie anders als in der Weimarer Republik nicht mit autoritären oder autokratischen Ordnungsmodellen liebäugelten⁷⁶. Sie versuchten auch, der Institution des Staatspräsidenten den Hauch des Reaktionären zu nehmen⁷⁷. Der spätere Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende ließ keinen Zweifel daran, daß seiner Meinung nach ein bayerischer Staatspräsident „die Krönung eines absolut durchgebildeten demokratischen Staatssystems“ sei, und nützte die Gelegenheit, der Fraktion die Grundzüge seines Föderalismusverständnisses vorzutragen:

„Der Staatspräsident soll doch nicht etwa der Exponent oder das äußere Zeichen eines Separatismus oder so etwas ähnliches sein. Keineswegs. Der Staatspräsident soll zeigen, daß wir ein eigener bayerischer Staat sind, der bei der Bildung des Reiches, das wir alle anstreben, entscheidend mitzureden hat. Er soll gewissermaßen auch nach außen das Zeichen sein: Der Staat Bayern will

⁷³ ACSP, CSU-LTF II/1, 15–12/2, Franz Fackler an Alois Hundhammer vom 30. 8. 1946; ähnlich auch CSU-LTF I, 15–20/0, Karl Bickleder an Alois Hundhammer vom 17. 9. 1946, und CSU-LTF I, 2–10, Hans Wutzlhofer an Alois Hundhammer vom 17. 8. 1946.

⁷⁴ Die wichtigsten Aspekte der Diskussion finden sich in der Denkschrift Otto Scheffbecks „Gründe für die Schaffung des Amtes eines Bayerischen Staatspräsidenten“ und in der umfangreichen Stellungnahme des Arbeitskreises für Verfassungsfragen „Staatspräsident und Staatsregierung“; ACSP, CSU-LTF I, 2–10.

⁷⁵ Ehard wählte sogar ähnliche Formulierungen. So führte er aus (ACSP, NL Müller 208, Protokoll der Sitzung der CSU-Fraktion in der Verfassungsgebenden Landesversammlung am 2. 9. 1946): „Nun muß man den Staatspräsidenten – das sei vorausgeschickt – nach zwei Seiten sehen, mit dem Blick ins Reich und mit dem Blick nach Bayern. Was soll nun dieser Staatspräsident zunächst bedeuten, wenn man ihn mit dem Blick ins eigene Land sieht? Er soll ein ruhender Pol in der Erscheinungen Flucht sei[n].“ Ministerpräsident Eugen von Knilling hatte im November 1922 vor dem Landtag betont: „Im Zusammenhange damit wird auch die unter dem Gesichtspunkte der Staatspersönlichkeit Bayerns erhobene Forderung nach Schaffung eines Staatspräsidenten zu behandeln sein. Nach meiner Meinung haben gerade die jüngsten Vorgänge neuerdings bestätigt, daß im Staatsleben ein fester Pol in der Flucht der parlamentarischen Erscheinungen nicht entbehrt werden kann.“ Stenographischer Bericht über die 145. öffentliche Sitzung des Bayerischen Landtags am 9. 11. 1922, S. 10.

⁷⁶ Vgl. Stenographischer Bericht über die 27. Sitzung des Verfassungsausschusses am 2. 9. 1946, in: Verhandlungen des Verfassungsausschusses der Verfassungsgebenden Landesversammlung Bayerns, München 1946, S. 591–594 (Redebeiträge Ehards, Hoegners und Horlachers).

⁷⁷ ACSP, NL Müller 208, Protokoll der Sitzung der CSU-Fraktion in der Verfassungsgebenden Landesversammlung am 2. 9. 1946 (danach auch das folgende), oder ACSP, CSU-LTF I, 2–10, von mehreren CSU-Abgeordneten unterzeichnete Erklärung zur Staatspräsidentenfrage, undatiert.

den Bundesstaat, will das Reich, aber bei dem Aufbau des Reiches wollen wir ein entscheidendes Wort mitreden. Wir wollen nicht bloß bei dem Aufbau des Reiches ein entscheidendes Wort mitreden, wir wollen das auch bei der Verwaltung des Reiches tun. Wir wollen diesen Staatspräsidenten gewissermaßen nach außenhin stellen, um damit zu zeigen, wir wollen es nicht, daß in Berlin ein General oder mehrere Generäle einen Befehl erteilen, und wir müssen die Ha[c]ken zusammenschlagen und zu allem Ja und Amen sagen. [...] Er ist nicht bloß ein rein äußeres Zeichen, er ist in der jetzigen Situation ein offenes, klares Bekenntnis zum Föderalismus in dem Sinne, daß wir ein föderativ aufgegliedertes Reich gründen wollen. Wir wollen den Staatspräsidenten nicht deshalb, weil wir in Bayern ei[ne] Eigenstaatlichkeit im Sinne eines Separatismus wollen, sondern weil wir mit diesem sichtbaren Repräsentanten unseren föderativen Gedanken nach außenhin dokumentieren wollen. [...] Was daran etwa auszusetzen sein könnte, das kann ich – wenn ich diese politische Bemerkung dazufügen darf – praktisch nicht einsehen.“

Obwohl die Befürworter des Staatspräsidentenamtes immer wieder versuchten, die Bedenken ihrer widerstrebenden Fraktionskollegen zu zerstreuen, ließ sich die Mehrheit der fränkischen CSU-Abgeordneten, unterstützt durch einige schwäbische und alt-bayerische Mandatsträger, nicht von der Notwendigkeit eines solchen Verfassungsorgans überzeugen. So befürchteten sie, ein bayerischer Staatspräsident könnte sich bei der Eingliederung Bayerns in einen künftigen deutschen Staat als Hindernis erweisen, und August Haußleiter warnte davor zu glauben, man könne „zu irgendeiner Kleinstaatlichkeit etwa im Stile 1648“ zurückkehren. Zwar lehnte auch Haußleiter einen zentralistisch verfaßten deutschen Staat ab und bekannte sich auch im Namen seiner politischen Freunde zu einem Föderalismus mit Blick auf den „europäischen Kulturzusammenhang“. Bezüglich des Staatspräsidenten war er aber der Auffassung, daß dieses Verfassungsorgan ein „Rückschritt“ zu einer unzeitgemäßen und historisch überholten „Kleinstaatlichkeit“ sei.

Ein weiteres Argument der Staatspräsidentengegner in der Unionsfraktion war rein verfassungspolitischer Natur. Man befürchtete nämlich einen „Überhang der Exekutive gegenüber der Legislative“, wenn neben einen starken Ministerpräsidenten – wie ihn der Verfassungsentwurf vorsah – auch noch ein mit bedeutenden Rechten ausgestatteter Staatspräsident treten würde. Auf die jüngste Vergangenheit verweisend, warnte der ehemalige deutsche Botschafter in den USA, von Prittwitz und Gaffron, daß eine starke Staatsspitze gerade in Krisenzeiten nicht unbedingt zur Stabilisierung der Demokratie beitragen müsse, sondern im Gegenteil auch dazu in der Lage sei, ein demokratisch gewähltes Parlament auszuschalten. Weiterhin fürchteten nicht nur verschiedene CSU-Abgeordnete, daß ein bayerischer Staatspräsident die Vorstufe einer Restauration der Monarchie bedeuten könnte, wozu trotz aller gegenteiligen Beteuerungen von seiten der Befürworter des Staatspräsidentenamtes sowohl das Taktieren Hundhammers im Verfassungsausschuß beitrug⁷⁸ als auch das Gerücht, ein Mitglied des Hauses Wittelsbach solle zum Präsidenten des Freistaates Bayern gewählt werden⁷⁹. Den verbal schärfsten Angriff gegen die Verankerung des Staatspräsidentenamtes in der bayerischen Verfassung führte der unterfränkische Abgeordnete Hanns Seidel, Jahre später einer der energischsten Reformer der bayerischen Unionspartei:

„Und nun zur rechtlichen Frage. Der Herr Oberbürgermeister Dr. Scharnagl will einen starken Staatspräsident, der Minister Dr. Baumgartner wahrscheinlich einen noch stärkeren, der Herr

⁷⁸ Vgl. dazu Stenographischer Bericht über die 30. Sitzung des Verfassungsausschusses am 5. 9. 1946, S. 659–664.

⁷⁹ SZ vom 11. 10. 1946: „Die parteipolitische Diskussion um den Staatspräsidenten“.

Dr. Sedl[mayr] wünscht einen schwachen Staatspräsident, und in dem Beschluß, der letztthin auf Veranlassung von Kollegen Dr. Horlacher gefaßt wurde, handelte es sich auch um einen schwachen Staatspräsidenten. Denn seine Befugnisse waren ja entsprechend eingeschränkt. Nun frage ich Sie, meine Herren, kann mit einem schwachen Staatspräsidenten, mit einer Scheinfigur die Eigenstaatlichkeit Bayerns gewährleistet und sichergestellt werden? Ich sage nein. Die Eigenstaatlichkeit Bayerns kann nur durch das Parlament, durch den Landtag sichergestellt werden, niemals durch einen Staatspräsidenten. [...] Etwas Weiteres. Der Herr Oberbürgermeister Dr. Scharnagl spricht von einem starken unabhängigen Staat, von einem Staatenbund. Diese Äußerungen, ich sage es ganz ehrlich, veranlaßten uns Franken, besonders vorsichtig zu sein. Denn seien Sie sich darüber klar, wenn wir Deutschland sagen, dann meinen wir in Franken auch das Reich. Wir sehen die Wiedererstehung des Reiches herbei. Dies ist eine vaterländische deutsche Pflicht. [...] Das hat nichts damit zu tun, daß wir auch ein starkes Bayern wünschen. [...] Die Frage hat natürlich auch eine psychologische Seite. Leute, die einen Minister, der zu uns in die Fraktion kommt und ein Referat hält, mit hochverehrter Herr Minister anreden, in der dritten Person ansprechen, in Bücklingen erstarren, ihr Gesicht zu einem süßen Lächeln verziehen, während sie dann, wenn eine unserer tapferen Frauen auftritt, nur ein hämisches Grinsen übrig haben, solche Leute brauchen eine solche Institution, um ihre Untertan[en]gefühle abzureagieren. [...] Leute, die kein wirkliches Vertrauen zur Demokratie und zum Parlament haben, brauchen natürlich einen Staatspräsidenten.“⁸⁰

Diese Diskussion machte erneut deutlich, wie wirkungsmächtig die nur mühsam überbrückten innerbayerischen Brüche und Spannungen noch 1946 gewesen sind und wie sehr die Staatspräsidentenfrage dazu angetan war, einen Keil zwischen die nord- und südbayerischen Abgeordneten der CSU zu treiben. Für August Haußleiter war dementsprechend auch die „Kernfrage“ der gesamten Debatte, wie ein starker Freistaat und zugleich der Zusammenhalt zwischen Franken und Südbayern zu sichern sei, ohne den Eindruck isolationistischer Tendenzen zu erwecken⁸¹. Konfliktverschärfend kam hinzu, daß die Gegner des Staatspräsidentenamtes in der Unionsfraktion den Beateuerungen ihrer Kollegen, sie würden weder separatistische noch partikularistische oder monarchistische Ziele verfolgen, keinen Glauben schenkten, und daß andererseits die Fraktionsmehrheit die Bekenntnisse fränkischer Abgeordneter zu den Prinzipien des Föderalismus nicht ernst nahm⁸².

Daß der bloße Sachkonflikt um das Staatspräsidentenamt nicht allein für die Schärfe der Auseinandersetzung verantwortlich sein konnte, war vor allem den Gegnern einer solchen Institution durchaus bewußt. Vielmehr waren es die damit verknüpften Erwartungen und Hoffnungen auf der einen sowie die Befürchtungen auf der anderen Seite, die die Verhandlungen in der Fraktion entscheidend prägten und die „Diskussion um das große Symbol Bayerns“ zeitweise zu einer Gefahr für die Einheit der CSU werden ließen. Auch wenn die Sprecher der Fraktionsmehrheit wieder und wieder betonten, ein bayerischer Staatspräsident müsse aus bloßen staatspolitischen Notwendigkeiten in der Verfassung verankert werden, so spricht der Diskussionsverlauf ebenso eine andere Sprache wie die Reaktion der unterlegenen Abgeordneten, nachdem sich die an-

⁸⁰ ACSP, NL Müller 208, Protokoll der Sitzung der CSU-Fraktion in der Verfassungsgebenden Landesversammlung am 2. 9. 1946; danach auch das folgende.

⁸¹ Auch altbayerische Abgeordnete wie der Regensburger Stadtrechtsrat Hermann Bauer anerkannten das Interesse des fränkisch-protestantischen Bevölkerungsteils, „in seinen fundamentalen Lebensinteressen nicht durch die zahlenmäßige Überlegenheit des katholischen Südens überstimmt zu werden“, weil es ein „unbedingt glaubenswürdiges und beachtenswertes Interesse“ wäre, das mit „dem Bestand der Union aufs engste verknüpft“ sei. Ebenda.

⁸² Vgl. die erregte Auseinandersetzung zwischen Otto Scheffbeck und Josef Müller; ebenda.

wesenden Mitglieder der Unionsfraktion Ende August gegen das Staatspräsidentenamt ausgesprochen hatten: Eine Ablehnung des Staatspräsidenten in der Fraktion, so die dunkle Prophezeiung, bedeute nichts anderes als das „*finis Bavariae*“.

Besonnene Stimmen hatten in diesem Grundsatzkonflikt zwischen bayerischer Staatsideologie⁸³ und programmatisch-politischer Neuorientierung von vornherein nur eine geringe Chance, Gehör zu finden⁸⁴. Dagegen wurden schon bald Drohungen laut, die die CSU als christlich-interkonfessionelle Sammlungspartei in Frage stellten. Schon zu Beginn der Sachdebatte hatte Scharnagl angekündigt:

„Wenn in einer so entscheidenden Frage die Union versagen würde, dann würde man in den weitesten Teilen – jetzt will ich ganz vorsichtig sprechen des altbayerischen Volkes – die Union nicht mehr verstehen. Dann könnte ich nicht mehr die Hände ins Feuer legen für die Aufrechterhaltung der Einheit und der Geschlossenheit der Union.“

Ein echter Kompromiß konnte in dieser Atmosphäre nur schwer gefunden werden, ja der Wille zur Kompromißbereitschaft scheint überhaupt nicht besonders ausgeprägt gewesen zu sein. So kam es nach einer mehr als siebenstündigen Diskussion zur Kampfabstimmung in der Fraktion, und zwar auf der Grundlage des Antrages von Michael Horlacher, den die Fraktion bereits einmal angenommen und dann wieder verworfen hatte⁸⁵. Diesmal war das Ergebnis keine Überraschung: Von den 101 Abgeordneten, die an der Abstimmung teilnahmen, stimmten 71 für die Verankerung des Staatspräsidentenamtes in der Verfassung, 29 stimmten dagegen, und ein Abgeordneter enthielt sich der Stimme.

Besondere Bedeutung für die Meinungs- und Willensbildung in der Staatspräsidentenfrage kam der Position des Parteivorsitzenden zu. Intern hatte Josef Müller schon im Juli 1946 keinen Zweifel daran gelassen, daß er einem bayerischen Staatsoberhaupt ablehnend gegenüberstand, da er befürchtete, „daß wohl nicht mit Unrecht in Bayern die Stelle eines Staatspräsidenten mit der Hoffnung auf eine monarchische Spitze im Laufe der Zeit verknüpft werde“⁸⁶. Doch obwohl der Zusammenhang zwischen der Staatspräsidenten- und der Monarchiefrage für den überzeugten Republikaner Müller⁸⁷ evident war, taktierte er in der Unionsfraktion wie auch im Landesausschuß zunächst vorsichtig, um die ohnehin gespannte Situation nicht zusätzlich zu verschärfen⁸⁸. Im Laufe der Diskussion zeigte sich jedoch bald, daß Müller auch in Verfassungsfragen andere politische Prioritäten setzte als diejenigen CSU-Politiker, die „unter allen Um-

⁸³ Vgl. dazu Mintzel, *Geschichte der CSU*, S. 300.

⁸⁴ ACSP, NL Müller 208, Protokoll der Sitzung der CSU-Fraktion in der Verfassungsgebenden Landesversammlung am 2. 9. 1946; danach auch das folgende.

⁸⁵ Der Antrag lautete folgendermaßen: „Die Fraktion erklärt sich für die Schaffung eines Staatspräsidenten zur Sicherung des demokratischen Funktionierens der Verfassung. Zu diesem Zwecke steht die CSU auf dem Standpunkt, daß der Staatspräsident a. vom Landtag gewählt wird, daß b. hinsichtlich der zu wählenden Person des Staatspräsidenten Bestimmungen in die Verfassung aufgenommen werden, die die demokratische Gesinnung des Staatspräsidenten absolut sicherstellen. [...] c. Der Staatspräsident kann normalerweise nicht in die politische Funktion des Ministerpräsidenten und dessen Verantwortlichkeit gegenüber dem Landtag eingreifen.“ Ebenda.

⁸⁶ Ausführungen Josef Müllers vor dem Ochsen-Club am 24. 7. 1946, in: *Lehrjahre*, S. 85.

⁸⁷ Vgl. Hettler, *Josef Müller*, S. 240f.

⁸⁸ ACSP, NL Müller 208, Protokoll der Sitzung der CSU-Fraktion in der Verfassungsgebenden Landesversammlung am 2. 9. 1946; Protokoll der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 6. 9. 1946 in München, in: *Protokolle und Materialien*, S. 578. In seinen Memoiren schrieb Müller dagegen: „Die neue Verfassung sah u. a. auch einen Bayerischen Staatspräsidenten vor, eine Institution, gegen die ich mich sofort zur Wehr setzte.“ Müller, *Konsequenz*, S. 333.

ständen“ ein bayerisches Staatsoberhaupt durchsetzen wollten⁸⁹. Der Vorsitzende der bayerischen Unionspartei warf den Verfechtern des Staatspräsidentenamtes vor, durch die Art und Weise der Diskussion würden „Fragen zweiter, dritter Ordnung zu Fragen erster Ordnung“ hochstilisiert und so behandelt, „als ob das Weltanschauungsfragen oder kulturelle Fragen“ wären⁹⁰. Er warnte davor, staatspolitische Fragen allzu sehr in den Mittelpunkt zu rücken, und gab der Überzeugung Ausdruck, daß die politische Zukunft Bayerns und Deutschlands von der Bewältigung anderer dringender Probleme abhängen werde. Mit Blick auf die Weimarer Republik führte der CSU-Vorsitzende weiter aus: „Die Entwicklung eines Jahrzehnts hat diese ganzen schönen Verfassungen [gemeint ist vor allem die bayerische Verfassung von 1919] überhaupt über den Haufen geworfen und die ganze Demokratie durch andere dynamische Kräfte überspielt.“ Und mit bitterer Ironie fügte der Ochsenpapp hinzu: „Gehen Sie hinein und fragen Sie meinestwegen in einem Flüchtlingslager, ob die Leute irgendeinen Sinn für die Staatspräsidentenfrage haben.“ Unter anderem⁹¹ waren es die nicht verstummenden Gerüchte, der Sozialdemokrat Wilhelm Hoegner sei nach einer Absprache mit Teilen der CSU-Fraktion der aussichtsreichste Kandidat für das Staatspräsidentenamt, die Müller in seinem Nein zu dieser Institution bestärkten⁹². Schließlich fürchtete der Vorsitzende der bayerischen Unionspartei auch, daß eine rücksichtslose Durchsetzung des Staatspräsidentenamtes durch die Fraktionsmehrheit im schlimmsten Fall zur Spaltung der CSU führen könnte⁹³.

Um dies zu verhindern und um den Gegnern eines Staatsoberhauptes in Fraktion und Partei die Möglichkeit zu geben, ihre Interessen auch gegen die Fraktionsmehrheit zu vertreten, hatte Müller schon früh gefordert, bei der Abstimmung über den Staatspräsidenten den Fraktionszwang aufzuheben⁹⁴. Während der turbulenten Fraktionssitzung am 2. September drohte er erstmals offen, er werde den Landesausschuß einberufen, falls irgendeine Form des Fraktionszwangs beschlossen werde⁹⁵. Diese Erklärung provozierte heftige Reaktionen bei der Fraktionsmehrheit. Hundhammer bemerkte sofort, daß der einzelne Mandatsträger „bei einer Stimmabgabe nicht einem Auftrag der Lan-

⁸⁹ So z. B. Hans Ritter von Lex, 1932/1933 Reichstagsabgeordneter der BVP und 1949–1960 Staatssekretär im Bundesinnenministerium, der vor dem Landesausschuß die Position der Befürworter des Staatspräsidentenamtes vertrat; Protokoll der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 6. 7. 1946 in München, in: Protokolle und Materialien, S. 452.

⁹⁰ ACSP, NL Müller 208, Protokoll der Sitzung der CSU-Fraktion in der Verfassungsgebenden Landesversammlung am 2. 9. 1946; das folgende nach ebenda.

⁹¹ Die Gründe für seine ablehnende Haltung faßte Müller am 30. 10. 1946 in einem Memorandum zusammen, das abgedruckt ist in: Müller, Konsequenz, S. 333–337.

⁹² Protokoll der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 6. 9. 1946 in München, in: Protokolle und Materialien, S. 580 und S. 586. Hartmut Mehringer, Waldemar von Knoeringen. Eine politische Biographie. Der Weg vom revolutionären Sozialismus zur sozialen Demokratie, München u. a. 1989, S. 284, ist der Meinung, Hoegner habe sich zwar Chancen ausgerechnet, zum ersten bayerischen Staatspräsidenten gewählt zu werden, spricht aber ansonsten ohne Quellenbeleg davon, daß diesbezügliche Gerüchte von „Josef Müller und seinen Anhängern“ ausgestreut worden seien. Anders dagegen Hettler, Josef Müller, S. 246 ff. Interessant ist auch das Gerücht von einer möglichen Kandidatur Kardinal Faulhabers; ACSP, CSU-LTF I, 2–10, Aktennotiz August Haußleiters über ein Gespräch mit Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg vom 12. 9. 1946.

⁹³ ACSP, NL Müller 208, Protokoll der Sitzung der CSU-Fraktion in der Verfassungsgebenden Landesversammlung am 2. 9. 1946.

⁹⁴ Ausführungen Josef Müllers vor dem Ochsen-Club am 10. 7. 1946, in: Lehrjahre, S. 79 f.

⁹⁵ ACSP, NL Müller 208, Protokoll der Sitzung der CSU-Fraktion in der Verfassungsgebenden Landesversammlung am 2. 9. 1946.

desversammlung“ unterliege, der Abgeordnete Adolf Pfeuffer kündigte an, er werde einem Beschluß des Landesausschusses in keinem Fall Folge leisten, und Michael Horlacher zog sogar das Demokratieverständnis des Parteivorsitzenden in Zweifel.

Offiziell hatte die Parteiführung bereits wenige Tage nach der Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung zum Spannungsverhältnis zwischen Partei- und Fraktionsdisziplin auf der einen und der Meinungs- und Entscheidungsfreiheit auf der anderen Seite Stellung genommen⁹⁶. Da die CSU eine große, aber weltanschaulich gebundene Sammlungspartei „von Menschen verschiedenster Prägung und Auffassung“ sei, so hieß es in einem von Josef Müller gezeichneten Rundschreiben, müßten alle Parteimitglieder das Recht haben, ihre Überzeugungen in der Partei offen zu vertreten, und zwar in dem Bewußtsein, daß auch Minderheitspositionen Respekt und Gehör fänden. Gleichzeitig forderte der Landesvorsitzende jedoch Parteidisziplin, damit die „Freiheit der Auseinandersetzung in Einzelheiten nicht in Ziellosigkeit ausartet“. Sollte sich keine Einigung erzielen lassen, dann müsse eine Abstimmung entscheiden, der sich die Minderheit zu fügen habe. Daß der Parteichef diese Fragen allerdings sehr differenziert beurteilte, machte er den Abgeordneten seiner Fraktion am 15. Juli in einer einfühlsamen Rede klar:

„Es wird das manchmal akut sein, zu bedenken, wenn Sie als freie Abgeordnete zu entscheiden haben, inwieweit Sie sich im Rahmen der Fraktion binden, wenn zur Frage steht, inwieweit Sie sich der Fraktionsdisziplin unterwerfen wollen. Viele an sich wertvolle Begriffe sind durch das vergangene Regime restlos verbraucht worden. So haben Worte wie Disziplin und Autorität beinahe ihren Sinn verloren, wir müssen ihnen erst wieder einen neuen Inhalt geben. Sie werden auch in der Fraktion als freie Männer entscheiden müssen, und es wird die Kunst der Führung sein, dafür zu sorgen, dass Sie möglichst wenig in Ihren Entscheidungen gebunden werden. Zwang soll nur dort angesetzt werden, wo irgendeine Zwangsherrschaft im Entstehen begriffen ist. Zwang muß zur Seltenheit werden. Wir können eine einheitliche Willensentscheidung nur dann verlangen, wenn es um höchste Werte geht, wie um die Kulturgüter, um den Bestand des Vaterlandes und der Heimat, und wenn es gilt, Front zu machen gegen das Aufkommen neuer Diktaturlüste. Sonst wollen wir möglichst wenig Zwang und möglichst selten das Wort Disziplin gebrauchen. Wir müssen so zusammenwirken, dass nicht eine Majorität eine Minorität majorisiert. [...] Es wird so sein, dass wir in den Tagesfragen unsere Meinungen nicht immer auf einen Nenner bringen können. Widerstehen Sie in solchen Fällen der Versuchung, sich immer und unter allen Umständen persönlich durchsetzen zu wollen. Das würde nur die Union gefährden.“⁹⁷

Virulent wurde dieses Problem aber erst im Zuge der Auseinandersetzungen um die Staatspräsidentenfrage. Die zuständigen Gremien der Partei, der Landesauschuß und der kleinere Landesarbeitsauschuß, hatten sich bereits wenige Tage nach der Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung am 5. und 6. Juli 1946 damit befaßt⁹⁸. Am 6. September tagte der Landesauschuß erneut. Müller hatte die Delegierten nicht nur zusammengerufen, um über Programm- und Satzungsfragen zu beraten, sondern vor allem, um eine Entscheidung der Partei über das strittige Problem Fraktionszwang herbeizuführen. Von Anfang an kämpften beide Seiten mit harten Bandagen. Die par-

⁹⁶ IfZ-Archiv, ED 132 NL Baumgartner 2, Rundschreiben Josef Müllers vom 5. 7. 1946; die folgenden Zitate ebenda.

⁹⁷ ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Sitzung der CSU-Fraktion in der Verfassungsgebenden Landesversammlung am 15. 7. 1946.

⁹⁸ Protokoll der Sitzung des Landesarbeitsausschusses der CSU am 5. 7. 1946 in München und Protokoll der Sitzung des Landesauschusses der CSU am 6. 7. 1946 in München, in: Protokolle und Materialien, S. 414 ff. und S. 450–453.

teinterne Opposition versuchte, den Verlauf der Sitzung durch die Hereinnahme von Gästen zu beeinflussen, die diesem Gremium nicht angehörten. Müller konterte und setzte mit aller Härte der Geschäftsordnung durch, daß die Personen, die nicht zu den Mitgliedern des Landesausschusses gehörten oder ausdrücklich von der Landesleitung eingeladen worden waren, den Saal verlassen mußten⁹⁹. Als der Landesausschuß in die Debatte über den Problemkomplex Staatspräsident und Fraktionszwang eintrat, versuchte Josef Müller, die erhitzten Gemüter mit dem Hinweis zu beruhigen, es sei nicht Sache der Parteigremien, den Abgeordneten in Entscheidungen über konkrete Sachfragen vorzugreifen, reizte sie aber gleich darauf wieder, als er erklärte, der Landesausschuß müsse prinzipiell über die Frage entscheiden, ob die Mandatsträger der CSU einem Fraktionszwang unterworfen werden könnten¹⁰⁰.

Die anschließende Auseinandersetzung zwischen dem Landesvorsitzenden und seinem Gegenspieler Hundhammer verrät viel über die gegensätzlichen Auffassungen bezüglich des Verhältnisses von Partei und Fraktion. Während Müller die Fraktion als Teil der Partei betrachtete und daraus Einflußmöglichkeiten der Parteigremien ableitete, verteidigte Hundhammer die Autonomie der Volksvertreter mit scharfen Worten. Er sprach dem Landesausschuß zwar nicht das Recht ab, strittige Themen zu diskutieren und sich mit Vorschlägen an die Fraktion zu wenden, machte aber unmißverständlich klar, daß die Entscheidung letztlich bei den Abgeordneten liege. Auch darüber, ob Fraktionszwang geübt werde oder nicht, könne kein Gremium der Partei entscheiden. Nach „alter parlamentarischer Sitte“, so Hundhammer weiter, habe lediglich die Fraktion „die Möglichkeit, bei bestimmten Fragen festzulegen, daß die Fraktionsmitglieder zu einem bestimmten Problem geschlossen abstimmen“.

Diesmal befand sich der streitbare Fraktionsvorsitzende allerdings in der schlechteren Ausgangsposition. Sein Kontrahent Josef Müller wußte nicht nur die Mehrheit des Landesausschusses hinter sich, sondern hatte noch ein weiteres As im Ärmel: eine Stellungnahme der amerikanischen Militärregierung zur Frage des Fraktionszwangs, die seine Position stützte¹⁰¹. Hanswolf Haunhorst, der als Verbindungsmann zwischen der Landesgeschäftsstelle der CSU und der Militärregierung fungierte, referierte den Standpunkt der Besatzungsmacht:

„Ein Fraktionszwang kommt grundsätzlich nicht in Frage. [...] Die gewählten Vertreter sind nur ihren Wählern verantwortlich. Die Fraktion als Fraktion hingegen ist der Partei verantwortlich. Denn sie bedeutet den Zusammenschluß der Abgeordneten, die von der Partei im Parlament aufgestellt worden sind.“

⁹⁹ Protokoll der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 6. 9. 1946 in München, in: Protokolle und Materialien, S. 515ff. Die Taktik, durch „Gäste“ den Verlauf von Diskussionen und Abstimmungen zu beeinflussen, hatte Josef Müller in den parteiinternen Führungs- und Flügelkämpfen bereits erfolgreich erprobt. Vgl. dazu den Bericht über eine Sitzung des Dienstag-Clubs am 2. 4. 1946, in: Lehrjahre, S. 37–41.

¹⁰⁰ Protokoll der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 6. 9. 1946 in München, in: Protokolle und Materialien, S. 567 und S. 576. Das folgende nach ebenda, S. 567f. und S. 575f.; das Zitat findet sich auf S. 575.

¹⁰¹ Haunhorst und Müller erklärten, sie hätten ihre Informationen von der „Politischen Abteilung“ der amerikanischen Militärregierung in Bayern erhalten. Eine offizielle Stellungnahme von OMGBY wurde jedoch nicht verlesen, wie dies in anderen Fällen geschehen war, so daß sich der Verdacht nicht ausschließen läßt, daß der CSU-Vorsitzende lediglich eine informelle Auskunft eines ihm nahestehenden Offiziers der Militärregierung eingeholt hat. Ebenda, S. 576. Dort auch die beiden folgenden Zitate.

Haunhorst interpretierte diese Feststellung so, daß die Partei sich entschließen könne, einen Abgeordneten, der gegen die offizielle politische Linie verstoße, bei den nächsten Wahlen nicht mehr zu nominieren. Josef Müller ging jedoch wesentlich weiter. Er sah seine eigene Position, die Fraktion sei ein Teil der Partei und dürfe die frei gewählten Abgeordneten nicht zu einer einheitlichen Stimmabgabe zwingen, nicht nur voll bestätigt, sondern versuchte auch, die Stellungnahme der Militärregierung als Hebel zu benutzen, um die widerspenstige Mehrheit der Unionsfraktion zu bewegen, den politischen Führungsanspruch der Parteileitung anzuerkennen:

„Die Fraktion ihrerseits kann einen Zwang nicht aussprechen. [...] Die Partei als solche kann allerdings eine einheitliche Abstimmung vorsehen und gegebenenfalls anordnen. Sie muß es dann dem einzelnen Abgeordneten überlassen, dem Folge zu leisten. Leistet er nicht Folge, so kann er die Konsequenzen ziehen oder die Partei kann ihm gegenüber die Konsequenzen ziehen.“

Müller versuchte so, den Spieß umzudrehen und den Primat der Führungsgremien der CSU auch mit Hilfe disziplinarischer Drohungen gegen die Mandatsträger durchzusetzen. Damit war der Konflikt um das Staatspräsidentenamt zumindest vorübergehend in den Hintergrund gerückt. Hatten der Parteivorsitzende und seine politischen Freunde zunächst lediglich gefordert, die Abstimmung über die Staatspräsidentenfrage freizugeben, so stand nun die Forderung im Raum, einen Fraktionszwang grundsätzlich zu verwerfen. Ein entsprechender Beschluß des Landesausschusses, dessen weitere Konsequenzen sich nicht absehen ließen, hätte zumindest zweierlei bedeutet: einen weiteren Verlust an Geschlossenheit und politischer Aktionsfähigkeit auf der einen sowie einen Zugewinn an Handlungsspielraum für den jeweils unterlegenen Teil der Fraktion auf der anderen Seite. Michael Horlacher hatte schon in der Fraktionssitzung am 2. September davor gewarnt, den Fraktionszwang aufzuheben, da dies die Arbeit der Abgeordneten und ihrer gewählten Führung erheblich erschweren würde¹⁰². Auch Josef Müller mußte konzedieren, daß eine solche Entscheidung „die parlamentarische Arbeit nicht erleichtert“. Nicht ohne kalkulierte propagandistische Wirkung vermerkte er jedoch in einem umfangreichen Memorandum zur Staatspräsidentenfrage:

„Bei weitem wichtiger ist jedenfalls die positive Auswirkung dieses Beschlusses. Man kann ihn ohne Übertreibung als den grundsätzlichen Schritt von der statischen zur dynamischen Demokratie bezeichnen. Bei jedem Abgeordneten persönlich liegt die letzte Entscheidung, nicht bei einer anonymen Parteimaschine.“¹⁰³

An diesen Maximen orientierte sich auch der Antrag, den August Haußleiter den Mitgliedern des Landesausschusses zur Entscheidung vorlegte. Demnach sollten die Abgeordneten der CSU einem Fraktionszwang prinzipiell nicht unterworfen werden können. Als frei gewählte Volksvertreter seien sie in Fragen von grundsätzlicher Bedeutung nur ihren Wählern und ihrem eigenen Gewissen verantwortlich. „Jede Einschränkung dieser Verantwortlichkeit“, so der Antrag herausfordernd, „widerspricht dem demokratischen Charakter der Union“¹⁰⁴. Die Landesausschußsitzung endete mit einem Eklat. In dem sicheren Bewußtsein, bei einer Abstimmung eine Niederlage zu erleiden,

¹⁰² ACSP, NL Müller 208, Protokoll der Sitzung der CSU-Fraktion in der Verfassungsgebenden Landesversammlung am 2. 9. 1946.

¹⁰³ Memorandum Josef Müllers zur Staatspräsidentenfrage vom 3. 10. 1946, abgedruckt in: Müller, Konsequenz, S. 333–337, hier S. 337; das vorstehende Zitat ebenda.

¹⁰⁴ Protokoll der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 6. 9. 1946 in München, in: Protokolle und Materialien, S. 595; das folgende nach ebenda, S. 594 ff.

verließen die Gegner Müllers den Saal, um das Gremium beschlußunfähig zu machen. Doch auch diese Aktion konnte nicht verhindern, daß die noch anwesenden Delegierten dem Antrag Haußleiters mit großer Mehrheit zustimmten. Offiziell feierte die CSU ganz im Sinne ihres Parteivorsitzenden die Entscheidung gegen den Fraktionszwang als einen weiteren Schritt auf dem Weg zu einer lebendigen Demokratie. Die schweren innerparteilichen Kontroversen versuchte man dagegen herunterzuspielen:

„Es war die Geburtsstunde und es waren die Geburtswehen der modernen Mehrparteien-Demokratie, die dabei zu überwinden waren. Gerade dabei hat sich aber auch die innere Festigkeit der Union erwiesen, die sich in voller Freiheit geschlossen zu ihrer christlichen und sozialen Ideenwelt bekennt.“¹⁰⁵

Mit dieser Entscheidung des Landesausschusses war für die Gegner des Staatspräsidentenamtes der Weg frei, in der Verfassungsgebenden Landesversammlung mit Nein zu stimmen. Zugleich vertieften sich aber die Gegensätze zwischen Parteiführung und Fraktionsmehrheit sichtbar, und die grundsätzliche Ablehnung des Fraktionszwangs durch den Landesausschuß sollte sich für Josef Müller schon bald als Pyrrhus-Sieg erweisen.

c) Die Ablehnung des Staatspräsidentenamtes in der Verfassungsgebenden Landesversammlung und die Folgen für die CSU

Unmittelbar nach der stürmischen Sitzung der CSU-Fraktion am 2. September beriet das zentrale Gremium der Verfassungsgebenden Landesversammlung, der Verfassungsausschuß¹⁰⁶, auf Antrag der CSU-Fraktion über die Staatspräsidentenfrage. Als Berichterstatter fungierten Hans Ehard und Ministerpräsident Hoegner¹⁰⁷. Der Vorsitzende der bayerischen Sozialdemokratie ließ ebenfalls erkennen, daß er aus staatspolitischen Erwägungen dem Amt eines bayerischen Staatspräsidenten positiv gegenüberstand, vorausgesetzt, geeignete Verfassungsbestimmungen würden einen Mißbrauch des Amtes zu reaktionären, separatistischen, militaristischen oder monarchistischen Zwecken verhindern. Gleichzeitig machte er darauf aufmerksam, daß diese Frage in der SPD-Fraktion noch nicht endgültig entschieden sei und nochmals diskutiert werden müsse. Der Verfassungsausschuß – insbesondere die Abgeordneten, die der CSU und der SPD angehörten – erarbeitete mit der Unterstützung Hans Nawiaskys in drei Sitzungen am 2., 3. und 5. September einen Entwurf, der dem Plenum der Verfassungsgebenden Landesversammlung zur Abstimmung vorgelegt werden sollte¹⁰⁸.

Als die Verfassungsgebende Landesversammlung am 12. September 1946 darüber zu entscheiden hatte, ob das Staatspräsidentenamt in der Verfassung verankert werden sollte, war der Ausgang der Abstimmung ungewiß. Zwar hatte in allen anderen wichtigen Fragen ein Kompromiß zwischen den beiden großen Parteien gefunden werden können, so daß dem Verfassungswerk eine breite Mehrheit sicher schien, doch an der

¹⁰⁵ IfZ-Archiv, ED 132 NL Baumgartner 2, Erklärung der Landesgeschäftsstelle der CSU vom 13. 9. 1946: „Die Christlich-Soziale Union in Bayern, ein Spiegelbild echter Demokratie“.

¹⁰⁶ Der Verfassungsausschuß zählte 21 Mitglieder, von denen 12 der CSU, sechs der SPD sowie je einer der WAV, der FDP und der KPD angehörten, Professor Hans Nawiasky nahm als Sachverständiger mit beratender Stimme an den Sitzungen des Verfassungsausschusses teil; zur Zusammensetzung und Arbeit des Verfassungsausschusses vgl. Schmidt, Staatsgründung und Verfassungsgebung, Bd. 1, S. 131 f.

¹⁰⁷ Stenographischer Bericht über die 27. Sitzung des Verfassungsausschusses am 2. 9. 1946, S. 591 f. (Hans Ehard) sowie S. 592 und S. 596 (Wilhelm Hoegner).

¹⁰⁸ Vgl. Schmidt, Staatsgründung und Verfassungsgebung, Bd. 1, S. 213–218.

Staatspräsidentenfrage schieden sich die Geister nach wie vor. Daß die Abgeordneten von FDP und KPD gegen das Staatspräsidentenamt stimmen würden, stand bereits vor der Abstimmung fest; die acht Abgeordneten der WAV hatten sich ihre Stellungnahme vorbehalten¹⁰⁹. Zu den Gegnern eines bayerischen Staatspräsidenten zählte auch ungefähr ein Viertel der CSU-Fraktion. Damit war klar, daß die Befürworter des Staatspräsidentenamtes in der CSU Unterstützung aus der SPD-Fraktion benötigten, wollten sie eine Entscheidung zu ihren Gunsten herbeiführen.

Gegen den Willen Hoegners hatte die SPD-Fraktion das Staatspräsidentenamt während einer Sitzung am 25. August grundsätzlich abgelehnt¹¹⁰. Nach dem Antrag der CSU, die Institution eines bayerischen Staatspräsidenten in der Verfassung festzuschreiben, debattierten die sozialdemokratischen Abgeordneten dieses Problem erneut. Auch wenn die Fraktionsmehrheit bei ihrem Nein blieb, so kristallisierte sich doch die Meinung heraus, man dürfe die Verfassung nicht an dieser Frage scheitern lassen. Eine neuerliche Abstimmung in der SPD-Fraktion am 9. September zeigte, daß die Ablehnungsfront zu bröckeln begann. 29 Abgeordnete stimmten gegen, aber immerhin 15 für einen Staatspräsidenten. Gleichzeitig beschloß die Fraktion, den Fraktionszwang für diese Abstimmung aufzuheben. Zusammen mit den ca. 80 Stimmen, die aus der CSU zu erwarten waren, hätte ein ähnliches Abstimmungsverhalten der SPD-Abgeordneten im Plenum der Verfassunggebenden Landesversammlung eine relativ sichere Mehrheit für das Staatspräsidentenamt bedeutet. Als sich aber Gerüchte verdichteten, ein Teil der CSU-Abgeordneten würde mit Nein stimmen, veränderte sich die Lage für die sozialdemokratischen Abgeordneten grundlegend: Nun konnte man das ungeliebte Staatspräsidentenamt auch gegen die scheinbar übermächtige CSU zu Fall bringen, vorausgesetzt, die Fraktion stimmte einigermaßen geschlossen.

Zusammen mit dem ersten Hauptteil der Verfassung, in dem die Bestimmungen über „Aufbau und Aufgaben des Staates“ enthalten waren, debattierten die Abgeordneten am 11. und 12. September auch über die Staatspräsidentenfrage. Wie nicht anders zu erwarten, sprachen sich prominente CSU-Politiker wie Michael Horlacher oder Karl Scharnagl für ein Staatsoberhaupt aus und führten erneut verfassungsrechtliche und staatspolitische Argumente ins Feld¹¹¹. Sie machten keinen Hehl daraus, daß sie Staatspräsidentenamt und Aufbau eines künftigen deutschen Staates in untrennbarem Zusammenhang sahen, wobei ihre Präferenz für staatenbündische Ordnungsmodelle unübersehbar war¹¹². Für den gewichtigen, aber zahlenmäßig kleinen Ministerflügel der

¹⁰⁹ Stenographischer Bericht über die 4. Sitzung der Verfassunggebenden Landesversammlung am 11.9. 1946, in: Stenographische Berichte über die Verhandlungen der Bayerischen Verfassunggebenden Landesversammlung, München 1946, S. 72, und Stenographischer Bericht über die 27. Sitzung des Verfassungsausschusses am 2.9. 1946, S. 595.

¹¹⁰ Vgl. hierzu und zum folgenden Gelberg, Protokolle, S. 1062–1080, sowie Mehringer, Waldemar von Knoeringen, S. 282 f. Zu Hoegners Eintreten für das Staatspräsidentenamt vgl. Gerhard A. Ritter, Wilhelm Hoegner (1887–1980), in: Ferdinand Seibt (Hrsg.), Gesellschaftsgeschichte. Festschrift für Karl Bosl zum 80. Geburtstag, Bd. 2, München 1988, S. 337–360, hier S. 351 f.

¹¹¹ Stenographischer Bericht über die 4. Sitzung der Verfassunggebenden Landesversammlung am 11.9. 1946, S. 77–80 (Michael Horlacher), und Stenographischer Bericht über die 5. Sitzung der Verfassunggebenden Landesversammlung am 12. 9. 1946, S. 120 f. (Karl Scharnagl).

¹¹² Horlacher sprach nicht umsonst von den künftigen „Vereinigten Staaten von Deutschland“ (Stenographischer Bericht über die 4. Sitzung der Verfassunggebenden Landesversammlung am 11. 9. 1946, S. 79), auch Scharnagl wies auf den Aufbau der USA hin (Stenographischer Bericht über die 5. Sitzung der Verfassunggebenden Landesversammlung am 12. 9. 1946, S. 120).

SPD-Fraktion signalisierte Innenminister Josef Seifried ein positives Votum¹¹³. Daß dies nur eine Minderheitsposition war, machte der Abgeordnete Maag klar, als er ankündigte, die „große Mehrheit“ der SPD-Fraktion würde gegen den Staatspräsidenten stimmen, da diese Institution sich eventuell als Hindernis bei der Eingliederung des Freistaates in ein neues Deutschland erweisen könnte¹¹⁴.

Wenige Minuten vor der Abstimmung trat Eugen Rindt an das Rednerpult, um im Namen eines Teils der CSU-Fraktion eine Erklärung abzugeben. Er betonte gleich zu Beginn seiner Ausführungen, auch er und seine Mitstreiter befürworteten den Charakter der Verfassung „als Ausdruck der bayerischen Staatspersönlichkeit“, aber sie sähen sich dennoch gezwungen, das Staatspräsidentenamt abzulehnen¹¹⁵.

Spätestens nach dieser Erklärung mußte allen Abgeordneten klar sein, daß der Ausgang der Abstimmung völlig offen war. Noch während die Abstimmung im Gange war, kämpften die Befürworter des Staatspräsidentenamtes um jedes einzelne Votum¹¹⁶. Aber es reichte nicht: Die Verfassungsgebende Landesversammlung lehnte mit 85 gegen 84 Stimmen bei vier Enthaltungen das Amt eines bayerischen Staatspräsidenten ab. Zusammen mit der Mehrheit der CSU-Fraktion stimmten fünf Abgeordnete der SPD (Fendt, Gentner, Hoegner, Roßhaupter und Seifried) mit Ja, vier Abgeordnete hatten sich der Stimme enthalten. Die Stimmen, die schließlich den Ausgang der Abstimmung zugunsten der Staatspräsidentengegner herbeiführten, kamen aus den Reihen der CSU; 23 Abgeordnete stimmten wie angekündigt mit Nein¹¹⁷.

Doch man gab sich noch nicht geschlagen. Noch am selben Nachmittag verkündete Hundhammer, daß die CSU-Fraktion einstimmig den Beschluß gefaßt habe, die Verfassungsgebende Landesversammlung aufzufordern, die Entscheidung über den Staatspräsidenten in letzter Instanz dem Volk zu überlassen¹¹⁸. Konkret hieß das, es sollte nicht nur ein Verfassungsentwurf zum Volksentscheid gebracht werden, sondern zwei Alternativentwürfe. Hundhammer begründete diesen Vorschlag mit dem knappen Abstimmungsergebnis – einige Tage später sprach er von einer „Zufallsmehrheit“¹¹⁹ – und bezeichnete ein solches Verfahren als den „wirklich demokratische[n] Weg, in dieser Frage zu einer Entscheidung zu kommen“¹²⁰. Während Albert Roßhaupter für die SPD Zustimmung signalisierte, zeigten sich die Vertreter von FDP, KPD und WAV im Verfassungsausschuß zumindest befremdet über Hundhammers Vorschlag, und der

¹¹³ Stenographischer Bericht über die 4. Sitzung der Verfassungsgebenden Landesversammlung am 11.9. 1946, S. 82 f.

¹¹⁴ Stenographischer Bericht über die 5. Sitzung der Verfassungsgebenden Landesversammlung am 12.9. 1946, S. 109 f.

¹¹⁵ Ebenda, S. 115. Eine undatierte Abschrift von Rindts Erklärung mit einigen erläuternden Zusätzen findet sich auch in: IfZ-Archiv, ED 132 NL Baumgartner 2.

¹¹⁶ Der CSU-Abgeordnete Georg Riedel, der zunächst mit Ja gestimmt hatte, versuchte während der Abstimmung sein Votum in ein Nein zu ändern. Horlacher und Hundhammer verhinderten dies erfolgreich. Stenographischer Bericht über die 5. Sitzung der Verfassungsgebenden Landesversammlung am 12. 9. 1946, S. 121 f.

¹¹⁷ Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung ebenda. Von der CSU-Fraktion enthielten sich Hans Imler, Georg Strücken und Julian Wittmann der Stimme. Zum Abstimmungsergebnis vgl. auch den Artikel in der SZ vom 17. 9. 1946: „Der umstrittene Staatspräsident. Zur Abstimmung in der Landesversammlung“.

¹¹⁸ Stenographischer Bericht über die 31. Sitzung des Verfassungsausschusses am 11. 9. 1946, S. 688.

¹¹⁹ Stenographischer Bericht über die 8. Sitzung der Verfassungsgebenden Landesversammlung am 20.9. 1946, S. 177.

¹²⁰ Stenographischer Bericht über die 31. Sitzung des Verfassungsausschusses am 11. 9. 1946, S. 691; zum folgenden vgl. ebenda, S. 687 ff.

FDP-Abgeordnete Fritz Linnert beklagte sich bitter über das Demokratieverständnis der Befürworter des Staatspräsidentenamtes. Die Diskussion eskalierte sogar so weit, daß nicht nur Vertreter der CSU mit dem Gedanken spielten, die ganze Verfassung an der Staatspräsidentenfrage scheitern zu lassen, Neuwahlen auszuschreiben und alle Probleme nochmals in einem Gremium mit anderer Zusammensetzung aufzurollen¹²¹.

Doch dazu kam es nicht. Statt den angekündigten Antrag einzubringen, überraschte die Fraktionsführung der CSU die Abgeordneten der Verfassungsgebenden Landesversammlung mit einer neuen Variante. Hundhammer beantragte nun eine erneute Abstimmung über die das Staatspräsidentenamt betreffenden Verfassungsartikel, die zu diesem Zweck in einer Form modifiziert worden waren, die den Gegnern eines bayerischen Staatsoberhauptes entgegenkommen sollte¹²². Obwohl insbesondere die FDP heftig gegen dieses Verfahren protestierte¹²³, kam es am 20. September in der Verfassungsgebenden Landesversammlung zu einer erneuten Debatte über die Staatspräsidentenfrage. Diesmal übernahm es Hundhammer selbst, die Notwendigkeit eines Staatsoberhauptes zu begründen, und seine Ausführungen enthielten Sätze, die für den politischen Horizont des CSU-Politikers überaus bezeichnend waren¹²⁴:

„Ein zweiter Grund ist der, daß wir für ein starkes Bayern eintreten. Ich glaube, dieser letztere Grund ist ja wohl der entscheidende Hintergrund in dem Für und Wider. Wir halten ein starkes Bayern im Interesse des deutschen Volkes und des gesamteuropäischen Friedens für notwendig. [...] Es ist ein immanentes Gesetz des deutschen Raumes, daß ein angemessenes Staatswesen, welches die Ruhe nach innen und den Frieden in Mitteleuropa nach außen sichert, nur ein stark föderalistisch betonter deutscher Bundesstaat sein kann. [...] Ein föderalistisches Deutschland wird Frieden halten nach innen und außen. Ein zentralistisches Deutschland wird zwangsweise wieder in Krieg verwickelt werden. [...] Uns Deutschen paßt nicht der Rock des Einheitsstaates. Der ist uns nicht auf den Leib geschnitten (Lachen), sondern die Tracht der heimischen Gauen! (Zurufe: Sehr gut! Händeklatschen.) Aber so wie unsere Trachten heute von vielen Nichtbayern angelegt werden, so wird das Wort Föderalismus jetzt als Modebegriff auch von Leuten aus allen möglichen Lagern gebraucht. Jetzt muß es ernst werden und jetzt muß es sich zeigen, was echt ist an föderalistischer Gesinnung und was nicht!“

Dieses kämpferische politische Glaubensbekenntnis Hundhammers, die verzerrte Darstellung historischer Tatsachen, antipreußische Ressentiments verknüpft mit radikal föderalistischen Positionen, war nicht eben angetan, die Gegner des Staatspräsidentenamtes, die sich überdies an das zwiespältige Taktieren Hundhammers in der Monarchiefrage erinnerten¹²⁵, zu beruhigen oder gar umzustimmen. Dennoch waren Hundhammer und seine politischen Freunde relativ optimistisch in die Debatte gegangen. Schon im Verfassungsausschuß hatte ein Vertreter der CSU-Fraktion herausfordernd bemerkt, eine neuerliche Abstimmung über den Staatspräsidenten werde anders ausgehen, das stehe schon fest¹²⁶. Da aber zusätzliche Stimmen für das Staatspräsidentenamt von den anderen Parteien kaum zu erwarten waren, mußten die fehlenden Stimmen aus den eigenen Reihen beschafft werden.

¹²¹ Ebenda, S. 691 f. (Alois Hundhammer, Albert Roßhaupter und Fritz Linnert).

¹²² Stenographischer Bericht über die 7. Sitzung der Verfassungsgebenden Landesversammlung am 19.9. 1946, S. 173 f.

¹²³ Ebenda, S. 174 (Thomas Dehler).

¹²⁴ Stenographischer Bericht über die 8. Sitzung der Verfassungsgebenden Landesversammlung am 20.9. 1946, S. 177 ff., Zitat S. 178.

¹²⁵ Ebenda, S. 182 f. (Franz op den Orth, SPD).

¹²⁶ Stenographischer Bericht über die 31. Sitzung des Verfassungsausschusses am 11. 9. 1946, S. 691.

Tatsächlich wurden die CSU-Abgeordneten, die sich gegen die Fraktionsmehrheit gestellt hatten, massiv unter Druck gesetzt. Daß sie „Neinsager“ seien, war noch das Harmloseste, was sie sich anzuhearschen hatten. Andere wurden deutlicher und bezeichneten sie als „Verräter“ und als „Kanalrattenpolitiker“, mit denen man ein für alle mal aufräumen müsse¹²⁷. Mit Michael Horlacher mußte sich sogar der Präsident der Verfassungsgebenden Landesversammlung von der Militärregierung fragen lassen, ob es zutrefte, daß er seine exponierte Stellung dazu mißbrauche, die Gegner des Staatspräsidentenamtes in der eigenen Partei einzuschüchtern. Horlacher, der den drohenden Unterton in der Stimme seines Gesprächspartners nicht überhörte, bezeichnete diesbezügliche Gerüchte sofort als Lüge¹²⁸, nahm es dabei mit der Wahrheit aber wohl selbst nicht so genau, denn Maria Deku beklagte sich bitter darüber, daß sie als Verbrecherin und Spionin beschimpft worden sei und daß sich Horlacher sogar dazu habe hinreißen lassen, sie „mit erhobenen Fäusten“ und „laut brüllend“ zu bedrohen¹²⁹. Am 19. September kursierte in der Unionsfraktion ein vertrauliches Papier, das der fraktionsinternen Opposition mit deutlichen Worten die Folgen vor Augen führte, die ein erneutes Votum gegen den Staatspräsidenten für die gesamte Partei nach sich ziehen könnte¹³⁰. Bezeichnend war, daß Hermann Bauer, der Verfasser dieses Rundschreibens, den Beschluß des Landesausschusses vom 6. September mit keiner Silbe erwähnte und den Gegnern des Staatspräsidentenamtes jede Legitimation dazu bestritt, sich gegen einen Mehrheitsbeschluß der Fraktion zu stellen. Die Botschaft an die Gegner des Staatspräsidentenamtes war unmißverständlich: Ein nochmaliges Scheitern dieser Institution im Plenum der Verfassungsgebenden Landesversammlung bedeute das Auseinanderbrechen der bayerischen Unionspartei.

Am Abstimmungsergebnis änderten alle Drohungen freilich nichts. Als die Verfassungsgebende Landesversammlung am 20. September erneut über das Staatspräsidentenamt zu befinden hatte, votierten 87 Abgeordnete dagegen und nur 81 dafür, zwei enthielten sich der Stimme. Aus den Reihen der SPD kam diesmal keine Ja-Stimme mehr, denn die vier sozialdemokratischen Minister hatten den Sitzungssaal vor Beginn der Abstimmung verlassen, während Hans Gentner mit seiner Fraktion stimmte¹³¹. Unter den Abgeordneten der CSU waren die Fronten weitgehend starr geblieben. Von denjenigen, die das Staatspräsidentenamt schon am 12. September abgelehnt hatten, nahmen lediglich die beiden evangelischen Bauernvertreter Adam Nüssel und Adam Sühler nicht an der Abstimmung teil, alle anderen 21 stimmten erneut gegen

¹²⁷ Stenographischer Bericht über die 8. Sitzung der Verfassungsgebenden Landesversammlung am 20.9. 1946, S. 184 (Franz op den Orth), sowie Memorandum Josef Müllers zur Staatspräsidentenfrage vom 3. 10. 1946, abgedruckt in: Müller, Konsequenz, S. 333–337, hier S. 336.

¹²⁸ IfZ-Archiv, RG 260, 13/150–1/11, Bericht über ein Gespräch zwischen Albert C. Schweizer, Mr. Boegehold und Michael Horlacher, undatiert.

¹²⁹ ACSP, NL Müller 168, Maria Deku an Josef Müller vom 14. 9. 1946. „Eine Fraktion, die nicht einmal innerhalb ihrer eigenen Reihen demokratische Freiheit ohne Bedrohung und Beleidigung zu ertragen vermag“, so das ernüchterte Fazit Maria Dekus, müsse „auf Persönlichkeiten verzichten, die den Mut der Ueberzeugung und der eigenen Meinung“ besäßen, ja eine solche Fraktion könne nicht einmal den Anspruch erheben, „den Willen einer demokratisch gesinnten Wählerschaft zu repräsentieren“.

¹³⁰ IfZ-Archiv, ED 132 NL Baumgartner 2, Rundschreiben Hermann Bauers „An die Fraktion der CSU. Nur für den eigenen Gebrauch bestimmt!“ vom 19. 9. 1946.

¹³¹ Stenographischer Bericht über die 8. Sitzung der Verfassungsgebenden Landesversammlung am 20.9. 1946, S. 193 f. Zum Abstimmungsergebnis vgl. auch den Artikel in der SZ vom 24. 9. 1946: „Bayerische Verfassung ohne Staatspräsident. In der Schlußberatung mit großer Mehrheit entschieden“.

ein bayerisches Staatsoberhaupt, nun verstärkt durch den Schwaben Georg Riedel, der am 12. September gezwungenermaßen mit Ja gestimmt hatte¹³². Der Fraktionsmehrheit war es lediglich gelungen, vier Abgeordnete zu mobilisieren, die an der ersten Abstimmung nicht teilgenommen oder sich der Stimme enthalten hatten; Franz Thierfelder, der sich zunächst der Fraktionsmehrheit angeschlossen hatte, enthielt sich diesmal.

Analysiert man dieses Abstimmungsergebnis unter strukturellen Gesichtspunkten, so zeigt sich erneut, wo die Bruchlinien in der CSU verliefen. Von den 22 Parlamentariern, die ein bayerisches Staatsoberhaupt am 20. September erneut ablehnten, vertraten 18 die fränkischen Wahlkreise, zwei den Wahlkreis Schwaben und Maria Deku den Wahlkreis Oberpfalz. Alle niederbayerischen Abgeordneten votierten für den Staatspräsidenten, aus Oberbayern kam lediglich eine Gegenstimme von Max Zwicknagl, der im Stimmkreis Wasserburg gewählt worden war. Soweit sich die Konfession ermitteln ließ, waren 12 Mandatsträger katholisch; immerhin sieben bekannten sich zum evangelischen Glauben, darunter so prominente Persönlichkeiten wie der Vorsitzende des CSU-Bezirksverbands Mittelfranken, Karl Sigmund Mayr, August Haußleiter, die rechte Hand Josef Müllers, die Fürther Stadträtin Elisabeth Meyer-Spreckels, die Müller nur wenige Wochen später in den geschäftsführenden Landesvorstand berufen sollte, Friedrich Wilhelm von Prittwitz und Gaffron oder Johannes Semler¹³³. Mindestens elf Abgeordnete hatten vor 1933 der BVP angehört, mit den ehemaligen Reichstagsabgeordneten Huth und Karpf waren allerdings nur zwei Politiker darunter, die im engeren Sinne zur Führungselite der BVP gerechnet werden können. Maria Deku hatte der Zentrumspartei angehört, August Haußleiter der DVP und Friedrich Wilhelm von Prittwitz und Gaffron der DDP. Die fünf Regierungsmitglieder der CSU, die auch in der Verfassungsgebenden Landesversammlung vertreten waren¹³⁴, stimmten für einen bayerischen Staatspräsidenten.

Auch wenn Alois Hundhammer nach der zweiten Abstimmung ankündigte, der unterlegene Teil der CSU-Fraktion werde das Ergebnis akzeptieren und dem Verfassungswerk trotzdem zustimmen¹³⁵, war die Erbitterung bei Teilen der Partei groß. Max Schnurr, ein Mitglied des Dienstag-Clubs, geißelte die „Verpreußung“ der bayerischen Verwaltung und der CSU, die er indirekt dafür verantwortlich machte, daß sich die Mehrheit der Verfassungsgebenden Landesversammlung gegen einen bayerischen

¹³² ACSP, NL Müller 207, Liste der CSU-Abgeordneten, die am 12. 9. 1946 gegen den Staatspräsidenten gestimmt haben, undatiert; BayHStA, NL Ehard 887, Aufstellung über das Abstimmungsverhalten der CSU-Abgeordneten bei der Abstimmung über den Staatspräsidenten am 20. 9. 1946 vom 24. 9. 1946.

¹³³ Unter den wenigen Protestanten in der CSU-Fraktion, die für den Staatspräsidenten gestimmt hatten, war z. B. der in Mittelfranken prominente *Georg Bachmann*, geb. 6. 12. 1885 in Westheim/Mfr., gest. 23. 10. 1971 in Gunzenhausen/Mfr., ev., 1906–1909 Militärdienst, 1914–1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, seit 1919 Landwirt, Ökonomierat, aktiv im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen tätig, Vorsitzender des bayerischen Raiffeisenverbands in Mittelfranken, 1920–1932 MdR (DNVP), seit 1940 NSDAP-Mitglied, 1946 MdVLV (CSU), 1946–1962 MdL (CSU), 1952–1954 dessen Vizepräsident, 1949–1958 Mitglied des Fraktionsvorstands, 1949–1954 Mitglied des Landesvorstands der CSU, Bürgermeister von Westheim, stellvertretender Landrat in Gunzenhausen, Bezirksobmann des BBV in Gunzenhausen.

¹³⁴ Joseph Baumgartner (Landwirtschaftsminister), Hans Ehard (Staatssekretär im Justizministerium), Michael Helmerich (Verkehrsminister), Heinrich Krehle (Staatssekretär im Arbeitsministerium) und Anton Pfeiffer (Minister für Sonderaufgaben).

¹³⁵ Stenographischer Bericht über die 8. Sitzung der Verfassungsgebenden Landesversammlung am 20. 9. 1946, S. 195.

Staatspräsidenten ausgesprochen hatte¹³⁶. Es ging gegen die gebürtige Düsseldorferin Maria Deku, die die Kriegswirren nach Bayern verschlagen hatten, als Schnurr ausführte:

„Und in der Union sehe es ähnlich katastrophal aus. In der Führung säßen bald mehr Preußen als Einheimische. Das führe schließlich so weit, daß [...] eine Norddeutsche für die CSU aufgestellt und gewählt wurde, und diese Frau habe dann in der Nationalversammlung gegen den Staatspräsidenten gestimmt. So hätte also eine Preußin mitbestimmen dürfen, ob in Bayern ein Staatspräsident sein solle oder nicht.“

Die Presseorgane der CSU, sämtlich fest in der Hand der Parteiführung um Josef Müller¹³⁷, versuchten, die Wogen zu glätten und die Bedeutung der Staatspräsidentenfrage herunterzuspielen. Von einer politischen Krise, so die Mitteilungen der Christlich-Sozialen Union, könne keine Rede sein, auch wenn man zugab, daß sich „aus den Vorgängen der letzten Woche unter Umständen eine ernste Staatskrise hätte entwickeln können“¹³⁸. Eugen Rindt unternahm ebenfalls den Versuch, die Situation durch eine öffentliche Stellungnahme zu beruhigen. Indem er die Berechtigung der divergierenden Standpunkte in der Staatspräsidentenfrage ausdrücklich anerkannte, kam er dem unterlegenen Teil von Partei und Fraktion entgegen. Dann wandte der Augsburger CSU-Politiker die parteiinternen Auseinandersetzungen sogar ins Positive:

„Daß beide Überzeugungen aber auch nach außenhin derart kraftvoll vertreten werden konnten, wie es geschah, das ist ein Zeichen für die neuartige Struktur der Union als einer demokratischen Partei, die an die Stelle der starren Parteistrukturen vor 1933 die dynamische und lebensvoll bewegliche gesetzt hat; eine Parteistruktur, die sich aus der persönlichen christlich-weltanschaulichen und gewissensmässigen Bindung eines jeden einzelnen ergibt und ihren eindeutigen Ausdruck in der offiziellen Ablehnung jeglichen Fraktionszwangs als einer letztlich undemokratischen Einrichtung vergangener Epochen gefunden hat.“¹³⁹

Bei der Mehrheit der CSU-Fraktion in der Verfassungsgebenden Landesversammlung stießen solche Versuche, die parteiinterne Konfliktsituation zu entspannen, auf wenig Gegenliebe. Am 10. Oktober 1946 verurteilten die CSU-Abgeordneten nicht nur die Berichterstattung des Mitteilungsblattes in der Staatspräsidentenfrage, sondern forderten auch, die „Einberufung einer Landesversammlung so rasch wie möglich herbeizuführen, damit die Frage des Vorsitzes in der Partei einer Entscheidung zugeführt“ werden könne¹⁴⁰. Das war unzweifelhaft die offene Kampfansage an Josef Müller, den sein

¹³⁶ Bericht über die Sitzung des Dienstag-Clubs am 24. 9. 1946, in: Lehrjahre, S. 100; das folgende Zitat ebenda.

¹³⁷ Eine ausführliche Untersuchung des publizistischen Apparats der CSU bis 1949 fehlt bisher; einiges dazu – wenn auch sehr allgemein – bei Mintzel, Anatomie, S. 157–164. Gerade Mitglieder der CSU-Fraktion beschwerten sich immer wieder über die in ihren Augen einseitige Berichterstattung der parteieigenen Presseorgane (ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Fraktionssitzung am 2. 12. 1947), und das Problem blieb bis zum Ende der Ära Müller virulent (ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Fraktionssitzung am 5. 4. 1949).

¹³⁸ „Eine politische Krise in Bayern? Staatspräsident abgelehnt – SPD. gegen Dr. H[oe]lgnier – Eine neue Partei“, in: Mitteilungen der Christlich-Sozialen Union vom 21. 9. 1946.

¹³⁹ Eugen Rindt, Union und Staatspräsident, in: Mitteilungen der Christlich-Sozialen Union vom 5. 10. 1946.

¹⁴⁰ BayHStA, NL Ehard 887, Beschluß der CSU-Fraktion in der Verfassungsgebenden Landesversammlung vom 10. 10. 1946, ungezeichnet. Die Empörung der Fraktionsmehrheit richtete sich insbesondere gegen den Artikel in den Mitteilungen der Christlich-Sozialen Union vom 21. 9. 1946. IfZ-Archiv, RG 260, 15/102–2/23, Entwurf Josef Eduard Messmers für eine Resolution der CSU-Fraktion gegen Josef Müller vom 1. 10. 1946.

Gegenspieler Hundhammer persönlich für das Scheitern des Staatspräsidenten verantwortlich machte¹⁴¹. In der Umgebung Josef Müllers überlegte man dagegen, ob es nicht besser sei, eine Klärung der Fronten herbeizuführen und sich von den katholisch-konservativen, bayerisch-etatistischen Hardlinern zu trennen¹⁴². Nach der Zerreißprobe, die der Konflikt um das Staatspräsidentenamt heraufbeschworen hatte, war das Tischtuch zwischen Parteiführung und Fraktionsmehrheit endgültig zerschnitten¹⁴³, und die Fraktion wurde zunehmend zur Operationsbasis der Gegner Josef Müllers.

4. Die ersten Landtagswahlen und die Auseinandersetzung um die Führung der Fraktion

Die Landtagswahlen vom 1. Dezember 1946 brachten der CSU zwar erneut die absolute Mehrheit, diesmal hatte die bayerische Unionspartei jedoch beträchtliche Stimmenverluste zu verzeichnen. Verglichen mit den Wahlen zur Verfassungsgebenden Landesversammlung büßte sie sechs Prozent der Stimmen ein und konnte nur noch 104 der 180 Abgeordneten in den ersten Nachkriegslandtag entsenden¹⁴⁴. Damit hatte die CSU fünf Mandate verloren, wobei sich die Verluste nahezu gleichmäßig über die fünf Wahlkreise verteilten. Lediglich in Oberbayern, dem Zentrum der innerparteilichen Opposition, büßte die CSU zwei Parlamentssitze ein, während die Zahl der Unionsabgeordneten in Unterfranken konstant blieb¹⁴⁵.

Josef Müller hatte nie einen Hehl daraus gemacht, daß die Zusammensetzung der Fraktion in der Verfassungsgebenden Landesversammlung in keiner Weise seinen Vor-

¹⁴¹ Müller ertotete für seine Haltung in der Staatspräsidentenfrage jedoch nicht nur Kritik. So schrieb ein Vorstandsmitglied des CDU-Bezirksverbands Magdeburg am 24. 9. 1946 an den CSU-Vorsitzenden (ACSP, NL Müller 381): „Mit großer Freude haben wir in der Zeitung Ihre Einstellung zu der Wahl eines Staatspräsidenten verfolgt. Ihre Freunde in der Ostzone danken Ihnen für Ihr Eintreten gegen die Wahl eines Staatspräsidenten, denn der Einheit Deutschlands wäre durch die Wahl eines Staatspräsidenten nach unserem Dafürhalten bestimmt ein schwerer Schlag versetzt worden. Wir haben nicht in der Widerstandsbewegung gekämpft und gelitten, um jetzt separatistischen Umtrieben Vorschub zu leisten.“

¹⁴² ACSP, NL Müller 224, Memorandum: „Politische Lage in Bayern“, ungezeichnet, undatiert (Oktober/November 1946).

¹⁴³ Aus einem Schreiben, das ein enger Mitarbeiter des Fraktionsvorsitzenden Alois Hundhammer im März 1949 an einen Vertrauten Josef Müllers richtete, wird deutlich, wie tief der Bruch ging: „Die Fraktion spiegelt leider in manchen Fragen die Zerrissenheit innerhalb der Partei wider. Gerade der Landesvorsitzende hat die einmütige Zusammenarbeit der Fraktion gestört. Er hat eine kleine Gruppe veranlaßt, gegen den Staatspräsidenten zu stimmen und damit den ersten schweren Keil in die geschlossene Fraktion hinein getrieben.“ IfZ-Archiv, Fh 56, Karl Böck an Heinz Fischer vom 24. 3. 1949.

¹⁴⁴ Die CSU erreichte 52,3 Prozent der Stimmen; zweitstärkste Partei wurde die SPD mit 28,6 Prozent. Die bayerische Unionspartei verfügte im Landtag über einen Mandatsanteil von 57,8 Prozent; in der Verfassungsgebenden Landesversammlung hatte er noch 60,6 Prozent betragen. In den Wahlkreisen Oberbayern, Niederbayern/Oberpfalz, Schwaben, Oberfranken/Mittelfranken und Unterfranken wurde nach dem Verhältniswahlrecht auf Wahlkreislisten der Anteil der Parlamentssitze je Partei bestimmt. Die Bewerber waren gewählt, die in einem der 180 Stimmkreise die meisten Stimmen erhalten hatten. Die Zahlenangaben und die Angaben über das gültige Wahlrecht nach Ritter/Niehuss, *Wahlen in Deutschland*, S. 143 und S. 147.

¹⁴⁵ IfZ-Archiv, ED 132 NL Baumgartner 2, Rundschreiben der Landesgeschäftsstelle der CSU, Presse- und Informationsabteilung, vom 2. 12. 1946; interessant auch die Analyse in: ACSP, Z-Pr, Rundschreiben der CSU-Landesgeschäftsstelle, Presse und Informationsabteilung, vom 8. 12. 1946.

stellungen entsprach¹⁴⁶. Um so wichtiger war es für den Parteivorsitzenden, die Auswahl der Kandidaten für die kommenden Landtagswahlen in seinem Sinne zu beeinflussen. Die Parteiführung müsse „zur Zeit mit allen Mitteln versuchen, das Bild der nächsten Landtagsfraktion so zu gestalten, wie es der Parteistruktur entspricht“, hieß es in einem Strategiepapier für Josef Müller, das im Zuge der Staatspräsidentenkrise verfaßt worden war¹⁴⁷. Es ging, mit anderen Worten, darum, die „fortschrittlichen“ Kräfte in der CSU zu stärken und das Gewicht des katholisch-konservativen Flügels in der künftigen Landtagsfraktion möglichst gering zu halten. Aus diesem Grund mahnte die Landesleitung vor allem eine Verjüngung der Kandidaten sowie die Aufstellung von Flüchtlings- und Arbeitervertretern und von Frauen an. Auch die Nominierung protestantischer Kandidaten in Ober- und Mittelfranken wurde unterstützt¹⁴⁸.

Die Chancen, dadurch den konfliktträchtigen Dualismus von Partei und Fraktion beenden zu können, standen allerdings nicht besonders gut. Allen Anstrengungen zum Trotz konnte die Parteiführung nämlich auf die Kandidatenaufstellung nur begrenzt Einfluß nehmen. Vor den Wahlen zur Verfassungsgebenden Landesversammlung hatte wenigstens der erste ordentliche Parteitag Gelegenheit gehabt, die Kandidatenlisten zu diskutieren und Änderungswünsche anzumelden¹⁴⁹, die Wahlvorschläge für die Landtagswahlen gelangten dagegen nur in Einzelfällen vor den Landesausschuß¹⁵⁰. Daß Auswahl und Nominierung der Mandatsträger an der Parteileitung weitgehend vorbeiliefen, ist einerseits auf die relativ geringe Steuerungskapazität des noch immer im Aufbau befindlichen Parteiapparats zurückzuführen¹⁵¹; andererseits waren die Nominierung der Kandidaten und die Aufstellung der Wahllisten sowohl nach den Statuten der CSU als auch nach den einschlägigen Bestimmungen des Wahlgesetzes genuine Aufgaben der Kreis- und Bezirksverbände¹⁵². Es war jedoch vielen CSU-Politikern unklar, wie die Kompetenzen im einzelnen verteilt waren, welche Aufgaben den Delegierten auf Kreisebene zukamen und welche Rechte Satzung und Wahlgesetz ihren Parteifreunden in den Bezirksversammlungen einräumten. Noch am 20. Oktober 1946, keine

¹⁴⁶ Protokoll der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 6. 9. 1946 in München, in: Protokolle und Materialien, S. 585.

¹⁴⁷ ACSP, NL Müller 224, Memorandum: „Politische Lage in Bayern“, ungezeichnet, undatiert (Oktober/November 1946).

¹⁴⁸ IfZ-Archiv, Fh 56, Rundschreiben Franz Liedigs an die Bezirksvorsitzenden vom 7. 10. 1946; ACSP, NL Müller 133, Aktennotiz Hanswolf Haunhorsts über die Frage der Kandidatenaufstellung in Oberfranken vom 15. 10. 1946, NL Müller 52, Aktennotiz Hanswolf Haunhorsts über die Frage der Kandidatenaufstellung in Mittelfranken vom 23. 10. 1946, und NL Müller 139, Franz Liedig an Alois Hundhammer vom 1. 11. 1946.

¹⁴⁹ Protokoll der Landesversammlung der CSU am 17. 5. 1946 in München, in: Protokolle und Materialien, S. 324–355.

¹⁵⁰ So wurde beispielsweise die Kandidatenaufstellung für die Landtagswahlen in München unter konfessionellen Aspekten diskutiert. Protokoll der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 31. 10. 1946 in München, in: Protokolle und Materialien, S. 759–763.

¹⁵¹ Interessant sind in diesem Zusammenhang die Ausführungen des Landesgeschäftsführers der CSU, Franz Liedig, und Fritz Gerathewohls über organisatorische Fragen des Wahlkampfes. Ebenda, S. 743–749.

¹⁵² Satzung der CSU in der Fassung vom 4. 10. 1946, abgedruckt in: Protokolle und Materialien, S. 1783–1803; Protokoll der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 31. 10. 1946 in München, in: ebenda, S. 691 f. (Georg Gamperl). Die Militärregierung hatte nach einer Aktennotiz Hanswolf Haunhorsts vom 25. 9. 1946 zunächst keine Einwände gegen das in den Satzungen der CSU festgelegte Verfahren; ACSP, NL Müller 200.

sechs Wochen vor den Landtagswahlen, bat Adolf Konrad, den die Bezirksversammlung der CSU für Nürnberg und Fürth mit der Wahlleitung beauftragt hatte, die Landesgeschäftsstelle um Aufklärung, wie die Aufstellung der Kandidaten denn nun vor sich zu gehen habe¹⁵³. Die Verwirrung über den Modus der Kandidatenaufstellung ging sogar so weit, daß in manchen Stimmkreisen zwei Kandidaten nominiert wurden – einer von der Stimmkreisversammlung und einer von der Bezirksversammlung¹⁵⁴.

Die Landesleitung versuchte natürlich, die Vorsitzenden der Bezirksverbände für ihre Ziele zu gewinnen¹⁵⁵, aber gewichtige Sprecher der parteiinternen Opposition wie Alois Hundhammer oder Michael Horlacher zogen im Namen der Demokratie nicht nur gegen die Einflußnahme der Parteiführung, sondern bereits gegen die Mitwirkung der Bezirksverbände bei der Kandidatenaufstellung zu Felde¹⁵⁶. Auch Hans Geiselberger, ein katholisch-konservativer Hardliner altbayerischer Prägung, lehnte vehement „irgendeine Einflussnahme“ auf die „demokratischen Entscheidungen“ der Kreisverbände ab; die „Mandatsträger des zukünftigen Landtags“ seien schließlich „nicht Vertreter von Ständen oder sonstigen Personengruppen“, sondern Vertreter ihrer Stimmkreise¹⁵⁷. Das war eine klare Absage an die Politik der Parteiführung, die noch drei Wochen vor dem festgesetzten Wahltermin betonte, „dass die Kandidatenaufstellung rechtswirksam und verbindlich nur durch die Bezirksversammlung erfolgen kann [und] dass die Kreisversammlung nur das Recht hat, Kandidaten zu nominieren, d. h. vorzuschlagen“¹⁵⁸. Doch aufgrund eines Gutachtens von Hans Ehard, dem zuständigen Staatssekretär im Justizministerium, erreichten die Kontrahenten Müllers bei der Militärregierung eine Interpretation des Wahlgesetzes in ihrem Sinne¹⁵⁹. So konnte der Vorsitzende der CSU-Fraktion in der Verfassungsgebenden Landesversammlung am 16. November erklären, die Entscheidung über die Aufstellung eines Kandidaten für die Landtagswahlen liege allein bei den zuständigen Kreisverbänden und nicht bei den Parteiorganisationen auf Regierungsbezirks- bzw. Wahlkreisebene. In Streitfällen, so Hundhammer weiter, habe der „vom Stimmkreis aufgestellte Kandidat [. . .] gegenüber dem vom Wahlkreis aufgetroffenen Kandidaten den Vorrang“¹⁶⁰.

¹⁵³ ACSP, NL Müller 107, Adolf Konrad an die Landesgeschäftsstelle der CSU vom 20. 10. 1946.

¹⁵⁴ BayHStA, NL Schwalber 50, Auszug aus dem Protokoll der 21. Sitzung des bayerischen Landtags am 25. 6. 1947; die herrschende Verunsicherung illustriert auch ACSP, NL Müller 52, Aktennotiz über Einwände der Militärregierung gegen die Kandidatenaufstellung im Wahlkreis Mittelfranken/Oberfranken vom 13. 11. 1946.

¹⁵⁵ IfZ-Archiv, Fh 56, Rundschreiben Franz Liedigs an die Bezirksvorsitzenden vom 7. 10. 1946. Man versuchte auch, auf einzelne potentielle Kandidaten Einfluß zu nehmen; ACSP, NL Müller 197, Karl August Kroth an Josef Müller vom 28. 10. 1946.

¹⁵⁶ BayHStA, NL Ehard 887, Beschluß der CSU-Fraktion in der Verfassungsgebenden Landesversammlung vom 10. 10. 1946, ungezeichnet. Protokoll der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 31. 10. 1946 in München und Protokoll der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 6. 12. 1946 in München, in: Protokolle und Materialien, S. 684–695 (Michael Horlacher) und S. 809 (Alois Hundhammer).

¹⁵⁷ BayHStA, NL Schwalber 5, Protokoll der Bezirksversammlung der CSU Oberbayern am 17. 10. 1946.

¹⁵⁸ IfZ-Archiv, Fh 56, Rundschreiben Franz Liedigs an die Bezirksvorsitzenden vom 7. 11. 1946.

¹⁵⁹ Darüber beklagte sich Josef Müller noch im Januar 1947 und erklärte, auch Ministerpräsident Hoegner sei an dieser Aktion beteiligt gewesen. Protokoll der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 3. 1. 1947 in Augsburg, in: Protokolle und Materialien, S. 986 f.

¹⁶⁰ BayHStA, NL Ehard 887, Rundschreiben Alois Hundhammers an die Mitglieder der CSU-Fraktion in der Verfassungsgebenden Landesversammlung vom 16. 11. 1946. Der Fraktionsvorsitzende vergaß nicht zu betonen, daß Einwände der Kreisverbände gegen die Kandidatenlisten bis zehn Tage vor der Wahl erhoben werden könnten.

Derartige Initiativen zielten zweifellos darauf ab, der ungeliebten Parteiführung die Möglichkeit zu nehmen, die Zusammensetzung der künftigen Landtagsfraktion zu beeinflussen. Die Haltung Hundhammers und Horlachers stieß jedoch bei den Mitgliedern des Landesausschusses mehrheitlich auf Widerspruch. Ohne das Recht der Bezirksverbände, korrigierend auf die Kandidatenaufstellung einzuwirken, so das wichtigste Argument, sei es unmöglich, der Bevölkerung ausgewogene Wahlvorschläge zu präsentieren¹⁶¹. Überdies öffne die fehlende Koordination dem persönlichen Ehrgeiz einzelner Tür und Tor¹⁶². Franz Ludwig Sauer, der Vorsitzende des CSU-Bezirksverbands Unterfranken, antwortete seinem Vorredner Hundhammer im Landesausschuß erbost:

„Wie soll denn eine geregelte Aufstellung der Kandidaten erfolgen, wenn der Bezirk überhaupt keinen Einfluß auf die Aufstellung durchführen [sic!] kann? Wo ist der Kreis, der draußen einen Flüchtling nominiert? Sagen Sie mir einen! Ja, ich nehme keinen Flüchtling!‘ Dann kann die Union soweit kommen, daß nicht ein einziger Flüchtling in ganz Bayern aufgestellt wird. Die Folgen tragen Sie selbst! [...] Meine Herren! Entweder sind wir Bezirksvorsitzende und haben das Vertrauen und die Verantwortung, oder wir lehnen ab. Machen Sie, was Sie wollen.“

Gleichwohl zeigte sich Josef Müller nach den Wahlen vorsichtig zufrieden mit der Struktur der Landtagsfraktion, auch wenn er im einzelnen noch Kritik übte¹⁶³. Die offiziellen Erklärungen der Parteiführung verbreiteten ebenfalls Optimismus und suggerierten, daß mit den Wahlen auch ein Ende der Gegensätze zwischen Partei und Fraktion gekommen sei¹⁶⁴. In einer Stellungnahme zum Wahlergebnis hieß es:

„Dies alles [die Zusammensetzung der neugewählten Fraktion] zeigt, dass der entschlossene Wille zu einer dynamischen Entwicklung in der Union klar und folgerichtig sich durchsetzt. Während

¹⁶¹ Josef Müller selbst nahm dazu folgendermaßen Stellung: „Die Parteileitung hat diesmal davon abgesehen, irgendwelche Leute nominieren zu lassen. Ich hätte diese Frage auch in dem letzten Landesausschuß vorlegen und eventuell, wie es früher der Fall war, Landeskandidaten vorschlagen lassen können. Ich wollte absichtlich davon absehen, um nicht den Eindruck zu erwecken, als ob man die Kandidatenaufstellung zentral steuern wollte. Aber dann muß ich auch erwarten, daß eine einzelne Organisation ihrerseits draußen nicht Forderungen erhebt und dadurch ein Durcheinander schafft. Denn sonst erheben die Gewerkschaften mit dem gleichen Recht ihre Forderungen, ebenso wie alle anderen Kreise. Man kann natürlich Wünsche äußern, man kann Fühlung mit den Gremien nehmen, die die Kandidaten aufstellen, aber Forderungen als solche können höchstens von den beiden Gremien der CSU erhoben werden. Sonst werden wir nie Disziplin in die Organisation der Union hineinbringen.“ Michael Horlacher, auf den diese Bemerkung als Repräsentant des Bayerischen Bauernverbandes vor allem gemünzt war, antwortete darauf bezeichnenderweise: „Das interessiert mich alles nicht.“ Protokoll der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 31. 10. 1946 in München, in: Protokolle und Materialien, S. 687.

¹⁶² So ließ sich beispielsweise Alois Schlögl in mehreren erfolgversprechenden Stimmkreisen in Niederbayern und in Schwaben nominieren. Nach den gültigen Wahlrechtsbestimmungen war es möglich, einen Kandidaten in mehreren Stimmkreisen aufzustellen, solange diese nicht in verschiedenen Wahlkreisen lagen – wie es bei Schlögl der Fall war. Zu den Wahlrechtsbestimmungen vgl. Ritter/Niehus, Wahlen in Deutschland, S. 143. Die Diskussion, die in der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 31. 10. 1946 in München über diesen Fall geführt wurde, ist nachzulesen in: Protokolle und Materialien, S. 688–694; das folgende Zitat ebenda, S. 691. Vgl. auch ACSP, NL Müller 18, Aktennotiz für Josef Müller und Franz Liedig über ein Gespräch mit Hans Hermann von Eicken vom 12. 11. 1946; IfZ-Archiv, RG 260, 10/90–1/16, „Subject: About Dr. Lacherbauer (CSU)“ vom 22. 10. 1946.

¹⁶³ Protokoll der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 6. 12. 1946 in München, in: Protokolle und Materialien, S. 772f. Ob Müller seine Ansprüche – beispielsweise in der Frage des Altersdurchschnitts – tatsächlich heruntergeschraubt hatte, oder ob er lediglich darum bemüht war, mögliche Konflikte zu dämpfen, muß offen bleiben.

¹⁶⁴ IfZ-Archiv, ED 132 NL Baumgartner 2, Rundschreiben der Landesgeschäftsstelle der CSU, Presse- und Informationsabteilung, vom 4. 12. 1946; das folgende Zitat ebenda.

man für die Verfassungsgebende Versammlung auf bewährte und erfahrene Kräfte zurückgegriffen hatte, wodurch der Eindruck einer gewissen Erstarrung in der Fraktion entstanden war, haben sich jetzt die jüngeren Gruppen bereits in den Vordergrund gestellt. Sie bekennen sich zum Föderalismus, aber nicht zu einem rückwärts gewandten Föderalismus, sondern zu einem Föderalismus, der das gesamte Abendland umspannen soll und dem die Zukunft gehören soll. Dieser Föderalismus hat eine lebendig gegliederte Einheit Deutschlands zur unmittelbaren Voraussetzung. Die neu in die Fraktion eingetretenen Abgeordneten wurden vor allem deswegen aufgestellt und gewählt, weil sie den sozialen Kurs mit besonderem Nachdruck vertreten.“

Daß diese Ausführungen allerdings mehr den Wunschvorstellungen der Parteiführung als den realen Gegebenheiten entsprachen, zeigt ein Blick auf die Zusammensetzung der CSU-Fraktion im bayerischen Landtag. Allein die Tatsache, daß von den 104 Abgeordneten mindestens 59 vor 1933 der BVP angehört hatten¹⁶⁵, widerspricht der Aussage von der Erneuerung der Fraktion. Vergleicht man die Landtagsfraktion mit der CSU-Fraktion, die Josef Müller bereits in der Verfassungsgebenden Landesversammlung das Leben schwer gemacht hatte, so läßt sich eine erstaunliche Kontinuität feststellen. Von den nun gewählten Mandatsträgern hatten immerhin 63, also nahezu zwei Drittel, auch der Verfassungsgebenden Landesversammlung angehört, lediglich 41 waren – wenn man so sagen darf – Neulinge¹⁶⁶. Im Wahlkreis Oberbayern standen 15 wiedergewählten Abgeordneten nur fünf Mandatsträger gegenüber, die nicht an der Ausarbeitung der Verfassung mitgewirkt hatten; allein in Unterfranken überstieg die Zahl der Neulinge die Zahl der Wiedergewählten¹⁶⁷. Mit Baumgartner, Horlacher, Hundhammer, Lacherbauer, Pfeiffer und Schlögl waren nahezu alle prominenten Mitglieder der Anti-Müller-Fronde auch in den Landtag gewählt worden, der Parteivorsitzende mußte dagegen auf einige Stützen seiner Politik verzichten¹⁶⁸. So betrachtet, konnte von einer Beendigung des Dualismus' zwischen Partei und Fraktion nach den Landtagswahlen nicht die Rede sein; vielmehr bestand die Gefahr, daß die Gegensätze, die bereits in der Verfassungsgebenden Landesversammlung zu Auseinandersetzungen geführt hatten, auch weiterhin lebendig bleiben würden.

Auf Einladung der Landesgeschäftsstelle fand am 9. Dezember 1946 die konstituierende Sitzung der neugewählten Landtagsfraktion statt¹⁶⁹. Verglichen mit den turbulenten innerparteilichen Auseinandersetzungen um Staatspräsidentenamt und Frakti-

¹⁶⁵ Die Zahlenangabe beruht auf einer eigenen Auszählung auf der Basis des Amtlichen Handbuchs des Bayerischen Landtags, hrsg. vom Landtags-Amt, München 1948, S. 28–212, und des biographischen Anhangs in: Protokolle und Materialien, S. 1841–1948.

¹⁶⁶ Die folgenden Zahlenangaben beruhen auf einer eigenen Auszählung. Eine Liste der gewählten CSU-Abgeordneten findet sich als Anlage zu: IfZ-Archiv, ED 132 NL Baumgartner 2, Rundschreiben der Landesgeschäftsstelle der CSU, Presse- und Informationsabteilung, vom 4. 12. 1946. Eine Liste der CSU-Abgeordneten in der Verfassungsgebenden Landesversammlung findet sich im BayHStA, NL Ehard 887, Aufstellung über das Abstimmungsverhalten der CSU-Abgeordneten bei der Abstimmung über den Staatspräsidenten am 20. 9. 1946 vom 24. 9. 1946.

¹⁶⁷ In Unterfranken betrug das Verhältnis zwischen Wiedergewählten und Neulingen 8:10. Im Wahlkreis Niederbayern/Oberpfalz betrug das Verhältnis 19:12, im Wahlkreis Oberfranken/Mittelfranken 12:9 und im Wahlkreis Schwaben 9:5. Von den ersten vier potentiellen Nachrückern hatten mit Ausnahme von Schwaben und Unterfranken in allen Wahlkreisen je zwei der Verfassungsgebenden Landesversammlung angehört, im Wahlkreis Oberfranken/Mittelfranken alle vier und lediglich im Wahlkreis Schwaben keiner.

¹⁶⁸ So waren beispielsweise Heinrich Krehle und Lorenz Sedlmayr, die beide die sozialpolitischen Konzeptionen Müllers unterstützten, nicht in den Landtag gewählt worden; auch die Kandidaturen von Elisabeth Meyer-Spreckels und Hugo Karpf scheiterten.

¹⁶⁹ BayHStA, NL Ehard 887, Rundschreiben der Landesgeschäftsstelle der CSU vom 4. 12. 1946.

onszwang in den vergangenen Monaten hatte sich die Situation etwas beruhigt. Die Verluste bei den Landtagswahlen mit alarmierenden lokalen Spitzenwerten¹⁷⁰ und die bevorstehende Regierungsbildung ließen die Rufe nach einem Ausgleich zwischen den Widersachern oder zumindest nach einem vorübergehenden Waffenstillstand lauter werden¹⁷¹. Auf der Tagesordnung der konstituierenden Fraktionssitzung standen mit dem Bericht des Landesvorsitzenden zur politischen Lage, der anschließenden Diskussion über Fragen der Regierungsbildung und mit der Wahl des Fraktionsvorstands brisante Themen¹⁷². Ursprünglich sah die Tagesordnung vor, die fraktionsinternen Wahlen am Ende der Sitzung durchzuführen, noch bevor die Abgeordneten zusammentraten, entschied man sich jedoch dafür, die Fraktionssitzung mit den Vorstandswahlen zu eröffnen¹⁷³.

Anders als in der konstituierenden Sitzung der CSU-Fraktion in der Verfassungsgebenden Landesversammlung zeigte sich die Mehrheit der Abgeordneten nun ernsthaft bemüht, einen für alle Seiten tragbaren Kompromiß zu finden und den „Rißzustand“ in der Fraktion, der „von der Verfassungsgebenden Landesversammlung übernommen worden“ sei (Albert Kaifer), zu beenden. Der erste konkrete Vorschlag kam von Erwin Ammann, einem Angehörigen des Müller-Flügels. Ammann nominierte Eugen Rindt, den Vorsitzenden der CSU-Bezirksverbände Schwaben und Augsburg, der sich als Mitverfasser des Grundsatzprogramms der Partei und als Sprecher der fraktionsinternen Opposition in der Verfassungsgebenden Landesversammlung einen Namen gemacht hatte. Rindt war ohne Zweifel der Wunschkandidat des Parteivorsitzenden, der diesmal mit genauen Vorstellungen von der Zusammensetzung des Fraktionsvorstands in die Sitzung gegangen war¹⁷⁴. August Schwingenstein, Lizenzträger und Mitherausgeber der Süddeutschen Zeitung, schlug dagegen vor, erneut Alois Hundhammer zum Fraktionsvorsitzenden zu wählen. Weitere Namen wurden nicht genannt.

Als die Debatte um den künftigen Fraktionsvorsitzenden an einem toten Punkt anzugelenken drohte, ergriff Michael Horlacher das Wort. Der ehemalige Reichstagsabgeordnete befand sich nun in einer anderen Situation als nach den Wahlen zur Verfassungsgebenden Landesversammlung. Damals war Horlacher nicht nur selbst der erklär-

¹⁷⁰ Im Stimmkreis Hof-Stadt verlor die bayerische Unionspartei 36,4 Prozent und in Bayreuth 35,1 Prozent der Wählerstimmen. Vgl. „Die Verteilung der Unionswähler“, in: Union-Dienst vom Januar 1947.

¹⁷¹ So führte August Haußleiter vor den Landtagsabgeordneten der CSU aus: „Wir haben in den letzten Sitzungen der alten Fraktion sehr erbitterte Kämpfe erlebt, und ich glaube, manche Folgen des Wahlkampfes waren im hohen Maße das Ergebnis dieser scharfen Kämpfe in der alten Fraktion.“ ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Fraktionssitzung am 9. 12. 1946.

¹⁷² BayHStA, NL Ehard 887, Rundschreiben der Landesgeschäftsstelle der CSU vom 4. 12. 1946.

¹⁷³ ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Fraktionssitzung am 9. 12. 1946; das folgende, soweit nicht anders belegt, nach dem Protokoll dieser Fraktionssitzung. Zur ersten Sitzung der CSU-Landtagsfraktion am 9. 12. 1946 (mit ausführlichen Zitaten aus dem Sitzungsprotokoll) vgl. In Verantwortung für Bayern, S. 78–87. Bis zur Wahl des Fraktionsvorstands leitete Josef Müller die Sitzung, der von den Mitgliedern des geschäftsführenden Landesvorstands, die eingeladen waren, der Sitzung zeitweise beizuwohnen, zumindest passive Unterstützung erwarten konnte. Außer Josef Müller, August Haußleiter und Michael Horlacher, die der Fraktion ohnehin angehörten, waren auch Franz Josef Strauß, Emil Muhler und Lorenz Sedlmayr anwesend. ACSP, CSU-LL, Protokoll der Sitzung des Landesvorstands am 10. 12. 1946.

¹⁷⁴ ACSP, NL Müller 209, undatierte Aufstellung über die mögliche Zusammensetzung von Landesvorstand und Fraktionsvorstand. Eugen Rindt sollte zum Fraktionsvorsitzenden gewählt werden, August Haußleiter und Josef Piechl zu seinen Stellvertretern sowie Maria Probst und Rupert Berger zu Schriftführern.

te Favorit der bauerlichen Abgeordneten für das Amt des Fraktionschefs gewesen, sondern auch einer der profiliertesten Sprecher der Opposition gegen Josef Müller. In der konstituierenden Sitzung der Landtagsfraktion verzichtete Horlacher auf eine eigene Kandidatur, auch schien wenigstens ein gewisser Ausgleich mit dem Parteivorsitzenden gefunden, der seinen schwer berechenbaren Kontrahenten am 6. Dezember zur Wahl in den Landesvorstand vorgeschlagen und dann auch in den geschäftsführenden Landesvorstand berufen hatte¹⁷⁵. Horlacher trat mit folgendem Vorschlag vor die Abgeordneten:

„Den Personenfragen als solche[n] stehe ich mit kühlem Verstand als Politiker gegenüber. Ich vermeide es, zu einzelnen Personen zu sprechen, aber ich möchte folgendes ausführen. Bei der Lage, in der wir uns befinden, besonders auch mit Rücksicht auf allgemeine politische Beziehungen, die außerhalb Bayerns liegen, wäre es an sich wünschenswert, daß ein Fraktionsvorsitzender gewählt wird, der von der übergroßen Mehrheit der Fraktion getragen ist. Das wäre das Gebot der Stunde; das sieht ja jeder ein. Wenn aber ein Fraktionsvorsitzender mit schwacher Mehrheit gewählt und das noch dazu hinausgetragen würde, dann wäre von Haus aus wieder eine unglückliche Lage für die Union als solche gegeben. [...] Mir wäre es viel lieber, man würde eine vorläufige Abstimmung vornehmen und dann unterbrechen, um den einzelnen Parteifreunden Gelegenheit zu geben, sich angesichts des Ergebnisses zu einer nochmaligen Aussprache zusammenzusetzen. (Sehr gut!) Vielleicht ist es möglich, sich auf einen anderen Vorschlag zu einigen, wenn der erste Vorschlag nicht den Bedürfnissen der politischen Lage entspricht. Ich halte das für vernünftig. [...] Ich stelle diesen Vorschlag zur Erwägung, damit wir nicht wieder bei der Abstimmung hart aufeinanderprallen.“

Dieser Verfahrensvorschlag, der ganz im Sinne Josef Müllers gewesen sein dürfte, ermöglichte es, noch vor der endgültigen Wahl des Fraktionsvorstands die Kräfteverhältnisse zu bestimmen und eventuelle Wahlempfehlungen danach auszurichten. Auch wenn Horlacher es zu diesem Zeitpunkt nur andeutete, so implizierten seine Ausführungen den Gedanken, weder Hundhammer noch Rindt zum Fraktionsvorsitzenden zu wählen, sondern eine Persönlichkeit mit diesem Amt zu betrauen, die in den partei-internen Führungs- und Flügelkämpfen relativ heil geblieben war. Dies hatte auch August Hausleiter erkannt, der die Abgeordneten nachdrücklich darauf hinwies, welche Folgen es haben könnte, wenn kein Ausgleich der gegensätzlichen Positionen gelänge: „Vier Jahre Streit – und darum geht es – würden zur Gefahr, und zwar zur Existenzgefahr für die Union werden.“

Die von Horlacher vorgeschlagene Probeabstimmung endete mit einer Überraschung: Von 98 abgegebenen Stimmen entfielen 54 auf Alois Hundhammer, 42 auf Eugen Rindt, ein Abgeordneter votierte für Horlacher, und ein Stimmzettel war ungültig. Josef Müller unterbrach daraufhin wie vereinbart die Sitzung. Dann trat Michael Hor-

¹⁷⁵ Horlacher sprach bereits während der Sitzung des Landesausschusses – ohne Hundhammers Namen zu nennen, aber deutlich auf ihn gemünzt – gegen die parteiinterne Opposition. Protokoll der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 6. 12. 1946 in München, in: Protokolle und Materialien, S. 799–803. Müller selbst führte hinsichtlich seines Verhältnisses zu Horlacher aus: „Sie haben gehört, daß ich Michel Horlacher als ersten für die Landesvorstandschafft vorgeschlagen habe. In der vergangenen Zeit, vor allem in der Fraktion, haben wir uns manchmal sehr kräftig gerauft; trotzdem habe ich es für notwendig gehalten, gerade ihn dabei zu haben. Es gibt nichts besseres, als wenn Leute sich kräftig auseinandersetzen – aber intern, nicht nach außen. Wir müssen dazu kommen, daß wir wirklich vernünftige Opposition durchführen. Ich weiß, daß ich mit Michel Horlacher in manchen Punkten nicht übereinstimme. Es ist viel besser, er kommt und sagt mir: Du bist dabei, eine Dummheit zu machen, als daß ich nachher einen Schuß von rückwärts bekomme. So muß gearbeitet werden. Jede andere Arbeit mit unsauberen Mitteln muß endgültig aufhören.“ Ebenda, S. 803.

lacher erneut vor die Fraktion. Sichtlich darum bemüht, Hundhammer nicht zu verärgern, verwies er auf das relativ knappe Ergebnis der Probeabstimmung und auf die Notwendigkeit, vorhandene Gegensätze auszugleichen. Der im „engen Kreise“ ausgearbeitete Vorschlag, den Horlacher den Abgeordneten unterbreitete, war darauf abgestellt, die Interessen beider Seiten zu berücksichtigen. Zum Vorsitzenden der Landtagsfraktion sollte Josef Schwalber gewählt werden, als seine Stellvertreter Adam Sühler, August Haußleiter und Josef Donsberger, dazu Maria Probst und Albert Kaifer, die als Schriftführer ebenfalls dem Fraktionsvorstand angehören sollten. Dieses Personalpaket war sorgfältig austariert und taktisch geschickt zusammengestellt. Schwalber teilte nicht nur die politischen Auffassungen Hundhammers, sondern war auch dessen persönlicher Freund, so daß Hundhammer, den man mit dem Vorsitz eines wichtigen Landtagsausschusses abzufinden gedachte, nur schwer gegen diesen Vorschlag opponieren konnte. Die übrigen Kandidaten repräsentierten verschiedene Strömungen und Gruppierungen innerhalb der CSU oder trugen berufsständischen Interessen Rechnung¹⁷⁶, weswegen man sich entschloß, mit Karl Schmid auch noch einen Vertreter des Handwerks in die Liste aufzunehmen. Zugleich versuchte Horlacher, die Machtfülle des Fraktionsvorsitzenden zu begrenzen und so eine zweite Sicherung gegen weitergehende Ambitionen einzubauen:

„Nun möchte ich der Fraktion eines mit auf den Weg geben: Wir müssen uns von den Überresten des Nationalsozialismus lösen. Ich meine damit das sogenannte Führerprinzip. Es hat in der Fraktion die Lähmung hervorgerufen. Ich spreche es ganz offen aus: In der Demokratie muß das Führerprinzip sein Ende finden! (Sehr richtig!) Der Fraktionsvorsitzende hat nur die Geschäfte zu führen, den Willen der Fraktion zu vollziehen und nach den Richtlinien und Beschlüssen der Fraktion zu arbeiten, nicht auf eigene Faust. Das wird manchem die Wahl in gewisser Beziehung erleichtern. Wir müssen wirklich zu demokratischen Zuständen kommen und uns von anderen Dingen entfernen.“

Horlachers Vorschlag, zu einer „neutrale[n] Zusammensetzung des Fraktionsvorstandes“ zu kommen (Franz Ludwig Sauer), wurde auf Antrag Josef Müllers in toto diskutiert und fand vor allem bei den Anhängern des Parteivorsitzenden Anklang. Konsensfähig war diese Position jedoch nicht, und Max Allwein, ein Repräsentant des altbayerisch-konservativen Flügels, der später zur Bayernpartei wechselte, erklärte, er sehe nicht ein, „warum immer wieder einer Minderheit nachgegeben werden“ solle, wo die Probeabstimmung doch ein eindeutiges Votum für Hundhammer ergeben habe.

Der Vorsitzende des Bezirksverbands Oberbayern hatte bis dahin nicht in die Debatte eingegriffen. Erst nachdem Horlacher seine Vorschlagsliste präsentiert hatte, meldete sich Hundhammer zu Wort und empfahl den Abgeordneten, Eugen Rindt zum zweiten Fraktionsvorsitzenden zu wählen. Damit hatte der bisherige Favorit für den Fraktionsvorsitz zu erkennen gegeben, daß er – ohne zu einer eigenen Kandidatur Stellung zu nehmen – im Falle seiner Wahl eine Zusammenarbeit mit Rindt für denkbar hielt. Die Idee, je einen Exponenten der beiden stärksten Gruppierungen an die Spitze der Fraktion zu stellen, fand großen Beifall bei den Abgeordneten, denn damit wurde Alois Hundhammer an führender Stelle berücksichtigt, zugleich aber schien dieser

¹⁷⁶ Adam Sühler stand für die bäuerlichen Zirkel und Agrarpolitiker in der CSU und vertrat mit Haußleiter den fränkisch-protestantischen Teil der Partei; Josef Donsberger und Albert Kaifer repräsentierten die Arbeitnehmerschaft und Maria Probst die Frauen.

Kompromißvorschlag die Chance für einen Ausgleich zwischen den Konfliktparteien zu bieten.

Das Ergebnis war freilich auch, daß damit der Versuch, Hundhammer von der Führung der Landtagsfraktion fernzuhalten, trotz aller Anstrengungen und Gegenargumente zum Scheitern verurteilt war. Leicht resigniert erkannte Horlacher, daß sich seine Konstruktion in der Fraktion nicht durchsetzen ließ, doch er war flexibel genug, sich auf die neuen Gegebenheiten einzustellen:

„Wenn ich das alles überlege, so neige ich persönlich dazu, den Vorschlag anzunehmen, demzufolge sich die Mehrheit mit der Minderheit zu einer Einheit verbindet, (Beifall) und zwar Dr. Hundhammer als ersten und Dr. Rindt als zweiten Vorsitzenden zu wählen mit der Maßgabe – und diesen Beschluß bitte ich gleichzeitig zu fassen; das ist bei einer großen Fraktion gar nicht anders möglich –, daß der erste und zweite Vorsitzende der Fraktion in allen entscheidenden Fragen, besonders dann, wenn die Fraktion nicht anwesend ist, gemeinsam handeln müssen. (Sehr richtig!) Das ist eine Grundvoraussetzung. Beide müssen miteinander gemeinsam handeln. Das ist auch möglich. Es muß einmal das Persönliche verschwinden und das Vertrauensverhältnis zwischen den einzelnen Herren hergestellt werden.“

Damit hatte sich Horlachers Argumentation entscheidend verändert. Er beabsichtigte nun nicht länger, eine von den innerparteilichen Turbulenzen unbelastete Persönlichkeit mit dem Fraktionsvorsitz zu beauftragen, sondern versuchte, den Einfluß der Minderheit auf die Fraktionsführung zu sichern. Nachdem die Rednerliste erschöpft war, kam es aber nicht zur Abstimmung über die verschiedenen Personalvorschläge und ihre Varianten, die mittlerweile im Raum standen. Diesmal nutzte Müller seine Möglichkeiten als Versammlungsleiter und führte eine Sitzungspause herbei, in der er selbst, Hundhammer, Rindt und wohl auch Horlacher die Möglichkeiten für eine Verständigung sondierten¹⁷⁷. Wieder war es Horlacher, der den Abgeordneten das Ergebnis vortrug. Danach sollte Hundhammer zum Fraktionsvorsitzenden und Rindt zu seinem Stellvertreter gewählt werden. Allerdings forderte er die Fraktion auf, gleichzeitig folgenden Zusatz zu beschließen: „Beide Fraktionsvorsitzende genießen innerhalb ihrer Tätigkeit in der Fraktion gleiche Rechte. In allen entscheidenden Fragen müssen sie gemeinsam handeln.“ Weiter sollten dem Vorstand August Haußleiter, Andreas Lang und Josef Donsberger als „Beiräte“ sowie Maria Probst und Karl Schmid als Schriftführer angehören. Eine Diskussion über dieses Personalpaket gab es nicht mehr, lediglich Adam Sühler wurde auf nachdrückliche Bitte Hundhammers noch in die Kandidatenliste aufgenommen. Dann stimmte die Fraktion en bloc über den Vorschlag ab: 80 Abgeordnete votierten mit Ja, 16 mit Nein, sechs Stimmen waren ungültig.

Die Besetzung des Fraktionsvorstands beruhte zweifellos auf einem Proporz zwischen den beiden größten innerparteilichen Gruppierungen, aber sie bot weder die Gewähr für eine wirkliche Lösung der bestehenden Konflikte noch für eine funktionie-

¹⁷⁷ Rindt selbst berichtete am folgenden Tag über den Inhalt dieser kurzen Unterredung: „Ich habe gestern, als Hundhammer und Müller mich herausbat, Dr. Hundhammer erklärt: 1. Wir müssen eine bayerische Politik machen, 2. wir müssen eine deutsche Politik machen, aus wirtschaftlichen Gründen, dann aber auch aus dem Grunde: Die Stellung, die Deutschland in Europa hat, ist die des Vorkämpfertums für christlich-abendländische Kultur. Daher müssen die Wege für eine Reichspolitik geebnet werden. Wir müssen eine realistische Politik machen, wir brauchen Erfolge. Müller wie Hundhammer haben dieser Formulierung zugestimmt.“ ACSP, CSU-LL, Protokoll der Sitzung des Landesvorstands am 10. 12. 1946.

rende Zusammenarbeit zwischen Partei und Fraktion. Aus der Sicht Josef Müllers gaben die fraktionsinternen Personalentscheidungen allerdings zu vorsichtigem Optimismus Anlaß. Zwar war es nicht gelungen, die Wahl Hundhammers zum Fraktionschef zu verhindern, doch sowohl die Probeabstimmung als auch die Personaldebatte hatten gezeigt, daß die Landtagswahlen das Kräfteverhältnis zugunsten des Parteivorsitzenden verschoben hatten. Die Mehrheit der Abgeordneten war nach wie vor der innerparteilichen Opposition zuzurechnen, aber die Mandatsträger, auf deren Unterstützung Josef Müller zählen konnte, machten immerhin 30 bis 40 Prozent der Landtagsfraktion aus. Wollte die CSU die Regierung übernehmen, so bedeutete dies angesichts der Sitzverteilung im Parlament, daß die beiden Flügel der CSU-Fraktion einen tragfähigen Kompromiß finden mußten oder daß die beiden Teilfraktionen gezwungen waren, Koalitionen mit anderen Parteien einzugehen.

Betrachtet man den Vorstand der Landtagsfraktion näher, dann zeigt sich, daß die Anhänger des Parteivorsitzenden durchaus angemessen repräsentiert waren. August Haußleiter, Maria Probst, Eugen Rindt und wohl auch Adam Sühler waren dem Müller-Flügel zuzurechnen oder zählten zumindest zu den Sympathisanten des Ochsensepp. Von Bedeutung schien in diesem Zusammenhang vor allem der auf Antrag Horlachers beschlossene Protokollzusatz, der Rindt maßgeblichen Einfluß auf die Führung der Fraktion zusicherte, den dieser noch weiter hätte ausbauen können, als Hundhammer zum Kultusminister berufen wurde. Doch es gelang dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden nicht, die Abgeordneten im Sinne Josef Müllers zu führen. Im Gegenteil, es zeigte sich bald, daß Rindt aufgrund seines angegriffenen Gesundheitszustands und seiner vielfältigen anderweitigen Verpflichtungen nicht in der Lage war, die in ihn gesetzten Erwartungen zu erfüllen¹⁷⁸. Auch dem Parteivorsitzenden fehlte die Zeit, seine Anhänger in der Fraktion selbst zu führen¹⁷⁹, bei denen sich bald Resignation und Orientierungslosigkeit breit machten. Die Doppelbelastung Hundhammers und die offensichtliche Überforderung Rindts erzeugten ein Vakuum in der Fraktionsführung, das die Schlagkraft und Arbeitsfähigkeit der CSU-Fraktion erheblich beeinträchtigte¹⁸⁰.

¹⁷⁸ Zur frühen Kritik an Rindt vgl. ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Fraktionssitzung am 10. 4. 1947. Nach dem für Müller überaus negativen Verlauf der Regierungsbildung im Dezember 1946 scheint das bisher gute Verhältnis zwischen Müller und Rindt einen Knacks bekommen zu haben (ACSP, NL Müller 9, Protokoll der Sitzung des Landesvorstands am 28. 2. 1947). Im August 1947 gab Rindt den Vorsitz der Bezirksverbände Augsburg und Schwaben ab (IfZ-Archiv, MA 1420/13, Bericht Alfred Kiss' über den Rücktritt Rindts vom 25. 8. 1947) und widmete sich dem Aufbau des Sozialen Helferrings, der im Laufe des Jahres 1949 in große finanzielle Schwierigkeiten geriet. Die finanziellen Turbulenzen um den Sozialen Helferring waren auch die Ursache für den Rücktritt Rindts vom Amt des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden. Vgl. Eugen Rindt, *Der Weg zur staatsbürgerlichen Selbsthilfe*, in: *Unsere soziale Revolution*, S. 11–16. ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokolle der Fraktionssitzungen am 17. 1. 1950 und am 14. 2. 1950.

¹⁷⁹ ACSP, NL Müller 221, Maria Deku an Josef Müller vom 8. 7. 1947.

¹⁸⁰ Hans Kraus sprach 1950 von einer „Krise der Fraktion“, und der Abgeordnete Max Zillibiller klagte über die mangelnde Präsenz der Fraktion im wichtigen Haushaltsausschuß. Alois Schlögl bemerkte, ein Abgeordneter der SPD habe erklärt, „er kenne sich nicht mehr aus, ob seine Partei oder die CSU die Oppositionspartei sei“. ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Fraktionssitzung am 5. 9. 1950.

5. Landesvorstand und Landtagsfraktion

Drei Tage vor der konstituierenden Sitzung der Landtagsfraktion, am 6. Dezember 1946, wählten die Delegierten des Landesausschusses gemäß den Statuten 15 Mitglieder für den Landesvorstand der Partei, der damit seine Arbeit aufnehmen konnte¹⁸¹. Josef Müller legte dem Landesausschuß eine nahezu vollständige Kandidatenliste vor, auf der lediglich ein Vorschlag für den dritten Jugendvertreter fehlte¹⁸². Nach kurzer Diskussion folgten die Delegierten des Landesausschusses der Wahlempfehlung des Parteivorsitzenden, lediglich die Vertreter der Jugend nominierten mit Franz Steber und Franz Heubl eigene Kandidaten, die neben dem von Müller vorgeschlagenen Rudolf Birkel auch in die Parteiführung gewählt wurden.

Mit seinen Personalvorschlägen beabsichtigte der CSU-Vorsitzende zweierlei: Er wollte Parteifreunde, denen der Sprung in den Landtag nicht gelungen war, deren Mitarbeit er jedoch für unverzichtbar hielt, an führender Stelle in die Parteiorganisation einbinden¹⁸³. Außerdem war Müllers Kandidatenliste an konfessionellen Gesichtspunkten orientiert. Von den 15 im Landesausschuß gewählten Mitgliedern des Landesvorstands bekannten sich fünf zum evangelischen Glauben, eine Quote, die ungefähr dem Anteil der Protestanten an der Gesamtbevölkerung Bayerns entsprach¹⁸⁴. Nach seinen eigenen Worten kam es dem Parteivorsitzenden vor allem darauf an, „ein Gremium zu bekommen, das wirklich arbeitskräftig ist“. In diesem Sinne berücksichtigte er in seiner Wahlempfehlung überwiegend seine Parteigänger; lediglich der schwer kalkulierbare Michael Horlacher sowie Heinrich Pflüger und der von den Jugendvertretern nominierte Franz Heubl zählten zu den zeitweiligen oder grundsätzlichen Gegnern des Ochsensepp und seiner Politik¹⁸⁵.

Das heißt jedoch nicht, daß die innerparteiliche Opposition nicht in der Lage gewesen wäre, ihre Positionen auch in der Parteiführung nachdrücklich zu vertreten. So gehörten die Mitglieder des Vorstands der Landtagsfraktion ebenso *ex officio*

¹⁸¹ Nach der gültigen Satzung bestand der Landesvorstand aus dem Landesvorsitzenden, zehn Mitgliedern, die vom Landesausschuß für die Dauer eines Jahres zu wählen waren, zwei Frauen- und drei Jugendvertretern, die ebenfalls der Landesausschuß zu wählen hatte, je einem Vertreter der Bezirksverbände, den Mitgliedern der bayerischen Staatsregierung, soweit sie der CSU angehörten, dem Vorstand der Landtagsfraktion und dem Vorstand eines berufsständischen Rats. Satzung der CSU in der Fassung vom 4. 10. 1946, abgedruckt in: Protokolle und Materialien, S. 1783–1803. Zum ersten Landesvorstand und zum ersten geschäftsführenden Landesvorstand der CSU vgl. Mintzel, Anatomie, S. 108 ff. und S. 118 ff.

¹⁸² Die Vorschläge Müllers waren: Wilhelm Eichhorn, Georg Gamperl, Max Grasmann, Michael Horlacher, Karl Sigmund Mayr, Emil Muhler, Heinrich Pflüger, Lorenz Sedlmayr, Johannes Semler und Franz Josef Strauß; Elisabeth Hahn und Elisabeth Meyer-Spreckels als Frauenvertreterinnen; Rudolf Birkel und Josef Plonner als Jugendvertreter. Protokoll der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 6. 12. 1946 in München, in: Protokolle und Materialien, S. 779 f. ACSP, NL Müller 209, undatierte Aufstellung über die mögliche Zusammensetzung von Landesvorstand und Fraktionsvorstand.

¹⁸³ Protokoll der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 6. 12. 1946 in München, in: Protokolle und Materialien, S. 772 f.

¹⁸⁴ Die evangelischen Kandidaten waren Rudolf Birkel, Wilhelm Eichhorn, Elisabeth Meyer-Spreckels, Karl Sigmund Mayr und Johannes Semler. Zum Stellenwert der konfessionellen Frage vgl. die diesbezügliche Debatte während der Sitzung des Landesausschusses am 6. 12. 1946 in München, in: Protokolle und Materialien, S. 781–784; das folgende Zitat ebenda, S. 779.

¹⁸⁵ Die Tabelle bei Mintzel, Anatomie, S. 119, die auch die Konfession, frühere Zugehörigkeit zur BVP sowie die Haltung gegenüber Josef Müller angibt, ist fehlerhaft.

dem Landesvorstand an wie die Staatssekretäre und Minister der CSU in der bayerischen Staatsregierung. Da die Bezirksverbände ebenfalls je einen Vertreter in den Landesvorstand entsenden konnten, war es auch mehrheitlich oppositionellen Bezirken möglich, dezidierte Gegner des Landesvorsitzenden in den Parteivorstand zu delegieren.

Am 6. Dezember berief Josef Müller auch die sieben Mitglieder des geschäftsführenden Landesvorstands. Die Besetzung dieses engsten Führungsgremiums war das Vorrecht des Parteichefs¹⁸⁶, der sich dafür allerdings der Rückendeckung des Landesvorstands versicherte¹⁸⁷, um eventueller Kritik an seinem Führungsstil vorzubeugen. Mit der Ernennung von Max Grasmann, August Haußleiter, Michael Horlacher, Elisabeth Meyer-Spreckels, Emil Muhler, Lorenz Sedlmayr und Franz Josef Strauß berücksichtigte Müller keinen Vertreter des katholisch-konservativen Flügels um Alois Hundhammer¹⁸⁸. Der Parteivorsitzende versuchte lediglich, die Unterstützung Horlachers zu gewinnen. Die Kritik Hundhammers ließ deshalb nicht lange auf sich warten. Der geschäftsführende Landesvorstand, so der Vorsitzende des Bezirksverbands Oberbayern, sei „eine einseitig zusammengesetzte Gruppe“¹⁸⁹.

Betrachtet man die Zusammensetzung des geschäftsführenden Landesvorstands unter dem Aspekt der künftigen Kooperation mit der Landtagsfraktion, so fällt auf, daß als einziges Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands August Haußleiter auch in den Vorstand der Landtagsfraktion gewählt wurde. Doch sollte man das nicht überschätzen, denn mit Josef Müller selbst und mit dem designierten Landtagspräsidenten Horlacher gehörten zwei weitere prominente Mitglieder des engsten Führungskreises der CSU der Landtagsfraktion an. Berücksichtigt man weiterhin, daß der Fraktionsvorstand qua Amt auch dem Landesvorstand angehörte, dann wäre rein technisch einer funktionierenden Zusammenarbeit zwischen der Parteiführung und der Fraktion nichts im Wege gestanden; insgesamt waren es immerhin 18 Abgeordnete, die auch dem 43-köpfigen Landesvorstand der bayerischen Unionspartei angehörten¹⁹⁰.

¹⁸⁶ Zu den Auseinandersetzungen, die um die entsprechenden Klauseln der Satzung geführt wurden, vgl. – allerdings farblos und eng der Argumentation Mintzels folgend – Hettler, Josef Müller, S. 256 ff.

¹⁸⁷ Nach Mintzel, Anatomie, S. 120, ernannte Müller die Mitglieder des geschäftsführenden Landesvorstands „noch in der Sitzung des Landesausschusses am 6. Dezember 1946“. Das Protokoll dieser Sitzung stützt Mintzels Darstellung jedoch nicht. Müllers diesbezügliche Ausführungen lassen vielmehr den Schluß zu, daß zwischen der Wahl der 15 Landesvorstandsmitglieder und der zitierten Vorstellung des geschäftsführenden Landesvorstands eine kurze Sitzung der anwesenden Mitglieder des Landesvorstands stattgefunden hat, in der der CSU-Vorsitzende die Ernennungen vornahm. Da die Sitzung nach der Wahl für mehr als zwei Stunden – offiziell „zur Mittagspause“ – unterbrochen war, wäre dies auch zeitlich durchaus möglich gewesen. Protokoll der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 6. 12. 1946 in München, in: Protokolle und Materialien, S. 790.

¹⁸⁸ So auch Mintzel, Anatomie, S. 120.

¹⁸⁹ Protokoll der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 6. 12. 1946 in München, in: Protokolle und Materialien, S. 808. Die Tatsache, daß Hundhammer die Zusammensetzung des geschäftsführenden Landesvorstands erst nachträglich einer barschen Kritik unterzog, löste nicht nur bei Josef Müller Verständnislosigkeit und Erbitterung aus. Mintzel, Anatomie, S. 120, und Hettler, Josef Müller, S. 258, sind der Meinung, die Tatsache, daß Müllers Personalentscheidungen zunächst kritiklos akzeptiert worden seien, sei ein Beleg dafür, daß die Opposition bereits entschlossen war, den Parteivorsitzenden im Landtag entscheidend zu schlagen.

¹⁹⁰ Anders Mintzel, Anatomie, S. 120, der aber die Chronologie außer acht läßt. Die Zahlenangaben beruhen auf einer eigenen Auszählung.

Josef Müller führte die anhaltenden Reibereien zwischen Parteiführung und Fraktionsmehrheit auf die unterschiedliche Zusammensetzung der entsprechenden Gremien zurück. So bemerkte er im Januar 1947 vor den Delegierten des Landesausschusses:

„Wir müssen uns über eines klar sein: Die Fraktion, so wie sie jetzt gegeben ist, ist selbstverständlich das Sprachrohr der Union im Parlament. Auf der anderen Seite leiden wir – das muß frei heraus gesagt werden – darunter, daß Fraktion und Partei nicht völlig übereinstimmen, [...] auch in der Zusammensetzung sich nicht unbedingt widerspiegeln.“¹⁹¹

Doch war das politische Profil von Parteiführung und Landtagsfraktion tatsächlich so verschieden, wie es der Parteichef oder zuweilen auch seine Gegner¹⁹² glauben zu machen versuchten? Eine vergleichende Untersuchung des Anfang Dezember 1946 erstmals zusammengetretenen Landesvorstands und der kurz zuvor gewählten Unionsfraktion im bayerischen Landtag verspricht interessante Aufschlüsse über diese wichtige Frage¹⁹³. Dabei gilt es, vor allem drei Kriterien in den Vordergrund zu stellen: die parteipolitischen Aktivitäten der Vorstandsmitglieder und der Landtagsabgeordneten vor 1933, ihre Konfessionszugehörigkeit und Berufsgruppenschichtung¹⁹⁴.

¹⁹¹ Protokoll der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 3. 1. 1947 in Augsburg, in: Protokolle und Materialien, S. 986.

¹⁹² So schrieb der spätere Kultusminister Josef Schwalber am 21. 4. 1948 an Pfarrer Joseph Eberl: „Ich weiß, daß es sich hier [bei den Auseinandersetzungen um die umstrittenen Satzungsfragen] um das Kernproblem der CSU handelt und daß auf diesen Umstand auch die dauernden Gegensätze zwischen Parteiführ[er]ung und Fraktion zurückzuführen sind, weil eben die Fraktion in ihrer Zusammensetzung das wahre Gesicht der Wählerschaft darstellt, während die Parteileitung auf einer künstlich konstruierten Mehrheitsbildung basiert.“ BayHStA, NL Schwalber 5.

¹⁹³ In die folgende Untersuchung wurden lediglich die Abgeordneten einbezogen, die im Dezember 1946 in den Landtag gewählt worden waren und ihr Mandat angetreten hatten; Veränderungen in der Struktur der Fraktion, die sich aus der Fluktuation während der Legislaturperiode ergaben (Tod, Niederlegen des Mandats, Nachrücker), blieben unberücksichtigt. Die Angaben zum politischen und sozialen Profil des Landesvorstands beziehen sich auf den ersten Landesvorstand der CSU, wie er sich Anfang Dezember 1946 konstituierte. Durch die Bildung des ersten Kabinetts Ehard und durch einige andere Umbesetzungen begann sich die Zusammensetzung des Landesvorstands aber bereits wenig später zu verändern. Während von den Abgeordneten der CSU alle 104 erfaßt werden konnten, beziehen sich die Angaben zum Landesvorstand nur auf 42 von 43 Vorstandsmitgliedern.

¹⁹⁴ Da sich Altersdurchschnitt und Altersstruktur von Landtagsfraktion und Parteivorstand nur geringfügig unterschieden, wird auf eine eingehende Untersuchung verzichtet. Die Abgeordneten der CSU waren im Durchschnitt 51,28 Jahre alt, die Mitglieder des Landesvorstands 50,21 Jahre. Die Dominanz der älteren Jahrgänge ist vor allem auf folgende Ursachen zurückzuführen: Die Vertreter der älteren Generation verfügten über wertvolle parteipolitisch-parlamentarische und administrative Erfahrungen aus den Jahren der Weimarer Republik. Diese Aktivitäten hatten sie auf regionaler und überregionaler Ebene zu prominenten Personen gemacht, was bei der Fortsetzung der politischen Karriere nach 1945 eine wichtige Rolle spielen konnte. Die Jüngeren dagegen, die nach 1910 geboren waren und die nur die Agonie der Weimarer Republik und die nationalsozialistische Diktatur kennengelernt hatten, betraten nach Kriegsende überwiegend politisches Neuland und erhielten deshalb schon bei der Kandidatenaufstellung nicht die gleichen Chancen wie die Älteren. Für die Landtagsfraktion der CSU wie auch für den Parteivorstand waren drei Alterskohorten prägend, nämlich die zwischen 1887 und 1892 Geborenen, deren politische Sozialisation noch in die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg fiel, ferner die zwischen 1893 und 1898 Geborenen, für die der Erste Weltkrieg zu einer einschneidenden Erfahrung wurde, und schließlich die zwischen 1899 und 1904 Geborenen, die die Novemberrevolution und die Anfangsjahre der Weimarer Republik als besonders prägend erfahren hatten. 64,42 Prozent aller CSU-Abgeordneten und immerhin 61,91 Prozent der Mitglieder des Landesvorstands zählten zu den Repräsentanten dieser drei Alterskohorten, die 1946 zwischen 42 und 59 Jahre alt waren. Während im Landesvorstand die zwischen 1887 und 1892 Geborenen mit einem Anteil von 23,81 Prozent die größte Gruppe stellten, waren in der Landtagsfraktion mit einem Anteil von 27,88 Prozent die Abgeordneten besonders stark vertreten, die zwischen 1899 und 1904 das Licht der Welt erblickt hatten. Zu diesem Problemkomplex vgl. auch allgemein Ulrich Zelinsky, Be-

Von den 104 Abgeordneten der bayerischen Unionspartei waren vor 1933 mindestens 59 in der BVP und zwei in der Zentrumsparlei aktiv gewesen¹⁹⁵; damit wurzelten fast 60 Prozent aller Landtagsabgeordneten der CSU im Sozialmilieu des politischen Katholizismus, was freilich nicht heißen soll, daß sie allesamt ihre Prägungen und Erfahrungen aus den Jahren der Weimarer Republik kritik- und kommentarlos in die Zeit des demokratischen Neubeginns herübergerettet hätten. Dies traf nur für einen Teil der früheren BVP-Aktivisten zu; andere sprachen sich gerade wegen dieser Erfahrungen für eine staats- und parteipolitische Neuorientierung aus. Unter den Mitgliedern des Landesvorstands war der Anteil ehemaliger Anhänger von BVP und Zentrum erheblich geringer. Soweit sich feststellen läßt, hatten lediglich 38,1 Prozent von ihnen vor 1933 der Bayerischen Volkspartei oder dem Zentrum angehört¹⁹⁶.

Der hohe Prozentsatz der Landtagsabgeordneten mit BVP-Tradition war für die neu gegründete Union Chance und Belastung zugleich¹⁹⁷: Eine Chance, weil sich unter den ehemaligen BVP-Mitgliedern in der Fraktion eine ganze Reihe von bewährten Parlamentariern oder Kommunalpolitikern befand, deren Sachkenntnis eine wertvolle Hilfe für ihre politisch unerfahrenen Kollegen darstellen konnte. Zugleich waren die vielen BVP-Aktivisten unter den Parlamentariern der CSU aber auch eine schwere Belastung für die Partei, weil sie das Bild der CSU nach außen so sehr prägten, daß es ihren politischen Gegnern nicht schwerfiel, die Union als getarnte Neuauflage der BVP zu diskreditieren und die mißtrauischen Anhänger und Sympathisanten der Partei in den protestantischen Regionen Frankens zu verunsichern¹⁹⁸. Zweifelsohne waren die BVP-Traditionalisten in der CSU-Fraktion so stark, daß sie die Politik der Union im Landtag entscheidend beeinflussen konnten, und zwar auch gegen den Willen des Landesvorstands, in dem die reformorientierten Kräfte um Josef Müller dominierten.

Auch die konfessionelle Zusammensetzung der Landtagsfraktion entsprach nicht der des Landesvorstands. Mit einem Anteil von 88,46 Prozent waren die Katholiken in der Fraktion auch gemessen am Anteil der Katholiken an der Bevölkerung Bay-

dingungen und Probleme der Neubildung von Führungsgruppen in Deutschland 1945–1949, in: Josef Becker, Theo Stammen, Peter Waldmann (Hrsg.), *Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Kapitulation und Grundgesetz*, München 2., überarbeitete Auflage 1987, S. 223–239.

¹⁹⁵ 37 Abgeordnete (35,58 Prozent) hatten vor 1933 auch ein Amt oder Mandat in ihrer Partei innegehabt. 13 Landtagsabgeordnete der CSU hatten die BVP vor 1933 bereits im Landtag oder im Reichstag vertreten; die übrigen waren auf kommunaler oder regionaler Ebene für die BVP oder das Zentrum aktiv gewesen.

¹⁹⁶ Neun Vorstandsmitglieder (21,43 Prozent) hatten vor 1933 auch ein Amt oder Mandat in der BVP oder der Zentrumsparlei innegehabt.

¹⁹⁷ 16 Landtagsabgeordnete der CSU (15,38 Prozent) hatten vor 1933 nachweisbar anderen Parteien als BVP und Zentrum angehört, und zwar acht dem BBB (darunter auch Alois Weinzierl, der 1925 zur BVP übergetreten war), drei dem BLB sowie je einer der SPD, der DDP/StP, der DVP und der DNVP; Hermann Strathmann war ebenfalls für die DNVP aktiv gewesen, bevor er 1930 zum CSVD gewechselt war. Sechs Mitglieder des ersten Landesvorstands (14,29 Prozent – also ein ähnlich großer Anteil wie in der Landtagsfraktion) hatten vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten parteipolitische Erfahrungen außerhalb von BVP und Zentrum gesammelt. Auffällig ist die vergleichsweise hohe Zahl der ehemaligen Mitglieder des BBB in der Landtagsfraktion; im Landesvorstand waren dagegen die ehemaligen Parteimitglieder, die nicht der BVP oder dem Zentrum angehört hatten, gleichmäßig über das politische Spektrum verteilt.

¹⁹⁸ Vgl. beispielsweise die bitteren Ausführungen August Haußleiters zum Wahlkampf in Nordbayern; Protokoll der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 3. 1. 1947 in Augsburg, in: *Protokolle und Materialien*, S. 1059.

erns, der 1946 71,35 Prozent betrug¹⁹⁹, deutlich überrepräsentiert. 92 katholischen CSU-Abgeordneten standen nur zwölf evangelische gegenüber, das heißt, die Protestanten machten nur 11,54 Prozent der Fraktion aus²⁰⁰. Die Konfessionsstruktur des Landesvorstands orientierte sich dagegen an der Konfessionsstruktur der bayerischen Bevölkerung: 71,43 Prozent der Vorstandsmitglieder waren Katholiken, 26,19 Prozent Protestanten²⁰¹. Während die konfessionelle Zusammensetzung des Parteivorstands die Tragfähigkeit des Unionsgedankens unter Beweis stellen sollte, bewirkte die Dominanz der katholischen Abgeordneten in der CSU-Fraktion das genaue Gegenteil. Die offensichtliche Schwäche der evangelischen Seite führte wie das mangelnde Entgegenkommen der katholischen Parteifreunde bei Sach- und Personalentscheidungen nicht nur wiederholt zu konfessionell bedingten Auseinandersetzungen²⁰², sondern bei vielen Protestanten ganz allgemein zu Frustration, Resignation und Verbitterung.

Die Analyse der Berufsgruppenschichtung von Landtagsfraktion und Parteivorstand zeigt schon auf den ersten Blick signifikante Unterschiede und Gemeinsamkeiten. Besonders auffällig ist in beiden Gremien die Dominanz der im öffentlichen Dienst Beschäftigten und der Berufspolitiker.

Berufsgruppenschichtung von Landtagsfraktion und Landesvorstand im Dezember 1946

Landtagsfraktion	Berufsgruppe	Landesvorstand
26,92 Prozent (28)	Berufspolitiker	33,33 Prozent (14)
4,81 Prozent (5)	Lehrer, Dozenten, Wissenschaftler	4,76 Prozent (2)
3,85 Prozent (4)	sonstiger öffentlicher Dienst	9,52 Prozent (4)
25,0 Prozent (26)	Landwirte	7,14 Prozent (3)
11,54 Prozent (12)	selbständiger Mittelstand	4,76 Prozent (2)
0,96 Prozent (1)	Journalisten, Medienbereich	–
3,85 Prozent (4)	Rechtsanwälte	–
1,92 Prozent (2)	sonstige freie Berufe	4,76 Prozent (2)
0,96 Prozent (1)	Unternehmer	2,38 Prozent (1)
6,73 Prozent (7)	Angestellte	11,90 Prozent (5)
2,88 Prozent (3)	Arbeiter	–
1,92 Prozent (2)	Verbandsangestellte	2,38 Prozent (1)
0,96 Prozent (1)	Parteiangestellte	9,52 Prozent (4)
0,96 Prozent (1)	Pfarrer ²⁰³	2,38 Prozent (1)
1,92 Prozent (2)	sonstige	7,14 Prozent (3)
4,81 Prozent (5)	unbekannt	–

¹⁹⁹ Die Zahlen zur konfessionellen Zusammensetzung der bayerischen Bevölkerung im Jahr 1946 nach Voelcker, Verteilung, S. 37.

²⁰⁰ ACSP, CSU-LTF I, 15–12/1, Verzeichnis der CSU-Landtagsabgeordneten in der ersten Wahlperiode und ihrer Konfessionszugehörigkeit.

²⁰¹ Die Konfession eines Vorstandsmitglieds war nicht zu ermitteln.

²⁰² Ein Paradebeispiel dafür ist der Konflikt um die Ausscheidung der Protestanten bei der ersten parlamentarischen Regierungsbildung im Dezember 1946; diesbezügliche Dokumente finden sich im ACSP, NL Müller 5, 52 und 107.

²⁰³ Unter den CSU-Abgeordneten befanden sich neben dem Bamberger Domkapitular Georg Meixner mit dem Studienprofessor Georg Gromer und Wolfgang Precht, dem amtierenden Landrat im niederbayerischen Rottenburg, zwei weitere katholische Priester; für die evangelische Seite gehörte der Theologieprofessor Hermann Strathmann der Landtagsfraktion an. Im Landesvorstand vertrat der Münchner Stadtpfarrer Emil Muhler die katholischen und wiederum Hermann Strathmann die evangelischen Christen.

In der Landtagsfraktion waren neben den Regierungsmitgliedern vor allem Landräte und hauptamtliche Bürgermeister vertreten, im Landesvorstand die Minister und Staatssekretäre, die diesem Gremium laut Satzung als geborene Mitglieder angehörten²⁰⁴. In der Landtagsfraktion waren zudem die Landwirte mit 26 Abgeordneten (25 Prozent) außergewöhnlich stark vertreten²⁰⁵. Damit spiegelte sich hier die Wähler- und Mitgliederstruktur der bayerischen Unionspartei wider, während die Landwirte im Parteivorstand der CSU mit drei Vertretern (7,14 Prozent) stark unterrepräsentiert waren²⁰⁶. Konnte es sich Josef Müller im Landesvorstand oder im Landesausschuß leisten, die Initiativen und Forderungen des Bauernflügels zu ignorieren, so bildeten die Vertreter der Landwirtschaft in der Landtagsfraktion eine einflußreiche Lobby, über die man nur schwer hinweggehen konnte. Da die Bauernschaft insbesondere in Altbayern in der föderalistisch-antipreußischen Tradition der Bayerischen Volkspartei und des Bayerischen Bauernbundes stand, deutete schon die hohe Zahl der bäuerlichen Abgeordneten an, daß es für den Parteivorsitzenden schwierig sein würde, in der Fraktion eine Mehrheit für seine umstrittene Reichspolitik zu finden.

Die drittgrößte Gruppe in der Fraktion stellten die Repräsentanten des selbständigen Mittelstandes mit 11,54 Prozent, was der Wähler- und Mitgliederstruktur der CSU ebenso in etwa entsprach wie der Bedeutung des gewerblichen Mittelstandes für die bayerische Wirtschaft. Im Parteivorstand machte diese Berufsgruppe hingegen nur 4,76 Prozent aller Mitglieder aus.

Zu den Berufsgruppen, die in der Landtagsfraktion am stärksten unterrepräsentiert waren, zählten die Arbeiter, die lediglich 2,88 Prozent aller Abgeordneten stellen konnten. Im Landesvorstand waren die Arbeiter als Berufsgruppe sogar überhaupt nicht vertreten, sieht man von dem Gewerkschaftssekretär Lorenz Sedlmayr einmal ab. Allein dieser Befund verdeutlicht, wie schwer sich die CSU mit der Integration der Arbeiterschaft tat, allen programmatischen und propagandistischen Beteuerungen zum Trotz.

Parteiangestellte spielten 1946 in der Landtagsfraktion noch keine Rolle. Der Parteiparat wurde erst in späteren Jahren zu einer wichtigen Rekrutierungsinstanz für den politischen Nachwuchs. Im Landesvorstand machten die Parteiangestellten und Vertreter der Parteipresse dagegen fast zehn Prozent aus, obwohl sich die CSU aus-

²⁰⁴ Als sich der Landesvorstand im Dezember 1946 konstituierte, gehörten ihm acht Regierungsmitglieder und drei Landräte an. Zu den einschlägigen Satzungsbestimmungen vgl. die Satzung der CSU in der Fassung vom 4. 10. 1946, abgedruckt in: Protokolle und Materialien, S. 1783–1803.

²⁰⁵ Betrachtet man neben dem ausgeübten auch den erlernten Beruf, dann sind insgesamt sogar 30 Landtagsabgeordnete der CSU (28,85 Prozent) dem Agrarsektor zuzurechnen, wobei die „Bauerndoktoren“ Joseph Baumgartner, Michael Horlacher und Alois Schlögl noch unberücksichtigt geblieben sind. Die CSU stellte damit weitaus die meisten Abgeordneten aus dem Bereich der Land- und Forstwirtschaft. Nach Hagmann, der auch Beamte und akademisch gebildete Angestellte dazu rechnet, sofern sie im Bereich Land- und Forstwirtschaft tätig waren, betrug der Anteil der CSU-Abgeordneten aus diesem Sektor der Wirtschaft 26 Prozent, die SPD stellte 1,9 Prozent, die WAV immerhin 15,4 Prozent; die FDP stellte keinen Abgeordneten aus der Land- oder Forstwirtschaft. Nach Hagmann betrug der Anteil der Abgeordneten aus dieser Berufsgruppe auf den ganzen Landtag bezogen 16,7 Prozent. Vgl. M. Hagmann, Volksentscheid und Landtagswahl 1946, in: Bayern in Zahlen. Monatshefte des Bayerischen Statistischen Landesamts 1 (1947), S. 118–123, hier S. 121.

²⁰⁶ Auch wenn man neben dem ausgeübten den erlernten Beruf betrachtet, sind nur drei der 42 Vorstandsmitglieder dem Agrarsektor zuzurechnen, wobei die „Bauerndoktoren“ Joseph Baumgartner und Michael Horlacher unberücksichtigt geblieben sind.

drücklich nicht als Funktionärspartei verstand²⁰⁷. Die Koordinierung der politischen Arbeit, die im Landesvorstand geleistet werden sollte, ließ es jedoch geboten erscheinen, wichtige Vertreter des Parteiapparats in die Führungsgremien der Partei zu delegieren.

Wie das politische Profil und die Sozialstruktur der Landtagsfraktion zeigen, war der Unionsgedanke Ende 1946 in dreifacher Hinsicht nur ansatzweise verwirklicht. Die Protestanten hatten in der CSU zwar Fuß gefaßt, sie waren jedoch viel schwächer in der Fraktion vertreten, als man dies hätte erwarten können. Von einer Union aller Schichten, Klassen und Stände, wie sie 1945 propagiert worden war²⁰⁸, war in der Fraktion ebenfalls wenig zu sehen; unter den Abgeordneten dominierten wie vor 1933 bei der BVP die Repräsentanten des öffentlichen Dienstes und des bürgerlichen und gewerblichen Besitzmittelstandes. Auch gemessen an einem weiteren Kriterium entsprach die Landtagsfraktion weder dem Leitbild einer Volkspartei noch dem einer echten Union, denn unter den Abgeordneten der CSU befand sich kein einziger Flüchtlingsvertreter. Von den 104 Mitgliedern der CSU-Fraktion waren 97 (93,27 Prozent) in Bayern rechts oder links des Rheins geboren und nur sechs jenseits der weiß-blauen Landesgrenzen (5,78 Prozent)²⁰⁹, so daß sich die CSU nach der Zusammensetzung ihrer Landtagsabgeordneten als echte Bayern-Partei präsentierte. Nicht ganz so ausgeprägt war dieses Mißverhältnis im Landesvorstand. Zwar stammten fast achtzig Prozent der Vorstandsmitglieder aus Bayern oder der bayerischen Pfalz, aber nahezu 20 Prozent waren in anderen Teilen Deutschlands oder im Ausland geboren²¹⁰; mit dem Schlesier Walter Rinke und dem Sudetendeutschen Hans Schütz, einem erfahrenen christlichen Gewerkschafter, der bis 1938 auch die Deutsche Christlich-Soziale Volkspartei im Parlament der Tschechoslowakei vertreten hatte²¹¹, gehörten auch zwei Repräsentanten der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen dem Landesvorstand an. Überhaupt muß man sagen, daß der Landesvorstand dem Ideal einer interkonfessionellen Volkspartei eher entsprach als die Landtagsfraktion, vor allem was die konfessionelle Zusammensetzung der Parteiführung und den Anteil ehemaliger BVP-Politiker betraf. Aber auch die Berufsgruppenschichtung des Landesvorstands war ausgewogener als die der Landtagsfraktion, sieht man einmal von der Dominanz der Berufspolitiker, die in einem solchen Gremium jedoch nicht ungewöhnlich ist, und von den fehlenden Vertretern der Arbeiterschaft ab. Nach der Sozialstruktur und der politischen Biographie ihrer Mitglieder, so könnte man bilanzieren, stand die

²⁰⁷ Vgl. Mintzel, *Anatomie*, S. 140 und S. 143 f.

²⁰⁸ Vgl. den Aufruf der CSU vom 31. 12. 1945, abgedruckt in: *Protokolle und Materialien*, S. 1715 f.

²⁰⁹ Die Herkunft eines Abgeordneten ließ sich nicht klären. Die CSU-Abgeordneten, die nicht aus Bayern stammten, kamen aus Württemberg, Hessen, Westfalen oder aus dem Rheinland; Gerhard Kroll war zwar in Breslau geboren, hatte seine Heimatstadt aber schon lange vor Kriegsende verlassen.

²¹⁰ Nach der Zusammensetzung des Landesvorstands Anfang Dezember 1946 stammten 33 Vorstandsmitglieder (78,57 Prozent) aus Bayern, während acht (19,05 Prozent) außerhalb Bayerns geboren waren. Die Herkunft eines Vorstandsmitglieds ließ sich nicht klären. Die Vorstandsmitglieder, die nicht aus Bayern stammten, kamen beispielsweise aus Westfalen, Sachsen oder Hamburg.

²¹¹ Vgl. Hans Schütz, *Die Deutsche Christlichsoziale Volkspartei in der Ersten Tschechoslowakischen Republik*, in: Karl Bosl (Hrsg.), *Die Erste Tschechoslowakische Republik als multinationaler Parteienstaat*, München, Wien 1979, S. 271–290, sowie Hans Schütz, *Die christlichen Gewerkschaften und die Politik*, in: Hans Schütz – Helfer und Wegweiser in schwerer Zeit. Gewerkschafter – Sozialpolitiker – Jungaktivist – Vertriebenenpolitiker – Europapolitiker, hrsg. von der Ackermann-Gemeinde, München 1982, S. 115–122.

CSU-Fraktion in der Kontinuität der BVP, während der Landesvorstand stärker die politische Neuorientierung verkörperte.

Wie schwierig sich die Zusammenarbeit von Partei und Fraktion in Zukunft gestalten sollte, zeigte bereits die konstituierende Sitzung der Landtagsfraktion. Waren die gewohnt scharfen Auseinandersetzungen bei der Wahl des Fraktionsvorstands noch ausgeblieben, so führte der Versuch Josef Müllers, den jungen Franz Josef Strauß als Verbindungsmann des geschäftsführenden Landesvorstands in die Fraktion zu entsenden, zu einem Eklat. Strauß, der nicht nur selbst Mitglied der engeren Parteiführung war, sondern auch eine schriftliche Einladung vorweisen konnte, hatte sich in der Aussprache über die bevorstehende Regierungsbildung zu Wort gemeldet²¹². Hundhammer nahm dies zum Anlaß für eine kurze Geschäftsordnungsdebatte über die Frage, ob Gäste, insbesondere Vertreter der Parteiorganisation, die der Fraktion nicht angehörten, das Recht erhalten sollten, vor den Abgeordneten zu sprechen. Der Fraktionsvorsitzende machte aus seiner ablehnenden Haltung keinen Hehl. Seiner Meinung nach genügte es, wenn der Landesvorsitzende selbst die Parteiführung in der Fraktion vertrat und sich die Mandatsträger die Möglichkeit vorbehielten, in bestimmten Fällen Sachverständige aus der Partei anzufordern. Von mißbilligenden Zwischenrufen begleitet, hielt Josef Müller dagegen, daß es im Sinne der Zusammenarbeit zwischen Partei und Fraktion „doch eigentlich eine Selbstverständlichkeit“ sein müsse, ein Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands vor den Abgeordneten sprechen zu lassen. Doch die Fraktionsmehrheit votierte in einer Abstimmung dagegen. Dennoch erhielt der junge Landrat aus dem oberbayerischen Schongau kurz vor Ende der Fraktionssitzung Gelegenheit, eine Erklärung abzugeben, die er nicht nur zu einer persönlichen Vorstellung nutzte, sondern auch dazu, vor den Folgen eines offenen Konflikts zwischen Partei und Fraktion zu warnen. Erstaunlich kühl und unterschwellig drohend führte Strauß aus:

„Ich bin Landrat im Kreis Schongau und Referent im Kultusministerium. Ich habe draußen einen Kreis der Union aufgezogen und bin bisher von Nordbayern bis zum tiefsten Süden als Redner aufgetreten. Ich bin zu Gunsten eines Bauern, der neben mir sitzt, von einem todsicheren Mandat zurückgetreten, weil ich der Ansicht war, daß ohnedies zuviel Studierte im Parlament sitzen und zu wenig Bauern. Ich habe das Dr. Müller gegenüber, der mich vorschlug, ausdrücklich betont. Eines möchte ich noch dazu sagen, meine Herren. Ich habe 2 Ämter, die meine volle Arbeitskraft erfordern, auf dem Halse. Mir ist es vollkommen gleichgültig, ob ich reden darf oder nicht. Es geht mir überhaupt nicht darum, ob mir ein Maulkorb umgehängt wird oder nicht. Mir ist es auch gleichgültig, ob ich bei den Koalitionsverhandlungen dabei bin oder nicht. Ich habe mich zur Verfügung gestellt und leiste, was ich leisten kann. Wer mich nicht will, tut mir bestimmt keinen Abbruch damit, daß ich nicht reden darf. Eines aber möchte ich grundsätzlich sagen: Die Herren, die hier in der Fraktion sitzen – ich sitze deswegen nicht in der Fraktion, weil ich nicht gewollt habe –, sitzen deswegen drin, weil zahllose Hunderte und Tausende von Parteirednern sich landauf landab für sie und für die Partei eingesetzt und die Stimmen gewonnen haben. Es sind nicht allein die Abgeordneten gewählt worden, auch die Partei auf Grund der Redner, die für sie gesprochen haben. Es gibt nur eine Einigkeit meine Herren. Ich warne vor der verhängnisvollen Entwicklung, daß zwischen Fraktion und Partei, zwischen Fraktion und Wählerschaft der Partei ein Unterschied auftreten sollte. Ich glaube, es ist noch nicht der Fall. Dieser Unterschied aber macht sich im Untergrund in einem leisen Donner und Grollen bemerkbar. Wenn er hervortreten sollte, würden Sie das mehr zu bereuen haben als die anderen.“

²¹² ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Fraktionssitzung am 9. 12. 1946; das folgende nach dem Protokoll dieser Fraktionssitzung; vgl. auch In Verantwortung für Bayern, S. 88 f.

Diese Episode macht deutlich, wie sehr die Mehrheit der Landtagsabgeordneten darum bemüht war, ihre Autonomie gegenüber der Parteiführung zu verteidigen. Nahezu jede Fühlungnahme seitens des Parteivorsitzenden und seiner Mitarbeiter wurden von der innerparteilichen Opposition als Versuch gebrandmarkt, die Fraktion dem Primat einer wenig demokratischen Parteimaschine zu unterwerfen. Josef Müller mußte dies nur einen Tag nach der konstituierenden Sitzung der Landtagsfraktion erneut erfahren. Eine von ihm unterstützte Initiative, die es den Mitgliedern des geschäftsführenden Landesvorstands und aus besonderen Gründen vom Landesvorstand delegierten Parteifreunden erlauben sollte, „an jeder Sitzung der Parteigremien, einschliesslich der Fraktion, beratend“ teilzunehmen, löste im Landesvorstand eine so heftige Auseinandersetzung aus, daß der Parteivorsitzende schließlich darauf verzichtete, über den Antrag abstimmen zu lassen²¹³.

Auch wenn sich Parteiführung und Fraktion schließlich doch auf einen *modus vivendi* verständigten²¹⁴, blieb das Problem der Koordination weiterhin ungelöst. Als sich der ansonsten besonnene Anton Pfeiffer im Zuge der Rebellion des Bezirksverbands Oberbayern fünfzehn Monate später dazu hinreißen ließ, die Führungsgremien der CSU mit einem „Politbüro“ und die Partei selbst mit einer „Führer-wir-folgender-Bewegung“ zu vergleichen²¹⁵, hatte er auch das schwierige Verhältnis von Parteiführung und Landtagsfraktion im Blick. Mit einem Parteiausschlußverfahren konfrontiert und zu einer Erklärung genötigt, führte der Staatsminister während der turbulenten Sitzung des Landesausschusses am 28. und 29. Februar 1948 in Regensburg aus:

„Politbüro! An der Spitze steht bei dem Begriff des Politbüros der Umstand, daß der Parteivorsitzende sich vorbehält, in jede Sitzung einschliesslich denen der Landtagsfraktion einen besonderen Beauftragten, der selbst gar nicht Mitglied der Fraktion ist, zu schicken, der zur Berichterstattung an ihn verpflichtet ist. (Gelächter. – Vorsitzender [Josef Müller]: Wer ist das, bitte?) Das weißt Ihr alle miteinander; das ist unser Freund Strauß. (Entrüstung.) Bitte, das ist doch so! [...] (Dr. Strauß: Ich bin nicht dem Ochsensepp sein Sklave, auch nicht sein Beauftragter, der für ihn in den Versammlungen herumschleicht!) – Das habe ich auch nicht gesagt! Ich bitte, die Worte so zu lassen, wie ich sie sage. (Dr. Strauß: Das sind Zweideutigkeiten!)“²¹⁶

Im Dezember 1946 wurde die schwierige Frage nach dem künftigen Verhältnis von Parteiorganisation und Landtagsfraktion zusätzlich von der bevorstehenden Regierungsbildung überschattet, die sich auch hinsichtlich der innerparteilichen Machtverhältnisse als höchst bedeutungsvoll erweisen sollte. Die führende Rolle bei den Verhandlungen über die Bildung der ersten demokratisch legitimierten Regierung seit 1933 hatte Josef Müller den Gremien der Partei zugedacht, in denen seine Anhänger

²¹³ ACSP, CSU-LL, Protokoll der Sitzung des Landesvorstands am 10. 12. 1946.

²¹⁴ Josef Müller betonte im Laufe einer weiteren Auseinandersetzung über das problematische Verhältnis von Parteiführung und Landtagsfraktion, die Fraktion habe der Anwesenheit von Mitgliedern des geschäftsführenden Landesvorstands bei ihren Sitzungen ausdrücklich zugestimmt. Protokoll der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 28./29. 2. 1948 in Regensburg, in: Protokolle und Materialien, S. 1630. Schon am 22. 1. 1947 hatte der geschäftsführende Landesvorstand beschlossen, einen offiziellen Antrag an die Fraktion zu richten. ACSP, CSU-LL, Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands am 22. 1. 1947.

²¹⁵ Mitteilungen der Christlich-Sozialen Union vom 21. 2. 1948: „CSU Oberbayern gegen Landesleitung. Kritik an den Satzungen und an der Politik“. Vgl. auch Reuter, Anton Pfeiffer, S. 134.

²¹⁶ Protokoll der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 28./29. 2. 1948 in Regensburg, in: Protokolle und Materialien, S. 1630f.

über eine sichere Mehrheit verfügten²¹⁷. Nur wenige Tage nach den Landtagswahlen kam aus der Landesgeschäftsstelle der CSU die Ankündigung, daß in Kürze sowohl der Landesausschuß als auch die Landesversammlung zusammentreten würden, um über das weitere Vorgehen der bayerischen Unionspartei zu entscheiden²¹⁸. Taktisch nicht eben geschickt folgte Josef Müller dieser Linie auch während der konstituierenden Sitzung der Landtagsfraktion²¹⁹. Doch der Parteivorsitzende hatte die Stimmung in der Fraktion falsch eingeschätzt. Unterstützt von der Mehrheit der Abgeordneten, erklärte Hundhammer kategorisch, es sei allein Sache der Fraktion, Koalitionsverhandlungen zu führen. Diesmal erhielt der Fraktionsvorsitzende auch Unterstützung von Michael Horlacher, der noch kurz zuvor gegen die Wahl Hundhammers zum Fraktionsvorsitzenden eingetreten war:

„Eine Koalitionsfrage einer Landesversammlung zu unterbreiten, wäre einzigartig in der Geschichte! (Zurufe: Sehr richtig! Das ist unmöglich!) Die Entscheidung wird in engen Gremien vorbereitet; ich kann sie nicht der Majorität überlassen, wo dann die Einzelheiten nicht geprüft werden können, wo die Leidenschaften hochgehen. Die Landesversammlung könnte auf diesem Gebiet beschließen, was sie will, denn letzten Endes muß die Fraktion den Ministerpräsidenten bestimmen. Das ist die Aufgabe der Fraktion. Darin darf die Fraktion nicht entrechtet werden. Die Fraktion, die Abgeordneten, sind das demokratische Moment; die Partei hat bloß die politische Richtlinie zu geben.“

Die teilweise harsche Zurückweisung der Vorschläge Josef Müllers stieß jedoch nicht auf einhellige Zustimmung. Der ehemalige Reichstagsabgeordnete Fritz Huth versuchte ungehalten, die Dinge wieder ins rechte Licht zu rücken:

„Ich glaube, wir muten uns als Fraktion Dinge zu, die wir einfach nicht vertreten können. Wir können nicht von der Fraktion aus der Landesvorstandschaft vorschreiben, wen sie in die Verhandlungen schickt. Der Takt muß auch gewahrt bleiben; so geht es nicht weiter. Die Fraktion ist ein Bestandteil der Partei und nicht die Partei ein Bestandteil der Fraktion. [...] Ich war auch im Reichstag; wenn schwierige Situationen gegeben waren, hat die Partei von München einen oder mehrere Herren heraufgeschickt, die an den Verhandlungen teilgenommen haben. Solange ich im Reichstag war, habe ich nie, aber auch nicht in anderen Parteien, mit denen ich in sehr guter Verbindung stand, gefunden, daß eine Fraktion die Parteileitung abgelehnt hätte. Das gibt es nur in der Union in Bayern!“

Kein Wunder, daß die Frage, wie die Kommission für die Koalitionsverhandlungen besetzt werden sollte, zu einer neuen Nagelprobe zwischen der Fraktionsmehrheit und den Anhängern des Parteivorsitzenden geriet. Selbst sein Vorschlag, mit Franz Josef Strauß wenigstens ein weiteres Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands in die Verhandlungskommission aufzunehmen, die ansonsten aus dem Fraktionsvorstand und dem Parteichef bestehen sollte, stieß auf Ablehnung. Dies veranlaßte den Ochsensepp schließlich zu der Drohung, er werde selbst auf eine Teilnahme an den Verhandlungen verzichten, wenn er lediglich „gefälligst zugezogen“ werde. Diesmal waren es Hans Ehard und Rupert Thaler, die eine weitere Eskalation der Auseinandersetzung verhinderten. Während der Staatssekretär versuchte, die Diskussion zu versachlichen, trat Thaler mit einem fertig geschnürten Personalpaket vor

²¹⁷ ACSP, CSU-LL, Protokoll der Sitzung des Landesvorstands am 10. 12. 1946.

²¹⁸ IfZ-Archiv, ED 132 NL Baumgartner 2, Rundschreiben der Landesgeschäftsstelle der CSU, Presse- und Informationsabteilung, vom 4. 12. 1946.

²¹⁹ ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Fraktionssitzung am 9. 12. 1946; das folgende nach dem Protokoll dieser Fraktionssitzung.

die Fraktion. Die Verhandlungskommission sollte demnach aus den beiden Fraktionsvorsitzenden, Josef Müller und Michael Horlacher, die beide sowohl der Fraktion als auch dem geschäftsführenden Landesvorstand angehörten, Franz Josef Strauß als weiterem Mitglied der Parteiführung sowie aus Hans Ehard „als sehr ausgleichende[m] Element“ bestehen. Von der vielstündigen Sitzung ermüdet, erhoben die Abgeordneten gegen diesen Vorschlag keinen Widerspruch mehr und stimmten ohne Ausnahme zu.

Damit war letztlich ein Ergebnis erzielt worden, mit dem auch der Parteivorsitzende und seine Anhänger in der Fraktion zufrieden sein konnten²²⁰. Auf dem Weg dahin zeigte sich aber nur allzu deutlich, daß die Abgeordneten der CSU mehrheitlich nicht bereit waren, die Politik Josef Müllers zu unterstützen. Der Dualismus von Parteiorganisation und CSU-Fraktion bestand weiter. Die Landtagswahlen, auf die Josef Müller so große Hoffnungen gesetzt hatte, hatten lediglich eine graduelle, aber keine grundsätzliche Änderung der Situation gebracht. Aus der Perspektive des Parteivorsitzenden waren dies sowohl hinsichtlich der bevorstehenden Regierungsbildung als auch hinsichtlich des weiteren Verlaufs der innerparteilichen Auseinandersetzungen keine erfreulichen Auspizien²²¹.

6. Bittere Niederlagen: Die Ausschaltung des Müller-Flügels bei der Regierungsbildung

a) Der Fall Müller

Die Bildung der ersten demokratisch legitimierten Regierung in Bayern nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Terrorregimes stellte die CSU einmal mehr vor eine Zerreißprobe. Die Führungs- und Flügelkämpfe strebten einem weiteren Höhepunkt entgegen, wobei der Antagonismus zwischen Parteiorganisation und Landtagsfraktion voll zum Tragen kam²²². Angesichts der Mehrheitsverhältnisse in den Führungsgremien der bayerischen Unionspartei waren – wie sich schon mehrfach gezeigt hatte – die Chancen der innerparteilichen Opposition, ihre Konzeptionen und Zielvorstellungen gegen den Willen Josef Müllers durchzusetzen, nicht besonders groß. Aus

²²⁰ Diese Verhandlungskommission hatte aber nicht lange Bestand. Nach der Nominierung Anton Pfeiffers zum Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten wurde eine neue Kommission bestimmt, die mit der ursprünglich gewählten nicht viel gemein hatte. Nun gehörten der Verhandlungskommission an: Alois Hundhammer, Josef Müller, Anton Pfeiffer, Michael Horlacher, Georg Stang, Heinrich Krehle und Franz Josef Strauß. StBKAH 08.70, Alois Hundhammer, Dokumente zur Bayerischen Politik: Die Bildung des Kabinetts Ehard, undatiert (ich danke Karl-Ulrich Gelberg für die Kopie dieses Dokuments). Eine von anderer Seite verfaßte Aktennotiz nennt anstatt Pfeiffer Hans Ehard. ACSP, NL Müller 225, ungezeichneter Bericht über die „Regierungsbildung in Bayern im Dezember 1946“ vom 11.3. 1947. Das entsprechende Fraktionsprotokoll berichtet nichts über die Wahl der neuen Verhandlungskommission. ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Fraktions Sitzung am 18. 12. 1946.

²²¹ Nach der konstituierenden Sitzung der Landtagsfraktion bemerkte Franz Josef Strauß skeptisch: „Die Union ist ein Koloss auf tönernen Füßen. Das Zünglein an der Wa[a]ge ist die SPD. Ohne Fraktionszwang werden die 70 % [der CSU-Fraktion] für Müller nicht stimmen, damit steht und fällt unsere ganze Fraktion.“ ACSP, CSU-LL, Protokoll der Sitzung des Landesvorstands am 10. 12. 1946.

²²² Die neuesten Darstellungen der Regierungsbildung bei Hettler, Josef Müller, S. 274–310, Gelberg, Hans Ehard, S. 37–44, und Fait, Anfänge, S. 143–187.

diesem Grund war der Versuch nur folgerichtig, den Parteivorsitzenden auf einem anderen Feld zu schlagen, wo die Erfolgsaussichten ungleich günstiger waren: in der Landtagsfraktion und im Landtag selbst. Wenn es gelang, den Ochsensepp und seine Parteigänger bei der Regierungsbildung auszumanövrieren sowie zugleich wichtige Regierungsämter mit Vertretern des konservativen Parteiflügels zu besetzen, so dürften die Exponenten der innerparteilichen Opposition kalkuliert haben, dann könnte dies mittelfristig auch die Mehrheitsverhältnisse in den Gremien der Parteioorganisation zu ihren Gunsten verändern. Überdies hatten nicht wenige CSU-Politiker persönliche Rechnungen mit Josef Müller zu begleichen, und die Möglichkeit dazu schien sich nach den ersten Landtagswahlen zu bieten²²³. Unter diesen Voraussetzungen wurde die Bildung des ersten Kabinetts Ehard im Dezember 1946 zu einem von Ränken und Intrigen begleiteten „Satyrspiel“²²⁴.

In den letzten Monaten des Jahres 1946 stand Josef Müller im Mittelpunkt zahlreicher Angriffe, die nur zum Teil aus den Reihen seiner eigenen Partei kamen. Schon während der turbulenten Auseinandersetzungen um das Amt eines bayerischen Staatspräsidenten hatte der Vorsitzende der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung, Alfred Loritz, dem Ochsensepp vorgeworfen, er sei 1938 an der „Arisierung“ der Maschinenfabrik Michaelis beteiligt gewesen und habe sich dadurch persönliche Vorteile verschafft²²⁵. Der Angegriffene konnte zwar eine einstweilige Verfügung gegen den „weißen Hitler“ erwirken, und auch ein Gerichtsverfahren entlastete den CSU-Vorsitzenden im Oktober 1946²²⁶, aber die Angriffe Loritz' waren lediglich das Vorspiel zu der Kampagne, der sich Josef Müller in den folgenden Wochen ausgesetzt sah.

Am 12. November setzte Edmund Goldschagg nach. Unter der sensationsträchtigen Schlagzeile „Dr. Josef Müller – Koalitionspartner Hitlers“ brandmarkte der sozialdemokratische Journalist in der Süddeutschen Zeitung den Vorsitzenden der bayerischen Unionspartei als „Steigbügelhalter“ des Nationalsozialismus²²⁷. Bei dem belastenden Dokument, das in der Süddeutschen Zeitung abgedruckt war, handelte es sich um einen Auszug aus einem Protokoll, das die Bayerische Politische Polizei am 9. Februar 1934 bei einer Vernehmung Müllers angefertigt hatte. Darin war die Aussage des späteren CSU-Vorsitzenden enthalten, er habe in seiner Eigenschaft als Vertrauter des bayerischen Ministerpräsidenten Heinrich Held in den Jahren 1932 und 1933 „Verhandlungen über eine Koalition zwischen Nationalsozialisten und Bayerischer Volkspartei geführt“²²⁸. Allerdings hatte Goldschagg bei seinen angeblichen Enthüllungen weder darauf hingewiesen, daß das Dokument nur ein aus dem Zusammenhang gerissenes Fragment eines umfangreicheren Vernehmungsprotokolls war, noch hatte er sei-

²²³ ACSP, NL Arnold 3, Protokoll der Bezirksversammlung der CSU Mittelfranken am 18. 1. 1947.

²²⁴ Niethammer, Mitläuferfabrik, S. 430.

²²⁵ Vgl. Hans Woller, Die Loritz-Partei. Geschichte, Struktur und Politik der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung (WAV) 1945–1955, Stuttgart 1982, S. 46. Ähnliche Vorwürfe erhob auch der Rechtsanwalt Karl Gaab; IfZ-Archiv, ED 120 NL Hoegner 331, Karl Gaab an Wilhelm Hoegner vom 24. 10. 1946.

²²⁶ BayHStA, NL Schwalber 9, Pressemitteilung der CSU-Landesgeschäftsstelle „Dr. Josef Müller gegen Loritz. Dr. Müller voll gerechtfertigt“ vom 19. 10. 1946. Vgl. auch SZ vom 18. 10. 1946: „Entscheidung im Prozeß Dr. Müller gegen Loritz“. Die Charakterisierung Loritz' in einem Artikel der Rhein-Ruhr-Zeitung vom 15. 11. 1948; zit. nach Woller, Loritz-Partei, S. 196.

²²⁷ SZ vom 12. 11. 1946: „Dr. Josef Müller – Koalitionspartner Hitlers“. Vgl. dazu Hettler, Josef Müller, S. 274–280.

²²⁸ Eine Kopie des fraglichen Dokuments findet sich im IfZ-Archiv, ED 120 NL Hoegner 331.

ne Leser darüber informiert, unter welchen Umständen Müllers Aussagen zustande gekommen waren. Entsprechend heftig setzte sich der CSU-Vorsitzende gegen die Anschuldigungen zur Wehr. Des Hochverrats bezichtigt, habe er in dem Bewußtsein, daß sein Leben in Gefahr sei, versucht, politische Gespräche mit seinem ehemaligen Kommilitonen Hans Frank als Koalitionsverhandlungen zwischen BVP und NSDAP erscheinen zu lassen, obwohl er dazu weder befugt gewesen noch damit beauftragt worden sei²²⁹.

Die öffentliche Meinung stand diesmal überwiegend auf der Seite Müllers²³⁰. Auch in der CSU löste der Artikel in der Süddeutschen Zeitung einen Sturm der Entrüstung aus²³¹. Selbst die CSU-Fraktion in der Verfassungsgebenden Landesversammlung sah sich genötigt, eine Lanze für ihren Parteivorsitzenden zu brechen. Die Abgeordneten erhoben Protest „gegen die Verwendung von Gestapo-Material in dieser Form zur Herabsetzung einer Person [. . .], die unter dem Nationalsozialismus aufs Schwerste gelitten hat“. Gleichzeitig ließ die Fraktion verlauten, daß die zuständigen Gremien der CSU „zu gegebener Zeit“ ihre Entscheidungen treffen würden, und überließ es der Öffentlichkeit, wie sie diese Nachricht interpretierte²³².

Die unerwartete Loyalitätsbekundung der Fraktion wurde jedoch von deren Vorsitzenden Hundhammer sogleich wieder entwertet. Der Intimfeind Müllers versäumte es weder öffentlich noch intern zu betonen, daß der Parteivorsitzende nicht länger im Amt bleiben könne. Statt dessen schlug er vor, ein Direktorium aus den Vorsitzenden der Bezirksverbände zu bilden und eine Persönlichkeit aus diesem Kreis bis zur ordnungsgemäßen Neuwahl eines Landesvorsitzenden mit der Führung der Geschäfte zu beauftragen²³³.

Mit Blick auf die Ziele der innerparteilichen Opposition und die Methoden, mit denen die Führungs- und Flügelkämpfe ausgefochten wurden, drängte sich schon damals die Frage auf, ob die Presseangriffe gegen Josef Müller nicht Teil eines Komplotts waren und von seinen Gegnern in der eigenen Partei mitinszeniert wurden. Obwohl Hundhammer und Schlögl derartige Anschuldigungen brüsk zurückwiesen²³⁴, war man durchaus bereit, an ein Intrigenspiel zu glauben²³⁵. Zwar gibt es dafür einige Indi-

²²⁹ BayHStA, NL Ehard 1298, Erklärung Josef Müllers zu den Angriffen in der SZ vom 12. 11. 1946.

²³⁰ Vgl. Neue Zeitung vom 15. 11. 1946: „Diskussion um Dr. Josef Müller“ und „Mißverstanden, mißbraucht, mißhandelt“.

²³¹ Zur Reaktion in der CSU vgl. den Artikel „Dr. Müller – Koalitionspartner Hitlers? Unsere Antwort an die „Süddeutsche Zeitung““ in den Mitteilungen der Christlich-Sozialen Union vom 16. 11. 1946.

²³² IFZ-Archiv, ED 132 NL Baumgartner 2, Beschluß der CSU-Fraktion in der Verfassungsgebenden Landesversammlung vom 15. 11. 1946.

²³³ Vgl. Neue Zeitung vom 15. 11. 1946: „Diskussion um Dr. Müller“; ACSP, CSU-LL, Protokoll der Sitzung des Landesvorstands am 10. 12. 1946; ähnlich äußerte sich auch Karl Scharnagl in einem Schreiben an die Unionsfraktion vom 13. 11. 1946: BayHStA, NL Ehard 887. Nach August Haußleiter berief Hundhammer sogar eine Sondersitzung der CSU-Fraktion in der Verfassungsgebenden Landesversammlung ein, „um mit dem soeben veröffentlichten Gestapo-Protokoll den Parteivorsitzenden Dr. Josef Müller zu stürzen“. BayHStA, NL Schwalber 5, August Haußleiter an Josef Schwalber vom 28. 6. 1947.

²³⁴ Protokoll der Landesversammlung der CSU am 14./15. 12. 1946 in Eichstätt und Protokoll der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 3. 1. 1947 in Augsburg, in: Protokolle und Materialien, S. 883 (Alois Hundhammer) und S. 987f. (Alois Schlögl).

²³⁵ Vgl. z. B. die Andeutungen im Artikel „Dr. Müller – Koalitionspartner Hitlers? Unsere Antwort an die „Süddeutsche Zeitung““ in den Mitteilungen der Christlich-Sozialen Union vom 16. 11. 1946. Vgl. auch Fait, Anfänge, S. 148f.

zien, aber eine direkte Beteiligung von Vertretern der innerparteilichen Opposition an der Affäre um die Veröffentlichung des Verhörprotokolls läßt sich nicht beweisen. Fest steht dagegen, daß Hundhammer, Lacherbauer und Schlögl wiederholt Repräsentanten der amerikanischen Militärregierung auf die angebliche politische Belastung Josef Müllers aufmerksam machten und den Führungsstil des Parteivorsitzenden als diktatorisch brandmarkten²³⁶.

Solche Anschuldigungen fielen bei der amerikanischen Besatzungsmacht durchaus auf fruchtbaren Boden. Besonders bei der Militärregierung für das Land Bayern standen verschiedene Offiziere und zivile Fachkräfte dem in ihren Augen undurchsichtigen und intriganten Josef Müller mehr als skeptisch gegenüber. Schon Ende Januar 1946 hieß es in einem Schreiben der Information Control Division von OMGBY, Müller sei durch seine Tätigkeit für die Abwehr so stark diskreditiert, daß nochmals geprüft werden müsse, ob er als Vorsitzender der CSU tragbar sei²³⁷. Im September 1946 vermuteten gut informierte Kreise, daß sich mehrere Besatzungsoffiziere das Ziel gesetzt hätten, Müller auszuschalten, gleichgültig, ob die gegen ihn erhobenen Vorwürfe der Wahrheit entsprächen oder nicht²³⁸. Nachdem der Ochsensepp wenige Wochen später das Ziel schwerer Presseangriffe war, sah sich auch das Hauptquartier von OMGBY veranlaßt, eine Untersuchung gegen Müller einzuleiten. Dem potentiellen Kandidaten für das Ministerpräsidentenamt wurde unterstellt, er verfüge nicht über die für den demokratischen Neuaufbau notwendigen politischen und charakterlichen Qualitäten. Zugleich betonte man, daß Müllers Aktivitäten im militärischen Geheimdienst des Dritten Reiches den Bestimmungen der einschlägigen Direktiven für die politische Säuberung widersprächen; seine Rolle im Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime wurde dabei geflissentlich übersehen²³⁹.

Doch die zuständigen Stellen der amerikanischen Besatzungsmacht zeigten sich unentschlossen. Zwar erkannte man, daß im Fall Müller Handlungsbedarf bestand, zugleich scheute die Militärregierung aber davor zurück, durch Aktionen gegen den führenden Politiker der größten bayerischen Partei die bevorstehenden Landtagswahlen und die Bildung der ersten demokratisch legitimierten Regierung seit 1933 zu beeinflussen²⁴⁰. Aus diesem Grund empfahl Brigadegeneral Muller seinen Vorgesetzten in

²³⁶ IfZ-Archiv, RG 260, AG 1945/46-1/5, Proposed Press Release on Dr. Josef Müller, undatiert.

²³⁷ „2. Dr. Mueller was one of the section chiefs under Admiral Canaris, the former chief of the German Abwehr. There can be little doubt that the Abwehr ranges in the same category with the Gestapo and the SS Sicherheitsdienst. The fact that both Admiral Canaris and Dr. Mueller were subject to confinement late 1944 does not whitewash their crimes committed by them as leaders of the Abwehr up to that date. 3. It is suggested that a thorough investigation be undertaken of Dr. Mueller's activities and that his authorization as chairman of Christian Social Union Party be re-examined.“ IfZ-Archiv, RG 260, AG 1947-1/2, Schreiben Irving Dillards vom 25. 1. 1946 (dort auch das Zitat) und OMGBY an USFET vom 30. 1. 1946.

²³⁸ IfZ-Archiv, RG 84, 747/33, James R. Wilkinson an Robert D. Murphy vom 27. 9. 1946. Nach Abschluß der Regierungsbildung in Bayern wurden auf Befehl General Clays überraschend sechs Offiziere von OMGBY versetzt, die sich als Gegner Müllers besonders hervorgetan hatten. Obwohl Clay versicherte, es handle sich keinesfalls um eine Strafversetzung im Zusammenhang mit dem Fall Dr. Josef Müller, ließ sich dieser Eindruck doch nicht vermeiden. ACSP, NL Müller 200, Übersetzung eines Artikels aus der Army-Zeitung Stars and Stripes vom 28. 1. 1947. Vgl. auch Niethammer, Mitläuferfabrik, S. 434f.

²³⁹ IfZ-Archiv, RG 260, AG 1945/46-1/5, Memorandum Walter J. Mullers an OMGUS vom 18. 11. 1946.

²⁴⁰ IfZ-Archiv, RG 260, AG 1945/46-1/5, Memorandum Henry Parkmans, Walter L. Dorns und Donald R. Heath an OMGUS vom 22. 11. 1946.

Berlin, den Ochsensepp erst nach den Wahlen aus dem Verkehr zu ziehen. Das Betätigungsverbot für Josef Müller sollte nach Schließung der Wahllokale verkündet werden und am 2. Dezember in Kraft treten²⁴¹. In der zu diesem Zweck vorbereiteten Presseerklärung hieß es nicht nur, daß die Militärregierung aufgrund neuer Erkenntnisse die früher ausgestellte Unbedenklichkeitserklärung für Josef Müller widerrufen habe; man erläuterte auch die Vorwürfe gegen den CSU-Vorsitzenden, die je nach Zuständigkeit von deutschen und amerikanischen Behörden geprüft werden sollten. Die Vorwürfe bezüglich Müllers Tätigkeit als Abwehroffizier verwies man ebenso an die deutschen Spruchkammern und an das Ministerium für Sonderaufgaben wie weitere Anschuldigungen, die nach dem „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ zu verfolgen waren. Dagegen behielt es sich die Militärregierung vor, in eigener Regie zu untersuchen, ob Müllers Führungsstil tatsächlich demokratischen Gepflogenheiten widersprach.

Die politische Karriere des CSU-Vorsitzenden war somit im November und Dezember 1946 aufs äußerste bedroht. Es bestand zumindest eine Zeit lang die Gefahr, daß Müller das Schicksal seines im April von der Militärregierung kaltgestellten Rivalen Fritz Schäffer teilen mußte. Doch dazu kam es nicht. Die Besatzungsmacht setzte die geplante Aktion gegen Müller kurzfristig aus²⁴². Als die Berliner Zeitung Telegraf am 5. Dezember die vorbereitete, aber nicht veröffentlichte Presseerklärung der Militärregierung publik machte, widerrief diese den Bericht, ohne nähere Erklärungen zum eigentlichen Sachverhalt abzugeben²⁴³.

Die Affäre um die angebliche politische Belastung Josef Müllers war damit allerdings noch nicht zu Ende. Einer Weisung Lucius D. Clays folgend²⁴⁴, bat General Muller am 7. Dezember Alois Hundhammer, Michael Horlacher, Franz Liedig und den Parteivorsitzenden selbst zu einer Besprechung. Er eröffnete den Spitzenpolitikern der CSU, daß die Militärregierung zwar bisher nichts gegen Josef Müller unternommen habe, daß aber noch immer ungeklärt sei, ob er nach den Bestimmungen des Befreiungsgesetzes überhaupt als Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten in Frage käme. Muller beendete seine Erklärung mit den sphingenhaften Worten „that action may be necessary in accordance therewith“²⁴⁵. Hinter dieser mißverständlichen Stellungnahme verbarg sich die Absicht von OMGUS, die Klärung der gegen den CSU-Vorsitzenden erhobenen Vorwürfe den zuständigen deutschen Behörden zu überlassen und die Militärregierung weitgehend aus der Affäre herauszuhalten²⁴⁶.

Anton Pfeiffer, als Minister für Sonderaufgaben verantwortlich für die Durchführung der politischen Säuberung in Bayern, war wahrlich nicht zu beneiden. Einerseits schien sich der Anti-Müller-Fronde die Chance zu bieten, den ungeliebten Vorsitzenden empfindlich treffen zu können, andererseits war sich Pfeiffer, der selbst als entschiedener Gegner Josef Müllers bekannt war, bewußt, wie angreifbar er sich selbst

²⁴¹ IfZ-Archiv, RG 260, AG 1945/46–1/5, Memorandum Walter J. Mullers an OMGUS vom 18. 11. 1946.

²⁴² IfZ-Archiv, RG 260, AG 1945/46–1/6, Frank A. Keating an Lucius D. Clay vom 2. 12. 1946.

²⁴³ IfZ-Archiv, RG 260, AG 1945/46–1/5, Frank A. Keating an Lucius D. Clay vom 5. 12. 1946.

²⁴⁴ IfZ-Archiv, RG 260, AG 1945/46–1/6, Henry Parkman an Walter J. Muller vom 6. 12. 1946.

²⁴⁵ IfZ-Archiv, RG 260, AG 1945/46–1/6, R. B. Gray an Charles K. Gailey vom 7. 12. 1946. Vgl. auch Heydenreuter, OMGBY, in: Weisz (Hrsg.), OMGUS-Handbuch, S. 187.

²⁴⁶ IfZ-Archiv, RG 260, AG 1945/46–1/5, Charles K. Gailey an Walter J. Muller vom 26. 11. 1946; IfZ-Archiv, RG 260, AG 1945/46–1/6, Henry Parkman an Walter J. Muller vom 6. 12. 1946.

machte, wenn er gegen den CSU-Vorsitzenden tätig würde, ohne daß die Militärregierung ihre Unbedenklichkeitserklärungen für diesen widerrufen hätte oder neue Verdachtsmomente ans Tageslicht gekommen wären²⁴⁷. Nichtsdestotrotz leitete sein Ministerium am 11. Dezember ein Spruchkammerverfahren gegen den Vorsitzenden der bayerischen Unionspartei ein und verfügte überdies die Beschlagnahme seines Vermögens sowie ein Tätigkeits- und Beschäftigungsverbot²⁴⁸.

Josef Müller setzte sich energisch gegen diese Maßnahmen zur Wehr, die durchaus geeignet waren, seine weitere politische Karriere zu gefährden, und erhob Einspruch bei der Militärregierung. Seine Argumentation, er sei nur formal zur Abwehr einberufen worden, um im Auftrag oppositioneller Kreise Verhandlungen im Ausland führen zu können, zeigte Wirkung. Oberst Paul Burns, der Leiter der Politischen Abteilung von OMGBY, hob noch am selben Tag die Sanktionen auf, die das Sonderministerium gegen Müller verhängt hatte²⁴⁹. Gleichzeitig erklärte die Militärregierung, daß die zuständigen bayerischen Behörden das Verfahren gegen den CSU-Vorsitzenden in eigener Regie eingeleitet hätten „und nicht auf Grund einer Anregung oder Anweisung“ der Besatzungsmacht²⁵⁰. Dies entsprach zwar nicht ganz den Tatsachen, zeigt jedoch, daß die Militärregierung darum bemüht war, sich zumindest offiziell von der Affäre um Josef Müller zu distanzieren und eine weitere Eskalation zu vermeiden.

General Clay führte schließlich eine Entscheidung herbei. Während die Landesversammlung der CSU, die sowohl über die Regierungsbildung als auch über die Person des künftigen Ministerpräsidenten beriet, noch in vollem Gange war, bat der Militärgouverneur Josef Müller am Abend des 14. Dezember zu einer Besprechung nach Berlin²⁵¹. Das Ergebnis der Verhandlungen zwischen dem CSU-Vorsitzenden, dem Militärgouverneur und dem politischen Berater der Militärregierung, Robert Murphy, war ein Kompromiß, der Müllers Handlungsspielraum nur geringfügig beschnitt. Für den Fall seiner Wahl zum bayerischen Ministerpräsidenten mußte Müller zusagen, sein neues Amt so lange nicht anzutreten, bis das laufende Entnazifizierungsverfahren die gegen ihn erhobenen Vorwürfe widerlegt oder seine Schuld bewiesen habe. In diesem

²⁴⁷ IfZ-Archiv, RG 260, AG 1945/46–1/5, Frank A. Keating an Lucius D. Clay vom 9. 12. 1946; interessant auch Pfeiffers Rechtfertigung vor der Unionsfraktion; ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Fraktionssitzung am 17. 12. 1946.

²⁴⁸ BayHStA, NL Pfeiffer 49, Generalankläger Thomas Dehler an Josef Müller vom 11. 12. 1946. Vgl. auch Müllers eigene Schilderung vor der Landtagsfraktion; ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Fraktionssitzung am 17. 12. 1946. Ministerpräsident Hoegner betonte am 13. 12. 1946 im Ministerrat, die Staatsregierung habe mit der Einleitung des Verfahrens gegen Müller „nicht das mindeste zu tun“, sondern die Militärregierung habe dies in einer schriftlichen Weisung verlangt. Protokolle des Bayerischen Ministerrats: Kabinett Hoegner I, S. 1064 f.

²⁴⁹ Vgl. Müller, Konsequenz, S. 323 f. Josef Müller rechtfertigte sich am 9. 12. 1946 in einem Schreiben an OMGBY und in einem Schreiben an die bayerische Staatsregierung vom 11. 12. 1946; IfZ-Archiv, RG 260, 15/102–2/10; Jakob Kaiser hatte sich bereits am 6. 12. 1946 in Schreiben an General Keating und Lucius D. Clay für Müller verwandt; IfZ-Archiv, RG 260, AG 1945/46–1/6. Vgl. auch die Materialsammlung zum Fall Müller im BAK, NL Kaiser 77. Vor der Landtagsfraktion erklärte Müller kämpferisch, sein Fall werde unter Umständen dazu beitragen „zu zeigen, dass das Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus zugleich das Gesetz zur Befreiung von politischen Gegnern ist“. ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Fraktionssitzung am 17. 12. 1946.

²⁵⁰ Stellungnahme von OMGBY zum Spruchkammerverfahren gegen Josef Müller vom 13. 12. 1946; zit. nach Hettler, Josef Müller, S. 288.

²⁵¹ Vgl. dazu Müllers eigenen Bericht vor der Landtagsfraktion: ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Fraktionssitzung am 17. 12. 1946, sowie IfZ-Archiv, RG 260, AG 1945/46–1/6, Presseerklärung von OMGBY vom 15. 12. 1946.

Fall, darüber bestand Einigkeit, war Müller als Ministerpräsident nicht tragbar. Da der Vorsitzende fest mit seiner Entlastung rechnete und eine rasche Abwicklung des Verfahrens zugesichert war²⁵², schien weder einer Kandidatur noch einem einigermaßen fristgerechten Amtsantritt ein gravierendes Hindernis entgegenzustehen.

b) Die Unfähigkeit zum Konsens: Partei gegen Fraktion

Doch sollte nicht der Eindruck entstehen, die CSU habe sich nach der Landtagswahl ausschließlich um Personalien gekümmert. Gleichzeitig wurde heftig darüber gestritten, ob die CSU kraft ihrer absoluten Mehrheit im Landtag allein die Regierung bilden oder ob sie eine Koalition mit anderen Parteien eingehen sollte²⁵³. Die Auseinandersetzungen über diesen Problemkreis zeigen einmal mehr, wie sehr die Meinungen zu grundsätzlichen politischen Fragen in den Führungsgremien der Parteiorganisation und in der Landtagsfraktion differierten. Der Versuch der Parteileitung, entscheidenden Einfluß auf die Landtagsfraktion auszuüben und die in der Satzung festgeschriebene Richtlinienkompetenz der Landesversammlung durchzusetzen²⁵⁴, mißlang erneut – mit entscheidenden Konsequenzen für das innere Gefüge der bayerischen Unionspartei.

Die teilweise heftige Auseinandersetzung um die Koalitionsfrage verlief nicht immer entlang der gewohnten innerparteilichen Frontlinien. Es ist jedoch signifikant, daß – um die Diskussion verkürzt wiederzugeben – die Anhänger Josef Müllers mehrheitlich für die alleinige Übernahme der Regierungsverantwortung durch die CSU plädierten, während die entschiedensten Gegner des Parteivorsitzenden zu den Fürsprechern einer Koalitionsregierung zählten²⁵⁵. Diese Zurückhaltung ist nicht verwunderlich, und sie hatte gewiß nicht nur mit der Schwere der bevorstehenden Aufgaben und der Notwendigkeit, die SPD in die Verantwortung einzubinden, zu tun. Entscheidend war die innere Zerrissenheit der bayerischen Unionspartei und die daraus resultierende Furcht, die Fraktion könnte ähnlich auseinanderfallen wie bei der traumatischen Abstimmung über die Staatspräsidentenfrage. Aufgrund der negativen Erfahrungen aus der Zeit der Verfassungsgebenden Landesversammlung und der tiefgreifenden Gegensätze zwischen den diversen Gruppierungen in Partei und Fraktion erschien es durchaus unsicher, ob die 104 Mandate der CSU ausreichen würden, um einem reinen Unionskabinett die notwendige parlamentarische Unterstützung gewähren zu können. Diese Befürchtungen waren um so berechtigter, als der Landesausschuß der Partei auf dem Höhepunkt der Krise um das Staatspräsidentenamt grundsätzlich gegen jede Art des Fraktionszwangs votiert hatte. Überdies war es höchst zweifelhaft, ob man sich in der CSU überhaupt auf einen von allen Flügeln getragenen Kandidaten für das Ministerpräsidentenamt und auf eine gemeinsame Regierungsmannschaft würde einigen können.

²⁵² Erst im November 1947 wurde Müller als vom Befreiungsgesetz für nicht betroffen erklärt; IfZ-Archiv, Fh 56, Schriftsatz des Generalklägers beim Kassationshof im Staatsministerium für Sonderaufgaben vom 26. 11. 1947.

²⁵³ Mitteilungen der Christlich-Sozialen Union vom 21. 12. 1946: „Schwierige Regierungsbildung. Wer wird Ministerpräsident? – Die Frage der Koalition“.

²⁵⁴ Satzung der CSU in der Fassung vom 4. 10. 1946, abgedruckt in: Protokolle und Materialien, S. 1783–1803. In Paragraph 45 der Satzung hieß es: „Ihr [der Landesversammlung] obliegt ferner die Beschlußfassung über [...] die Richtlinien der Politik.“

²⁵⁵ ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Fraktionssitzung am 9. 12. 1946.

Die Mitglieder des Landesausschusses diskutierten die Koalitionsfrage am 6. Dezember. Dabei ließ sich keine klare Linie erkennen, wenn sich auch eine knappe Mehrheit für eine Alleinregierung der CSU abzuzeichnen schien. Auch eine Presseerklärung besagte nicht viel und konstatierte nur, daß die CSU gewillt sei, „geschlossen zu handeln“²⁵⁶. Nach dem Willen des Parteivorsitzenden sollte jedoch die Landesversammlung „endgültig die letzten Entscheidungen“ treffen²⁵⁷.

Als die Delegierten des Parteitags am 15. Dezember über die Regierungsbildung berieten, geschah dies in Abwesenheit Josef Müllers, der überraschend zu General Clay nach Berlin gerufen worden war. Die Haltung der Delegierten in der Koalitionsfrage war eindeutig. Mit nur wenigen Gegenstimmen nahm die Landesversammlung eine Resolution an, nach der die CSU „in erster Linie die Verantwortung allein übernehmen“ und eine Koalition nur dann erwogen werden sollte, „wenn auch in diesem Falle der entscheidende Einfluß der Union in der Regierung sichergestellt“ sei. Um die Landtagsabgeordneten festzulegen, wurde diese Resolution gemäß den Statuten, in denen der Primat der Landesversammlung kodifiziert war, ausdrücklich als „Richtlinie für die Arbeit der Fraktion“ verabschiedet²⁵⁸. Vertreter der Landtagsfraktion, insbesondere ihr Vorsitzender Hundhammer, hatten dagegen wiederholt erklärt, daß die Delegierten zu dieser Frage durchaus Stellung nehmen könnten, daß sich die Fraktion die Entscheidung darüber, ob eine Koalition eingegangen werden sollte, aber keinesfalls aus den Händen nehmen lassen würde.

Hundhammer handelte dabei nicht auf eigene Faust, denn zu diesem Zeitpunkt waren in der CSU-Fraktion bereits wesentliche Vorentscheidungen gefallen. Noch während der konstituierenden Sitzung am 9. Dezember hatte sich die Mehrheit der Abgeordneten gegen eine alleinige Übernahme der Regierungsverantwortung ausgesprochen, und Hundhammer hatte abschließend auch ohne Abstimmung „die grundsätzliche Meinung der Mehrheit der Fraktion“ festgestellt, daß „die Möglichkeit einer Koalitionsbildung geprüft“ werden solle, ohne aber eine Koalitionszusage „um jeden Preis“ zu erkaufen²⁵⁹. Daß die Mehrheit der Landtagsfraktion grundsätzlich anders votierte als wenig später die Delegierten der Landesversammlung, mag auch daran gelegen haben, daß viele Abgeordnete davor zurückschreckten, die alleinige Verantwortung für eine vom Nachkriegselend belastete Regierungspolitik zu übernehmen, während die meisten Delegierten unbelastet von derartigen Bedenken und Ängsten entscheiden konnten²⁶⁰.

²⁵⁶ Protokoll der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 6. 12. 1946 in München, in: Protokolle und Materialien, S. 833. Die Stellungnahme der zehn Bezirksvorsitzenden, einer Frauenvertreterin und eines Vertreters der Jungen Union ebenda, S. 816–822; bevor die Diskussion eröffnet wurde, sprach Horlacher für und Hausleiter gegen eine Koalition (ebenda, S. 824–831). Im Vorfeld der Sitzung hatte eine Rundfunkmeldung für Unruhe gesorgt, in der General Joseph T. McNarney im Zusammenhang mit den gegen Müller erhobenen Vorwürfen mit den Worten zitiert wurde (ebenda, S. 793 f.): „Wir werden ihn [Josef Müller] möglicherweise vor der Wahl [zum Ministerpräsidenten] als Landesvorsitzenden der CSU entlassen.“ Dennoch sprach der Landesausschuß mit 76 gegen 22 Stimmen bei vier Enthaltungen dem Parteivorsitzenden das Vertrauen aus (ebenda, S. 816). Ein kurzer Bericht über diese Landesausschußsitzung: IfZ-Archiv, RG 84, 747/33, E. Tomlin Baily an das State Department vom 6. 12. 1946.

²⁵⁷ Protokoll der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 6. 12. 1946 in München, in: Protokolle und Materialien, S. 834.

²⁵⁸ Protokoll der Landesversammlung der CSU am 14./15. 12. 1946 in Eichstätt, in: Protokolle und Materialien, S. 956. Zum folgenden vgl. ebenda, S. 957.

²⁵⁹ ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Fraktionssitzung am 9. 12. 1946.

²⁶⁰ Vgl. Fait, Anfänge, S. 161.

Mit Sicherheit war ein Teil der Fraktion aber auch überzeugt, daß die eigenen politischen Zielsetzungen in einer Koalition mit der SPD größere Realisierungschancen hätten als in einem Bündnis mit den Anhängern des CSU-Vorsitzenden.

Josef Müller selbst enthielt sich zunächst jeder eindeutigen Stellungnahme in der Koalitionsfrage und favorisierte eine Politik, die ihm alle Optionen offenhalten sollte²⁶¹. Sein schlechtes persönliches Verhältnis zu Wilhelm Hoegner und die Skepsis, die große Teile der von Horlacher, Hundhammer oder Pfeiffer umworbenen SPD dem CSU-Vorsitzenden entgegenbrachten, ließ die von der Unionsfraktion mehrheitlich favorisierte große Koalition jedenfalls unter Müllers Führung als wenig aussichtsreich erscheinen²⁶².

Die CSU hatte den Landtagswahlkampf ohne offiziellen Spitzenkandidaten bestritten. Es war aber klar, daß Josef Müller im Falle eines Wahlsieges zu den aussichtsreichsten Anwärtern auf das Ministerpräsidentenamt zählte²⁶³. Später erklärte Müller, er sei an und für sich dafür eingetreten, das Amt des Landesvorsitzenden vom Amt des Regierungschefs zu trennen und erst die diskriminierende Kampagne gegen seine Person habe ihn zu einer Kandidatur bewogen²⁶⁴. Diese Darstellung entsprach jedoch nicht ganz den Tatsachen. Abgesehen davon, daß die Rundfunkrede des CSU-Vorsitzenden zwei Tage nach den Landtagswahlen deutliche Züge einer Regierungserklärung trug²⁶⁵, hatte Müller in den ersten Dezembertagen bereits weitgehend fertige Pläne für ein Kabinett unter seiner Führung in petto. Nach diesen schriftlich fixierten Kabinettslisten liefen die Planungen des Parteichefs auf eine Koalition zwischen CSU und FDP hinaus²⁶⁶, in der Thomas Dehler das Justizministerium übernehmen und mehrere enge Vertraute Müllers Schlüsselpositionen besetzen sollten, während der Parteichef Vertreter der innerparteilichen Opposition kaum zu berücksichtigen gedachte²⁶⁷.

Tatsächlich hatte Müller trotz der gegen ihn gerichteten Vorwürfe Grund zum Optimismus, insbesondere, nachdem ihn die Landesversammlung am 14. und 15. Dezember 1946 mit der beeindruckenden Mehrheit von 76 Prozent der Stimmen erneut zum Vorsitzenden der bayerischen Unionspartei gewählt hatte. Die Delegierten verabschiedeten

²⁶¹ Protokoll der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 6. 12. 1946 in München, in: Protokolle und Materialien, S. 814 f.

²⁶² August Schwingenstein berichtete am 18. Dezember seinen Kollegen: „Ich habe von einwandfreier Seite der SPD die Mitteilung erhalten, dass die Sozialdemokratie sich geschlossen gegen eine Kandidatur Müller aussprechen wird.“ ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Fraktionssitzung am 18. 12. 1946. Nach einer Aktennotiz Hanswolf Haunhorsts vom 16. 12. 1946 erklärte Hoegner vor Pressevertretern, „dass er und seine Partei [...] die Teilnahme an einem Kabinett, in dem Dr. Müller massgeblich oder als Ministerpräsident beteiligt sei, unter allen Umständen ablehne. Als Grund hierfür gab Dr. H[oe]gner an, dass Dr. Müller Koalitionspartner Hitlers gewesen sei und es für die SPD untragbar sei, mit solchen Leuten zusammenzuarbeiten.“ ACSP, NL Müller 225.

²⁶³ IfZ-Archiv, RG 260, AG 1945/46–1/5, Memorandum Walter J. Müllers an OMGUS vom 18. 11. 1946. Zu potentiellen Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten aus den Reihen der CSU vgl. auch IfZ-Archiv, RG 260, 13/147–3/3, OMGBY – Historical Report, 1. 10. 1946–31. 10. 1946.

²⁶⁴ ACSP, CSU-LL, Protokoll der Sitzung des Landesvorstands am 10. 12. 1946, und ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Fraktionssitzung am 17. 12. 1946.

²⁶⁵ IfZ-Archiv, RG 260, 13/149–2/1, Rundfunkrede Josef Müllers am 3. 12. 1946.

²⁶⁶ Josef Müller bot dem Vorsitzenden der bayerischen FDP, Thomas Dehler, am 7. 12. 1946 im Namen des Landesvorstands der CSU „eine Aussprache von Partei zu Partei über die künftige Regierungsbildung“ an. ACSP, NL Müller 225.

²⁶⁷ ACSP, NL Müller 225, zwei Entwürfe für ein Kabinett Müller, einer vom 2. 12. 1946, einer undatiert; auch abgedruckt in: Berberich, Historische Entwicklung, S. 208 f.; eine weitere Kabinettsliste findet sich im ACSP, CSU-LTF I, 3–01.

zudem eine Resolution, in der Müller als der Mann bezeichnet wurde, „der auch bei der Regierungsbildung die entscheidende Rolle spielen soll“²⁶⁸. Trotz der vorsichtig gewählten Worte und trotz des Protestes von Alois Hundhammer, der die Delegierten auf das schwebende Verfahren gegen den Parteivorsitzenden verwies, kam das einer Nominierung Müllers für das Amt des Regierungschefs durch die Basis der CSU gleich²⁶⁹.

Die letzte Entscheidung lag jedoch in den Händen der CSU-Abgeordneten, die am 17. und 18. Dezember darüber berieten, wer mit der Regierungsbildung beauftragt werden sollte. Dabei geriet die Fraktion zunehmend unter Zeitdruck, denn die Verfassung schrieb vor, daß die Wahl des Ministerpräsidenten spätestens eine Woche nach der konstituierenden Sitzung des Landtags – diese hatte am 16. Dezember stattgefunden – abgeschlossen sein müsse. Müller konnte sich auch hier zunächst auf der Siegerstraße fühlen. Die Landesversammlung und ihr deutliches Vertrauensvotum für ihn hatten ihre Wirkung auf die Abgeordneten ebensowenig verfehlt²⁷⁰ wie die geschickte Rede des Parteivorsitzenden, mit der er seinen Gegnern gerade in der umstrittenen Föderalismusfrage entgegengekommen war²⁷¹. Überdies verstand es Müller, seine Unterredung mit Clay als persönlichen Erfolg, ja als Auszeichnung hinzustellen²⁷², und seine Anhänger in der Fraktion taten ein übriges, um die Person des Parteivorsitzenden im besten Licht erscheinen zu lassen. Müller war selbstbewußt genug, daß er nach seinen Ausführungen über die Vorkommnisse der letzten Zeit um Nachfragen bat, um festzustellen, ob in der Fraktion „noch Opposition vorhanden“ sei²⁷³. In diese Richtung zielte auch ein Verfahrensvorschlag Max Zwicknagls, der die Kontrahenten des Parteivorsitzenden mit dem Antrag in Zugzwang zu bringen versuchte, ihre Argumente gegen Müller und ihre Alternativvorschläge vorzubringen.

Diese Taktik ging solange auf, bis sich Michael Horlacher bereit erklärte, „den Oppositionsredner“ zu machen. Der frisch gekürte Landtagspräsident und erfahrene Parlamentarier bezog klar Stellung gegen den Parteivorsitzenden. Horlacher umriß sachlich die Situation, und seine Ausführungen gipfelten in dem für Müller gefährlichen Argument, das die weitere Diskussion wesentlich prägen sollte: „Dr. Müller soll sich hier [im Amt des Ministerpräsidenten] nicht verbrauchen für seine grosse Aufgabe.“ Sein Kandidat war Hans Ehard, der sei „ein ruhiger, sachlicher Mensch“. Das zweite Argument, das in Horlachers kurzer Rede angelegt war und immer wieder gegen den CSU-Vorsitzenden ins Feld geführt wurde, fußte auf der Vermutung, daß die mehr-

²⁶⁸ Protokoll der Landesversammlung der CSU am 14./15. 12. 1946 in Eichstätt, in: Protokolle und Materialien, S. 957. Ein Beobachter der Militärregierung notierte: „The whole convention, with the exception of the Hundhammer group (about 29 Delegates), voted in favor of Müller.“ IfZ-Archiv, RG 260, AG 1945/46–6/7, Bericht Henry Parkmans über die Landesversammlung der CSU am 14./15. 12. 1946 in Eichstätt vom 16. 12. 1946.

²⁶⁹ Zum Protest Hundhammers vgl. das Protokoll der Landesversammlung der CSU am 14./15. 12. 1946 in Eichstätt, in: Protokolle und Materialien, S. 957.

²⁷⁰ ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Fraktionssitzung am 17. 12. 1946.

²⁷¹ Protokoll der Landesversammlung der CSU am 14./15. 12. 1946 in Eichstätt, in: Protokolle und Materialien, S. 872–877. Selbst Hundhammer bemerkte dazu: „Inzwischen war Eichstätt vorüber. Die dortige Tagung hat trotz aller Diskussionen, Abstimmungen und auseinandergehenden Meinungen eine gewisse menschliche Beruhigung und Wiederannäherung zwischen Dr. Müller und mir gebracht.“ IfZ-Archiv, Fh 56, Schreiben Hundhammers an eine unbekannte Freundin vom 25. 12. 1946.

²⁷² ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokolle der Fraktionssitzungen am 16. 12. und 17. 12. 1946.

²⁷³ ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Fraktionssitzung am 17. 12. 1946; das folgende, soweit nicht anders belegt, nach dem Protokoll dieser Fraktionssitzung.

heitlich gewünschte Koalition mit der SPD nicht zustande käme, wenn die Fraktion Josef Müller mit der Regierungsbildung beauftragte. Tatsächlich hatten sich prominente Sozialdemokraten im Vorfeld der Entscheidung klar gegen Josef Müller ausgesprochen²⁷⁴.

Die Fürsprecher des Landesvorsitzenden bemühten sich nach Kräften, den Parteivorsitzenden, der die ausschlaggebende Phase der Diskussion nicht im Fraktionsplenum erlebte, zu verteidigen. Sie verwiesen darauf, daß gerade die gegenwärtige Notsituation die besten Kräfte an der Spitze der Regierung erfordere, und stellten ihren Kollegen die empörte Frage, ob sie etwa der SPD das Recht zugestehen wollten, den Kandidaten der bayerischen Unionspartei für das Amt des Ministerpräsidenten zu benennen. Hermann Strathmann, Professor für evangelische Theologie in Erlangen, wies die Fraktion zudem auf den Auftrag der Partei hin:

„Noch eine Erwägung: Wenn wir Müller nicht benennen, so gibt das eine sehr gefährliche Rückwirkung auf die Union. Ich muss daran erinnern, dass mit grosser Mehrheit eine Entschliessung gefasst wurde, die besagte, dass der Landesausschuss die vom Landesvorsitzenden vertretene politische Linie billige. Dies ist eine Richtlinie im Sinne der Parteisatzung. Wenn wir Dr. Müller nicht benennen, dann geht ein Sturm der Entrüstung durch die Union.“²⁷⁵

Als schließlich die Abstimmung begann, standen drei Kandidaten zur Wahl. Neben Müller und Ehard war schon zu Beginn der Personaldebatte der ehemalige Generalsekretär der BVP und amtierende Staatsminister für Sonderaufgaben, Anton Pfeiffer, vorgeschlagen worden²⁷⁶. Das Ergebnis des ersten Wahlgangs war denkbar knapp: Auf Pfeiffer entfielen 45 Stimmen, auf den Parteivorsitzenden nur eine weniger, zwei Abgeordnete votierten für Hans Ehard, ein Stimmzettel war leer²⁷⁷. Jede Neutralitätspflicht verletzend, sprach Fraktionschef Hundhammer vor der Stichwahl die Empfehlung aus, „dass sich diejenigen, die für Ehard und Pfeiffer gestimmt haben, auf Pfeiffer einigen“. Diesmal war der Wahlausgang eindeutig. Mit 52 gegen 40 Stimmen nominierte die Fraktion Anton Pfeiffer für das Amt des Regierungschefs²⁷⁸.

c) Koalitionsverhandlungen

Der designierte Ministerpräsident²⁷⁹, der zuversichtlich war, daß ihn die gesamte Unionsfraktion unterstützen würde²⁸⁰, machte sich umgehend an die Arbeit²⁸¹. Sein Ziel war, schleunigst Verhandlungen mit den anderen Parteien aufzunehmen, um vor Ab-

²⁷⁴ Vgl. SZ vom 19. 12. 1946: „Dr. Pfeiffer wünscht Koalitionsregierung“, oder IfZ-Archiv, RG 260, 10/91–1/1, Bericht über ein Gespräch mit dem SPD-Politiker Franz Marx vom 4. 12. 1946.

²⁷⁵ ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Fraktionssitzung am 18. 12. 1946.

²⁷⁶ ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Fraktionssitzung am 17. 12. 1946 (Albert Kaifer).

²⁷⁷ ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Fraktionssitzung am 18. 12. 1946.

²⁷⁸ Interessant ist in diesem Zusammenhang ein Memorandum von Oberstleutnant Paul Burns über die Sitzungen der CSU-Fraktion am 17. und 18. 12. 1946 und über die möglichen Folgen der Entscheidung für Anton Pfeiffer. IfZ-Archiv, RG 260, 13/150–1/4.

²⁷⁹ Schon am 28. 10. 1946 schrieb Karl August Kroth an Josef Müller: „Nach den Worten des jungen L[aforet] scheint auch die künftige bayerische Regierung schon festzustehen, so vor allem, dass Dr. Pfeiffer Ministerpräsident wird. Von Dr. Müller meinte er, dass dieser seine Rolle ausgespielt habe.“ ACSP, NL Müller 197.

²⁸⁰ ACSP, NL Müller 225, Notiz über ein Interview eines DANA-Journalisten mit Anton Pfeiffer vom 20. 12. 1946.

²⁸¹ ACSP, NL Müller 225, Bericht über die Regierungsbildung in Bayern im Dezember 1946 vom 11.3. 1947. Der sechs Seiten lange Bericht ist ungezeichnet; nach Reuter, Anton Pfeiffer, S. 271 Anm. 189,

lauf der offiziellen Frist eine Regierung zu bilden. Noch am 18. Dezember trat die Verhandlungskommission der CSU unter dem Vorsitz Pfeiffers zu einer ersten Sitzung zusammen. Sie wies nicht mehr den ausgewogenen Proporz zwischen den verschiedenen innerparteilichen Gruppierungen auf, der noch den am 9. Dezember gewählten Ausschuß ausgezeichnet hatte. Ehard hatte seinen Platz bereitwillig für Pfeiffer geräumt, Eugen Rindt, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende, fehlte. Dafür saßen nun Heinrich Krehle und der ehemalige BVP-Politiker Georg Stang am Verhandlungstisch, die beide als Befürworter einer Koalitionsregierung hervorgetreten waren²⁸². Josef Müller beging schon zu Beginn der Verhandlungen einen folgenschweren taktischen Fehler, als er nach der ersten Besprechung erklärte, er lehne es ab, mit Hoegner Verhandlungen zu führen, und den weiteren Sitzungen überhaupt fernblieb²⁸³. Damit lag die Last der Verantwortung, die Interessen der Parteiführung zu wahren, vor allem auf den Schultern des noch unerfahrenen Franz Josef Strauß, der ausgefuchsten Parlamentariern wie Michael Horlacher, Alois Hundhammer oder Anton Pfeiffer nur wenig entgegenzusetzen hatte und von Anfang an Gefahr lief, von seinen Kollegen – auf gut bayrisch – über den Tisch gezogen zu werden.

Die konkreten Vorschläge, die der Ausschuß für die Koalitionsverhandlungen unter Pfeiffers Vorsitz erarbeitete, zielten auf ein Regierungsbündnis zwischen CSU und SPD unter Einbeziehung der FDP. Dabei fällt auf, daß der Name Josef Müller auf keiner der vorbereiteten Kabinettslisten zu lesen war; die politischen Freunde des Parteivorsitzenden sollten lediglich Staatssekretärsposten im Innen- und Wirtschaftsministerium erhalten²⁸⁴. Übersattet wurde die Arbeit der Verhandlungskommission von Presseveröffentlichungen, die Pfeiffer bezichtigten, 1932 Koalitionsverhandlungen mit der NSDAP geführt zu haben²⁸⁵, und von Gerüchten, die SPD lehne eine Koalition mit dem ehemaligen Generalsekretär der BVP als Ministerpräsidenten aufgrund angeblicher politischer Belastung ab²⁸⁶. Der designierte Regierungschef stufte diese Nachricht zunächst als „unwesentlich“ ein, und Wilhelm Hoegner, der sozialdemokratische Verhandlungsführer, hielt sich während der ersten offiziellen Zusammenkunft der Kommissionen von CSU und SPD in dieser Frage bedeckt²⁸⁷. Am Nachmittag des

die dieses Dokument in den Akten eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses gefunden hat, ohne es aber gründlich auszuwerten, war der Verfasser Franz Josef Strauß.

²⁸² Zum freiwilligen Rückzug Ehards ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Fraktionssitzung am 18.12. 1946; die Zusammensetzung des Verhandlungsausschusses in StBKAH 08.70, Alois Hundhammer, Dokumente zur Bayerischen Politik: Die Bildung des Kabinetts Ehard, undatiert, und – mit einer Abweichung – ACSP, NL Müller 225, Bericht über die Regierungsbildung in Bayern im Dezember 1946 vom 11. 3. 1947.

²⁸³ Hierzu und zum folgenden StBKAH 08.70, Alois Hundhammer, Dokumente zur Bayerischen Politik: Die Bildung des Kabinetts Ehard, undatiert, und ACSP, NL Müller 225, Bericht über die Regierungsbildung in Bayern im Dezember 1946 vom 11. 3. 1947.

²⁸⁴ ACSP, NL Müller 225, zwei Ministerlisten für ein Kabinett unter der Führung Hans Ehards bzw. Anton Pfeiffers, undatiert.

²⁸⁵ Zu den gegen Pfeiffer erhobenen Vorwürfen und zu Gerüchten, Josef Müller habe dabei seine Hand im Spiel gehabt, vgl. Reuter, Anton Pfeiffer, S. 117 ff.

²⁸⁶ Abschriften mehrerer Schreiben Anton Pfeiffers an nationalsozialistische Kulturpolitiker aus dem Jahre 1934 finden sich in: IfZ-Archiv, ED 120 NL Hoegner 331. Bedenken gegen Pfeiffer wurden in der SPD bereits kurz nach den Landtagswahlen laut: IfZ-Archiv, RG 260, 10/91–1/1, Bericht über ein Gespräch mit dem SPD-Politiker Franz Marx vom 4. 12. 1946; vgl. auch Mehninger, Walde-mar von Knoeringen, S. 309.

²⁸⁷ ACSP, NL Müller 225, Bericht über die Regierungsbildung in Bayern im Dezember 1946 vom 11. 3. 1947; das folgende nach ebenda.

20. Dezember teilte Hoegner seinem Ministerkollegen Pfeiffer in einer vertraulichen Aussprache jedoch mit, daß die SPD aufgrund schwerwiegender Bedenken gegen Pfeiffers politische Vergangenheit nicht bereit sei, seiner Wahl zum Ministerpräsidenten zuzustimmen. Sichlich erregt gab Pfeiffer daraufhin den Auftrag zur Regierungsbildung an die Fraktion zurück.

Obwohl sich die Situation damit grundlegend geändert hatte, sah Hundhammer keinen Grund, die Fraktion zusammenzurufen und dort eine Entscheidung herbeizuführen. Auch die Verhandlungskommission hielt es nicht für nötig, die interfraktionellen Besprechungen zu unterbrechen. Sie stellte sich „entgegen gewissen vorgebrachten Bedenken“ mehrheitlich auf den Standpunkt, daß sie von der CSU-Fraktion einen Verhandlungsauftrag „ohne Rücksicht auf die Person des Ministerpräsidenten“ erhalten habe.

Nach der Ablehnung Pfeiffers durch die SPD durfte sich Josef Müller erneut Hoffnungen auf das Amt des bayerischen Ministerpräsidenten machen. Voraussetzung dafür waren freilich Absprachen mit der SPD. Zwar bestritt der CSU-Vorsitzende später, jemals mit Vertretern der Sozialdemokratie verhandelt zu haben²⁸⁸, die Realität sah jedoch anders aus. Noch am 21. Dezember, wenige Stunden vor der entscheidenden Sitzung des Landtags, telefonierte Jürgen Ziebell, ein sozialdemokratischer Beamter im Staatsministerium für Sonderaufgaben, mit dem SPD-Politiker Hans Menzel. Ziebell gab an, in Müllers Auftrag zu handeln, und unterbreitete der sozialdemokratischen Fraktion das Angebot, Arbeits-, Finanz- und ein noch zu gründendes Flüchtlingsministerium sowie die Staatssekretariate im Wirtschaftsministerium und in der Staatskanzlei mit Fachleuten aus der SPD zu besetzen, wenn sich die sozialdemokratischen Abgeordneten Müllers Kandidatur nicht entgegenstellen, sondern durch die Abgabe weißer Stimmzettel „Neutralität“ wahren würden. Die SPD-Fraktion beschloß jedoch einstimmig, einen angekündigten Unterhändler des CSU-Vorsitzenden nicht zu empfangen²⁸⁹. Mehr Erfolg war dagegen Müllers Bemühungen um die Unterstützung der FDP beschieden²⁹⁰. Ob die neun Mandate der bayerischen Liberalen allerdings ausreichen würden, um die Wahl des Ochsensepp auch gegen den Willen eines Teils der eigenen Fraktion zu sichern, war zweifelhaft.

Als die Fraktion der bayerischen Unionspartei am Vormittag des 21. Dezember zusammentrat, hatten die Abgeordneten kaum noch Zeit für eine klärende Debatte. Wenige Stunden später sollte die Plenarsitzung des Landtags beginnen, und selbst wenn sich die Wahl des Ministerpräsidenten noch verschieben ließ, blieb nach den Verfassungsbestimmungen höchstens eine Frist von zwei Tagen, um zu einer Entscheidung über die Person des Regierungschefs zu kommen. Doch weder Verhandlungen in der

²⁸⁸ Protokoll der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 3. 1. 1947 in Augsburg, in: Protokolle und Materialien, S. 984 und S. 988–991.

²⁸⁹ IfZ-Archiv, ED 120 NL Hoegner 331, Aktennotiz für Waldemar von Knoeringen über ein Telefongespräch mit Jürgen Ziebell vom 21. 12. 1946. Zu den Aktivitäten des Ministerialrats im Sonderministerium, die Ermittlungen eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses nach sich zogen, vgl. Jürgen Plöhn, Untersuchungsausschüsse der Landesparlamente als Instrumente der Politik, Opladen 1991, S. 192–200. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch der Briefwechsel zwischen Hans Menzel und Josef Müller im Januar und Februar 1947 (ACSP, NL Müller 225) und ein Bericht der Militärregierung über die Arbeit des parlamentarischen Untersuchungsausschusses vom 19. 2. 1947 (IfZ-Archiv, RG 260, 13/150–1/4).

²⁹⁰ Vgl. Hettler, Josef Müller, S. 299.

Fraktion noch in einem eigens benannten Sonderausschuß führten zu einem tragfähigen Kompromiß. Auch ein Vier-Augen-Gespräch zwischen Hundhammer und Müller, gleichsam die ultima ratio, blieb ergebnislos²⁹¹. Was dabei besprochen wurde, ist einem Brief Hundhammers an eine ungenannte Freundin zu entnehmen, der zeigt, wie tief der Bruch zwischen dem Parteivorsitzenden und dem Fraktionschef wirklich ging:

„Unmittelbar vor der entscheidenden Abstimmung in der Fraktion fand noch eine Aussprache zwischen Dr. M. und mir unter vier Augen statt. Er bot mir vieles an, aber er war nicht bereit, seine Grundlinie zu ändern. Ich kann es nicht verantworten, einem Manne wie ihm den Staat und das Geschick des Volkes in die Hand zu geben. Was er mir über die Haltung Russland gegenüber sagte, hat den letzten Ausschlag gegeben. [...] Wir können keinen zweiten Hitler entstehen lassen, auch nicht, wenn er aus den eigenen Reihen kommen würde, um keinen Preis, auch wenn die Einheit der CSU in Gefahr kommt. Ein prüfender Blick auf die Männer (und Frauen), die um ihn sind, bestärkt mich in der Überzeugung, dass seine Tendenzen nicht die richtigen sein können, ganz abgesehen von anderen Gründen, die als Abgründe zwischen ihm und mir liegen.“²⁹²

Das von der Unionsfraktion schließlich mehrheitlich gebilligte Resultat war reichlich unbefriedigend: Um im Landtagsplenum eine Kampf Abstimmung zwischen zwei Kandidaten der CSU zu vermeiden, sollte für den ersten Wahlgang lediglich Josef Müller vorgeschlagen werden, obwohl dieser nicht vom Vertrauen der gesamten Fraktion getragen war. Der Parteivorsitzende gab sich trotzdem optimistisch, auch angesichts der Tatsache, daß der Fraktionszwang ausgesetzt blieb. Noch unmittelbar vor der entscheidenden Abstimmung teilte die Landesgeschäftsstelle der CSU Edward Litchfield, einem Vertreter der Militärregierung, mit, daß die Fraktion den Parteivorsitzenden einstimmig und mit Zustimmung Hundhammers zum Kandidaten für das Ministerpräsidentenamt nominiert habe. Mit Blick auf die Mehrheitsverhältnisse im Landtag bemerkte Litchfield, diese Entwicklung mache die Wahl Müllers zu einer reinen Formsache²⁹³.

d) Das erste Kabinett Ehard

Am Nachmittag des 21. Dezember versammelte sich der Landtag bei klirrender Kälte in der Aula der Münchner Universität²⁹⁴. Landtagspräsident Horlacher legte im Einvernehmen mit den Abgeordneten den Wahlmodus fest: Bei der Wahl des Ministerpräsidenten genüge gemäß Artikel 23 der Verfassung die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen, da kein anderes Stimmenverhältnis in der Verfassung vorgeschrieben sei. Die Stimmzettel, so Horlacher, müßten „enthalten entweder den Namen des Kandidaten oder eine klare Willensbekundung, ob man den Kandidaten will oder nicht“. Unbeschriebene Stimmzettel sowie Stimmzettel mit der Aussage „Ich enthalte mich“ sei-

²⁹¹ StBKAH 08.70, Alois Hundhammer, Dokumente zur Bayerischen Politik: Die Bildung des Kabinetts Ehard, undatiert; IFZ-Archiv, Fh 56, Schreiben Alois Hundhammers an eine unbekannte Freundin vom 25. 12. 1946; ACSP, NL Müller 128, Josef Müller an Karl Köhler vom 9. 5. 1947.

²⁹² IFZ-Archiv, Fh 56, Schreiben Alois Hundhammers an eine unbekannte Freundin vom 25. 12. 1946. Die Version des Parteivorsitzenden findet sich in einem Schreiben Josef Müllers an Karl Köhler vom 9. 5. 1947; ACSP, NL Müller 128. Hundhammer war sichtlich bemüht, seinen Gegenspieler in die Nähe der Kommunisten zu rücken; StBKAH 08.70, Alois Hundhammer, Dokumente zur Bayerischen Politik: Die Bildung des Kabinetts Ehard, undatiert. Zum folgenden vgl. ebenda.

²⁹³ IFZ-Archiv, RG 260, AG 1945-46/1/5, Memorandum Edward Litchfields vom 21. 12. 1946.

²⁹⁴ Vgl. den Erinnerungsbericht des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Franz Haas, Regierungsbildung mit klammen Fingern, in: Schröder, Bayern 1945, S. 163-174.

en dagegen ungültig. Überdies bereitete Horlacher die Parlamentarier darauf vor, daß eventuell ein zweiter Wahlgang nötig werden könnte²⁹⁵. Dann war es Eugen Rindt, der Stellvertreter Hundhammers, der Josef Müller als Kandidaten für das Ministerpräsidentenamt vorschlug. Weitere Vorschläge blieben aus, aber Vertreter von SPD und WAV erklärten, daß ihre Fraktionen geschlossen gegen den CSU-Vorsitzenden stimmen würden. Lediglich Fritz Linnert von der FDP ließ die Bereitschaft seiner Partei zur Zusammenarbeit erkennen. Das Ergebnis der Abstimmung war in mehrfacher Hinsicht eine Überraschung. Von 175 gültigen Stimmen entfielen 73 auf Josef Müller, 33 auf den nicht vorgeschlagenen Hans Ehard²⁹⁶, 69 Stimmzettel lauteten auf Nein.

An dieser Stelle griff Landtagspräsident Horlacher massiv in die Wahl ein. Hatte er vor Beginn des ersten Wahlgangs davon gesprochen, daß die relative Mehrheit der abgegebenen Stimmen zur Wahl ausreiche, so gab er nun überraschend bekannt, daß zur Wahl des Ministerpräsidenten die absolute Mehrheit der Stimmen erforderlich sei. Da Müller die nach dieser Interpretation des Wahlergebnisses erforderlichen 88 Stimmen um 15 Stimmen verfehlt hatte, erklärte Horlacher den ersten Wahlgang für beendet und kündigte einen zweiten Wahlgang an. Damit war der Vorsitzende der bayerischen Unionspartei, der neben der Mehrheit der eigenen Fraktion wohl auch die Abgeordneten der FDP hinter sich hatte und damit tatsächlich die relative Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen konnte, beim Griff nach dem Amt des bayerischen Ministerpräsidenten gescheitert. Horlacher wandte jedoch noch einen zweiten Kunstgriff an, um Müllers Niederlage zu besiegeln. Anders als Georg Stücklen, der wenige Tage zuvor die Wahl des Landtagspräsidenten geleitet hatte²⁹⁷, wertete Horlacher die Stimmen, die auf den nicht vorgeschlagenen Hans Ehard entfallen waren, nicht als ungültig, sondern zählte sie zu den Stimmzetteln, die auf Nein lauteten. Hätte Horlacher das bekannte *Procedere* beibehalten und die Stimmen für den nicht nominierten Ehard für ungültig erklärt, dann hätte Müller nicht nur die relative, sondern bei 142 gültigen Stimmen sogar die vom Landtagspräsidenten unvermittelt eingeforderte absolute Mehrheit erzielt²⁹⁸.

Es überrascht, daß weder der sonst so energische CSU-Vorsitzende²⁹⁹ noch seine politischen Freunde in der Unionsfraktion versuchten, mit Hilfe der Geschäftsordnung

²⁹⁵ Stenographischer Bericht über die zweite öffentliche Sitzung des Bayerischen Landtags am 21. 12. 1946, in: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Bayerischen Landtags, München o. J., S. 23 ff.; das folgende nach ebenda.

²⁹⁶ Ein Beobachter der Militärregierung notierte, Alois Schlögl habe den Bauernvertretern in der Fraktion nahegelegt, den Namen des nicht nominierten Hans Ehard auf die Stimmzettel zu schreiben. IfZ-Archiv, RG 260, 15/102–2/10, Bericht Albert C. Schweizers „Political Sidelights on Election of Bavarian Minister President“ für Walter J. Muller vom 26. 12. 1946.

²⁹⁷ Vgl. Stenographischer Bericht über die erste öffentliche Sitzung des Bayerischen Landtags am 16. 12. 1946, S. 2 f.

²⁹⁸ Vgl. dazu Gelberg, Hans Ehard, S. 40 ff., und – mit anderen Ergebnissen – Hettler, Josef Müller, S. 303 f.

²⁹⁹ Müller, Konsequenz, S. 342, schrieb aus der Rückschau: „Dr. Horlacher hat sich später halbwegs bei mir entschuldigt, daß er damals zu diesem Trick gegriffen hatte. Noch in der Versammlung bestürmte mich Thomas Dehler von den Freien Demokraten – der über die Entscheidung genauso verblüfft war wie ich – Protest zu erheben, er würde mich mit aller Macht unterstützen. Aber was wäre mit einem Protest schon erreicht gewesen! Es gab damals keine Instanz, vor der ich gegen den willkürlichen Akt hätte vorgehen können, weder ein Verfassungsgericht noch ein oberstes bayerisches Gericht. Der einzige Weg, den ich hätte einschlagen können, wäre der Gang zur Besatzungsmacht gewesen, und das kam für mich nicht in Frage. Der erste freigewählte bayerische Ministerpräsident sollte nicht durch ein Machtwort in seinem Amt bestätigt werden.“

Einspruch gegen Horlachers eigenwillige Verfahrenspraxis zu erheben. Statt dessen verließen sie unter lautstarkem Protest den Saal³⁰⁰. Lediglich Fritz Linnert (FDP) meldete später Bedenken an, die Horlacher jedoch mit der ganzen Autorität seines Amtes abwehrte³⁰¹.

Auf Antrag Hundhammers unterbrach der Landtagspräsident nach dem ersten Wahlgang die Sitzung für mehr als zehn Minuten³⁰². Als die Abgeordneten wieder zusammengetreten waren, meldete sich der Vorsitzende der Unionsfraktion erneut zu Wort und schlug aufgrund „der inzwischen gepflogenen Verhandlungen“ vor, Hans Ehard zum Ministerpräsidenten zu wählen. Die Abstimmung wurde vorgenommen, ohne daß die Parlamentarier noch einmal in die Debatte eintraten. Von den 147 abgegebenen Stimmen erhielt Ehard 121, 15 lauteten auf Nein, fünf wurden für Müller abgegeben und sechs waren ungültig. Damit war Ehard mit großer Mehrheit gewählt; wie tragfähig diese Mehrheit – gerade in der eigenen Fraktion – jedoch war, mußte sich erst erweisen.

Die Öffentlichkeit empfand die Wahl des relativ unbekannten Staatssekretärs im bayerischen Justizministerium als Überraschung, wenn nicht gar als Sensation³⁰³. Dabei war die Kandidatur Ehards in offiziellen und inoffiziellen Besprechungen sorgfältig eingefädelt worden. Schon am 6. Dezember meldete die Schwäbische Landeszeitung, daß Hans Ehard gute Aussichten habe, zum Regierungschef einer Koalition aus CSU, SPD und eventuell FDP gewählt zu werden. Über die Ressortverteilung war zu lesen, die SPD solle das Justiz-, Innen- und Arbeitsministerium erhalten, die CSU auf jeden Fall das Kultusministerium und entweder die FDP oder die Sozialdemokratie das für die politische Säuberung zuständige Ministerium für Sonderaufgaben. Als Wirtschaftsminister, so berichtete das in Augsburg erscheinende Blatt, sei ein parteiloser Fachmann vorgesehen³⁰⁴. Auch wenn man im Landesausschuß der CSU, wo dieser Artikel verlesen wurde, kaum geneigt war, den Spekulationen um Ämter und Personen Glauben zu schenken³⁰⁵, kursierten weiterhin Gerüchte über die Person Hans Ehards und seine politische Zukunft. Der amerikanische Generalkonsul in München, James

³⁰⁰ Der Spiegel schrieb am 4. 1. 1947 in einem Artikel mit der ironischen Überschrift „Die bayerische Kompro-Mißgeburt“: „Dabei wäre letzterer [Josef Müller], von seinem Freund Dr. Rindt vorgeschlagen, beinahe Ministerpräsident geworden, da er bei der Wahl 73 Stimmen für sich und 69 Stimmen gegen sich hatte. 33 ungültige Stimmen aus seinen eigenen Reihen lauteten auf den Namen des späteren Ministerpräsidenten Dr. Ehard. Sie wurden vom Landtagspräsidenten Horlacher als Nein-Stimmen gewertet, was einen allgemeinen Tumult auslöste. Minutenlang glich der bayerische Landtag einem Münchener Bierkeller während des Wahlkampfes. Dann verließ Dr. Müller mit einem Drittel der CSU-Fraktion und gefolgt von der FDP das Haus.“ Der Stenographische Bericht über die zweite öffentliche Sitzung des Bayerischen Landtags am 21. 12. 1946, S. 25, vermerkt während des ersten und zweiten Wahlgangs lediglich dreimal „Unruhe“. Vgl. auch Passauer Neue Presse vom 23. 12. 1946: „Die neue Koalitionsregierung“, und ACSP, NL Müller 225, „Ministerpräsidentenwahl anders gesehen! (Berichtet von einem Zuhörer aus dem Volke)“.

³⁰¹ Vgl. Stenographischer Bericht über die zweite öffentliche Sitzung des Bayerischen Landtags am 21. 12. 1946, S. 25. Auch Vertreter der Militärregierung machten sich über Horlachers Wahlleitung Gedanken: IfZ-Archiv, RG 260, 15/102–2/10, Bericht Albert C. Schweizers „Political Sidelights on Election of Bavarian Minister President“ für Walter J. Müller vom 26. 12. 1946; IfZ-Archiv, RG 260, 13/150–1/4, „Report on the Session of the Landtag on 21 December 1946“ vom 23. 12. 1946.

³⁰² Vgl. auch zum folgenden Stenographischer Bericht über die zweite öffentliche Sitzung des Bayerischen Landtags am 21. 12. 1946, S. 25 f.

³⁰³ Vgl. Gelberg, Hans Ehard, S. 37.

³⁰⁴ Schwäbische Landeszeitung vom 6. 12. 1946: „Kabinett Ehard in Bayern“.

³⁰⁵ Protokoll der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 6. 12. 1946 in München, in: Protokolle und Materialien, S. 796 f.

R. Wilkinson, unterrichtete am 12. Dezember das Department of State in Washington von einer Besprechung mit einem ungenannten, aber kenntnisreichen Informanten:

„Source is of the opinion that Dr. Ehard will be chosen as the Minister President of Bavaria, chiefly because there is no more positive person whom the left and right wings of the Union will accept now that Dr. Müller is out of the question. The CSU members of both wings are dissatisfied with this selection but can see no alternative.“³⁰⁶

Einen Tag später äußerte sich Alois Hundhammer gegenüber einem Vertreter der Civil Administration Division von OMBY ähnlich. Die von ihm angestrebte Koalitionsregierung, so der Fraktionsvorsitzende, käme auf jeden Fall zustande, auch gegen den Widerstand der Landesversammlung der CSU. Für den Fall, daß Josef Müller trotz allem zum Ministerpräsidenten gewählt werden sollte, kündigte Hundhammer seine eigene und die Opposition seiner Anhänger an. Weiter führte er aus, Hoegner habe erkennen lassen, daß er eine Kandidatur Pfeiffers nur widerwillig akzeptiere und statt dessen Hans Ehard für das Amt des Ministerpräsidenten favorisiere³⁰⁷.

Damit lag Hundhammer durchaus richtig, denn als die bevollmächtigten Vertreter der SPD am 20. Dezember mit dem Verhandlungsausschuß der CSU zusammentrafen, gab Hoegner nicht nur die Ablehnung Pfeiffers durch die SPD-Fraktion, sondern auch seinen eigenen Wunschkandidaten bekannt: Hans Ehard. Gleichzeitig erklärte der scheidende Ministerpräsident, er habe in Erfahrung gebracht, daß neben den sozialdemokratischen Abgeordneten „auch die Fraktion der FDP und [die] WAV geschlossen für einen Ministerpräsidenten Ehard stimmen würden“. Diese von Hoegner „mit großer Entschiedenheit vorgetragene Mitteilung“, so konstatierte Franz Josef Strauß, „machte sichtlich bestimmenden Eindruck auf die Vertreter der Union“. Daraufhin wurde der Staatssekretär, der zwei Tage zuvor in der fraktionsinternen Abstimmung gegen Pfeiffer und Müller unterlegen war, telephonisch zu den Koalitionsbesprechungen hinzugebeten³⁰⁸. Diese Entwicklung hatte sich bereits am Tag zuvor angebahnt³⁰⁹, als sich der WAV-Vorsitzende Loritz und der SPD-Abgeordnete Hille mit Josef E. Messmer, einem der unberechenbarsten Guerilleros im Dschungel der Führungs- und Flügelkämpfe, zu geradezu konspirativen Gesprächen getroffen hatten. Hundhammer selbst scheint nach dem Scheitern des von ihm unterstützten Anton Pfeiffer zumindest kurzfristig eine eigene Kandidatur in Erwägung gezogen zu haben. Doch es stellte sich schnell heraus, daß der Widerstand gegen den katholisch-konservativen „Alois mit dem Barte“³¹⁰ quer durch alle Fraktionen zu stark war³¹¹.

Nachdem die Wahl Josef Müllers gescheitert war, nutzte der Fraktionsvorsitzende die Sitzungspause nicht etwa dazu, um den für solche Fälle vorgesehenen Sonderausschuß seiner Fraktion einzuberufen, sondern er trat erneut in interfraktionelle Ver-

³⁰⁶ IfZ-Archiv, RG 84, 747/33, James R. Wilkinson an das State Department vom 12. 12. 1946.

³⁰⁷ IfZ-Archiv, RG 260, 15/102–2/10, Bericht Albert C. Schweizers „Political Sidelights on Election of Bavarian Minister President“ für Walter J. Müller vom 26. 12. 1946. Zur Rolle der SPD bei der Bildung des ersten Kabinetts Ehard vgl. Mehringer, Waldemar von Knoeringen, S. 304–310.

³⁰⁸ ACSP, NL Müller 225, Bericht über die Regierungsbildung in Bayern im Dezember 1946 vom 11.3. 1947.

³⁰⁹ IfZ-Archiv, ED 120 NL Hoegner 331, Bericht Josef E. Messmers über Verhandlungen mit Alfred Loritz und Arnold Hille am 19. 12. 1946.

³¹⁰ Der Spiegel vom 3. 4. 1947: „Mit dem Hundhammer. Das bayerische Sitzfleisch“.

³¹¹ IfZ-Archiv, ED 120 NL Hoegner 331, Bericht Josef E. Messmers über Verhandlungen mit Alfred Loritz und Arnold Hille am 19. 12. 1946.

handlungen ein³¹². Taktisch überaus geschickt versicherten sich Vertreter der CSU noch vor dem zweiten Wahlgang bei Kardinal Faulhaber, daß seitens der Kirche keine Bedenken gegen den Katholiken Ehard bestanden, der nach evangelisch-lutherischer Zeremonie geheiratet und seinen Sohn hatte protestantisch taufen lassen³¹³. Danach war der Weg für den vor allem von der SPD favorisierten Kompromißkandidaten frei, der im Landtag ohne Mühe die erforderliche Stimmenzahl erreichte.

Auf Antrag Hundhammers unterbrach der Landtagspräsident die Sitzung nach der Wahl erneut, um den künftigen Koalitionspartnern Gelegenheit zu geben, sich über die Verteilung und Besetzung der Ministerien und Staatssekretariate zu einigen³¹⁴. Die Verhandlungsführer von CSU, SPD und WAV, die in der Staatskanzlei zusammentrafen, konnten zwar an die Vorüberlegungen und provisorischen Kabinettslisten anknüpfen, aber sowohl die Sozialdemokraten als auch die Unterhändler der WAV stellten angesichts der offensichtlichen Schwäche der Unionsfraktion neue Forderungen. Hoegner, der bei den interfraktionellen Verhandlungen das ganze Gewicht seiner Persönlichkeit in die Waagschale warf, hatte neben dem Arbeits- und dem Innenministerium auch den Anspruch seiner Partei auf „massgebenden Einfluss auf das Wirtschaftsministerium“ angemeldet. Weiterhin hatte der scheidende Ministerpräsident selbstbewußt erklärt, daß die SPD in einem Koalitionskabinet den stellvertretenden Ministerpräsidenten stellen müsse – allerdings mit erheblich erweiterten Kompetenzen – und daß „sie ferner in denjenigen Ministerien, in denen die Union den Minister stelle, selbstverständlich den Staatssekretärsposten besetzen müsse“³¹⁵. Nach dem erzwungenen Verzicht von Anton Pfeiffer und der Kandidatur Hans Ehards gelang es den sozialdemokratischen Verhandlungsführern, den Preis für die Regierungsbeteiligung der SPD noch einmal in die Höhe zu treiben. Neben dem Innen- und dem Arbeitsministerium sowie dem Amt des stellvertretenden Regierungschefs erhielt die SPD, die der bayerischen Unionspartei im Landtag nahezu im Verhältnis von 1:2 unterlegen war, das Justiz- und das Wirtschaftsressort zugesprochen. Zugleich konnte sie die Staatssekretariate im Landwirtschafts-, Kultus- und Sonderministerium besetzen³¹⁶.

Der WAV gelang es relativ spät, auf das Personalkarussell aufzuspringen, das sich – einmal in Gang gekommen – immer schneller drehte. Nach der Ablehnung Pfeiffers durch die SPD und dem erneuten Versuch Josef Müllers, doch noch als Sieger aus dem Rennen um das Ministerpräsidentenamt hervorzugehen, gewannen die 13 Mandate der WAV zunehmend an Bedeutung. Die Architekten von Ehards Koalitionsregierung, die weder sichere Informationen über die Anzahl der Abgeordneten besaßen, auf die sich der Ochsensepp in der Unionsfraktion stützen konnte, noch ausschließen konnten, daß Müller trotz aller Vorsichtsmaßnahmen einige Stimmen aus den anderen Fraktionen erhalten würde, boten Loritz zunächst das Verkehrsministerium an, nach-

³¹² ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Geheimsitzung des Müller-Flügels in der Fraktion am 9.1. 1947.

³¹³ Vgl. Gelberg, Hans Ehard, S. 42.

³¹⁴ Vgl. Stenographischer Bericht über die zweite öffentliche Sitzung des Bayerischen Landtags am 21.12. 1946, S. 26.

³¹⁵ ACSP, NL Müller 225, Bericht über die Regierungsbildung in Bayern im Dezember 1946 vom 11.3. 1947. Ein nur geringfügig anderes Bild über die Personaldebatten zeichnet StBKAH 08.70, Alois Hundhammer, Dokumente zur Bayerischen Politik: Die Bildung des Kabinetts Ehard, undatiert.

³¹⁶ ACSP, NL Müller 225, Bericht über die Regierungsbildung in Bayern im Dezember 1946 vom 11.3. 1947. Zur Haltung der SPD vgl. Mehringer, Waldemar von Knoeringen, S. 304–310.

dem bekannt geworden war, „dass Loritz einem Konzentrationskabinett unter Ehard beistimmen würde“³¹⁷. Als sich die ebenfalls umworbene FDP jedoch auf den CSU-Vorsitzenden als Ministerpräsidenten festgelegt hatte, sah man sich auch bei der WAV in der Lage, Forderungen zu stellen³¹⁸. Die Verhandlungsführer von CSU und SPD billigten schließlich dem demagogischen Loritz schweren Herzens das politisch heikle Ministerium für Sonderaufgaben zu, für das zunächst Thomas Dehler, der Vorsitzende der bayerischen Liberalen, dann der bisherige Amtsinhaber Anton Pfeiffer mit Dehler als Staatssekretär vorgesehen war³¹⁹. Angesichts dieser Konstellation blieben der CSU neben dem Ministerpräsidenten lediglich das Kultus-, Finanz-, Landwirtschafts- und Verkehrsressort; damit war es der SPD gelungen, ebenso viele Ministerien zu gewinnen wie die nominelle Mehrheitspartei. Das Gewicht der CSU zeigte sich stärker bei den Staatssekretären mit Kabinettsrang. Zehn Staatssekretäre kamen aus ihren Reihen und sicherten der Union immerhin ein personelles Übergewicht im Ministerrat. Gleichwohl konnte sich am Ende der Eindruck aufdrängen, daß die Sozialdemokratie am Verhandlungstisch „nachträglich den Wahlsieg davongetragen“ hatte³²⁰.

Als Hans Ehard zwei Stunden nach seiner Wahl vor das Landtagsplenum trat, konnte er den Abgeordneten nur ein Rumpfkabinett präsentieren, in dem gerade bei den Ministern und Staatssekretären, die von der CSU gestellt werden sollten, noch viele Namen offen blieben³²¹. Die zweistündige Unterbrechung hatte gerade gereicht, um sich auf die Ressortverteilung zu einigen. Erst Anfang Januar 1947 war das Kabinett komplett. Unter den Ministern und Staatssekretären der CSU dominierten die Gefolgsleute Hundhammers, der Müller-Flügel war an den Rand gedrängt³²². Daß Josef Müller selbst in die Koalitionsregierung eintreten würde, konnte nach dem Verlauf der Regierungsbildung niemand ernsthaft erwarten. Auch von seinen Mitstreitern fand sich keiner unter den Ministern; mit Willi Ankermüller im Innenministerium sowie Lorenz Sedlmayr und Hugo Geiger im Wirtschaftsministerium waren lediglich drei Vertreter des Müller-Flügels zu Staatssekretären ernannt worden. Zwar gehörten sämtliche Regierungsmitglieder der CSU qua Amt auch dem Landesvorstand der Partei an, von den Mitgliedern des geschäftsführenden Landesvorstands aber, dem Nervenzentrum der CSU, saß lediglich Lorenz Sedlmayr am Kabinettsstisch.

e) Am Rande der Spaltung: Die Tagung des Landesausschusses am 3. Januar 1947

Als Einzelheiten über die Regierungsbildung und die vorläufige Kabinettsliste bekannt wurden, brach in der CSU ein Sturm der Entrüstung los. Nicht nur die Wahl eines in der Bevölkerung kaum bekannten Überraschungskandidaten, sondern vor allem die

³¹⁷ ACSP, NL Müller 225, Bericht über die Regierungsbildung in Bayern im Dezember 1946 vom 11.3. 1947.

³¹⁸ Protokoll der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 3. 1. 1947 in Augsburg, in: Protokolle und Materialien, S. 983 (Alois Hundhammer).

³¹⁹ StBKAH 08.70, Alois Hundhammer, Dokumente zur Bayerischen Politik: Die Bildung des Kabinetts Ehard, undatiert.

³²⁰ ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Geheimsitzung des Müller-Flügels in der Fraktion am 9. 1. 1947 (August Haußleiter).

³²¹ Vgl. Stenographischer Bericht über die zweite öffentliche Sitzung des Bayerischen Landtags am 21.12. 1946, S. 26f.

³²² Eine Kabinettsliste ist abgedruckt in: Baer, Ministerpräsidenten, S. 271.

Ressortverteilung, die sichtlich nicht der nominellen Stärke der Union im Landtag entsprach, löste Unverständnis und Erbitterung aus. Als Michael Horlacher den Mitgliedern des Landesausschusses erklärte, die CSU besetze in der neuen Regierung doch wesentliche Positionen, erntete er nichts als Gelächter³²³. Auch bei denen, die nicht zu den Anhängern Josef Müllers zählten, stieß die Besetzung der als besonders wichtig eingestuften Ministerien für Inneres und für Wirtschaft mit Vertretern der Sozialdemokratie auf wenig Gegenliebe. Daß man das zweischneidige Schwert der politischen Säuberung in die Hände der vielleicht skurrilsten Persönlichkeit gelegt hatte, die Bayern in den ersten Nachkriegsjahren hervorgebracht hatte, grenzte in den Augen vieler Beobachter an einen Skandal, dessen Folgen noch nicht abzusehen waren. Der Zorn derer, die sich innerhalb der CSU ausmanövriert und an den Rand gedrängt sahen, richtete sich primär gegen Alois Hundhammer und seinen altbayerischen Anhang, die man für die Misere verantwortlich machte³²⁴. Hermann Strathmann sprach denjenigen aus der Seele, die beim Kampf um die Regierungsmacht unterlegen waren, als er vor den Mitstreitern des Parteivorsitzenden in der CSU-Fraktion ausrief: „Wir sind betrogen worden. Man hat uns hinters Licht geführt.“³²⁵ Josef Müller drückte es ähnlich aus: „Wir sind überspielt worden in brutaler Weise.“

Es ist nicht verwunderlich, daß in dieser Situation schnell Gerüchte über eine bevorstehende Spaltung der CSU die Runde machten. Zwar versicherten Müller und Hundhammer kurz nach der Wahl Hans Ehards, von einer drohenden Spaltung könne keine Rede sein³²⁶, aber das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* zitierte Josef Müller in der ersten Ausgabe des Jahres 1947 mit den Worten, „er rechne damit, daß die CSU mit zwei Fraktionen im Landtag erscheinen werde“³²⁷.

Während sich die Abgeordneten der CSU auf ein geruhsames Weihnachtsfest einstellten, liefen in der Landesgeschäftsstelle die Vorbereitungen für eine außerordentliche Sitzung des Landesausschusses auf Hochtouren. Am 23. Dezember ging telefonisch die Empfehlung an die Bezirks- und Kreisverbände, „zwecks Klärung der Lage“ eine Sitzung des Landesausschusses oder gar die Einberufung der Landesversammlung zu fordern. Zudem sollten die Kreisverbände veranlaßt werden, bei ihren Landtagsabgeordneten gegen Verlauf und Ergebnis der Regierungsbildung zu protestieren. Die in aggressivem Ton gehaltenen Empfehlungen der Landesleitung gingen jedoch noch wesentlich weiter:

³²³ IfZ-Archiv, RG 260, 13/150–3/10, vertraulicher Bericht über die Sitzung des Landesausschusses der CSU am 3. 1. 1947 in Augsburg, ungezeichnet, undatiert.

³²⁴ IfZ-Archiv, RG 260, 15/102–2/10, Comments of Political Leaders Throughout Bavaria on the New Government, ungezeichnet, undatiert.

³²⁵ ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Geheimsitzung des Müller-Flügels in der Fraktion am 9. 1. 1947; das folgende Zitat ebenda.

³²⁶ IfZ-Archiv, RG 260, 15/102–2/10, Bericht Albert C. Schweizers „Political Sidelights on Election of Bavarian Minister President“ für Walter J. Muller vom 26. 12. 1946.

³²⁷ *Der Spiegel* vom 4. 1. 1947: „Die bayerische Kompro-Mißgeburt“. In einem „Gedanken zur Lage“ überschriebenen Papier aus dem Umkreis Josef Müllers vom 24. 12. 1946 hieß es: „Wir gehen in die parlamentarische Opposition, und zwar in der Form einer fortschrittlichen konstruktiven Opposition nach englischem Muster. Wir arbeiten mit sachlichen Argumenten und bekämpfen die derzeitigen Methoden persönlicher Diffamierung. Unser Teil der Fraktion arbeitet aufs Engste mit der Partei zusammen. [...] Parteiapparat wird weiter ausgebaut. Intensive Bearbeitung der Wahlkreise (Oberbayern). Starke Propagandatätigkeit [...] Geistige Erneuerung der Union.“ BAK, NL Probst 616.

„Gleichzeitig Forderung auf Ausschluss der Fraktionsmitglieder, die gegen Dr. Müller gestimmt haben und für das Kabinett Ehard, weil diese den klaren Willen der Mehrheit der Union, wie er sich in den Eichstätter Entschliessungen bekundete, missachtet und damit den Boden der Union verlassen haben. Die Union kann keine Regierung billigen, in der ein Mann wie Loritz Minister ist und die wesentlichen Ministerien (Innen-, Wirtschafts-, Arbeits- und [J]ustizministerium) an die Sozialdemokraten ausgeliefert wurden. Neue Regierung ist keine von der Union verantwortlich getragene Regierung, sondern ein verstärktes Kabinett H[oe]gner unter täuschender Firma.“³²⁸

Die Zeichen standen ganz offensichtlich auf Sturm. Wenn die Führungsgremien der Partei die Eröffnung von Parteiausschlußverfahren gegen einen Teil der Abgeordneten beschlossen oder der von Hans Ehard geführten Koalitionsregierung offiziell die Unterstützung versagten, dann war die Spaltung der Unionsfraktion und damit auch die Spaltung der Partei kaum noch aufzuhalten.

Als sich die Mitglieder des Landesausschusses am Vormittag des 3. Januar 1947 im Augsburger Hotel Pfälzer Hof zusammenfanden, war die Spannung, die über der gesamten Tagung lag, mit Händen zu greifen. Es war den Delegierten durchaus bewußt, daß möglicherweise die „Todesstunde der Union“ geschlagen hatte und daß es an ihnen lag, die Einheit der Partei zu wahren oder „die Union sterben [zu] lassen“³²⁹. Die Tagesordnung bot beiden Seiten genügend Raum, um die Wahl des Ministerpräsidenten und die Bildung des Kabinetts aus ihrer Sicht darzustellen. Dabei sah sich Michael Horlacher schon früh gezwungen, die Landtagsfraktion in Schutz zu nehmen. Er wiederholte seine Ansicht, daß Parteien in einer demokratischen Gesellschaft lediglich Kandidaten aufzustellen und Wahlkämpfe zu bestreiten hätten, während die gewählten Volksvertreter dazu berufen seien, nach ihrem Gewissen über alle Fragen der Politik, insbesondere aber über Personalfragen, zu entscheiden. In diesem Sinne interpretierte

³²⁸ ACSP, CSU-LL, Notiz über telefonische Mitteilungen an die Kreis- und Bezirksverbände vom 23. 12. 1946. Zur empörten Reaktion ganzer Kreisverbände und einzelner CSU-Politiker IfZ-Archiv, Fh 56, CSU-Kreisverband Coburg an die Landesleitung vom 23. 12. 1946; BAK, NL Probst 616, CSU-Kreisverband Hammelburg, gez. Adam Kaiser, an die CSU-Landesleitung vom 30. 12. 1946; ACSP, NL Müller 164, Maria Deku an Josef Müller vom 23. 12. 1946; NL Müller 198, Vitus Heller an Josef Müller vom 24. 12. 1946; NL Müller 107, Franz Xaver Butterhof an Josef Müller vom 25. 12. 1946; NL Müller 225, Hans Hermann von Eicken an Josef Müller vom 23. 12. 1946; NL Müller 410/6, Max und Hans Steiger an Josef Müller vom 28. 12. 1946; NL Müller 107, Wilhelm Arnold an Josef Müller vom 29. 12. 1946; NL Müller 155, Otto Bogendorfer an Josef Müller vom 16. 1. 1947. Als symptomatisch für die Stimmung unter den Anhängern Josef Müllers kann ein Schreiben Paul Nerreters an den Parteivorsitzenden vom 6. 1. 1947 (NL Müller 410/5) gelten, in dem es heißt: „Ich habe in diesen Wochen mit sehr vielen Leuten gesprochen und überall meine Ansicht als richtig bestätigt bekommen: Wenn Dr. Müller jetzt ein Oppositionsführer von Churchillschem Format wird, dann wird er in kurzer Zeit die beliebteste politische Persönlichkeit Bayerns, ja Süddeutschlands sein. Nur wird es notwendig sein, daß der Trennungsstrich gegenüber Dr. Hundhammer bald deutlich gezogen wird, weil sich sonst die Öffentlichkeit nicht mehr auskennt und, wenn von der Christlich-Sozialen Union die Rede ist, nicht mehr weiß, welche von beiden Unionen gemeint sein soll. [. . .] Grundverkehrt wäre es m. E., wenn Sie mit den Ihnen nahe stehenden Abgeordneten austreten würden. Denn: Wer geht, bleibt in der Minderheit. Sehen Sie daher zu, daß Sie den GmbH-Mantel der Union für sich behalten und Dr. Hundhammer hinausdrängen. Das einfachste Mittel wäre, Dr. Hundhammer wegen Ignorierung der Eichstätter Beschlüsse vor das Parteigericht der Union zu zitieren. Geht er dann nicht schon freiwillig aus Verärgerung, dann müßte er wegen Verstoßes gegen die Parteidisziplin ausgestoßen werden. Damit, daß er nicht allein geht, müssen wir rechnen. Man könnte sich dann in aller Freundschaft trennen, und wenn die Ausscheidenden sich unter dem Namen ‚Bayerische Volkspartei‘ neu zusammenfinden, dann würde das die Situation nur klären.“

³²⁹ Protokoll der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 3. 1. 1947 in Augsburg, in: Protokolle und Materialien, S. 1002 (Gerhard Kroll) und S. 996 (Josef Kronthaler).

der Landtagspräsident die als Richtlinien für die Arbeit der Abgeordneten gedachten Beschlüsse der Landesversammlung vom 15. Dezember 1946 nicht als bindende Maximen, sondern lediglich als Empfehlungen³³⁰. Die Gegenposition formulierte einmal mehr der Parteivorsitzende selbst, der die Fraktion als „Sprachrohr“ der CSU im Parlament bezeichnete³³¹.

Als die Vertreter der Bezirksverbände aufgefordert wurden, über die Stimmungslage in ihren Regionen zu berichten, erklärten lediglich Alois Hundhammer und Heinrich Krehle, die beide der Staatsregierung angehörten, Wähler und Mitglieder der CSU in Oberbayern und München stünden hinter der Koalitionsregierung unter Ehards Führung³³². Alle anderen Bezirksverbände, darunter auch Niederbayern und die Oberpfalz, lehnten das „Kabinett Ehard-Hoegner-Loritz“ mit mehr oder weniger scharfen Worten ab. Als dessen entschiedenste Gegner zeigten sich die Sprecher der vier fränkischen Bezirksverbände, aus deren Worten immer wieder Mißtrauen und Unverständnis gegenüber dem südbayerischen Teil der CSU sprach³³³. Karl Sigmund Mayr kündigte an, ein großer Teil der mittelfränkischen Abgeordneten werde aus der bayerischen Unionspartei austreten³³⁴; in einem vertraulichen Bericht über die Landesausschußsitzung hieß es sogar, die Vertreter Frankens hätten verlauten lassen, daß „sie sich der CDU [Jakob] Kaisers anschließen wollten“³³⁵. Was die Delegierten aus den mehrheitlich protestantischen Regionen Frankens besonders erbitterte, war die Tatsache, daß die nach eigenem Anspruch interkonfessionelle CSU kein Regierungsmitglied evangelisch-lutherischen Glaubens stellte. Als Hundhammer darauf verwies, daß mit dem Sozialdemokraten Claus Pittroff doch ein Protestant das Amt des Staatssekretärs im Kultusministerium bekleide, kam es über diese Frage zum offenen Eklat. August Haußleiter erwiderte erregt: „Heute habe ich erlebt, daß mir von einem Parteifreund der Christlich-Sozialen Union der Sozialdemokrat Pittroff als evangelischer Vertreter im Kultusministerium vorgerechnet wird. Da sage ich Ihnen, meine Damen und Herren, das ist der Bruch der Union. Da machen wir nicht mit.“³³⁶

Bei aller Schärfe der verbalen Auseinandersetzung und bei allen persönlichen Angriffen fällt auf, daß es die Redner weitgehend vermieden, Kritik an Hans Ehard zu üben. Der neue Ministerpräsident, der bisher in den Führungsgremien der Partei nur selten das Wort ergriffen hatte, führte sich mit einer zur Mäßigung und zur sachlichen Arbeit mahnenden Rede ein, die schon einiges von dem ausgleichenden Tempe-

³³⁰ Ebenda, S. 965–976.

³³¹ Ebenda, S. 986.

³³² Ebenda, S. 983 ff. (Alois Hundhammer) und S. 990 f. (Heinrich Krehle).

³³³ Ebenda, S. 991–995 (Konrad Kübler), S. 996 ff. (Josef Kronthaler), S. 998 f. (Otto Weinkamm), S. 1000 f. (Georg Gamperl), S. 1001–1004 (Gerhard Kroll), S. 1004 f. (Karl Sigmund Mayr), S. 1005 ff. (Alfred Euerl) und S. 1008 ff. (Franz Ludwig Sauer).

³³⁴ Karl Sigmund Mayr vor dem Landesausschuß: „Wir haben in Mittelfranken die Koalitionsbildung als einen Schlag empfunden, von dem wir uns kaum erholen können. Ich muß die Stimmung geradezu als schmerzlich bezeichnen. [...] Ein großer Teil der [evangelischen] Abgeordneten beabsichtigt, aus der CSU auszutreten. Und noch etwas: Unsere evangelischen Wähler fühlen sich nicht nur überspielt, der größte Teil von ihnen sagt: Wir wurden übertölpelt von einer Gruppe von Politikern, die früher der Bayerischen Volkspartei angehört haben und die willens sind, diese alte Politik in neuer Auflage wieder aufleben zu lassen.“ Ebenda, S. 1004 f.

³³⁵ IfZ-Archiv, RG 260, 13/150–3/10, vertraulicher Bericht über die Sitzung des Landesausschusses der CSU am 3. 1. 1947 in Augsburg, ungezeichnet, undatiert.

³³⁶ Protokoll der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 3. 1. 1947 in Augsburg, in: Protokolle und Materialien, S. 1059.

rament verriet, das für die CSU in den folgenden Jahren so unverzichtbar werden sollte³³⁷.

Die Entschließungsanträge, die Gerhard Kroll und August Haußleiter in der entscheidenden Phase der Debatte einbrachten, trugen den Keim der Spaltung in sich. Kroll forderte die Delegierten auf, für eine „sofortige Umbesetzung des Bayerischen Kabinetts“, insbesondere des Innen- und des Wirtschaftsministeriums, zu stimmen. Weiter hieß es in der Resolution lapidar: „Das Kabinett in der jetzigen Zusammensetzung hat nicht das Vertrauen der Christlich-Sozialen Union.“ August Haußleiter ging noch einen Schritt weiter; er formulierte nicht einmal Vorschläge oder Bedingungen für den Erhalt der Parteieinheit. Seine Resolution sah ganz einfach vor, dem Koalitionskabinett das Mißtrauen auszusprechen³³⁸.

Es lag auf der Hand, daß ein offener Bruch in der Partei unvermeidlich sein würde, falls der Landesausschuß einem dieser Entschließungsanträge seine Zustimmung erteilte³³⁹. Aber gleichsam im letzten Moment schien sich eine Alternative anzubahnen. Eugen Rindt, eine der wichtigsten Stützen Josef Müllers in der Fraktion, unterbreitete den Delegierten den Vorschlag, offensichtliche Disparitäten in der Zusammensetzung des Ministerrats dadurch auszugleichen, daß noch unbesetzte Stellen und Ämter ausschließlich an Mitglieder der CSU vergeben würden, genauer gesagt an die bisher nicht vertretenen Mitstreiter Josef Müllers³⁴⁰. Nachdem Horlacher und Hundhammer ihre Zustimmung unter der Bedingung signalisiert hatten, daß Umbesetzungen an der Spitze einzelner Ressorts unmöglich seien³⁴¹, entwarf Rindt zusammen mit Delegierten aus Augsburg und Schwaben folgenden Entschließungsantrag:

„Der Landesausschuß sieht in der gegenwärtigen Zusammensetzung der Regierung nicht den Einfluß der CSU als stärkster Partei Bayerns hinsichtlich der politischen Führung in der notwendigen Weise gewahrt. Trotzdem ist er entschlossen, die christliche und soziale Politik entsprechend der grundsätzlichen Haltung der Union durchzusetzen. Infolgedessen ist er der Auffassung, daß das Kabinett Ehard angesichts der großen Notlage unseres Volkes unterstützt werden muß. Unabdingbare Voraussetzung hierfür ist aber, daß durch entsprechende Besetzung der verschiedenen Stellen, vor allem innerhalb des Kabinetts, die politische Führung der CSU eindeutig sichergestellt wird. Die neu oder umzubesetzenden Stellen sind der bisher nicht vertretenen Richtung der CSU offenzuhalten.“³⁴²

Auf diese Initiative, Regierungskrise und Parteispaltung durch einen geschickten Schachzug gleichermaßen zu vermeiden, war weder Josef Müller noch sein Anhang vorbereitet³⁴³. Für manche kam Rindts Vorschlag so überraschend, daß in den nächsten Tagen das Gerücht die Runde machte, der stellvertretende Vorsitzende der Landtagsfraktion habe sich bestechen lassen oder zumindest Absprachen mit der Gegenseite getroffen³⁴⁴. Josef Müller selbst scheute sich zwar nicht, seinen Standpunkt nach-

³³⁷ Ebenda, S. 1015–1020.

³³⁸ Ebenda, S. 1051 (Gerhard Kroll) und S. 1051 f. (August Haußleiter).

³³⁹ Ebenda, S. 1054 (Alois Hundhammer).

³⁴⁰ Ebenda, S. 1045–1048.

³⁴¹ Ebenda, S. 1051 f.

³⁴² Ebenda, S. 1056.

³⁴³ Zur offiziellen Reaktion auf die Augsburger Beschlüsse vgl. Mitteilungen der Christlich-Sozialen Union vom 11. 1. 1947: „Bedenken gegen die Regierung. Trotzdem Unterstützung durch die Union – Der Landesausschuß tagte“.

³⁴⁴ IFZ-Archiv, Fh 56, CSU-Kreisverband Coburg an Eugen Rindt vom 6. 1. 1947; ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Geheimsitzung des Müller-Flügels in der Fraktion am 9. 1. 1947.

drücklich zu vertreten, in seiner Eigenschaft als Parteivorsitzender und Versammlungsleiter mußte er jedoch zumindest offiziell bemüht sein, eine weitere Eskalation der Auseinandersetzungen zu vermeiden. Im Innersten aber war er durchaus konfliktbereit, und der scheinbare Königsweg zu einer Überbrückung der schärfsten Gegensätze, wie ihn der Antrag Eugen Rindts aufzeigte, entsprach ganz und gar nicht seinen Vorstellungen³⁴⁵. Im Kreise seiner Vertrauten gab er später offen zu, welchen der Entschließungsanträge er präferiert hätte: den scharf formulierten Antrag Gerhard Krolls³⁴⁶.

Die Mitglieder des Landesausschusses waren aber nicht bereit, die Einheit der Partei ernstlich zu gefährden. Mit 53 gegen 48 Stimmen bei vier Enthaltungen lehnte es der Landesausschuß ab, auf den Vorschlag August Hausleiters einzugehen und dem Kabinett Ehard offiziell das Mißtrauen auszusprechen³⁴⁷. Die Resolution Gerhard Krolls scheiterte dagegen an der hauchdünnen Mehrheit von nur einer Stimme; bei zwei Enthaltungen stimmten 52 Delegierte mit Nein und nur 51 mit Ja. Die ernsten, aber versöhnlichen Worte Eugen Rindts hatten die Delegierten sichtlich beeindruckt und ihnen mehrheitlich das Bewußtsein vermittelt, daß eine Einigung doch noch zu erreichen sei. 59 Mitglieder des Landesausschusses sprachen sich für den Entschließungsantrag Rindts aus, 42 dagegen, drei Delegierte enthielten sich der Stimme.

Damit war die drohende Spaltung der CSU zwar vorerst verhindert worden, eine wirkliche Lösung der Konflikte war jedoch auch jetzt nicht in Sicht; man hatte lediglich Zeit gewonnen. Besonders für Josef Müller und seinen Anhang war das Ergebnis der Landesausschußsitzung eine Enttäuschung. Müller selbst sprach offen von einer „Niederlage“³⁴⁸, und ein Mitarbeiter der Landesgeschäftsstelle, der an der Tagung teilgenommen hatte, notierte scharfsichtig, daß der Landesausschuß dem Parteivorsitzenden erstmals die Gefolgschaft verweigert habe³⁴⁹. Tatsächlich hatte Müller keines von den gesteckten Zielen erreicht. Es war weder gelungen, sich öffentlichkeitswirksam von den Ergebnissen der Regierungsbildung zu distanzieren, noch den Regierungsflügel der Landtagsfraktion und die Kabinettsmitglieder der CSU durch konkrete Forderungen unter Druck zu setzen. Statt dessen enthielt die „wachsweiche Resolution“ Eugen Rindts eine Anerkennung der umstrittenen Koalitionsregierung, ohne daß die Gegenseite verbindliche Zusagen gemacht hatte. Ob der Versuch, eine Integration der widerstreitenden Gruppierungen durch eine nachträgliche Regierungsbeteiligung des Müller-Flügels zu erreichen, wirklich praktikabel war, mußte sich erst erweisen.

Entsprechend negativ fiel auch die Manöverkritik des Landessekretariats aus. Die Mehrheit habe in Augsburg vor Hundhammer und seinen Parteigängern kapituliert, hieß es, und man habe es versäumt, „endgültig Fraktur zu sprechen“. Das Ergebnis der Tagung sei „eine bitter[e] Enttäuschung für diejenigen, die noch Ideale in der Uni-

³⁴⁵ Protokoll der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 3. 1. 1947 in Augsburg, in: Protokolle und Materialien, S. 1050 f.

³⁴⁶ ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Geheimsitzung des Müller-Flügels in der Fraktion am 9.1. 1947. Müllers Verhandlungsführung war auch unter seinen Anhängern nicht unumstritten, wie ein Schreiben Adolf Konrads vom 12. 1. 1947 zeigt; ACSP, NL Müller 410/4.

³⁴⁷ Protokoll der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 3. 1. 1947 in Augsburg, in: Protokolle und Materialien, S. 1056; das folgende nach ebenda, S. 1056 f.

³⁴⁸ ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Geheimsitzung des Müller-Flügels in der Fraktion am 9.1. 1947.

³⁴⁹ ACSP, CSU-LL, Aktennotiz Emil Rettingers vom 4. 1. 1947; die folgenden Zitate ebenda.

on erblicken, ein weiterer Sieg für die Kuhhandelspolitik und als letztes eine weitere Verzögerung der dringend notwendigen Klärung“. Auch das taktische Vorgehen des Parteivorsitzenden und seiner Mitstreiter wurde kritisiert. Das bis dahin scheinbar reibungslos funktionierende System der Vorabsprachen und verdeckten Regieanweisungen hatte in Augsburg tatsächlich versagt. Anders ist es kaum zu erklären, daß mit Haußleiter, Kroll und Rindt drei enge Mitarbeiter des Landesvorsitzenden unabhängig voneinander Entschließungsanträge einbrachten, anstatt sich auf gemeinsame Forderungen zu einigen³⁵⁰.

Nachdem die Augsburger Tagung die Lage etwas beruhigt hatte, verlagerte sich die Auseinandersetzung wieder in die Landtagsfraktion. Am Morgen des 9. Januar trafen sich die Anhänger des Parteivorsitzenden in der Unionsfraktion zu einer Geheimsitzung, um teils niedergeschlagen, teils aggressiv über ihr weiteres Vorgehen zu beraten³⁵¹. August Haußleiter, der gemeinsam mit Josef Müller den Vorsitz führte, gab die Richtung vor. Er forderte die anwesenden Abgeordneten auf, Bedingungen für eine Einnigung mit dem Regierungsflügel der eigenen Fraktion zu formulieren und sich dabei auf die Beschlüsse des Landesausschusses zu berufen. Außerdem riet er dazu, Überlegungen für den Fall anzustellen, daß die Gegenseite diese Bedingungen ablehnte. Weder Haußleiter noch Müller machten allerdings einen Hehl daraus, daß sie mit der Resolution Rindts unzufrieden waren, und der Parteichef wischte die Argumente des Bezirksvorsitzenden von Augsburg und Schwaben sogar mit wenigen Worten vom Tisch. Zugleich interpretierte er seine Rolle und die Rolle seiner Anhänger in der Fraktion neu:

„Wir müssen heute die Union als solche repräsentieren, dadurch dass wir klar stellen, die Regierung ist [k]leine Regierung der Union, damit wir nicht verantwortlich gemacht werden dafür, dass die SPD nachträglich den Wahlsieg davongetragen hat. Für mich als Vorsitzender besteht die Aufgabe, die Union noch fester zu stellen als sie steht. Ich muß viel mehr herausgehen. . . . Die Union als solche muss stark bleiben. Wir müssen uns klar werden, wenn Sie eine eigene Oppositionsgruppe [in] der Fraktion bilden, dann kann nicht mehr der Oppositionsführer der Parteivorsitzende sein. Ich muss die Möglichkeit des Ausgleichs haben. Sie sollten nicht weich werden. Das Volk draussen muss sehen, dass innerhalb der Fraktion eine Gruppe ist, die das Parteiprogramm unter allen Umständen gewahrt wissen will. Wir müssen von unserem Flügel aus zeigen, was wir unter konstruktiver Opposition verstehen. Ich wollte in Augsburg versöhnend wirken.

³⁵⁰ Den Mangel an Koordination bestätigte wenig später Eugen Rindt selbst, als er sich im kleinen Kreis mit den Worten verteidigte, er habe seine Initiative nicht „als Aktion gegen Müller“ verstanden, sondern geglaubt, damit dem Willen des Landesvorsitzenden zu entsprechen. ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Geheimsitzung des Müller-Flügels in der Fraktion am 9. 1. 1947.

³⁵¹ Schon am 26. 12. 1946 hatte August Haußleiter in einem Schreiben an Franz Liedig gefordert, eine solche Sitzung „auf Wunsch der Mehrheit des Fraktionsvorstandes (Rindt, Sühler, Haussleiter, Probst)“ einzuberufen. Weiter hieß es in dem Schreiben: „Die Bildung der Regierung Ehard hat hier einen niederschmetternden Eindruck gemacht. Alles will aus der Union flüchten. Gerade die zuverlässigsten Leute sind am enttäuschtesten. [. . .] In dieser Lage muss die Union als Partei offen in die Opposition gehen. Sie muss die volle Schuld auf eine kleine Gruppe von Strebern in der Fraktion schieben, die der persönliche Ehrgeiz veranlasst hat, gegen den Willen der Partei zu handeln. [. . .] Gleichzeitig müssen wir unseren fortschrittlichen Charakter mit aller Schärfe herausarbeiten. In unserer oberfränkischen Presse wird Hundhammer bereits als der Führer ‚des gemäßigten Flügels‘ der Union bezeichnet. Wir müssen nun mit aller Klarheit Hundhammer als Monarchisten und Separatisten herausstellen.“ ACSP, NL Müller 225. Haußleiter sprach davon, daß er „40–45 Freunde eingeladen“ habe. ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Geheimsitzung des Müller-Flügels in der Fraktion am 9. 1. 1947. Aus dem Protokoll der Sitzung lassen sich elf Abgeordnete als Redner ermitteln, dazu Johannes Semler, der über Fragen der Wirtschaftspolitik referierte. Das folgende nach dem Protokoll dieser Geheimsitzung.

Man soll erst mit ruhigen Nerven und sachlicher Überlegenheit alle Möglichkeiten wahrnehmen, dass die Schuld nicht auf unserer Seite liegt. Deshalb werde ich versöhnend wirken. Die Union ist abhängig davon, ob Franken stark bleibt und herausgeht. Wir müssen auf Franken Rücksicht nehmen, weil sonst in Franken andere Parteien vorstossen werden und uns schwächen werden. Und gerade in Rücksicht darauf dürfen Sie Ihrerseits nicht weich werden. Wenn ich ausgleiche, darf nicht jeder ausgleichen. Das ist der Fehler. Ich habe in der Staatspräsidenten-Frage den Oppositionsführer gemacht, um zu zeigen, dass wir fortschrittlich sind. [. . .] Wir werden die Union durchreißen, das ist die Aufgabe unseres Flügels.“

Die Spaltung der Partei stand damit nicht mehr auf der Tagesordnung, zumindest nicht mehr ganz oben. Statt dessen hatten sich die Abgeordneten, die die politische Linie des Landesvorsitzenden unterstützten, vorgenommen, sich gleichsam als Fraktion in der Fraktion zu organisieren und durch geschlossenes Handeln ihre zahlenmäßige Unterlegenheit auszugleichen. Wie lange dieser Zustand der inneren Opposition dauern sollte, war ungewiß. August Haußleiter rief den anwesenden Parlamentariern jedoch kämpferisch zu: „Die Regierung wird scheitern und zugrunde gehen.“

Schon dieser Slogan verhieß nichts Gutes. Dies galt auch für die Behauptung Haußleiters und Müllers, daß die Beschlüsse der Augsburger Tagung durch weitere Zusagen an die SPD gebrochen worden und noch immer keine Verhandlungen über die Vorschläge Rindts zustande gekommen seien, und es galt erst recht für die Absicht Max Zwicknagls, dem Kabinett Ehard aus diesem Grund im Landtag die Gefolgschaft zu verweigern. Eine Einigung in der Unionsfraktion und damit in der CSU insgesamt schien wieder in weite Ferne gerückt.

Als die Landtagsfraktion am Nachmittag des 9. Januar zu ihrer planmäßigen Sitzung zusammentrat, erlebten die konfliktbereiten Abgeordneten der fraktionsinternen Opposition jedoch eine Überraschung. In einem sachlichen Referat, das frei von persönlichen Angriffen war, informierte Ministerpräsident Ehard die Abgeordneten über die bevorstehende Ergänzung des Kabinetts. Unter den Personalvorschlägen, die Ehard der Fraktion unterbreitete, fanden sich auch die Namen von Willi Anker Müller, Hugo Geiger und Lorenz Sedlmayr, die Josef Müller nahestanden und als Staatssekretäre ins Innen- bzw. ins Wirtschaftsministerium berufen werden sollten. Darüber hinaus gab der Ministerpräsident bekannt, daß in der Frage des zwischen CSU und SPD umstrittenen Staatssekretariats für Flüchtlingsfragen noch keine Entscheidung gefallen sei³⁵². Selbst Max Zwicknagl sah sich genötigt, das Vorgehen Ehards zu loben, was ihn jedoch nicht daran hinderte, im Namen der fraktionsinternen Opposition den Bruch der Augsburger Beschlüsse festzustellen, da bisher weder echte Zugeständnisse gemacht noch offizielle Verhandlungen mit dem Müller-Flügel der Fraktion eingeleitet worden seien.

Im Laufe der weiteren Debatte erzwang August Haußleiter mit einem Geschäftsordnungsantrag eine Abstimmung über die ergänzte Kabinettsliste. Das Votum der Abgeordneten zeigte, daß die Unionsfraktion in ihrer Haltung zum Kabinett Ehard nach wie vor tief gespalten war und daß Unzufriedenheit und Enttäuschung über den Kreis der Anhänger Josef Müllers hinausgingen. Lediglich 41 Mitglieder der Fraktion waren bereit, im Landtag für die Regierung zu stimmen, 41 sprachen sich dagegen aus, acht Abgeordnete enthielten sich. Damit schien nicht nur der Regierungschef, son-

³⁵² ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Fraktionssitzung am 9. 1. 1946; das folgende nach dem Protokoll dieser Fraktionssitzung.

dern auch der Fraktionsvorsitzende, der das Abstimmungsergebnis sofort zur geheimen Kommandosache erklärte, die Mehrheit in der Landtagsfraktion verloren zu haben. Haußleiter stellte triumphierend fest: „Die Abstimmung 41:41 bedeutet eine Niederlage. Mithin kann nur über eine Umbesetzung und Veränderung dieses Kabinetts verhandelt werden.“

Doch die Vorstellung, die Ergebnisse der Regierungsbildung könnten grundlegend revidiert werden, erwies sich schnell als Illusion. Mit den Worten, „[w]enn wir 41 Stimmen für Ehard haben, so ist für mich die Sache im Plenum erledigt“, kündigte Landtagspräsident Horlacher unmißverständlich an, daß die Koalition mit der SPD und der WAV auch gegen den Willen der Fraktionsmehrheit fortgesetzt würde. Ohne konkrete Beschlüsse gefaßt zu haben, vertagten sich die Abgeordneten nach ermüdenden Diskussionen und Aussprachen im kleinen Kreis spät am Abend auf den nächsten Tag.

Auf der Tagesordnung der für den 10. Januar angesetzten Plenarsitzung des Landtags stand neben einer Regierungserklärung des Ministerpräsidenten auch die Abstimmung über das ergänzte Kabinett. Zuvor bemühten sich die Mitglieder der Landtagsfraktion weiter um eine Klärung der verfahrenen Situation. Diesmal stand die Diskussion jedoch unter anderen Vorzeichen. Als Gerhard Kroll ankündigte, vor dem Landtag zu erklären, warum ein Teil der Unionsfraktion der Regierung ihre Unterstützung verweigere, erwiderte Lacherbauer: „Wenn wir heute das Schauspiel bieten, dass wir verschiedene Meinungen äussern, dann bilden wir zwei Fraktionen.“³⁵³ Alois Schlögl und Joseph Baumgartner drohten der fraktionsinternen Opposition für diesen Fall mit der Spaltung der Partei. Darauf ließen es weder der Landesvorsitzende noch seine Mitstreiter ankommen. Als im Landtag über das Kabinett Ehard abgestimmt wurde, kam es zu keiner weiteren Kraftprobe. Ein erheblicher Teil der Unionsfraktion blieb der Abstimmung entweder fern oder enthielt sich zusammen mit den Abgeordneten der FDP der Stimme³⁵⁴.

7. „Wenn Ihr den Krieg wollt, könnt Ihr ihn haben“³⁵⁵ Das Verhältnis von Partei und Fraktion bis zum Sommer 1947

Damit war die Regierungsbildung zwar weitestgehend abgeschlossen, die innerparteiliche Situation beruhigte sich jedoch nur langsam, und das Verhältnis zwischen Parteiführung und Fraktionsmehrheit blieb überaus problematisch. Die Empörung über das Kabinett Ehard und seine Entstehungsgeschichte schlug in der CSU hohe Wellen. In den Mitteilungen der Christlich-Sozialen Union erschienen polemische Kommentare, die wenig geeignet waren, die vergiftete Atmosphäre zu bereinigen³⁵⁶. Auch in vielen

³⁵³ ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Fraktionssitzung am 10. 1. 1946; das folgende nach dem Protokoll dieser Fraktionssitzung.

³⁵⁴ Vgl. Stenographischer Bericht über die dritte öffentliche Sitzung des Bayerischen Landtags, S. 31 f. ACSP, CSU-LTF I, 3–01, Aufstellung über das Abstimmungsverhalten der Mitglieder der CSU-Fraktion während der Plenarsitzung des Landtags am 10. 1. 1947.

³⁵⁵ ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Fraktionssitzung am 29. 1. 1947 (August Haußleiter).

³⁵⁶ Mitteilungen der Christlich-Sozialen Union vom 11. 1. 1947: „Boches, Saupreußen und Bajuwaren. Die verratenen Flüchtlinge“. Zu den Auseinandersetzungen, die dieser von Joseph Koenig verfaßte Artikel in der CSU auslöste, vgl. BayHStA, NL Ehard 887, Alois Hundhammer an Josef Müller

Kreis- und Bezirksverbänden herrschte Aufruhr; insbesondere in Franken kehrte keine Ruhe ein. Nach teilweise hitzigen Diskussionen verabschiedeten die Bezirksversammlungen der CSU in Mittel- und Oberfranken Entschließungsanträge, die sich in scharfer Form gegen die Zusammensetzung des Kabinetts wandten und Sanktionen gegen die Verantwortlichen forderten³⁵⁷. Die CSU in den altbayerischen Bezirksverbänden stand ebenfalls nicht einmütig hinter der Regierung Ehard. Die Kreisverbände Passau-Stadt und -Land traten für eine sofortige Neuverteilung der Ressorts ein, da die „Zusammensetzung des gegenwärtigen Kabinetts nicht dem Willen der Wähler“ entspreche³⁵⁸. Das Parlament der Jungen Union, das am 11. und 12. Januar 1947 erstmals zusammentrat und sich bald zu einer Stütze Josef Müllers entwickeln sollte, verabschiedete mit großer Mehrheit eine Resolution, in der man sowohl die „Methoden, die bei der letzten Regierungsbildung angewandt wurden“, als auch die „Regierung [. . .], die nicht Gewähr dafür bietet, dass eine klare Unionspolitik betrieben wird und die nicht nach dem Willen der Unionswähler gebildet wurde“, grundsätzlich ablehnte³⁵⁹. Eines forderten all diese Protestaktionen: die Einberufung einer außerordentlichen Landesversammlung.

Die zerrissene Unionsfraktion schwankte nach der Abstimmung über die ergänzte Kabinettsliste zwischen Konfrontation und vorsichtiger Kooperation. So gelang es beispielsweise, die letzten beiden Staatssekretariate im gegenseitigen Einvernehmen zu besetzen³⁶⁰; die Auseinandersetzungen um den sozialdemokratischen Wirtschaftsminister Zorn konnten aber nicht beigelegt werden³⁶¹. Die Ansätze zur Zusammenarbeit in Sachfragen und der Wille, trotz aller Gegensätze doch noch eine gemeinsame Basis zu finden, wurden immer wieder durch persönliche Reibereien überlagert und bereits im Keim erstickt³⁶². Im Eifer des Gefechts fielen auch weiterhin drohende Sätze wie: „Wenn Ihr den Krieg wollt, könnt Ihr ihn haben“ oder „Das sind ja Goebels-Manieren“³⁶³, die zeigten, daß die tiefen Gräben zwischen den Anhängern Josef Müllers und dem Regierungsflügel der Unionsfraktion noch lange nicht überbrückt waren.

vom 13. 1. 1947, und ACSP, CSU-LL, Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands am 18. 2. 1947, sowie ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Fraktionssitzung am 29. 1. 1946.

³⁵⁷ BayHStA, NL Ehard 887, Entschließung der Bezirksversammlung der CSU Mittelfranken vom 18. 1. 1947 und Anton Hergenröder an Josef Müller vom 18. 1. 1947; IfZ-Archiv, Fh 56, CSU-Kreisverband Coburg an die Landesgeschäftsstelle vom 23. 12. 1946, CSU-Kreisverband Coburg an Hans Ehard vom 17. 1. 1947, Bericht über die Bezirksversammlung der CSU Oberfranken am 18. 1. 1947, Resolution der Bezirksversammlung der CSU Oberfranken vom 18. 1. 1947 und CSU-Betriebsverband Oberfranken an den Landesvorstand vom 10. 2. 1947.

³⁵⁸ IfZ-Archiv, Fh 56, Rundschreiben der CSU-Kreisverbände Passau-Stadt und -Land an „sämtliche Kreisverbände von Bayern“ vom 20. 1. 1947.

³⁵⁹ IfZ-Archiv, Fh 56, Rundschreiben der Arbeitsgemeinschaft Junge Union vom 14. 1. 1947 und die vom Parlament der Jungen Union am 11./12. 1. 1947 verabschiedeten Resolutionen. Die Haltung der Jungen Union provozierte bei der innerparteilichen Opposition heftigen Widerspruch: BayHStA, NL Pfeiffer 42, Rundschreiben Anton Hergenröders „Was ist Parteijugend und was ist Junge Union?“ vom 21. 1. 1947. Eine Antwort darauf findet sich im IfZ-Archiv, Fh 56, CSU-Kreisverband Münchenberg an den CSU-Kreisverband Bamberg-Stadt vom 5. 2. 1947.

³⁶⁰ ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Fraktionssitzung am 28. 1. 1947.

³⁶¹ ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokolle der Fraktionssitzungen am 28. 1., 11. 2., 19. 2. und 20. 2. 1947.

³⁶² ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokolle der Fraktionssitzungen am 28. 1., 29. 1. und 10. 4. 1947.

³⁶³ ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Fraktionssitzung am 29. 1. 1947 (August Hausleiter und Alois Hundhammer).

Ihren Grund hatten die ständigen Reibereien unter anderem in den Bemühungen der Fraktionsmehrheit, den Handlungsspielraum des ungeliebten Parteivorsitzenden in den Bereichen Außenbeziehungen und Organisationspolitik der CSU zu beschneiden. Seit den Gründungstagen hatte Josef Müller die Kontakte zur Union in anderen Teilen Deutschlands gleichsam monopolisiert³⁶⁴. Erst die Konstituierung der Landtagsfraktion und die Bildung des ersten Kabinetts Ehard ermöglichten es seinen Gegenspielern, ihre Konzeptionen für die Stellung Bayerns in einem künftigen deutschen Staat und für das Verhältnis der CSU zu den Landesverbänden der CDU an den Führungsgremien der Parteiorganisation vorbei von festen Plattformen aus zu vertreten. In Abwesenheit des Parteivorsitzenden, der mit mehreren engen Mitarbeitern zu einer Tagung der Arbeitsgemeinschaft der Unionsparteien nach Königstein unterwegs war, beriet die Landtagsfraktion in einer schwach besuchten Sitzung am 4. Februar 1947 einen Antrag Michael Horlachers, der vorsah, „raschestens auf die Einberufung einer Konferenz der führenden Kräfte der uns gesinnungsverwandten Fraktionen in den deutschen Ländern der britischen und amerikanischen Zone hinzuwirken“³⁶⁵. Gerhard Kroll erkannte natürlich, was sich dahinter verbarg, und wies nachdrücklich darauf hin, daß zu derartigen Verhandlungen auch die Parteiführung hinzugezogen werden müsse. Es gelang ihm aber mit Hilfe der Geschäftsordnung nur, eine formelle Abstimmung über den Antrag Horlachers zu verhindern.

Alois Hundhammer nahm die Anregung des Landtagspräsidenten dankbar auf und kündigte an, so früh wie möglich einen Termin für Gespräche mit Repräsentanten der CDU-Fraktionen in den Ländern der Bizone festzusetzen. Tatsächlich kam bereits zehn Tage später eine Besprechung mit einer Delegation der CDU-Fraktion im württemberg-badischen Landtag zustande. Weder Josef Müller noch Gerhard Kroll nahmen daran teil, wie es zunächst vorgesehen war, auch Eugen Rindt, der als Kandidat Müllers zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt worden war, fehlte. Lediglich Maria Probst vertrat den Parteivorsitzenden und seine Politik, sie vermochte aber gegen Alois Hundhammer, Carl Lacherbauer oder Michael Horlacher, der als einziger auch dem geschäftsführenden Landesvorstand der CSU angehörte, kein wirkliches Gegengewicht zu bilden³⁶⁶.

Während der nächsten Sitzung des Landesvorstands kritisierte Müller die Initiative der Fraktion mit scharfen Worten:

„Während wir in Königstein waren, hat die Fraktion den Entschluß gefaßt, daß die Fraktionsvorsitzenden zusammenkommen. Das schwächt die Schlagkraft. In Königstein wurde beschlossen, daß die Initiative in allen Fällen von den Parteivorsitzenden auszugehen hat, weil sie auch verantwortlich sind für die Partei. [...] Wir brauchen Schlagkraft. Die Minorität darf nicht immer als Flügel auftreten.“³⁶⁷

³⁶⁴ Vgl. dazu Mintzel, *Anatomie*, S. 251–270.

³⁶⁵ ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Fraktionssitzung am 4. 2. 1947; das folgende nach ebenda. Hundhammer leitete sofort alles Notwendige in die Wege. ACSP, CSU-LTF I, 1–31, Aktennotiz Hans Wutzlhofers bezüglich der Koordinierung der Unionsfraktionen in den Ländern der US-Zone vom 6.2. 1947.

³⁶⁶ ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll einer Besprechung zwischen Vertretern der CSU-Fraktion im bayerischen Landtag und Vertretern der CDU-Fraktion im Landtag von Württemberg-Baden am 14. 2. 1947; die Aufstellung über die ursprünglich vorgesehene Delegation der CSU findet sich im Protokoll der Fraktionssitzung vom 4. 2. 1947.

³⁶⁷ ACSP, NL Müller 9, Protokoll der Sitzung des Landesvorstands am 28. 2. 1947; das folgende Zitat findet sich ebenda.

Und Eugen Rindt fügte hinzu, es sei ein „Unding, daß sich die Fraktion verselbständigt“. Wie Konrad Adenauer, der Vorsitzende der Schwesterpartei in der britischen Besatzungszone, beanspruchte auch Josef Müller einen politischen Führungsanspruch gegenüber den Mitgliedern der CSU, die öffentliche Ämter bekleideten und Mandate innehatten. Anders als dem Parteifreund und zeitweiligen Gegenspieler aus Rhöndorf gelang es jedoch Müller und der Landesleitung der bayerischen Unionspartei bis 1949 nicht, diesen Führungsanspruch tatsächlich durchzusetzen³⁶⁸.

Parallel zu den Versuchen der Fraktionsmehrheit, Müllers Monopol in Sachen Außenbeziehungen zu brechen, versuchten Hundhammer und seine Gefolgsleute Einfluß auf den Parteiapparat und die Parteipresse zu nehmen, die Josef Müller bislang erfolgreich vor dem Zugriff seiner Gegner hatte schützen können³⁶⁹. Schon im Januar 1947 wurde massive Kritik an der einseitigen Haltung des Mitteilungsblatts der CSU geübt, und Hundhammer drohte, die Fraktion werde niemanden finanzieren, „der den Kampf gegen die eigenen Abgeordneten führt“³⁷⁰. Doch der Einfluß der Fraktionsmehrheit reichte nicht aus, um eine wirkliche Veränderung des status quo zu erreichen. Man konnte lediglich die Einsetzung eines Ausschusses zur Kontrolle der Parteipresse erzwingen, der jedoch wie so vieles andere auch faktisch nur auf dem Papier bestand³⁷¹.

Die ständigen Bemühungen Hundhammers, die verbliebenen Bastionen des Parteivorsitzenden zu schleifen, kosteten natürlich Kraft, und so war es kein Wunder, daß es mit der internen Organisation der Fraktion nicht zum besten stand. Ein funktionierendes Fraktionssekretariat war erst im Aufbau, und das Projekt eines eigenen Publikationsorgans kam zunächst über das Planungsstadium nicht hinaus³⁷². Zudem ließ sich zunächst kein System erkennen, nach dem die zu bewältigenden Aufgaben verteilt werden sollten. Es war keine Seltenheit, daß CSU-Abgeordnete ihre Kollegen mit Anträgen und Initiativen im Landtag überraschten oder daß die Fraktion ungenügend vorbereitet in Debatten über wichtige Gesetze ging³⁷³. Heinrich Emmert, dem es manchmal so vorkam, als hätten sich die Kräfteverhältnisse im Landtag auf geheimnisvolle Weise zugunsten der SPD verkehrt³⁷⁴, zog im April 1947 schonungslos Bilanz:

„Ich bin mit dem Wirkungskoeffizienten nicht zufrieden. Die Arbeit der SPD ist systematischer geschult. Man gibt ihm [dem SPD-Abgeordneten] eine Hilfestellung. Der Sekretär Albert stellt eine ausgezeichnete Bibliothek zur Verfügung. Es ist deprimierend zu sehen, wie die paar SPD-Leute auf Draht sind. Sie überfahren uns ständig. Wir haben bisher nicht abgewehrt und nicht den Ton angegeben. Wir haben das Gesetz des Handelns nicht in unserer Hand. Die einzige Gruppe, die arbeitet[,] ist die Gruppe Landwirtschaft. [...] Wenn wir eine Vertretung des gesamten Volkes sind, dann muß es Aufgabe der Fraktionsführung sein, diesen Mangel zu beseitigen. [...] Wir müssen uns mit diesen Aufgaben erschöpfender befassen. Die CSU muß den Ton angeben in den Ausschüssen. Wir sind im Lande *die* Partei. Wir müssen der Regierung und den Gesetzen unseren Stempel aufdrücken.“³⁷⁵

³⁶⁸ Vgl. Schwarz, Adenauer I, S. 512.

³⁶⁹ ACSP, NL Müller 9, Protokoll der Sitzung des Landesvorstands am 28. 2. 1947.

³⁷⁰ ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Fraktionssitzung am 29. 1. 1947.

³⁷¹ ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Fraktionssitzung am 2. 12. 1947.

³⁷² ACSP, CSU-LTF II/1, 15–10, Vorschläge zur Neuorganisation der Fraktionsarbeit, undatiert, und IfZ-Archiv, Fh 56, Alois Hundhammer an Joseph Baumgartner vom 18. 1. 1947.

³⁷³ ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Fraktionsvorstandssitzung am 28. 1. 1947 und Protokolle der Fraktionssitzungen am 29.1., 19.2., 20.2., 19.3. und 10. 4. 1947. ACSP, NL Müller 9, Protokoll der Sitzung des Landesvorstands am 28. 2. 1947.

³⁷⁴ ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Fraktionssitzung am 19. 2. 1947.

³⁷⁵ ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Fraktionssitzung am 10. 4. 1947; Hervorhebung im Original.

In der Tat war nicht zu übersehen, daß der Fraktionsvorstand aufgrund der anhaltenden Auseinandersetzung kaum arbeitsfähig war. Zudem schien Alois Hundhammer der Belastung, die seine Doppelfunktion als Kultusminister und Fraktionsvorsitzender mit sich brachte, nicht gewachsen zu sein³⁷⁶. Eugen Rindt, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende, forderte deshalb wiederholt eine enge Koordination und Kooperation zwischen Parteiorganisation und Landtagsfraktion. Durch politische Richtlinien der Landesleitung und intensive Arbeit in den Parteiausschüssen sollte die CSU-Führung Landtagsfraktion und Regierung gleichermaßen „ins Schlepptau nehmen“³⁷⁷, gemeinsame Ausschüsse von Partei und Fraktion sollten für die notwendige Abstimmung sorgen und Vorschläge für die Besetzung wichtiger Ämter mit zuverlässigen Fachleuten aus den eigenen Reihen erarbeiten³⁷⁸. Bis zum Sommer 1947 war davon allerdings wenig zu spüren, obwohl die Berechtigung derartiger Vorschläge durchaus anerkannt wurde. Ihre Umsetzung scheiterte am allgegenwärtigen Mißtrauen und an dem immer wieder spürbaren Unwillen, dem innerparteilichen Gegner mehr Einfluß einzuräumen als unbedingt nötig war. Alois Hundhammer weigerte sich sogar hartnäckig, Mitglieder des geschäftsführenden Parteivorstands oder Repräsentanten der Jungen Union, die nicht zum Kreis der Abgeordneten zählten, an Fraktionssitzungen teilnehmen zu lassen³⁷⁹.

So blieb es für den Ochsenpapp ein mühsames Geschäft, rechtzeitig Informationen über die Absichten der Fraktionsmehrheit und die Ziele der Staatsregierung zu erhalten oder gar Einfluß auf Entscheidungen zu nehmen. Ende Mai 1947 sah sich Müller nach Pressemeldungen über bevorstehende Verhandlungen zwischen SPD und CSU veranlaßt³⁸⁰, in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten auf die verbrieften Mitwirkungsrechte der Parteiorganisation zu verweisen:

„Grundsätzlich muss ich zur Frage des Verhandlungsmodus feststellen, dass in Fragen von zentraler politischer Bedeutung im Rahmen der Union die Stellungnahme der zuständigen Parteigremien, also des Landesausschusses und der Landesversammlung, nicht übergangen werden darf. [...] Es ist bekannt, dass die Einberufung der erwähnten Gremien der Union vorgesehen ist. Ich glaube nicht, dass die Landesversammlung es begrüßen würde, wenn sie bei ihrem Zusammentritt feststellen müsste, dass von anderen Instanzen innerhalb der Union vollendete Tatsachen geschaffen oder abschliessende Entscheidungen getroffen wären.“³⁸¹

Hardliner wie Alois Hundhammer dachten eigentlich nicht daran, die Partei an den Gesprächen mit der SPD über die weitere Arbeit der Koalitionsregierung zu beteiligen. Doch diesmal stießen sie nicht nur auf den Widerstand der Anhänger Josef Mül-

³⁷⁶ Zu Hundhammers anfänglichen Problemen im Kultusministerium vgl. Winfried Müller, *Schulpolitik in Bayern im Spannungsfeld von Kultusbürokratie und Besatzungsmacht 1945–1949*, München 1995, S. 34f.

³⁷⁷ ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Geheimsitzung des Müller-Flügels in der Fraktion am 9.1. 1947.

³⁷⁸ ACSP, NL Müller 9, Protokoll der Sitzung des Landesvorstands am 28. 2. 1947, und ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Fraktionssitzung am 19. 3. 1947.

³⁷⁹ ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Fraktionsvorstandssitzung am 28. 1. 1947, und LTF I, 15–20/3, Sepp Hort an Alois Hundhammer vom 9. 9. 1947 und dessen Antwortschreiben vom 4. 11. 1947.

³⁸⁰ ACSP, NL Müller 226, Waldemar von Knoeringen an Hans Ehard vom Mai 1947.

³⁸¹ ACSP, NL Müller 228, Josef Müller an Hans Ehard vom 25. 5. 1947; Ministerpräsident Ehard ließ den CSU-Vorsitzenden nur wenige Tage später offiziell über den Stand der Dinge informieren; ACSP, NL Müller 226, Anton Pfeiffer an Josef Müller vom 28. 5. 1947.

lers, sondern auch auf den Widerstand des Ministerpräsidenten. Ehard hatte klar erkannt, daß es unmöglich, ja sogar schädlich war, die Parteiführung auf Dauer von allen wichtigen Entscheidungen auszuschließen³⁸². Schließlich waren sowohl die Regierungsmitglieder der CSU als auch die Abgeordneten der Union auf die Arbeit der Partei angewiesen! Ehard drängte deshalb in den folgenden Wochen auf eine Annäherung von Parteiführung und Fraktionsmehrheit und hatte Erfolg damit. Josef Müller und Franz Josef Strauß gehörten als Repräsentanten der Partei der Delegation an, die im Juli und August mit Vertretern der SPD über die Weiterführung der Koalition verhandelte³⁸³. Die Kandidaten der CSU für den Frankfurter Wirtschaftsrat wurden mehr oder weniger einvernehmlich von der Landtagsfraktion und vom Landesvorstand nominiert³⁸⁴, und am 16. Juli 1947 wurde sogar ein Antrag, die Politik des umstrittenen Kultusministers zu mißbilligen, mit den Stimmen der Abgeordneten abgelehnt, die sich zur Opposition innerhalb der Unionsfraktion zählten³⁸⁵.

An der grundsätzlichen Problematik änderten diese punktuellen Gemeinsamkeiten jedoch wenig. Es war noch immer alles möglich, sogar eine Spaltung der Partei. Anfang Februar 1947 setzte Müller die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft von CDU und CSU vorsorglich davon in Kenntnis, „daß vielleicht eine Absplitterung von der CSU bevorstehe, die soweit gehen könne, daß sie die absolute Majorität verliert“³⁸⁶. Knapp zwei Wochen später, am 18. Februar, deutete Josef Müller im geschäftsführenden Landesvorstand erneut an, daß er auf Rache sinne und eine Möglichkeit sehe, wie man die Machtstellung seiner innerparteilichen Gegner erschüttern könne. Vor dem Hintergrund der Angriffe gegen Reinhold Maier, den ehemaligen Reichstagsabgeordneten der Deutschen Staatspartei und amtierenden Ministerpräsidenten von Württemberg-Baden, der wegen seiner Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz ins Gerede gekommen war³⁸⁷, eröffnete Müller eine mit Blick auf die wachsende Kritik an der politischen Säuberung heikle und angesichts der gespannten Lage innerhalb der CSU nicht ungefährliche Diskussion über die Stellung der Parteiführung zu den Politikern der bayerischen Unionspartei, die nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten im

³⁸² ACSP, NL Müller 17, Aktennotiz Franz Liedigs für Josef Müller vom 31. 5. 1947. Der geschäftsführende Landesvorstand beauftragte August Haußleiter, Koalitionsbedingungen der CSU als Grundlage für die Verhandlungen mit der SPD auszuarbeiten. Haußleiter legte wenig später einen Entwurf vor. ACSP, NL Müller 221, August Haußleiter an Josef Müller vom 7. 7. 1947 und die von Haußleiter verfaßten „Koalitionsbedingungen der CSU“, undatiert, sowie IfZ-Archiv, Fh 56, Rundschreiben der Landesgeschäftsstelle der CSU an alle Kreis- und Bezirksverbände vom 16. 7. 1947.

³⁸³ BayHStA, NL Pfeiffer 42, Protokolle der Koalitionsbesprechungen am 15. 7. und am 17. 7. 1947; IfZ-Archiv, RG 260, 13/150–1/4, Notizen über Koalitionsbesprechungen am 9. 8. und 11. 8. 1947.

³⁸⁴ ACSP, NL Müller 309, Aktennotizen über die Nominierung der CSU-Abgeordneten für den Frankfurter Wirtschaftsrat vom 12. 6., 19. 6. und 20. 6. 1947; ACSP, NL Müller 9, Protokoll der außerordentlichen Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands am 4. 7. 1947.

³⁸⁵ Vgl. Mehringer, Waldemar von Knoeringen, S. 326. Zu den möglichen verdeckten Absichten und Hintergründen dieser Abstimmung vgl. IfZ-Archiv, RG 260, 10/91–1/4, Bericht über die „Hundhammer-Abstimmung“ vom 18. 7. 1947. Alois Hundhammer blieb von dieser Geste offenbar nicht unbeeindruckt. Am 25. 9. 1947 erklärte er in einer öffentlichen Parteiversammlung im Münchner Matthäuser-Bräu (ACSP, CSU-LTF I, 15–12/4 und 5), das Abstimmungsverhalten seiner Gegner in der Unionsfraktion habe „die Voraussetzung für eine Zusammenarbeit“ geschaffen.

³⁸⁶ Vertraulicher Bericht über die Tagung der Arbeitsgemeinschaft von CDU und CSU am 5./6. 2. 1947 in Königstein vom 26. 2. 1947, in: Unionsparteien, S. 40 f.

³⁸⁷ Vgl. Klaus-Jürgen Matz, Reinhold Maier (1889–1971). Eine politische Biographie, Düsseldorf 1989, S. 285–297.

Landtag wie auch im Reichstag für die Ermächtigungsgesetze votiert hatten³⁸⁸. Zu diesem Personenkreis gehörten vor allem Abgeordnete der untergegangenen BVP wie Alois Hundhammer, Alois Schlögl oder Michael Horlacher, die zu den Anführern der Anti-Müller-Fronde zählten. Auf Vorschlag Müllers billigten die anwesenden Mitglieder des geschäftsführenden Landesvorstands eine Resolution, in der die betroffenen Personen zwar „gegen jede Diffamierung“ in Schutz genommen wurden, da man ihnen die Absicht zugute hielt, sie hätten Schlimmeres verhindern wollen. Taktisch geschickt hieß es jedoch im zweiten Teil der Erklärung: „Angesichts der Tatsache, dass heute viele in unserem Volke daran Anstoss nehmen, dass manche dieser Politiker heute wieder in führenden Stellungen politisch tätig sind, ist der Vorstand der CSU der Auffassung, dass es sich aus politischen Gründen empfiehlt, dieser Tatsache Rechnung zu tragen.“ Dieser Satz bedeutete nichts anderes als die verklausulierte Aufforderung an die damaligen Abgeordneten, ihre Ämter in Regierung, Parlament und Partei zur Verfügung zu stellen. Wäre der von Müller angeregte Vorstoß von Erfolg gekrönt gewesen – eventuell mit Unterstützung der amerikanischen Besatzungsmacht –, so hätte dies eine wesentliche Verschiebung der Kräfteverhältnisse in Partei und Fraktion zuungunsten des katholisch-konservativen Flügels sowie der Vertreter agrarischer Interessen in der CSU zur Folge gehabt. Aber ebenso wie Reinhold Maier das gegen ihn eingeleitete Verfahren schadlos überstand, blieb auch diese Initiative ergebnislos.

Eine Aktion gegen Müllers Vertraute August Haußleiter und Hermann Strathmann war da schon erfolgreicher. Es ging auch dabei um Fragen der politischen Vergangenheit, als der Landtag auf Antrag des Wahlprüfungsausschusses mit Mehrheit beschloß, die Wahl der beiden Abgeordneten für ungültig zu erklären³⁸⁹. Obwohl weder Haußleiter noch Strathmann unter das „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ fielen³⁹⁰, glaubten die Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses, in einigen vor 1945 verfaßten Schriften der beiden militaristisches und nazistisches Gedankengut zu erkennen, und hielten ihr Verbleiben im Landtag aus diesem Grund für unmöglich³⁹¹. Die Entscheidung, den Abgeordneten Haußleiter und Strathmann ihre

³⁸⁸ ACSP, CSU-LL, Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands am 18. 2. 1947; das folgende nach ebenda.

³⁸⁹ BayHStA, NL Schwalber 50, vorläufiger Abschlußbericht über die Arbeit des Wahlprüfungsausschusses vom 29.1.–23. 6. 1947 und Auszug aus dem Protokoll der 21. Sitzung des bayerischen Landtags am 25.6. 1947.

³⁹⁰ ACSP, NL Müller 221, Aufzeichnung über ein Presseinterview mit Josef Müller am 27. 6. 1947 und CSU-Bezirksverband Mittelfranken an Josef Müller vom 1. 7. 1947, sowie BayHStA, NL Pfeiffer 533, Aktennotiz für Hans Ehard und Anton Pfeiffer über ein Gespräch mit Hans Hermann von Eicken vom 31. 5. 1947.

³⁹¹ August Haußleiter wurde ein von ihm verfaßtes Kriegstagebuch des XIII. Armeekorps zum Verhängnis, das 1942 unter dem Titel „An der mittleren Ostfront“ als Buch erschienen war; Hermann Strathmann wurde mit einer Reihe von Publikationen konfrontiert, die er zwischen 1931 und 1941 verfaßt hatte. Zu Strathmanns Publikationen und zum Fortgang der Affäre vgl. Anzeneder/Götz, 50 Jahre CSU in Erlangen, S. 89ff. Zur Beurteilung der Schriften Haußleiters und Strathmanns durch den Wahlprüfungsausschuß vgl. BayHStA, NL Schwalber 50, Auszug aus dem Protokoll der 21. Sitzung des bayerischen Landtags am 25. 6. 1947 und Bericht des SPD-Abgeordneten Franz op den Orth über den Fall Haußleiter. Haußleiter wehrte sich mit mehreren Erinnerungsberichten und Rechtfertigungsschreiben (ACSP, NL Müller 221, Kommentar August Haußleiters zum Kriegstagebuch „An der mittleren Ostfront“, undatiert, oder BayHStA, NL Schwalber 5, August Haußleiter an Josef Schwalber vom 28. 6. 1947). Im Sinne von Haußleiter auch der Kommentar „Meine Meinung“ in der Frankenpost vom 11. 7. 1947 und die Stellungnahmen in einer außerordentlichen Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU am 4.7. 1947 (ACSP, NL Müller 9). Strathmann setzte

Mandate abzuerkennen, war aus mehreren Gründen brisant. Zum einen zählten die beiden zu den wichtigsten Gefolgsleuten Müllers in der Fraktion; besonders August Haußleiter, ein Wortführer des „fortschrittlichen Flügels“ der CSU, hatte sich wiederholt durch vehemente Angriffe auf die Gegenspieler des Ochsensepp ausgezeichnet. Wenn nun Teile der eigenen Fraktion Strathmann und Haußleiter das Vertrauen versagten, lag der Verdacht nahe, daß sie dabei mehr die parteiinternen Führungs- und Flügelkämpfe im Auge hatten als die tatsächliche politische Belastung der beiden Parlamentarier³⁹². Zum anderen gehörten Haußleiter und Strathmann zu den prominentesten Vertretern der protestantischen Regionen Frankens in der CSU; Strathmann war als Professor für evangelische Theologie an der Universität Erlangen und ehemaliger Reichstagsabgeordneter der DNVP und des Christlich-Sozialen Volksdienstes geradezu eine Symbolfigur für die evangelischen Christen in der bayerischen Unionspartei³⁹³. Ein Mißtrauensvotum gegen diese beiden Volksvertreter mußte wie ein Mißtrauensvotum gegen die fränkisch-protestantischen Teile der CSU erscheinen und so den Unionsgedanken selbst in Frage stellen³⁹⁴. Entsprechend heftig waren die Reaktionen. Haußleiter, der ebenso wie Strathmann beim bayerischen Verfassungsgerichtshof Widerspruch gegen die Entscheidung des Landtags eingelegt hatte³⁹⁵, ließ keine Gelegenheit aus, sich als Opfer eines Rachefeldzugs von Alois Hundhammer und seiner katholisch-konservativen Gefolgschaft in Szene zu setzen³⁹⁶. Die Angriffe Haußleiters gingen so weit, daß sich der Fraktionsvorsitzende zu der düsteren Drohung veranlaßt sah, diese „Agitation“, die in ihrer „Leidenschaft und Unsachlichkeit an sehr üble Vorbilder der Nazi-Periode“ erinnere, sei der beste Weg, um die Spaltung der CSU zu erreichen³⁹⁷. Aber nicht nur die Betroffenen setzten sich gegen die Entscheidung zur

sich am 19. 10. 1947 in einem bitteren Schreiben an Alois Hundhammer zur Wehr (ACSP, CSU-LTF I, 15–12/1).

³⁹² BayHStA, NL Pfeiffer 533, Aktennotiz für Hans Ehard und Anton Pfeiffer über ein Gespräch mit Hans Hermann von Eicken vom 31. 5. 1947, oder ACSP, NL Müller 9, Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands am 4. 7. 1947.

³⁹³ ACSP, NL Müller 221, CSU-Kreisverband Erlangen an Josef Müller vom 30. 6. 1947, Herbert Paulus an Josef Müller vom 4. 7. 1947 und Hermann Strathmann an Josef Müller vom 7. 7. 1947. Die amerikanische Militärregierung hatte Strathmann am 31. 1. 1947 als Universitätsprofessor entlassen, allerdings nicht, weil er Mitglied der NSDAP oder einer anderen NS-Organisation gewesen wäre. 1948 wurde Strathmann rehabilitiert. Vgl. Clemens Vollnhals, *Evangelische Kirche und Entnazifizierung 1945–1949. Die Last der nationalsozialistischen Vergangenheit*, München 1989, S. 170–179, und Helmut Anzeneder, *Die Anfänge der CSU*, in: Jürgen Sandweg, Gertraud Lehmann (Hrsg.), *Hinter unzerstörten Fassaden – Erlangen 1945–1955*, Erlangen 1996, S. 232–276, hier S. 256–259.

³⁹⁴ So heißt es beispielsweise in der streng vertraulichen Aktennotiz eines Mitarbeiters der Staatskanzlei über ein Gespräch mit Hans Hermann von Eicken am 31. 5. 1947: „Die Fälle der Abgeordneten Haußleiter und Prof. Dr. Strathmann haben in Mittel-Franken und Nordbayern zu einer ungeheuren Beunruhigung geführt. In Oberfranken ist es natürlich ebenso. Die protestantischen Kreise glauben zu wissen, daß im Wahl[prüfungs]-Ausschuß zwei Abgeordnete der CSU [...] gegen diese beiden Exponenten der protestantischen Politik in der CSU gestimmt haben. Diese Tatsache wird dahin gedeutet, daß eine gewisse Richtung der CSU die Protestanten zurück-, wenn nicht aus der Partei herausbringen will.“ BayHStA, NL Pfeiffer 533.

³⁹⁵ Vgl. dazu den Wortlaut der Entscheidungen des bayerischen Verfassungsgerichtshofs in den Fällen Haußleiter und Strathmann, der in einer Sonderausgabe des Bayerischen Landtagsdienstes am 25. 9. 1947 veröffentlicht wurde; BayHStA, NL Ehard 887. ACSP, NL Müller 221, Hermann Strathmann an den Präsidenten des bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 4. 7. 1947.

³⁹⁶ BayHStA, NL Schwalber 2, August Haußleiter an Josef Schwalber vom 28. 6. 1947 und vom 2. 8. 1947; ACSP, NL Müller 221, Notiz über eine Rede August Haußleiters am 4. 7. 1947 und Rundschreiben Alois Hundhammers an die Mitglieder der CSU-Fraktion vom 12. 7. 1947.

³⁹⁷ BayHStA, NL Schwalber 5, Alois Hundhammer an Josef Schwalber vom 30. 6. 1947.

Wehr, ihre Wahl in den Landtag für ungültig zu erklären. Der CSU-Kreisverband Erlangen, dem Strathmann angehörte, protestierte ebenso wie der Bezirksverband Mittelfranken oder Elisabeth Meyer-Spreckels, die dem geschäftsführenden Landesvorstand angehörte³⁹⁸. Im Mittelpunkt der Kritik standen Hundhammer und seine Anhänger in der Fraktion, die man für den Ausschluß Haußleiters und Strathmanns verantwortlich machte. Maria Deku, selbst Landtagsabgeordnete, schüttelte den Kopf über dieses „Abschiessen [. . .] einzig und allein durch die Hinterhältigkeit eines Teiles der Fraktion“, das an „Selbstverstümmelung“ grenze. Es sei „ja zum Weinen, dass derartig politisch und parteimässig instinktlose Menschen in einer Fraktion“ säßen³⁹⁹. Hans Centmayer, ein protestantischer Abgeordneter aus Mittelfranken, forderte Hundhammer sogar unverblümt auf, den Fraktionsvorsitz niederzulegen. Er hatte die kurze, aber dafür um so konfliktreichere Geschichte der Landtagsfraktion im Blick, als er an Hundhammer schrieb:

„Im Dezember, bei der Wahl des Fraktionsvorstandes, brauchten wir bereits einen Tag, um Sie mit geringer Mehrheit zum Vorstand zu wählen. Nach meiner Ansicht kann man mit einer so geringen Mehrheit eine solche große und verschiedentlich zusammengesetzte Fraktion nicht führen. Man muß sich immer und bei jeder Gelegenheit vor Augen halten, dass wir eine Union sind und daher exponierte Persönlichkeiten nur ganz schwer die Fraktion und die Partei führen können *und dürfen*, wenn wir eine Union bleiben wollen. Wir sind nicht arbeitsfähig und werden nicht arbeitsfähig, solange die verschiedenen Hindernisse, die [z]um Teil auch ein Mißtrauen außerhalb der Fraktion auslösen, nicht beseitigt werden. Man darf nicht Fehler über Fehler machen und seiner eigenen Person wegen die begonnene gute Sache aufs Spiel setzen.“⁴⁰⁰

Diese Worte ließen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig und charakterisierten treffend die unglückliche Konstellation, die zu einer Art Selbstlähmung der CSU-Fraktion geführt hatte. Doch es folgten keine Konsequenzen. Die Gegner Hundhammers waren auch nach der Krise um August Haußleiter und Hermann Strathmann nicht stark genug, um den Fraktionsvorsitzenden stürzen zu können, und Hundhammer selbst dachte nicht ernsthaft daran, seine Schlüsselstellung aufzugeben⁴⁰¹.

Allen Bemühungen zum Trotz waren es aber nicht Hundhammer und die Unionsfraktion, die dem Parteivorsitzenden Zug um Zug seine Gestaltungsmöglichkeiten aus der Hand nahmen, sondern der bei seiner Wahl noch weitgehend unbekannte Ministerpräsident. Gestützt auf eine gut funktionierende Staatskanzlei und auf seine schnell wachsende Popularität verstand es Ehard⁴⁰², seine für bayerische Verhältnisse ver-

³⁹⁸ ACSP, NL Müller 221, CSU-Kreisverband Erlangen an Josef Müller vom 30. 6. 1947, CSU-Bezirksverband Mittelfranken an Josef Müller vom 1. 7. 1947 und Elisabeth Meyer-Spreckels an Josef Müller vom 30. 6. 1947; ACSP, NL Müller 9, Protokoll der außerordentlichen Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands am 4. 7. 1947. Der Vorstand des CSU-Bezirksverbands Mittelfranken forderte ebenso wie Elisabeth Meyer-Spreckels eine „baldige Säuberung der Union“.

³⁹⁹ ACSP, NL Müller 221, Maria Deku an Josef Müller vom 8. 7. 1947.

⁴⁰⁰ ACSP, CSU-LTF I, 15–12/4 und 5, Hans Centmayer an Alois Hundhammer vom 10. 7. 1947; Hervorhebungen im Original.

⁴⁰¹ ACSP, CSU-LTF I, 15–12/4 und 5, Schreiben mehrerer Abgeordneter an Alois Hundhammer vom 2. 7. 1947 und Hans Centmayer an Alois Hundhammer vom 10. 7. 1947; zur Reaktion Hundhammers auf Versuche, ihn aus dem Amt zu drängen oder zum Rücktritt zu bewegen, vgl. ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Fraktionssitzung am 10. 4. 1947. Vgl. auch BayHStA, NL Pfeiffer 533, Informationen des SPD-Landesvorstands Nr. 7 vom 14. 7. 1947.

⁴⁰² Hans Wutzlhofer, CSU-Landtagsabgeordneter und stellvertretender Generalsekretär des Länderrats der US-Zone, charakterisierte den neuen Ministerpräsidenten treffend: „Seitdem Ehard der Vorsitzende des Länderrates ist, sind die anderen Ministerpräsidenten gedämpft. Ehard hat von Anfang an die Situation beherrscht, daß man nur sagen kann: persönlich zwar ein Beamter und kein Poli-

gleichsweise moderaten, im westdeutschen Kontext aber weitgehenden Konzeptionen föderalistischer Politik sowohl in der Union als auch im Konzert der Ministerpräsidenten mit Nachdruck zu vertreten⁴⁰³. Josef Müller und seine Mitstreiter waren Ehard zunächst mit Skepsis begegnet und hatten ihm lediglich „die Funktion eines verlängerten Armes von Hundhammer“ zugebilligt, ohne daran zu denken, daß sich der Ministerpräsident zu einem gewichtigen und eigenständigen Faktor bayerischer Politik entwickeln könnte. Insbesondere auf dem hart umkämpften Feld des Föderalismus sah man in Ehard lediglich einen „Erfüllungsgehilfen“ des Kultusministers und Vorsitzenden der Unionsfraktion. August Haußleiter bezeichnete das Kabinett Ehard vor den Delegierten des Landesausschusses am 3. Januar 1947 sogar „als eine Regierung bayerischer partikularistischer Kräfte“⁴⁰⁴ und stellte in einem persönlichen Schreiben an den Ministerpräsidenten fest, daß der Kern der Regierungsmannschaft „unzweifelhaft aus den gleichen Persönlichkeiten [bestehe], die schon die Regierung H[oe]gner trugen. Es sind dies insbesondere diejenigen Männer, die sich für die Einrichtung eines eigenen bayerischen Staatspräsidenten einsetzten.“⁴⁰⁵ Dabei kritisierte Haußleiter die Personalpolitik des neuen Ministerpräsidenten mit den bezeichnenden Sätzen: „Insbesondere aber liegt es mir am Herzen, auf die Auswahl Ihrer Mitarbeiter hinzuweisen, die Sie aus dem Kreise unserer eigenen Partei trafen. [...] Ihre Mitarbeiter, Herr Ministerpräsident, entstammen wohl, soweit ich sehen kann, ohne Ausnahme der Bayerischen Volkspartei.“

Mit der Münchner Ministerpräsidentenkonferenz vom Juni 1947, die auf maßgebliche Initiative Ehards hin zustande gekommen war, änderte sich die Situation⁴⁰⁶. Der Müller-Flügel begann nun zu erkennen, daß Ehard sehr wohl eigene Konzeptionen verfolgte, und lobte den Vorstoß des Ministerpräsidenten, der auch der gesamtdeutschen Orientierung des Landesvorsitzenden entgegenkam⁴⁰⁷. Diesem Stimmungsumschwung mag auch die Einsicht zugrundegelegen haben, daß eine Regierungsbeteiligung Josef Müllers und seiner politischen Freunde nicht gegen, sondern nur mit Hilfe des zunehmend populären Ministerpräsidenten möglich war. Nach dem Bericht eines Beobachters der amerikanischen Militärregierung beschrieb Müller vor den Mitgliedern des Parlaments der Jungen Union, das am 19. und 20. Juli 1947 in Würzburg tagte, sein Verhältnis zu Hans Ehard so⁴⁰⁸: „Während er anfänglich Ehard skeptisch ge-

ker, aber er macht seine Sache gut.“ ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll einer Besprechung zwischen Vertretern der CSU-Fraktion im bayerischen Landtag und Vertretern der CDU-Fraktion im Landtag von Württemberg-Baden am 14. 2. 1947.

⁴⁰³ Vgl. hierzu und zum folgenden Gelberg, Hans Ehard, S. 46 f.; dort auch die Zitate. Interessant auch IfZ-Archiv, RG 260, 10/91–1/1, Bericht über ein Gespräch zwischen einem Vertrauensmann der Militärregierung und Annelore Ehard vom 20. 1. 1947.

⁴⁰⁴ Protokoll der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 3. 1. 1947 in Augsburg, in: Protokolle und Materialien, S. 982.

⁴⁰⁵ BayHStA, NL Ehard 1506, August Haußleiter an Hans Ehard vom 4. 1. 1947.

⁴⁰⁶ Vgl. Gelberg, Hans Ehard, S. 47.

⁴⁰⁷ ACSP, NL Müller 9, Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands am 4. 6. 1947. Josef Müller und Friedrich Wilhelm von Prittwitz-Gaffron bewerteten am 20. 6. 1947 vor den Delegierten der Münchner Bezirksversammlung Ehards Initiative überaus positiv. ACSP, NL Müller 68, Protokoll der Bezirksversammlung der CSU München am 20. 6. 1947.

⁴⁰⁸ IfZ-Archiv, MA 1420/13, Bericht über die Tagung des Parlaments der Jungen Union am 19./20. 7. 1947 in Würzburg vom 21. 7. 1947; die folgenden Zitate ebenda. Über die Angriffe, die auf dieser Tagung gegen den katholisch-konservativen Flügel der CSU und gegen die führenden Bauernvertreter laut wurden, berichtete Alois Hundhammer am 25. 7. 1947 empört seinem Kabinettskollegen Anton Pfeiffer (ACSP, CSU-LTF I, 15–12/4 und 5): „Über die Tagung des Parlaments der Jungen Union in

genübergestanden habe, lasse er ihm jetzt seine volle Unterstützung zu Teil werden, da er eine fortschrittliche Politik, da er vor allem keine Isolationspolitik, sondern genau das Gegenteil getrieben habe.“

Sein Urteil über die anderen Regierungsmitglieder der CSU fiel jedoch nicht so positiv aus, und auch als Müller auf das Verhältnis zwischen Partei und Fraktion zu sprechen kam, wußte er keine erfreulichen Neuigkeiten zu vermelden. Die Unionsfraktion, so der Parteichef, sei sein „Alpdruck“. Es fehle ihr an „Qualität und Dynamik“, die Arbeit in den Ausschüssen sei ungenügend und die Vergabe von Ausschußsitzten oft von egoistischen Motiven bestimmt. Zugleich lehnte er eine Wiedereinführung des Fraktionszwangs strikt ab. „Ihm läge vielmehr an der Erziehung verantwortungsbewusster Männer als am ‚Stimmvieh‘.“ Vor Josef Müller hatte bereits Franz Josef Strauß mit scharfen Worten die schlechte Abstimmung zwischen Partei, Fraktion und Regierung kritisiert. In diesem Sinne war auch die Resolution gehalten, die vom Parlament der Jungen Union verabschiedet wurde und die – mit eindeutigen Schuldzuweisungen – das Dilemma der bayerischen Unionspartei treffend beschrieb:

„Die Junge Union spricht der Führung der Landtagsfraktion der Union ihre Missbilligung aus, weil diese [es] bis heute nicht verstanden hat, die Fraktion in entscheidenden Fragen zu einigen, und weil sie sich nicht ernstlich bemüht hat, die Mehrheit der Union im Landtage zur Erreichung der erklärten Ziele der Partei in sachlicher Arbeit auszunutzen. Die Junge Union vermisst bei der Fraktionsführung Klarheit und Zielsicherheit und sieht in der derzeitigen Verkopplung des Minister-Amtes mit dem des Fraktions-Vorsitzenden den Hauptgrund für das Fehlen positiver Arbeit. Der ständige Konflikt zwischen Fraktion und Partei gibt der Jungen Union Veranlassung, hier eindringlich zur Einigkeit zu mahnen. Partei und Fraktion sollen sich nicht weiterhin in nutzlosen Zwistigkeiten verlieren, sondern endlich die Vorschläge ausarbeiten, die geeignet sind, unser Programm zu verwirklichen. Die Fraktion ist das Organ der Partei, um deren Willen in der gesetzgebenden Körperschaft zu vertreten, und muss sich deshalb dem Mehrheitswillen der Partei unterordnen, wie wir das von jedem anderen gewählten Organ verlangen müssen.“⁴⁰⁹

8. Die außerordentliche Landesversammlung am 30. und 31. August 1947

Die Erschütterungen der Regierungsbildung wirkten noch weit in das Jahr 1947 hinein. Obwohl vier Bezirksverbände eine außerordentliche Landesversammlung gefordert hatten, traten in den Monaten nach der turbulenten Augsburgs Tagung weder die Landesversammlung noch der Landesauschuß zusammen. Josef Müller zögerte die Einberufung dieser Gremien bewußt hinaus, da er eine weitere Eskalation der Konflikte mit unvorhersehbaren Folgen für die Einheit der CSU befürchtete⁴¹⁰. Eine

Würzburg [...] erhalte ich von einem Teilnehmer einen [...] Bericht. Demselben entnehme ich folgende Stilblüten: ‚Die gleichen Leute, die 1933 einem Verbrecher die Macht legitimiert haben, haben im Dezember wiederum einen Verbrecher zum Minister gemacht.‘ ‚Was die Herren Schlögl und Horlacher getan haben, ist das Muster Papen.‘ ‚Wir müssen unsere Politik machen kompromisslos, mit einem Radikalismus, dass wir die Alten überrennen.‘ ‚... das autoritäre Spiessertum, das heute regiert ...‘ [...] ‚Im System der Koalition fehlt die echte Kontrolle ... Unter der Regierung der Union hat sich ein System aufgebaut, wobei jede echte Machtposition schon in Händen der anderen Partei ist ... Wir haben den Mehrheitswillen des Volkes verraten ...‘“

⁴⁰⁹ IfZ-Archiv, MA 1420/13, Anlage zum Bericht über die Tagung des Parlaments der Jungen Union am 19./20. 7. 1947 in Würzburg vom 21. 7. 1947.

⁴¹⁰ Müller selbst nahm dazu in Eichstätt Stellung: Protokoll der außerordentlichen Landesversammlung

Sitzung des Landesausschusses, die für Mai angesetzt war, entfiel ersatzlos; auch der Termin für die Landesversammlung, die ursprünglich am 14. und 15. Juni tagen sollte, wurde verschoben. Schließlich einigte man sich auf eine außerordentliche Landesversammlung, die am 30. und 31. August 1947 in Eichstätt stattfinden sollte⁴¹¹. Als sich die Delegierten versammelten, hatte sich die Atmosphäre jedoch nicht etwa entspannt, wie Müller gehofft hatte. Die Wahl der Direktoren für die bizonale Verwaltung einen Monat zuvor hatte vielmehr für zusätzlichen Konfliktstoff gesorgt.

Das amerikanisch-britische Abkommen über die „Neugestaltung der zweizonalen Wirtschaftsstellen“ vom 29. Mai 1947 hatte eine Reform der bis dahin gültigen Organisationsstruktur notwendig gemacht. Nach diesen Vereinbarungen sollten in Zukunft neben einem Wirtschafts- und einem Exekutivrat die Direktoren von fünf Fachverwaltungen an der Spitze des Vereinigten Wirtschaftsgebiets stehen⁴¹². Mit dem Wirtschaftsrat, der aus 52 von den Länderparlamenten gewählten Mitgliedern bestand, wurde erstmals wieder eine parlamentarische Institution geschaffen, deren Befugnisse über einzelne Besatzungszonen hinausgingen; im Exekutivrat waren die Länder der Bizone durch weisungsgebundene Vertreter der Regierungen vertreten. Die Entscheidung über die Besetzung der Direktorenstellen geriet zur Nagelprobe für das Verhältnis der im Wirtschaftsrat vertretenen politischen Parteien und das Verhältnis zwischen Wirtschaftsrat und Exekutivrat⁴¹³. Die Sozialdemokraten erklärten sich zu einer gedeihlichen Zusammenarbeit im Wirtschaftsrat nur unter der Bedingung bereit, daß die Besetzung des Direktoriums für Wirtschaft ihnen überlassen bliebe. Mit Blick auf die sämtlich mit Vertretern der SPD besetzten Wirtschaftsressorts in den Ländern des Vereinigten Wirtschaftsgebiets weigerte sich die Unionsfraktion, diese Bedingung zu erfüllen. Josef Müller, der wie Konrad Adenauer in Frankfurt weilte, um Einfluß auf die anstehenden Entscheidungen zu nehmen, teilte diese Meinung⁴¹⁴. Er hielt das Amt des Wirtschaftsdirektors für wichtiger als das Amt des Direktors für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, für das mit Joseph Baumgartner ein Politiker der CSU vorgeschlagen worden war. In diesem Sinne einigten sich Müller und Adenauer darauf, Johannes Semler, den Sprecher der CSU in Wirtschaftsfragen, zum Wirtschaftsdirektor zu wählen.

Nachdem die vom Exekutivrat benannten Kandidaten der SPD für das Wirtschaftsressort keine Mehrheit gefunden hatten, kündigte der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion im Wirtschaftsrat an, daß unter diesen Umständen keine Zusammenarbeit möglich sei. Damit war der Weg für die Unionsparteien frei, die Direktorenstellen ohne Rücksicht auf die SPD zu besetzen. Am 24. Juli 1947 wurde Johannes Semler, ein enger Mitarbeiter Müllers, zum Wirtschaftsdirektor gewählt. Joseph

der CSU am 30./31. 8. 1947 in Eichstätt, in: Protokolle und Materialien, S. 1062. Zur mehr als gespannten Situation im Vorfeld der außerordentlichen Landesversammlung vgl. ACSP, NL Müller 68, Protokolle der Bezirksversammlungen der CSU München am 20. 6. und 13. 8. 1947.

⁴¹¹ Vgl. Protokoll der außerordentlichen Landesversammlung der CSU am 30./31. 8. 1947 in Eichstätt, in: Protokolle und Materialien, S. 1061 Anm. 1.

⁴¹² Vgl. Kock, Bayerns Weg, S. 250f.

⁴¹³ Zur Direktorenwahl aus der Sicht der CSU vgl. Vossen, Joseph Baumgartner, S. 42–47. Vgl. auch die Sitzungsprotokolle der Unionsfraktion im Wirtschaftsrat vom 21.7., 22.7., 23.7. und 24. 7. 1947, in: Die CDU/CSU im Frankfurter Wirtschaftsrat. Protokolle der Unionsfraktion 1947–1949, bearb. von Rainer Salzmann, Düsseldorf 1988, S. 43–54.

⁴¹⁴ Vgl. dazu Hettler, Josef Müller, S. 328–333, und Müller, Konsequenz, S. 343; IFZ-Archiv, RG 260, 10/90–1/24, Aufzeichnung Paul Burns' über ein Gespräch mit Josef Müller am 29. 7. 1947.

Baumgartner mußte dagegen dem CDU-Mitglied Hans Schlange-Schöningen weichen, den man in Bayern vielfach als Zentralisten und Repräsentanten der Großagrarier ansah⁴¹⁵.

Die Entscheidungen, die Müller in Frankfurt mitgetragen hatte, schürten die Konflikte in der bayerischen Unionspartei. Seine Kontrahenten warfen ihm vor, er habe Baumgartner „geopfert“, um die Wahl seines Gefolgsmannes Semler zu ermöglichen, der noch nicht einmal ein Bayer sei, sondern aus Hamburg stamme⁴¹⁶. Der zutiefst verärgerte Baumgartner reagierte besonders heftig und bezeichnete Müller als den „Totengräber der CSU“⁴¹⁷. Aber auch die bayerische Staatsregierung war alles andere als glücklich über den Ausgang der Direktorenwahl; Ministerpräsident Ehard hätte in Frankfurt lieber eine Koalition von Union und Sozialdemokratie gesehen⁴¹⁸. Für die Verantwortlichen in der Staatskanzlei war zudem „eine parteiengesteuerte, zum Zentralismus tendierende Frankfurter Politik bedrohlicher als der Gedanke an einen SPD-Wirtschaftsdirektor“⁴¹⁹.

So entstand im Vorfeld der außerordentlichen Landesversammlung eine explosive Situation, und sowohl die innerparteiliche Opposition als auch Josef Müller und seine politischen Freunde bereiteten sich auf heftige Auseinandersetzungen vor⁴²⁰. Die ersten Beschlüsse wurden in der Landtagsfraktion gefaßt. Hundhammer, Pfeiffer, Schlögl und der wütende Baumgartner beriefen für den 20. Juli eine Geheimsitzung ein, an der ca. 60 Abgeordnete teilnahmen, die dem altbayerischen und dem bäuerlichen Flügel zuzurechnen waren⁴²¹. Nach einem Bericht Müllers eröffnete Horlacher die Sitzung mit scharfen Attacken gegen die Politik des Landesvorsitzenden in Frankfurt. Dann kam der Landtagspräsident auf ein Problem zu sprechen, das die CSU noch lange beschäftigen sollte: die Bayernpartei. Diese habe angesichts der herrschenden Verhältnisse beste Zukunftsaussichten, und wenn die CSU ihre Politik nicht ändere, werde sie ihre Mitglieder an die landespolitische Konkurrentin verlieren. Ein Kurswechsel sei jedoch nur möglich, so Horlacher weiter, wenn es gelinge, die Parteiführung grundlegend umzugestalten. In diesem Sinne schlug er vor, anstatt eines Landesvorsitzenden ein Direktorium bestehend aus Ehard, Hundhammer und Schlögl an die Spitze der CSU zu stellen.

⁴¹⁵ Vgl. Kock, *Bayerns Weg*, S. 253. Johannes Semler berichtete am 11. 8. 1947 im Wirtschaftspolitischen Ausschuß der CSU, er habe alles versucht, um Baumgartners Wahl zum Direktor für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zu unterstützen, und habe sogar sein eigenes Amt zur Verfügung gestellt. BAK, NL Probst 642.

⁴¹⁶ Vgl. *Der Spiegel* vom 2. 8. 1947: „Kompensationen“.

⁴¹⁷ IfZ-Archiv, ED 132 NL Baumgartner 4, „Dr. Baumgartner zur Veröffentlichung im Münchner Mittag“, undatiert. Der geschäftsführende Landesvorstand beschloß am 11. 8. 1947, das von Josef Müller beantragte Schiedsgerichtsverfahren gegen Baumgartner einzuleiten. ACSP, CSU-LL, Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU am 11. 8. 1947.

⁴¹⁸ Vgl. den Artikel „Frankfurter Nachklänge“ in der Berliner Zeitung *Telegraf* vom 31. 7. 1947.

⁴¹⁹ Kock, *Bayerns Weg*, S. 252.

⁴²⁰ ACSP, CSU-LL, vertrauliche Notiz Rudolf Vogels: „Die Entscheidung von Eichstätt“, undatiert; IfZ-Archiv, RG 260, 10/91–1/4, „Subject: Betrachtung über die Christlich-Soziale Union“ vom 21. 8. 1947.

⁴²¹ IfZ-Archiv, MA 1420/13, Bericht Paul Burns' über eine Besprechung mit Josef Müller am 22. 8. 1947 vom 25. 8. 1947; BayHStA, NL Pfeiffer 42, handschriftliche, teils stenographische Notizen Anton Pfeiffers über die Geheimsitzung am 20. 8. 1947 und die Sitzung der Landtagsfraktion am 21. 8. 1947; *Frankenpost* vom 23. 8. 1947: „Spaltung der CSU beraten. Landtagsfraktion will Dr. Müller absetzen – Bauernflügel macht sich selbständig“.

Der Vorschlag, Josef Müller auf diese Weise zu entmachten, hatte schon wiederholt für Zündstoff gesorgt⁴²². Im Vorfeld der außerordentlichen Landesversammlung erschien die auch von Anton Pfeiffer propagierte Idee einer solchen Satzungsreform als der aussichtsreichste Weg, um den innerparteilichen status quo zugunsten der Opposition zu verändern. Als die Landtagsfraktion einen Tag später zu ihrer regulären Sitzung zusammentrat, standen die Frankfurter Direktorenwahl und die Vorbereitung der außerordentlichen Landesversammlung erneut im Zentrum der Auseinandersetzung⁴²³. Bisher hatte stets die Parteiführung versucht, Einfluß auf die Unionsfraktion zu nehmen, nun verkehrten sich die Fronten. Etwas umständlich konstruierte Anton Pfeiffer eine Begründung für die Berechtigung, ja die Verpflichtung der Abgeordneten, zu den Angelegenheiten der Partei Stellung zu nehmen⁴²⁴:

„Unsere Tätigkeit beruht auf der Verfassung. Die Verfassung kennt keine Parteien, sie legt auf den Landtag große Verantwortung. Parteien kommen nur dort vor, wo vom Wahlgesetz die Rede ist. Als Träger der aktiven Politik innerhalb des Staates kennt aber die Verfassung nur den Landtag und seine Abgeordneten, diese wählen den Ministerpräsidenten, und dieser bestimmt die Richtlinien der Politik und vertritt Bayern nach außen. Der Ministerpräsident ist der Vertrauensmann. Daraus ergibt sich, daß es das Recht der Fraktion ist, sich auch an der Vorbereitung auf den geistigen Inhalt der Landesversammlung [zu beteiligen und] sich mit der Parteiführung auseinanderzusetzen. Die Fraktion hat das Mitsprache-Recht zu den Angelegenheiten, die von der Landesversammlung behandelt werden. Dazu kommt: Die Fraktion hat die größte Kenntnis über die Verhältnisse, hier ist also das Recht, ja die Pflicht der Fraktion Stellung zu nehmen, bes[onders] weil in unseren Satzungen Bestimmungen sind, die die Zusammensetzung der Landesversammlung nicht in Einklang setzen mit dem wirklichen politischen Gewicht in den verschiedenen Teilen von Bayern.“⁴²⁵

Wieweit die Fraktion dieser etatistischen und latent parteienfeindlichen Auffassung Pfeiffers folgte, läßt sich aus dem Sitzungsprotokoll nicht ersehen. Es fällt jedoch auf, daß sowohl Abgeordnete, die der innerparteilichen Opposition zuneigten, als auch politische Freunde Josef Müllers den Zustand der bayerischen Unionspartei und das Verhältnis von Partei und Fraktion bitter beklagten. Selbst Gerhard Kroll, ein enger Mitarbeiter des Landesvorsitzenden, bemerkte, es sei ihm noch immer nicht klar, „was hinter den persönlichen Auseinandersetzungen an sachlichem Gehalt“ liege.

In dieser Atmosphäre nahmen die Abgeordneten die Initiative Pfeiffers günstig auf, einen fünfköpfigen Ausschuß mit der Ausarbeitung von Vorschlägen für eine Reform der Parteiorganisation zu beauftragen, die der Landesversammlung als Antrag der Fraktion unterbreitet werden sollten⁴²⁶. Pfeiffer hatte dafür bereits konkrete Vorstel-

⁴²² Der erste Vorstoß in diese Richtung ging im Frühjahr 1946 von Franz August Schmitt und Alois Schlögl aus; BayHStA, NL Pfeiffer 41, Rundschreiben Franz August Schmitts vom 13. 3. 1946 und das als Anlage beigefügte Schreiben Franz August Schmitts an Alois Schlögl vom 13. 3. 1946; vgl. Fait, Einleitung zu: Protokolle und Materialien, S. LI-LVIII.

⁴²³ ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Fraktionssitzung am 21. 8. 1947; der erste Teil der Sitzung wurde offensichtlich nicht protokolliert, auch ansonsten erscheint die Niederschrift lückenhaft. Zusätzliche Informationen liefern IfZ-Archiv, MA 1420/13, Bericht Paul Burns' über eine Besprechung mit Josef Müller am 22. 8. 1947 vom 25. 8. 1947; BayHStA, NL Pfeiffer 42, handschriftliche, teils stenographische Notizen Anton Pfeiffers über die Geheimsitzung am 20. 8. 1947 und die Sitzung der Landtagsfraktion am 21. 8. 1947.

⁴²⁴ Ähnlich auch Main-Post vom 19. 8. 1947: „CSU vor Entscheidungen“.

⁴²⁵ ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Fraktionssitzung am 21. 8. 1947; das folgende, soweit nicht anders belegt, nach dem Protokoll dieser Fraktionssitzung.

⁴²⁶ Der umfangreiche Antrag Pfeiffers ist dem Protokoll der Fraktionssitzung vom 21. 8. 1947 als Anlage beigefügt.

lungen, die – nach seinen eigenen Worten – darauf abzielten, „eine wirklich demokratische Form der Parteiorganisation und des Parteilebens“ herbeizuführen und die Führungsaufgaben auf „einen grösseren Personenkreis“ zu verteilen. Zum einen sollten Maßnahmen vorgeschlagen werden, „durch welche eine fruchtbare und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Landtagsfraktion und den oberen Organen der Partei gewährleistet wird“, zum anderen wollte er Instanzen schaffen, „die sich zur Entwicklung und Sicherung einer geordneten Organisation und Verwaltung der Parteieinrichtungen als notwendig erweisen“. Es liegt auf der Hand, daß die Intention dieser Reformbestrebungen dahin ging, den Einfluß des Landesvorsitzenden auf die CSU, ihren Verwaltungsapparat und ihre Publikationsorgane zu beschränken und damit auch den Dualismus von Partei und Fraktion zu beenden. In diesem Sinne sah Pfeiffers Antrag vor, die bisherigen Befugnisse des Landesvorsitzenden auf drei Vorsitzende zu verteilen und einen politischen „Areopag“ zu schaffen, um den von Josef Müller dominierten geschäftsführenden Landesvorstand abzulösen⁴²⁷.

Die Landtagsfraktion nahm den Antrag Pfeiffers ohne Gegenstimmen bei drei Enthaltungen an. Nach verschiedenen Presseberichten akzeptierte die Fraktion – gleichsam als Kompensation für die Initiativen zur Entmachtung Müllers – zugleich einen weiteren Vorschlag, der gegen Hundhammer gerichtet war und einer von Müllers politischen Freunden immer wieder erhobenen Forderung entsprach: Fraktionsvorsitz und Ministeramt sollten für unvereinbar erklärt werden⁴²⁸. In den Ausschuß, der sich mit der Ausarbeitung der Reformvorschläge befassen sollte, wurden mit Pfeiffer selbst sowie mit Horlacher, Lacherbauer, Josef Donsberger und Heinrich Emmert hauptsächlich Vertreter der innerparteilichen Opposition gewählt. Hanns Seidel und Friedrich von Prittwitz und Gaffron lehnten eine Kandidatur ab⁴²⁹.

Auch Michael Horlacher war mit einem Antrag vor die Fraktion getreten. Er forderte die Abgeordneten auf, der Landesversammlung folgenden Beschluß zu unterbreiten:

⁴²⁷ Diesem Gremium sollten neben den drei Vorsitzenden der Ministerpräsident, der Landtagspräsident und der Fraktionsvorsitzende angehören sowie Vertreter der Bezirke, der beiden großen Konfessionen, der Bauern, der Arbeiter und des gewerblichen Mittelstandes.

⁴²⁸ Im protokollierten Teil der Fraktionssitzung vom 21. 8. 1947 finden sich keine diesbezüglichen Hinweise. In Pfeiffers Antrag hieß es unter Punkt 6 „Einzelfragen für die Arbeit der Fraktion“ lediglich: „Vereinbarkeit des Minister- und Staatssekretärsamtes mit führenden Stellungen in Fraktion oder Landesparteileitung.“ Der Bericht Carl Lacherbauers über die Sitzung der Kommission zur Erarbeitung von Reformvorschlägen am 26. 8. 1947 (Anlage zum Protokoll der Fraktionssitzung vom 21. 8. 1947) enthält keine Hinweise darauf, ob dieser Punkt besprochen wurde. Vgl. aber Frankenpost vom 23. 8. 1947: „Spaltung der CSU beraten. Landtagsfraktion will Dr. Müller absetzen – Bauernflügel macht sich selbständig“, und Kurier vom 22. 8. 1947: „Zurück zur Bayerischen Volkspartei? Direktorium statt Landesvorsitzender – Vorschläge in der bayerischen CSU“. Ein solches Kompensationsgeschäft zwischen den Anhängern Josef Müllers und den Gefolgsleuten Alois Hundhammers ist durchaus wahrscheinlich. Schon am 10.4. 1947 hatte Max Zwirnagl in der Fraktion einen Antrag eingebracht, der es unmöglich machen sollte, das Amt des Fraktionsvorsitzenden und ein Ministeramt in einer Person zu vereinen. Eine Abstimmung über diesen Antrag, der Hundhammer dazu gezwungen hätte, eines seiner Ämter aufzugeben, wurde jedoch immer wieder verschoben. ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Fraktionssitzung am 10.4. 1947, und CSU-LTF I, 15–12/4 und 5, Schreiben mehrerer Abgeordneter an Alois Hundhammer vom 2. 7. 1947. Die Bezirksversammlung der CSU Schwaben beschloß am 23. 8. 1947 ebenfalls, einen entsprechenden Antrag zu stellen. ACSP, NL Müller 168. Die Zeitung Telegraf berichtete am 22. 8. 1947 in dem Artikel „Wirrwarr in der CSU“: „Sicher ist aber, daß Müller sein Vorhaben nicht aufgeben und auch weiterhin versuchen wird, Dr. Hundhammer als Fraktionsvorsitzenden abzuhängen und ihn damit auch als Minister zu erledigen.“

⁴²⁹ Ein Bericht Carl Lacherbauers über die Sitzung dieser Kommission am 26. 8. 1947 findet sich als Anlage zum Protokoll der Fraktionssitzung vom 21. 8. 1947.

„Die Einigkeit innerhalb der CSU erfordert eine Parteileitung, die in der Lage ist, diesen Erfordernissen Rechnung zu tragen. Insbesondere die einheitliche Leitung der Partei und der Fraktion [ist] sicherzustellen. Die jetzige Parteiführung der CSU wird hierfür als ungeeignet erachtet.“⁴³⁰ Müllers Freunde in der Fraktion waren jedoch nicht ohne weiteres bereit, dieser Aufforderung zu folgen und dem Landesvorsitzenden das Mißtrauen auszusprechen. In einer ersten Abstimmung votierten 25 Abgeordnete gegen den Antrag Horlachers; als dieser sich jedoch bereit erklärte, den letzten Satz zu streichen oder nur intern zu behandeln, stimmte die Fraktion bei einer Gegenstimme und fünf Enthaltungen fast geschlossen zu⁴³¹.

Diese wie auch andere Abstimmungen in der Fraktion zeigten, daß Müllers Rückhalt bei den Abgeordneten schwächer war denn je. Angesichts der bevorstehenden Auseinandersetzungen auf der außerordentlichen Landesversammlung mußte dies für den Landesvorsitzenden ein deutliches Alarmsignal sein⁴³². Die Beschlüsse der Unionsfraktion fanden in der Presse großen Widerhall und lösten wilde Spekulationen aus. „Bayerns CSU in der Krise“ gehörte noch zu den harmloseren Schlagzeilen. Die Neue Zeitung titelte „Spaltung oder Umbau“, und die Berliner Zeitung Kurier stellte die Frage, ob sich die CSU auf dem direkten Weg „Zurück zur Bayerischen Volkspartei“ befinde⁴³³. In dasselbe Horn stieß der Pressedienst der CDU/CSU, der am 30. August unter der Schlagzeile „Neugruppierung der Bayerischen Volkspartei“ berichtete:

„Auseinandersetzungen in der Landtagsfraktion und Vorgänge innerhalb der CSU deuten auf eine Neugruppierung der alten BVP hin. Ehemalige Mitglieder jener Partei, die heute leitende Posten im Staat und in der Union bekleiden, haben noch vor der Landesversammlung den Angriff auf die CSU aus den eigenen Reihen heraus begonnen.“⁴³⁴

Aber auch der angegriffene Parteivorsitzende und seine Mitstreiter waren nicht untätig geblieben. Ein Beobachter der Besatzungsmacht stellte dazu fest, es sei Müllers erklärtes Ziel, Alois Hundhammer aus der Partei zu drängen und sich so seines schärfsten Rivalen zu entledigen⁴³⁵. Zugleich hielten sich hartnäckig Gerüchte über einen Wechsel Hundhammers zur Bayernpartei. Nach Informationen der Militärregierung hatte der Fraktionsvorsitzende tatsächlich vorübergehend mit diesem Gedanken gespielt, sich mit Blick auf die krisenhafte Zuspitzung der Ereignisse dann aber doch entschlossen, noch einmal seine Chance in der CSU zu suchen⁴³⁶.

In dieser Situation traf es sich, daß für die Tage vom 13. bis 17. August ein Pädagogischer Kongreß der CSU in Rothenburg ob der Tauber vorgesehen war, der von Gefolgsleuten Müllers konzipiert und durchgeführt wurde und sich deshalb problemlos

⁴³⁰ Der Antrag Horlachers findet sich als Anlage zum Protokoll der Fraktionssitzung vom 21. 8. 1947.

⁴³¹ Müller, der an dieser Fraktionssitzung teilnahm und seine Haltung bei der Frankfurter Direktorenwahl zu rechtfertigen versuchte, äußerte sich zu Horlachers Antrag so: „Wenn Sie mich stürzen, Sie tun mir keinen grösseren Gefallen. Ich selbst kann nicht abtreten, solange ich eine Pflicht tun muss. Wenn ich in der Landesversammlung nicht die Majorität habe, dann gehe ich gern in den Hintergrund, dann habe ich die Muße, meine Gedanken niederzulegen über die Vergangenheit und Gegenwart.“

⁴³² ACSF, CSU-LL, vertrauliche Notiz Rudolf Vogels: „Die Entscheidung von Eichstätt“, undatiert.

⁴³³ Stuttgarter Nachrichten vom 26. 8. 1947; Neue Zeitung vom 25. 8. 1947; Kurier vom 22. 8. 1947.

⁴³⁴ Union-Dienst vom 30. 8. 1947.

⁴³⁵ IfZ-Archiv, MA 1479/9, Bericht Pierre M. Purves' über die außerordentliche Landesversammlung der CSU am 30./31. 8. 1947 in Eichstätt vom 3. 9. 1947.

⁴³⁶ Ebenda; vgl. auch den Artikel „Vor politischen Veränderungen in Bayern“ im Union-Dienst vom 11.7. 1947.

zu einer Art Generalprobe für die Abrechnung mit Hundhammer verwandeln ließ⁴³⁷. Karl Köhler, der Vorsitzende des Kunstausschusses der bayerischen Unionspartei, hatte diese Veranstaltung zusammen mit dem Pädagogen Leo Weismantel seit Januar 1947 geplant. Von dieser Seite kam auch der Vorschlag, den Kongreß zu einer „Kampfansage“ gegen den katholisch-konservativen Flügel der CSU zu nutzen und „die gesamte Kulturpolitik Hundhammers“ bloßzustellen⁴³⁸. Josef Müller stimmte den Vorschlägen Köhlers und Weismantels zu, und am 11. August beauftragte der geschäftsführende Landesvorstand den Münchner Stadtpfarrer Emil Muhler mit der Leitung des Pädagogischen Kongresses⁴³⁹. Tatsächlich waren die Angriffe, die auf dieser Veranstaltung gegen Hundhammer vorgebracht wurden, dazu angetan, die Situation zu verschärfen und die Aversionen gegen den umstrittenen Kultusminister auch in der eigenen Partei zu schüren⁴⁴⁰.

Doch dabei blieb es nicht. Eine Woche bevor die Landesversammlung in Eichstätt zusammentreten sollte, legten die politischen Freunde Josef Müllers die Marschroute für den Parteitag minutiös fest. Zu diesem Zweck trafen sich am 23. August ca. 70 Landtagsabgeordnete, Parteifunktionäre und Delegierte, die mehrheitlich aus Franken, Schwaben und der Oberpfalz kamen, im Versammlungssaal des Fürther Kulturvereins⁴⁴¹. Nach Karl Köhlers Erinnerungen leitete Hanns Seidel diese Krisensitzung. In einer längeren Rede, die sowohl für die Lage der bayerischen Unionspartei als auch für den politischen Horizont des späteren Landesvorsitzenden und Parteireformers bezeichnend war, führte er aus:

„Eine Rückkehr zur alten Bayerischen Volkspartei dürfe auf keinen Fall stattfinden. Das Große an der neuen Partei sei das politische Zusammenwirken der beiden Konfessionen. Die andere Komponente, die ihm wichtig erschien, sei die Komponente der Liberalität. Nur wenn die Union bei den wichtigen Grundsätzen bliebe, wie sie die Gründer festgelegt hätten, bestünden Aussichten, wirksame Politik nicht allein für Bayern durchzuführen, sondern es bestünden durchaus berechnete Möglichkeiten, auch die Trennung der vier Zonen zu überwinden, um dann für ganz

⁴³⁷ Zum Pädagogischen Kongreß der CSU vom 13.–17. 8. 1947 in Rothenburg ob der Tauber vgl. vor allem die ausführliche Darstellung Köhlers selbst. Es ist nicht auszuschließen, daß Köhlers diesbezügliche Erinnerungen Datierungen und ursprüngliche Intentionen nicht korrekt wiedergeben; daran, daß sich der Kongreß zu einer Waffe in den Führungs- und Flügelkämpfen entwickelte, besteht aber kein Zweifel. IfZ-Archiv, MS 343 Smlg. Köhler 1, Bl. 88–154, das folgende nach Bl. 88–94. Zu den Konflikten zwischen Hundhammer und Weismantel IfZ-Archiv, RG 260, 13/150–3/10, Bericht über eine Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses der CSU am 18. 2. 1947.

⁴³⁸ IfZ-Archiv, MS 343 Smlg. Köhler 1, Bl. 89.

⁴³⁹ ACSP, CSU-LL, Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands am 11. 8. 1947.

⁴⁴⁰ Zu Programm und Verlauf des Pädagogischen Kongresses vgl. ACSP, CSU-LTF I, 9–10, Einladung und Programm für den Pädagogischen Kongreß der CSU vom 13.–17. 8. 1947 in Rothenburg ob der Tauber; ACSP, NL Müller 27, Bericht Wolfgang Müllers über den Verlauf des Pädagogischen Kongresses vom 18. 8. 1947 und zwei undatierte Berichte des Oberstudienrats Wolfgang Kiener über den Verlauf des Pädagogischen Kongresses.

⁴⁴¹ Ursprünglich war als Tagungsort Nürnberg avisiert. In dem Einladungsschreiben hieß es: „Eine Rückkehr zur Politik der Bayerischen Volkspartei ist für uns unmöglich. Auf der anderen Seite darf sich die Landesversammlung nicht noch einmal in ergebnislosen Auseinandersetzungen erschöpfen. Es ist daher wichtig, dass wir uns vor Eichstätt eingehend darüber besprechen, wie wir die gegenwärtige innere Krise der Christlich-Sozialen Union überwinden helfen. [...] Wir nehmen an, dass auch der Landesvorsitzende an dieser Besprechung teilnimmt. Die Vorstände sämtlicher nordbayerischen Bezirksverbände und eine Reihe von massgeblichen südbayerischen Parteifreunden werden anwesend sein.“ IfZ-Archiv, MS 343 Smlg. Köhler 2, Bl. 210 b, Rundschreiben Karl Köhlers, Hanns Seidels, August Haußleiters und Elisabeth Meyer-Spreckels' vom 15. 8. 1947, und Bl. 210 a, Rundschreiben Karl Köhlers, Hanns Seidels, August Haußleiters und Elisabeth Meyer-Spreckels' vom 18. 8. 1947, in dem die Änderung des Tagungsortes bekanntgegeben wurde.

Deutschland hilfreich zu wirken. Daher dürfe in Eichstätt in der Führung der neuen Partei, der Union, keine Änderung eintreten, sondern wir hätten die Schuldigkeit, dafür zu werben und dafür zu sorgen, daß Dr. Josef Müller weiterhin im Sinne dieser Politik arbeiten könne. Wird dies nicht der Fall sein, können wir mit dem sicheren Verlust der evangelischen und liberalen Wähler rechnen.“⁴⁴²

Über den Verlauf der Besprechung und über die Beschlüsse, die gefaßt wurden, um einen Erfolg der katholisch-konservativen Kräfte in Eichstätt zu verhindern, informiert ein Rundschreiben, das Alois Hundhammer wenige Tage vor Beginn der Landesversammlung an die Mitglieder der Landtagsfraktion richtete⁴⁴³. Der Fraktionsvorsitzende berief sich dabei auf schriftliche Berichte von zwei Personen, die an der Fürther Konferenz teilgenommen hatten, und enthielt sich selbst jeden Kommentars. In diesem Rundschreiben heißt es:

„1.) Die Frage der Führung in der CSU wurde unter Übergehen einiger bedenklicher Stimmen dahingehend festgelegt, daß man ein Direktorium stri[kt] ablehnt. Auch der Vorschlag, neben Dr. M. Ausschüsse zu bilden, die führend beschließen, wurde abgelehnt. Ziel: Bewußtes Hinarbeiten auf den Bruch der CSU.

2.) Taktik: a) Bei jeder Gelegenheit melden sich alle Müller-Anhänger sofort zur Diskussion. Es soll damit erreicht werden, daß die Redner Dr. Hundhammers dadurch nicht zum Einsatz kommen, daß man rechtzeitig den Antrag auf Schluß der Rednerliste, der Debatte etc. einbringt.

b) Jeder Antrag aus dem Hundhammer-Lager wird mit allen zu Gebot stehenden Mitteln bekämpft, wenn nötig durch Schreien und Rand[al]jieren. Mit schärfsten Mitteln wird rücksichtslos vorgegangen werden.

3.) Regie [. . .] c) Dr. Hundhammer (möglichst ausgiebig) wird von Hausleiter als 1. Redner auf das Schwerste angegriffen. Er soll u[n]ter allen Umständen provoziert werden. Themen: a) Koalitionsregierung b) Eichstätter Beschlüsse c) Verrat am 10. er Ausschuß b[ei] d[er] Kabinettsbildung d) Warum kommt der Demagoge Loritz ins Kabinett? e) Warum muß Ministerialrat Rinke das Wirtschaftsministerium räumen? Als 2. Redner spricht Dr. Köhler Dr. Hundhammer hinsichtlich seiner kulturpolitischen Tätigkeit an. Er hat die Aufgabe, Dr. Hundhammer zu provozieren. Erreicht soll werden, daß sich Dr. Hundhammer vergiftet und beleidigend antwortet. Dies soll dann zum Gegenstand eines Schiedsverfahrens gemacht werden mit dem Ziele, Dr. Hundhammer auszuschließen aus der CSU. Dr. Hundhammer wird das Mißtrauen ausgesprochen. Damit will man Dr. Ehard zwingen, Dr. Hundhammer aus dem Kabinett zu entlassen. Die Forderung nach der Abgabe des Fraktionsvorsitzes wird erhoben werden. Jeder Redner wird nach dem Ende seiner Ausführungen einen Antrag stellen, um Dr. Hundhammer zur Gegenerklärung zu zwingen. Übereinstimmend: Gegen Dr. Hundhammer geht es drauf und dran. Er muß erledigt werden, koste es, was es wolle. [. . .]

4.) Aussichten [. . .] c) Sollte es nicht gelingen, Dr. Hundhammer zu beseitigen und die CSU wie bis jetzt weiterlaufen, so wird man die CDU gründen.“

⁴⁴² IfZ-Archiv, MS 343 Smlg. Köhler 2, Bl. 211.

⁴⁴³ IfZ-Archiv, ED 132 NL Baumgartner 4, Rundschreiben Alois Hundhammers an die Mitglieder der Landtagsfraktion vom 27. 8. 1947; das folgende Zitat ebenda. Die Tatsache, daß gerade Hundhammer die Geheimsitzung der politischen Freunde Josef Müllers öffentlich machte und daß die skizzierte Marschroute fast exakt mit dem späteren Verlauf der Landesversammlung korrespondierte, wirft die Frage nach der Glaubwürdigkeit dieses Dokuments auf. Eine nachträgliche Fälschung dürfte unwahrscheinlich sein, da dafür kaum die Form eines Rundschreibens gewählt worden wäre. Was den Inhalt angeht, so deckt sich Hundhammers Bericht mit den Erinnerungen Köhlers, die an dieser Stelle jedoch sehr spärlich sind (IfZ-Archiv, MS 343 Smlg. Köhler 2, Bl. 211). Man wird also letztlich davon ausgehen können, daß in Fürth Beschlüsse gefaßt wurden, die den von Hundhammer genannten zumindest teilweise entsprachen. Zugleich ist anzunehmen, daß sich der hart kritisierte Kultusminister um eine möglichst scharfe Diktion bemühte, um noch unentschlossene Abgeordnete auf seine Seite zu ziehen. Das Rundschreiben findet sich auch zitiert bei Fait, Anfüge, S. 205 ff.

Als Josef Müller am 30. August 1947 die außerordentliche Landesversammlung eröffnete, waren beide Seiten auf die bevorstehenden Auseinandersetzungen bestens vorbereitet. Journalisten rechneten mit einer Spaltung der bayerischen Unionspartei⁴⁴⁴. Auch Beobachter der amerikanischen Besatzungsmacht berichteten, daß der katholisch-konservative Flügel der CSU unter Hundhammers Führung zur Bayernpartei überwechseln würde, wenn es nicht gelänge, Müller zu entmachten. Eine Gruppe fränkisch-protestantischer Politiker hatte dagegen erkennen lassen, daß sie aus der Partei ausscheiden würde, wenn die Initiativen der Gegenseite erfolgreich wären⁴⁴⁵. Aber die endgültige Entscheidung, die von vielen erwartet oder erhofft worden war, blieb aus. Die Tagung verlief zwar nach den Richtlinien, die die politischen Freunde Müllers in Fürth festgelegt hatten, doch es gelang trotz aller Bemühungen nicht, den Kultusminister ernsthaft in Bedrängnis zu bringen oder gar zu provozieren. Der taktisch geschickten Rede Hundhammers hatten die Redner des Müller-Flügels nur wenig entgegenzusetzen⁴⁴⁶. Haußleiter löste mit seiner Äußerung, unter den politischen Werten des Kultusministers rangiere bayerisch vor christlich, lediglich tumultartige Szenen aus und wurde minutenlang niedergebrüllt⁴⁴⁷. Hundhammer erhielt aber allen Turbulenzen zum Trotz sein Vertrauensvotum; bei 25 Enthaltungen sprachen sich 323 Delegierte für den Kultusminister aus, 154 stimmten gegen ihn⁴⁴⁸.

Auch den Initiativen der Fraktion war wenig Erfolg beschieden. Nach Müllers Rechenschaftsbericht brachte Horlacher den von der Fraktion mehrheitlich gebilligten Mißtrauensantrag ein. Doch die Landesversammlung votierte erneut für den Landesvorsitzenden. Mit 308 gegen 192 Stimmen bei zehn Enthaltungen erzielte Müller zwar ein schlechteres Ergebnis als sein Erzrivale, er war aber noch einmal mit einem blauen Auge davongekommen⁴⁴⁹. Zudem gelang es ihm, die detaillierten Vorschläge für eine Reform der Satzung zu konterkarieren. Müller empfahl nämlich selbst, durch den Landesausschuß zwei stellvertretende Parteivorsitzende wählen zu lassen und einen „Ältestenrat“ als Vermittlungsinstanz einzurichten⁴⁵⁰. Damit kam der Ochsen-

⁴⁴⁴ Main-Post vom 19. 8. 1947: „CSU vor Entscheidungen“; Kurier vom 22. 8. 1947: „Zurück zur Bayerischen Volkspartei?“; Frankenpost vom 23. 8. 1947: „Spaltung der CSU beraten“; SZ vom 23. 8. 1947: „Bayerns größte Partei vor der Entscheidung“; SZ vom 23. 8. 1947: „Diadochenkämpfe“; Tagesspiegel vom 24. 8. 1947: „Der Kampf in der CSU“; Telegraf vom 28. 8. 1947: „Ein Pyrrhussieg und seine Folgen“.

⁴⁴⁵ IfZ-Archiv, MA 1479/9, Bericht Pierre M. Purves' über die außerordentliche Landesversammlung der CSU am 30./31. 8. 1947 in Eichstätt vom 3. 9. 1947; IfZ-Archiv, RG 260, 7/29–1/13–16, James R. Wilkinson an das State Department vom 9. 9. 1947.

⁴⁴⁶ Protokoll der außerordentlichen Landesversammlung der CSU am 30./31. 8. 1947 in Eichstätt, in: Protokolle und Materialien, S. 1102–1116 (Alois Hundhammer) und S. 1116–1144 (Aussprache und abschließende Erklärung Alois Hundhammers). Zur Wirkung der Reden und Diskussionsbeiträge IfZ-Archiv, MA 1479/9, Bericht Pierre M. Purves' über die außerordentliche Landesversammlung der CSU am 30./31. 8. 1947 in Eichstätt vom 3. 9. 1947. Vgl. auch Fait, Anfänge, S. 207–218, und Hettler, Josef Müller, S. 333–347.

⁴⁴⁷ Protokoll der außerordentlichen Landesversammlung der CSU am 30./31. 8. 1947 in Eichstätt, in: Protokolle und Materialien, S. 1128 f., und IfZ-Archiv, MA 1479/9, Bericht Pierre M. Purves' über die außerordentliche Landesversammlung der CSU am 30./31. 8. 1947 in Eichstätt vom 3. 9. 1947.

⁴⁴⁸ Protokoll der außerordentlichen Landesversammlung der CSU am 30./31. 8. 1947 in Eichstätt, in: Protokolle und Materialien, S. 1184.

⁴⁴⁹ Ebenda, S. 1219.

⁴⁵⁰ Ebenda, S. 1191 f. Ein Beobachter der Militärregierung bemerkte: „The Mueller forces suffered a serious eclipse in the course of the afternoon [30. August]. Accordingly it was not difficult for Dr. Pfeiffer and Dr. Ehard to persuade Mueller to agree to an alternation of the statutes providing for a directorate which the party chairman would be responsible.“ IfZ-Archiv, MA 1479/9, Bericht Pierre

sepp der innerparteilichen Opposition zwar entgegen, das, was er vorschlug, blieb jedoch weit hinter den Forderungen nach der Einrichtung eines Direktoriums an der Parteispitze und nach der Erweiterung des geschäftsführenden Landesvorstands zurück, die sowohl von Horlacher als auch von Ehard erhoben wurden⁴⁵¹. Carl Lachembauer kam am Ende der Tagung nicht einmal mehr dazu, die Reformvorschläge der Fraktion im einzelnen vorzustellen⁴⁵². Es blieb nur noch Zeit, die Landesversammlung aufzufordern, die Anträge der Fraktion an den Landesausschuß zu überweisen, der spätestens bis Ende Oktober 1947 darüber beraten und seine Beschlüsse dem nächsten ordentlichen Parteitag vorlegen sollte. Gegen diesen Versuch, den Landesausschuß zeitlich und inhaltlich zu binden, setzte sich Müller erfolgreich zur Wehr. Die ermüdeten Delegierten waren damit einverstanden, daß die Reformvorschläge der Fraktion als unverbindliches „Material“ an den Landesausschuß weitergegeben wurden.

Die mit soviel Spannung erwartete außerordentliche Landesversammlung brachte weder eine Entscheidung noch eine Klärung der Situation⁴⁵³. Offensichtlich war keine Seite stark genug, um sich in den Führungs- und Flügelkämpfen durchsetzen zu können, und vor einer Spaltung der bayerischen Unionspartei schreckte man letztlich doch zurück⁴⁵⁴. Der Landesvorsitzende hatte zwar sichtlich an Boden verloren, andererseits war es der von Hundhammer, Schlögl, Pfeiffer und Horlacher geführten Opposition aber auch nicht gelungen, seine Machtbefugnisse zu beschränken und eine Satzungsreform zu erzwingen. Der eigentliche Sieger der Tagung war zweifellos Hans Ehard. Der Ministerpräsident war mit einer großen Rede vor die Delegierten getreten, „die in der zerstrittenen CSU beinahe die Funktion eines neuen Parteiprogramms erhielt“⁴⁵⁵. Zudem hatte er es verstanden, immer dann ausgleichend in die Auseinandersetzung einzugreifen, wenn die Debatte hoffnungslos verfahren schien. Die sachliche Art des mit der ganzen Autorität seines Staatsamts auftretenden Regierungschefs wirkte auf die Delegierten geradezu magnetisch. Auch für Gerhard Kroll, immerhin ein profilierter Sprecher des Müller-Flügels, war Ehard der ruhende Pol in der krisengeschüttelten CSU:

„Wir haben im Verlauf der Landesversammlung ein sehr eigentümliches Schauspiel erlebt. Die Versammlung begann mit der Rede des Ministerpräsidenten [Hans Ehard], und man hat das Gefühl gehabt, es war eine Stimmung im Saal, die dadurch besonders gekennzeichnet war, daß sich beide Gruppen wie die Kletten an diesen Mann hingen, der dies unsagbare Talent zum Ausgleichen und zum Beruhigen besessen hat. (Beifall.) Er ist die Persönlichkeit, auf die wir im Notfall

M. Purves' über die außerordentliche Landesversammlung der CSU am 30./31. 8. 1947 in Eichstätt vom 3. 9. 1947.

⁴⁵¹ Protokoll der außerordentlichen Landesversammlung der CSU am 30./31. 8. 1947 in Eichstätt, in: Protokolle und Materialien, S. 1195 f. (Hans Ehard) und S. 1203–1206 (Michael Horlacher); Gerhard Kroll (S. 1209–1212) lehnte im Sinne Müllers ein Direktorium ab.

⁴⁵² Hierzu und zum folgenden ebenda, S. 1221 f.

⁴⁵³ Zur parteioffiziellen Version der Vorgänge auf der außerordentlichen Landesversammlung vgl. die Mitteilungen der Christlich-Sozialen Union vom 6. 9. 1947: „Eichstätt entschied für Ausgleich. Die Landesversammlung der Union im Zeichen bewegter Debatten“.

⁴⁵⁴ IfZ-Archiv, RG 260, 7/29–1/13–16, James R. Wilkinson an das State Department vom 9. 9. 1947; IfZ-Archiv, MA 1479/9, Bericht Pierre M. Purves' über die außerordentliche Landesversammlung der CSU am 30./31. 8. 1947 in Eichstätt vom 3. 9. 1947; vgl. auch den Artikel „Würzige Bajuwarismen. Großer Aufwand schmächtig vertan“ im Spiegel vom 6. 9. 1947, und Telegraf vom 5. 9. 1947: „Eichstätt: Keine Klärung in der CSU“.

⁴⁵⁵ Mintzel, Geschichte der CSU, S. 244.

als auf den letzten Rettungsanker schauen, der die Union durch die Schwierigkeiten durchsteuern kann. (Sehr richtig!) Er möge sich dieser unerhörten Belastung und unerhörten Aufgabe bewußt sein; und wir sind überzeugt, daß er die Schwierigkeiten voll und ganz kennt!“⁴⁵⁶

Damit war Josef Müller ein Konkurrent um die Führung der Partei erwachsen, der nicht aus den Reihen der katholisch-konservativen Traditionalisten kam, sich in den bisherigen Konflikten weitgehend zurückgehalten hatte und bei allen Flügeln gleichermaßen Sympathien genoß⁴⁵⁷. Der amerikanische Generalkonsul in München wagte sogar die Aussage, daß der Ministerpräsident dem Ochsensepp zu jedem beliebigen Zeitpunkt den Parteivorsitz erfolgreich streitig machen könne⁴⁵⁸. Dieser neuen Rolle Ehards entsprach auch eine Initiative, die August Haußleiter in den ersten Septembertagen unternahm. Er machte dem Ministerpräsidenten den Vorschlag, „eine Zusammenkunft der Exponenten aller Gruppierungen“ der CSU unter seinem Vorsitz einzuberufen, um über eine Reform der Partei mit dem Ziel eines „innerparteilichen Burgfriedens“ zu diskutieren⁴⁵⁹. Doch bevor konkrete Schritte unternommen werden konnten, veränderte sich die politische Konstellation so grundlegend, daß andere Dinge zunächst wichtiger waren.

9. Das zweite Kabinett Ehard

Am 14. September 1947 beschloß der Landesausschuß der bayerischen SPD den Austritt aus der seit neun Monaten bestehenden Koalitionsregierung. Einen Tag später erklärten die sozialdemokratischen Minister und Staatssekretäre ihren Rücktritt⁴⁶⁰. Das Auseinanderbrechen des ersten Kabinetts Ehard kam nicht gänzlich unerwartet, denn es knirschte schon seit mehreren Monaten im Getriebe der Regierungsmaschinerie⁴⁶¹. Teile der SPD hatten einer Zusammenarbeit mit der CSU von Anfang an skeptisch gegenübergestanden, und spätestens seit der Frankfurter Direktorenwahl war die große Koalition in Bayern auch der Parteizentrale in Hannover ein Dorn im Auge⁴⁶². Verhandlungen zwischen Delegationen von CSU und SPD über eine Fortsetzung des Bündnisses brachten keine konkreten Ergebnisse. Hartmut Mehringer ist überhaupt der Meinung, daß man in der Führungsriege der bayerischen Sozialdemokratie „nur

⁴⁵⁶ Protokoll der außerordentlichen Landesversammlung der CSU am 30./31. 8. 1947 in Eichstätt, in: Protokolle und Materialien, S. 1211.

⁴⁵⁷ Hans Hermann von Eicken, ein ehemaliger Mitstreiter Josef Müllers aus den Gründungstagen der CSU, schrieb am 4. 9. 1947 an Hans Ehard: „Ich sichere Ihnen auch an dieser Stelle zu, dass ich meinen Einfluss [...] für die von Ihnen vertretene Linie einzusetzen beabsichtige, die mir augenblicklich in dem ‚Dschungel‘ der bayerischen Politik [als] der einzige Lichtblick erscheint.“ IfZ-Archiv, Fh 56.

⁴⁵⁸ IfZ-Archiv, RG 260, 7/29–1/13–16, James R. Wilkinson an das State Department vom 9. 9. 1947: „The convention appears to illustrate the fact that Minister-President Ehard has to become the central figure of the party. It is believed that he could successfully contest Mueller's leadership of the party at any time if he so desired, but he seems to prefer party unity. He will probably attempt to increase his personal influence without an open break with any segment of the party.“

⁴⁵⁹ IfZ-Archiv, Fh 56, August Haußleiter an Hans Ehard vom 6. 9. 1947.

⁴⁶⁰ Zum Bruch der Regierungskoalition in Bayern vgl. Mehringer, Waldemar von Knoeringen, S. 325–335; danach auch das folgende.

⁴⁶¹ Ministerpräsident Ehard erklärte wenige Tage nach dem Rücktritt der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder, „so ein langsames Abbröckeln“ sei „immer bemerkbar“ gewesen. ACSF, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Fraktionssitzung am 18. 9. 1947.

⁴⁶² IfZ-Archiv, RG 260, 7/29–1/13–16, E. Tomlin Bailly an das State Department vom 19. 9. 1947.

noch auf einen spektakulären Anlaß“ wartete, „um den Sprengsatz zu zünden oder nach Möglichkeit die CSU zu zwingen, aus eigenem Antrieb den Bruch zu vollziehen“⁴⁶³.

Es gab freilich auch einen gewichtigen Grund, der Waldemar von Knoeringen, den Landesvorsitzenden der SPD, zögern ließ, den Ausstieg aus der zunehmend als Belastung empfundenen Koalitionsregierung zu vollziehen: die Hoffnung auf eine Spaltung der bayerischen Unionspartei. Als sich auf der außerordentlichen Landesversammlung in Eichstätt jedoch zeigte, daß mit einem Auseinanderbrechen der CSU zumindest kurzfristig nicht gerechnet werden konnte⁴⁶⁴, entschloß sich die SPD zum Handeln. Unmittelbarer Anlaß für ihren Rückzug aus dem Kabinett war die Rede des Ministerpräsidenten in Eichstätt, bei der er in teilweise scharfer Form jede Spielart des Sozialismus abgelehnt hatte⁴⁶⁵. Wilhelm Hoegner, einer der wenigen führenden Sozialdemokraten, die für eine Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der CSU plädierten, sprach später nicht zu Unrecht von einem „Vorwand“ für die Aufkündigung der Koalition⁴⁶⁶. Ehard's Verdikte hatten aber bei vielen Sozialdemokraten wohl wirklich Irritationen ausgelöst, obwohl der Ministerpräsident wiederholt versicherte, er habe den Koalitionspartner in keiner Weise angreifen wollen⁴⁶⁷. Tatsächlich gibt es keine Indizien dafür, daß man in der bayerischen Unionspartei ernsthaft geplant hätte, das Regierungsbündnis zu sprengen; auch Josef Müller gehörte inzwischen zu denen, die Geschmack an einer Zusammenarbeit mit der SPD zu finden begannen⁴⁶⁸.

Der Bruch der Koalition traf die CSU nicht unvorbereitet. Durch Presseberichte über einen bevorstehenden Rücktritt der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder alarmiert, berieten Josef Müller, Hans Ehard, Joseph Baumgartner, Michael Horlacher und Alois Hundhammer bereits am 12. September über die politische Lage⁴⁶⁹. Horlacher verhehlte dabei nicht, daß er den Parteivorsitzenden und seine Einflußnahme auf die Frankfurter Direktorenwahl für die Krise verantwortlich machte. Zugleich betonte er ganz im Sinne seiner bisherigen Haltung in der Koalitionsfrage, daß für ihn ein reines CSU-Kabinett nicht in Frage käme. Dagegen signalisierte Landwirtschaftsminister Baumgartner, der zweite prominente Vertreter des Bauernflügels in der Runde, seine Bereitschaft, auch in einer Regierung mitzuarbeiten, die nur von der bayerischen Unionspartei gestellt würde. Von entscheidender Bedeutung war aber die überraschende Tatsache, daß Müller und Hundhammer zu einem Konsens fanden. Beide

⁴⁶³ Mehringer, Waldemar von Knoeringen, S. 327.

⁴⁶⁴ Auch Hans Ehard unterstellte der SPD dieses Motiv. ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Fraktionssitzung am 18. 9. 1947.

⁴⁶⁵ Protokoll der außerordentlichen Landesversammlung der CSU am 30./31. 8. 1947 in Eichstätt, in: Protokolle und Materialien, S. 1063–1081.

⁴⁶⁶ Hoegner, Außenseiter, S. 295.

⁴⁶⁷ Vgl. Gelberg, Hans Ehard, S. 48. Vor der Fraktion erklärte Ehard: „Ich stehe nicht an zu sagen, es ist mir nicht im Traum eingefallen, die bayerischen Sozialdemokraten mit den Kommunisten oder einem kollektivistischen System gleichzustellen.“ Die Adressanten seiner Rede dürften eher in der eigenen Partei zu suchen sein, da Ehard weiter ausführte: „Ich halte es nicht für glücklich, wenn man vom sozialen Christentum spricht. Soziales Christentum ist ein Pleonasmus. Christlicher Sozialismus ist ein Unsinn.“ ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Fraktionssitzung am 18. 9. 1947.

⁴⁶⁸ Vgl. Mehringer, Waldemar von Knoeringen, S. 326. Die Positionen, die Josef Müller und seine politischen Freunde im Sommer 1947 vertraten, wären mit den entsprechenden Programmpunkten der SPD nicht unvereinbar gewesen. ACSP, NL Müller 221, August Hausleiter an Josef Müller vom 7. 7. 1947 und die von Hausleiter verfaßten „Koalitionsbedingungen der CSU“, undatiert, sowie NL Müller 226, Presseerklärung Josef Müllers und Waldemar von Knoeringens vom 19. 7. 1947.

⁴⁶⁹ IfZ-Archiv, MA 1420/13, Bericht Pierre M. Purves' über ein Gespräch mit Josef Müller vom 15. 9. 1947; das folgende nach ebenda.

plädierten dafür, alle Vorbereitungen für eine alleinige Regierungsübernahme zu treffen, um das weitere Vorgehen der SPD in Ruhe erwarten zu können. Damit bahnte sich eine Zusammenarbeit der bis dahin verfeindeten Flügel an, mit der man nicht unbedingt hatte rechnen können. Dies bekamen vor allem diejenigen zu spüren, die wie Horlacher eine Fortsetzung der Koalition favorisierten; nolens volens beugten sie sich aber schließlich den Mehrheitsverhältnissen.

Drei Tage nach dem Auseinanderbrechen der Regierung trat die CSU-Fraktion zusammen. Bereits einleitend teilte Hundhammer den Abgeordneten mit, daß in der Frage der anstehenden Regierungsumbildung ein gemeinsamer Nenner zwischen Partei- und Fraktionsführung gefunden worden sei⁴⁷⁰. Hans Ehard und Josef Müller stießen in dasselbe Horn. Durch das Verhalten des Koalitionspartners sichtlich gekränkt, lehnte Ehard eine sofortige Neuaufgabe der Koalition mit der SPD ab. Auch eine Auflösung des Landtags und anschließende Neuwahlen, wie sie die Sozialdemokraten gefordert hatten⁴⁷¹, kamen für ihn nicht in Frage. Ehard fürchtete – und dies ist bezeichnend für sein Politikverständnis –, daß ein zeitweiliges Machtvakuum die Stellung Bayerns gegenüber den bizonalen Institutionen, den Besatzungsmächten und den übrigen deutschen Ländern schwächen könnte. Weiter führte der Regierungschef aus:

„In de[m] Zeitpunkt, in dem das Volk verlangt, daß wir in die Bresche springen, müssen wir es tun, selbst auf die Gefahr hin, daß man ein Risiko eingeht. Es besteht aber auch eine ganz große Chance, die Chance für die CSU. [...] Wir müssen jetzt zeigen, daß eine Partei bereit ist, diese Verantwortung zu übernehmen. Hat sie Erfolg, so ist es recht. Sonst haben die [a]nderen dann Gelegenheit zu zeigen, daß sie es besser machen. Wenn wir uns christlich nennen wollen, dann müssen wir auch bereit sein, eine ehrliche Verantwortung auf uns zu nehmen. [...] Es gäbe ein Letztes: Die CSU übernimmt, nachdem sie dahin gedrängt worden ist, die Verantwortung, das Risiko, sie nimmt aber auch die Chance für sich in Anspruch. Schließlich und endlich müssen wir eine Frage stellen, nämlich die Frage, was verlangen unsere Wähler, was verlangt das bayerische Volk. Was das Volk verlangt, das können Sie genau so beurteilen wie ich. Ich bin der Meinung, so wie die Situation ist, muß die CSU die Verantwortung übernehmen. Sie muß es tun und kann es tun.“

Damit hatte sich Ehard den Positionen genähert, die Müller und seine Mitstreiter schon im Dezember 1946 vertreten hatten⁴⁷². Auseinandersetzungen über die Person des Ministerpräsidenten gab es nicht mehr, dafür war die Stellung Ehards in der CSU bereits zu stark. In einer Rede, die sich weitgehend mit der des Ministerpräsidenten

⁴⁷⁰ ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Fraktionssitzung am 18. 9. 1947; das folgende nach dem Protokoll dieser Fraktionssitzung. Ergänzend dazu IfZ-Archiv, RG 260, 15/102–2/23, Bericht eines Vertrauensmannes der Militärregierung über die Sitzung der CSU-Fraktion am 18. 9. 1947. Am 25. 9. 1947 erklärte Alois Hundhammer in einer öffentlichen Parteiversammlung im Münchner Matthäer-Bräu (ACSP, CSU-LTF I, 15–12/4 und 5): „Da haben nun manche Leute auf den Gegensatz Müller – Hundhammer spekuliert. Das war eine Fehlspekulation. Es ist richtig und kein Geheimnis, daß in der Auffassung über manche politischen [sic!] Dinge zwischen Dr. Müller und mir Meinungsverschiedenheiten bestehen. Aber wir sind beide der Auffassung, daß über alles hinweg das Wohl des Vaterlandes stehen muß. [...] In der heutigen Zeit ist es nicht möglich, das Volk ohne eine stabile Regierung zu lassen. Wir wollen gemeinsam den Ministerpräsidenten stützen. Die rasche Lösung innerhalb der Regierung und innerhalb der Fraktion ist dadurch ermöglicht worden, daß alle Fraktionskollegen der CSU, auch diejenigen, die sich vor einem Jahre noch nicht für Ehard erklären konnten, jetzt geschlossen hinter den Ministerpräsidenten getreten sind.“

⁴⁷¹ Kurier vom 20. 9. 1947: „Auflösung des Landtags beantragt“.

⁴⁷² Josef Müller hatte im Februar 1947 vorgeschlagen, man könne ja ein nur von der CSU getragenes zweites Kabinett Ehard bilden, wenn die SPD aus der Koalition ausscheide. Ehard war dagegen skeptisch gewesen, ob die Union die dazu nötige Kraft und innere Geschlossenheit aufbrächte. ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Fraktionssitzung am 20. 2. 1947.

deckte, trat auch Müller dafür ein, Ehard erneut mit der Regierungsbildung zu beauftragen.

Ohne in eine Diskussion einzutreten, sprachen sich die Abgeordneten nach den Reden Ehards und Müllers einstimmig dafür aus, daß der Ministerpräsident an der Spitze einer ausschließlich von der CSU getragenen Regierung im Amt bleiben solle. Auch wenn Horlacher skeptisch blieb und Müller noch keine endgültige Entscheidung treffen wollte, ob er ein Ministeramt übernehmen würde, waren die Weichen für die weitere Entwicklung gestellt.

Am 20. September konnte Hans Ehard sein neues Kabinett im Landtag vorstellen⁴⁷³. Mit Wirtschaftsminister Hanns Seidel und Innenminister Willi Ankermüller bekleideten nun zwei Politiker Schlüsselpositionen, die zu den Anhängern des Parteivorsitzenden zu zählen waren. Müller selbst trat als Justizminister und stellvertretender Ministerpräsident in die Regierung ein. Er galt allgemein als der „starke Mann“ des neuen Kabinetts⁴⁷⁴ und wurde wegen seiner Zuständigkeit für zonale und bizonale Fragen als „bayerischer Außenminister“ gehandelt⁴⁷⁵. Die „Koalition innerhalb der eigenen Partei“⁴⁷⁶ ließ eine bislang nicht gekannte Aufbruchsstimmung in der CSU aufkommen. Konrad Kübler stellte fest, daß in der Fraktion jetzt volle „Begeisterung“ und der „nötige Kampfgeist“ herrsche; Josef Piechl glaubte nach der Fraktionssitzung am 18. September gar, der „schönste Tag“ in seinem Leben sei zu Ende gegangen⁴⁷⁷. Die sachlichen Gegensätze und persönlichen Auseinandersetzungen schienen für den Moment vergessen zu sein und machten der Hoffnung auf einen Neuanfang Platz⁴⁷⁸.

Doch der Burgfriede in der CSU war nur von kurzer Dauer. Müller und seinen politischen Freunden im Kabinett gelang es nicht, die Politik des Ministerpräsidenten wesentlich zu beeinflussen⁴⁷⁹. Dagegen gewann der populäre Ehard, unterstützt von einem eingespielten Mitarbeiterstab in der Staatskanzlei, mehr und mehr Handlungsspielraum, da sich die Exponenten der beiden wichtigsten Parteiflügel im Ministerrat oft genug blockierten. Obwohl Müllers Stellung im Kabinett nominell stark war, konnte er kaum verlorenes Terrain zurückgewinnen. Bereits im Oktober 1947 kam es zwischen Müller und Ehard zu ernststen Differenzen über die Politik Bayerns in Frankfurt⁴⁸⁰, und bis Dezember scheint sich das Verhältnis zwischen dem Regierungschef und seinem Stellvertreter weiter verschlechtert zu haben⁴⁸¹. Zugleich absorbierten die

⁴⁷³ Vgl. Handbuch politischer Institutionen und Organisationen, S. 49f.; die dort abgedruckte Kabinettsliste ist unvollständig. Zu den Personalentscheidungen auch ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Fraktionssitzung am 19. 9. 1947.

⁴⁷⁴ Echo der Woche vom 27. 9. 1947: „Bayerns neue Regierung“; Der Spiegel vom 27. 9. 1947: „Beflügelter Ehard. Hundhammer in Gefahr“. Vgl. auch Hettler, Josef Müller, S. 347ff.

⁴⁷⁵ Kurier vom 20. 9. 1947: „Burgfrieden in der CSU. Die neue bayerische Regierung – Dr. Hundhammer bleibt Kultusminister“.

⁴⁷⁶ Mitteilungen der Christlich-Sozialen Union vom 20. 9. 1947: „Wandlung der bayerischen Politik. Die CSU in der Alleinverantwortung – Die Auseinandersetzung beginnt“.

⁴⁷⁷ ACSP, CSU-LTF I, 15–14, Protokoll der Fraktionssitzung am 18. 9. 1947.

⁴⁷⁸ Kurier vom 20. 9. 1947: „Burgfrieden in der CSU. Die neue bayerische Regierung – Dr. Hundhammer bleibt Kultusminister“.

⁴⁷⁹ Vgl. Gelberg, Hans Ehard, S. 48f.

⁴⁸⁰ IfZ-Archiv, MA 1479/9, ungezeichneter Bericht über eine Besprechung mit Vertretern der Jungen Union vom 14. 10. 1947.

⁴⁸¹ IfZ-Archiv, MA 1420/13, Bericht Paul Burns' über eine Besprechung mit Josef Müller am 10. 12. 1947 vom 15. 12. 1947. Nach Burns' Bericht sprach der Landesvorsitzende von einer Ehard-Hundhammer Fraktion.

neuen Aufgaben Müllers Kräfte so sehr, daß die Arbeit der gesamten Parteispitze darunter litt⁴⁸².

Auch die Führungs- und Flügelkämpfe flammten nach einer kurzen Atempause wieder auf. August Haußleiter erklärte schon wenige Tage nach der Bildung des zweiten Kabinetts Ehard, es gebe nach wie vor eine „Oppositionsgruppe“ in der Unionsfraktion, auch wenn Josef Müller nun ein Ministeramt bekleide. Er rechnete damit, etwa 20 Abgeordnete mit dem Ziel aktivieren zu können, „den bajuwarischen Kurs des rechten Unionsflügels“ und die „rückschrittliche Kulturpolitik Dr. Hundhammers zu bekämpfen“⁴⁸³. Die Differenzen zwischen der Parteileitung und führenden Bauernvertretern waren ebenfalls nicht beigelegt. Nach Angriffen gegen Alois Schlögl, hinter denen dieser die von Josef Müller gesteuerte Parteipresse vermutete, stellte der Generalsekretär des Bayerischen Bauernverbands verbittert fest, „daß es in der C. S. U. keine Ruhe geben darf“⁴⁸⁴.

⁴⁸² IfZ-Archiv, MA 1420/13, Bericht Paul Burns' über eine Besprechung mit Hanswolf Haunhorst am 18. 11. 1947 vom 21. 11. 1947.

⁴⁸³ Kurier vom 23. 9. 1947: „Eine CSU-Oppositionsgruppe“.

⁴⁸⁴ BayHStA, NL Ehard 68, Alois Schlögl an Alois Hundhammer vom 8. 10. 1947.